

FASCHISMUS

Kommunistische und bürgerliche
Analysen im Überblick



FASCHISMUS

Kommunistische und bürgerliche Analysen im Überblick

KOMMUNISTISCHE ORGANISATION

redaktion@kommunistische-organisation.de

www.kommunistische-organisation.de

© bei den Autoren

Eigenverlag, April 2025

Umschlaggestaltung

Vorderseite: Zerstörtes westliches Kriegsgerät in der Ukraine, u.a. ein deutscher Leopard-2A6A Panzer und US Bradley Truppentransporter, Region Zaporizhzhia, Juli/Aug 2023. Quelle: Russisches Verteidigungsministerium

Rückseite Vordergrund: Generalfeldmarschall von Manstein (links) bei einer Besprechung mit seinem Stabschef Generalmajor Hans Speidel (rechts) irgendwo im Donzebecken (September 1943). Speidel war von 1957 bis 1963 NATO-Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa. Quelle: Bundesarchiv, Bild 101I-705-0262-06 / Mahla / CC-BY-SA 3.0.

Rückseite Hintergrund: Sowjetische Truppen begutachten zerstörte deutsche „Ferdinand“-Panzer, Orel (Kursk), 1943, Quelle: Pavel Troshkin, Public Domain, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=151164128>

V.i.S.d.P

Adrian Weber

c/o AutorenService.de

Birkenallee 24

36037 Fulda

Inhalt

Einleitung	3
Kapitel I: Die Faschismuskussion der Kommunistischen Internationale von 1922 bis 1935	9
Der politisch-historische Kontext	9
Massen- und Klassenbasis des Faschismus	12
Über das Verhältnis von Faschismus zur Demokratie	21
Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus	26
Ausblick und Fazit	35
Kapitel II: „Der Schoß ist fruchtbar noch...“ Faschismuskussion nach 1945 in den zwei Deutschlands	39
Die Nachkriegsjahre – Aufarbeitung oder Rehabilitierung?	40
Kampf um Entnazifizierung, Aufbau eines antifaschistischen Staates und Beginn der DDR-Faschismuskforschung	42
Droht ein neuer Faschismus? (1960er-1980er)	45
Geht die BRD auf einen neuen Faschismus zu? Vom „Post“- zum „Präfaschismus“	61
Fazit	71
Kapitel III: Bürgerliche Faschismusktheorien in der BRD	73
Führertheorie	74
Die Totalitarismus-Doktrin	76
Faschismus als Reaktion	82
Das Faschismuskverständnis der Kritischen Theorie	85
Die Faschismusktheorie und ideologische Neuausrichtung nach 1990	90

Kapitel IV: Schlaglichter auf eine internationale Faschismusdebatte	101
Die anhaltende Faschismusdebatte und die Erstarkung neofaschistischer Kräfte in Indien	102
Einleitung	102
1. CPI(M)s Charakterisierung der Modi-Regierung	104
2. CPI(M)s Verständnis des Neofaschismus	108
3. Die Zusammensetzung und der Charakter der neofaschistischen Kräfte in Indien und der Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse	114
4. Der Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse – ein „Hire and Fire“-Regime	122
Fazit	125
Über die Debatte zum Faschismus auf Export in Russland	126
„Faschismus auf Export“ – Was ist das? Fetisov, RKR, Popov	128
Fetisov	130
RKAP	130
Popov	131
Fazit	137
Faschismus und Kolonialismus	140
1. Faschistische Kolonialpolitik in Afrika	141
2. Faschistischer Kolonialismus	145
3. Koloniale Wurzeln des Faschismus	151
4. Kolonisierung Osteuropas	158
5. Faschismus als Kolonialismus?	162
Fazit	171

Einleitung

Der Faschismus ist zurück! Zumindest als Begriff und Debatte über die neuerliche faschistische Gefahr. Es wird diskutiert (längst nicht nur unter Linken und Kommunisten), ob die neuerliche Trump-Administration den Faschismus in den USA einführt und in Westeuropa, Lateinamerika, Westasien, Südostasien und auch in Afrika gleich mit dazu. Wie sehr die reaktionäre Tendenz von den USA ausgeht oder durch eigene nationale Kräfte wie der AfD in Deutschland, Milei in Argentinien, Netanjahu in Israel, Yoon in Südkorea, Kagame in Ruanda etc. ausgeht, müsste konkret untersucht werden.

Im US-Wahlkampf bezeichnete Kamala Harris Trump offen und explizit als Faschisten. Hierzulande darf Björn Höcke nach höchstrichterlichem Beschluss offiziell als Faschist bezeichnet werden. Zudem diskutieren bürgerliche Journalisten und Historiker die Parallelen zwischen Putin und Hitler, und eine breite staatstragende Protestwelle kämpft gegen die Gefahr des Faschismus, der mit der AfD assoziiert wird. Der Faschismus wird von nahezu allen politischen Fraktionen als Kampfbegriff gegen politische Gegner eingesetzt. Selbst Alice Weidel grenzt sich im Interview mit Elon Musk gewissermaßen vom deutschen Faschismus ab, indem sie Hitler kurzerhand zum Kommunisten deklariert. Das Etikett des Faschismus trägt, will man was werden in der Politik, niemand so ganz selbstbewusst auf der Brust. Faschismus, das ist Hitler, das ist Mussolini, das darf sich nicht wiederholen. **Nie wieder!** Da scheinen sich alle einig.

Und wohl auch gerade, weil der Faschismus so verpönt ist, kehrt er zurück in den politischen Diskurs, erweist sich der Kampf dagegen doch als mobilisierungsfähig für breite Teile der Bevölkerung und attestiert einem die moralische Hoheit im politischen Handeln. Gar nicht so leicht, hier die Orientierung zu behalten.

Zeigt nicht gerade diese Vernutzung des Faschismusbegriffs seine Untauglichkeit als Kategorie zur Beschreibung der Wirklichkeit an, der nichts vermag als moralische Aburteilung? Zeigt nicht die Geschichte des Kolonialismus und des Imperialismus, dass auch bürgerlich-demokratisch verfasste Klassengesellschaften zu umfänglicher Gewalt und Unterdrückung in der Lage waren und sind? Lenkt die Faschismuskonversation nicht also ab von dieser strukturellen Gewalt, die sich aus der sozialen Beziehung einer Ausbeutungsordnung notwendig ergibt? Mehr noch: Schafft nicht die Behauptung einer sich am Horizont aufbäumenden Gefahr des Faschismus letztlich die Parteinahme für und die Normalisierung der Gewalt, die schon besteht? Sie soll ja schließlich verteidigt werden gegen das noch Schlimmere, den Faschismus.

Wir gehen davon aus, dass es materielle Gründe – das heißt tatsächliche politische und wirtschaftliche Dynamiken – gibt, die die Tendenz zum Faschismus in sich tragen und insofern auch zur Wiederkehr des Faschismusbegriffs und der Diskussion darum führen. Um die Debatte darum, ob und wenn ja, wie man den Faschismus qualitativ von der bürgerlich-demokratischen Form des Kapitalismus unterscheiden kann, woher die Tendenz zum Faschismus kommt und wer sein sozialer und klassenmäßiger Träger ist, fundiert führen zu können, wollen wir uns die reichhaltige und intensive Auseinandersetzung um den Faschismus in den letzten über 100 Jahren widmen.

Diese Auseinandersetzung ersetzt keine konkrete Beschäftigung und Analyse mit Problemen der Gegenwart. Um die Gefahr, das Wesen und die Erscheinung des Faschismus heute in Deutschland verstehen zu können, kommt man um eine genaue Untersuchung der Rolle der AfD, der veränderten Bedingungen des Imperialismus, des Umfangs und Charakters seiner Krise, der Bedeutung der anhaltenden Schwäche der Arbeiterbewegungen und der Kommunisten (vor allem im Westen) und vielem Weiteren mehr nicht umhin. Eine verallgemeinerte Definition, mag sie noch so scharf sein, ersetzt die konkrete Analyse der historischen und nationalen Verhältnisse und Besonderheiten nicht. Ebenso töricht wäre allerdings das Hinweggehen über den bereits erreichten Stand der marxistischen Faschismuskonversation, von dem natürlich trotzdem reichlich zu lernen ist und mit dem wir uns verbinden müssen, auf dem wir aufbauen können.

An einer Stelle in seinem berühmten Referat übt der bulgarische Kommunist Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (1935) scharfe Kritik an seinen internationalen Genossen:

„In einer Reihe von Ländern wurde die notwendige Entfaltung des Massenkampfes gegen den Faschismus durch ein fruchtloses Rasonieren über den Charakter des Faschismus „im allgemeinen“ und durch eine sektiererische Beschränktheit in bezug auf die Stellung und Lösung der aktuellen politischen Aufgaben der Partei ersetzt.“¹

Wird mit der nun vorliegenden Broschüre (die zugegebenermaßen länger geworden ist, als ursprünglich beabsichtigt) nicht derselbe Fehler wiederholt? Reicht nicht das Wissen darum, dass sich die fortschrittlichen Kräfte hierzulande selbstverständlicherweise gegen Maßnahmen zum Abbau demokratischer Rechte stellen und dafür geeignete Bündnisse und Fronten organisieren müssen? Haben diese Fragen wirklich Priorität, angesichts der relativen Bedeutungslosigkeit der Kommunisten hierzulande? Drängt nicht – gerade jetzt – alles zur Tat und zum Widerstand gegen die reaktionäre Zeitenwende?

Völlig klar ist natürlich, dass wir Gegenwehr in die Öffentlichkeit tragen müssen, mehr Menschen organisieren und davon überzeugen müssen, wie gefährlich die Politik der Zeitenwende ist. Zugleich müssen wir uns fragen, wie es dazu kommt, dass es in weiten Teilen linker und gewerkschaftlicher Kreise eine Übereinstimmung mit der NATO-Politik gibt. Der Mangel eines fundierten Verständnisses der politischen Entwicklungen und ihrer Ursachen innerhalb der Arbeiterbewegung ist ein entscheidender Grund dafür. Wem es nicht gelingt, die reaktionäre Tendenz zu durchdringen, dem droht stets die Gefahr, den Integrationsversuchen des Kapitals und den herrschenden Gedanken anheimzufallen. Die Massenarbeit allein wird dieses Problem nicht beheben.

Zeigt nicht gerade das Problem des Faschismusverständnisses, wie kompliziert es ist, immer wieder richtige Handlungsorientierungen zu geben, und wie notwendig ein genaues Verständnis der Ursachen der reaktionären Tendenz und der Rolle politischer Akteure darin ist? Ist es einfach nur heuchlerische Inszenierung von Kräften wie der SPD, den Grünen und anderen, wenn sie sich von der „rechtsextremen“ AfD abgrenzen? Oder ist am Ende doch was dran an der „Brandmauer“, die man auch mit diesen Kräften gemeinsam errichten müsste? Es sind also keine „abstrakten“ Fragen, sondern konkrete Fragen der Orientierung, die letztlich ein fundiertes Wissen und Verstehen der Verhältnisse und der Geschichte erforderlich machen. Dieses Problem der Theoriearmut einerseits und der fehlenden konkreten Analyse anderer-

1 Dimitroff, Georgi: *Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale*, 1935, Online: marxists.org/deutsch/referenz/dimitroff/1935/bericht/ch1.htm (aufgerufen: 03.05.2025)

seits zeigt sich in der Frage des Faschismus und Antifaschismus überdeutlich. Das belegt nicht zuletzt das Kapitel über bürgerliche Faschismustheorien in dieser Broschüre, von denen wohl den meisten viele Versatzstücke allzu vertraut sein werden.

Worum geht's also konkret in dieser Broschüre? Mit dem Blick auf die kommunistischen und bürgerlichen Debatten zum Faschismus von vor über 100 Jahren bis heute wollen wir ein solides Fundament schaffen, von dem ausgehend die konkrete Analyse über die Gefahr und Tendenz zum Faschismus angestellt werden muss. Diese konkreten Fragen zur Lage des Faschismus und Antifaschismus in Deutschland schließen also an die vorliegende Broschüre an. Einige der dafür notwendigen Aufgaben greifen wir im Fazit kurz auf.

Die Broschüre ist dabei bewusst so gestaltet, dass sie nicht linear gelesen werden muss – einzelne Kapitel lassen sich unabhängig voneinander nutzen. Wir hoffen, damit zur Klärung beizutragen und zur besseren Vorbereitung auf die Kämpfe, die kommen. Wir stellen im Folgenden die Kapitel, die von unterschiedlichen Autoren geschrieben wurden, kurz vor.

Im **ersten Kapitel** wird die **Faschismuskussion in und um die Kommunistische Internationale von 1922 bis 1935** verfolgt. Es geht um das Verhältnis von Imperialismus und Faschismus, es geht um die Frage, welche Rolle jeweils das Monopolkapital und das Kleinbürgertum für den Aufstieg des Faschismus gespielt haben, es geht um die Beziehung zwischen Demokratie und Faschismus und insbesondere um die Rolle der Sozialdemokratie. Zuletzt geht es um die Frage des Antifaschismus, der richtigen Massen- und Bündnispolitik gegen den Faschismus. Dabei begegnen uns in den Diskussionen der KomIntern Theorien wie die „Bonapartismusthese“, die „Sozialfaschismusthese“ oder die Volksfrontpolitik, die bis heute wichtige Bezugspunkte der Debatte um Faschismus und Antifaschismus bleiben. Lernen können wir heute außerdem vom Modus der Diskussion der KomIntern, der sich nicht durch abschließende Faschismusdefinitionen als Schablonen, sondern durch kontinuierliche Analysen und Debatten auszeichnete.

Das **zweite Kapitel** behandelt die **Faschismusdebatte in der kommunistischen Bewegung in Deutschland zwischen 1945 und der Konterrevolution 1989/90**. Es geht um die unterschiedliche Ausgangslage zwischen BRD und DDR in Hinblick auf Aufarbeitung. Es wird ein Einblick gegeben in die Faschismusforschung der DDR und den fruchtbaren Streit zwischen marxistischen Historikern aus West und Ost, bei dem Kurt Gossweiler, Reinhard Opitz und Reinhard Kühnl eine hervorgehobene Rolle spielten. Viele Debatten bauen auf denen der KomIntern auf. Dabei tauchen u.a. Theorien zum Staatsmono-

polistischen Kapitalismus und zur Frage der Rolle bestimmter Monopolgruppen im Faschismus auf. Es geht aber auch um die Gefahr eines neuerlichen Faschismus in der Bundesrepublik nach 1945. Hier verfolgen wir Debatten, die innerhalb und zwischen den sogenannten K-Gruppen, der sogenannten Neuen Linken und der DKP u.a. zu Fragen der „Faschisierung“, der Grenze zwischen Faschismus und Demokratie, dem Verhältnis von Monopolkapital und Faschismus bzw. Monopolkapital und Staat und der antifaschistischen Orientierung geführt wurden und wieder brandaktuell scheinen.

Im **dritten Kapitel** widmen wir uns **bürgerlichen Faschismustheorien**, die im Verlauf von 1945 bis heute verfolgt werden. Führertheorie und die Totalitarismus-Doktrin dürften vielen noch aus der Schule bekannt sein. Bis heute ist die Gleichsetzung von Faschismus und Realsozialismus zentraler Bestandteil der vorherrschenden Faschismusbeschäftigung. Im sog. „Historikerstreit“ erklärte der konservative Historiker Ernst Nolte den Faschismus und den Holocaust zur Reaktion auf den Sozialismus und brachte das Narrativ vom Totalitarismus auf seinen antikommunistischen Kern. Kritisch untersucht wird auch das Faschismusverständnis der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule, die gewissermaßen (bis heute) als Brücke von marxistischen hin zu bürgerlichen Faschismuserklärungen fungiert. Die Frage der Massenbasis des Faschismus, hier bereits angelegt, wird mit der sog. „Goldhagen-Debatte“ („Hitlers willige Helfer“) auf die Spitze getrieben. Der Blick auf die Entwicklung der antifaschistischen Bewegung nach 1990 zeigt, wie sich verschiedene Versatzstücke bürgerlicher Faschismustheorien innerhalb der Linken haben verankern können, wobei die „Antideutschen“ die entscheidende Kraft ausgemacht haben, um den Antifaschismus sicher ins Lager des Klassenfeindes zu führen.

Im **vierten Kapitel** werfen wir mit drei beispielhaften Schlaglichtern einen **Blick auf die internationale Faschismusk Diskussion**.

Ein Abschnitt verfolgt die anhaltende **Faschismusdebatte innerhalb der Kommunistischen Partei Indiens (Marxistisch) (CPI-M)**, die bis heute intensiv über das Erstarken neofaschistischer Kräfte geführt wird. Zentraler Ausgangspunkt für die Analyse des Neo-Faschismus in Indien ist die Analyse des Imperialismus, der Rolle Indiens im imperialistischen Weltsystem und die imperialistische Krise. Hierzu werden zentrale Thesen vorgestellt und argumentiert. Davon ausgehend wird der Blick konkret auf die Symbiose aus herrschender BJP und faschistischen Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) und ihrer Hindutva-Ideologie geworfen, auf deren Grundlage die Faschisierung Indiens betrieben wird. Die Debatte der KPI-M zeichnet sich unter anderem

durch eine lebendige und kontroverse Diskussion über die Frage des Antifaschismus und der Volksfrontpolitik aus, die die langen Linien der Faschismusdebatte bis in die heutige Zeit zieht.

Ein weiterer Abschnitt taucht in die **Debatte zum Faschismus auf Export** ein, die vor allem unter russischen Kommunisten geführt wurde und wird. Ausgangspunkt der Auseinandersetzung ist die Diskussion der Komintern und insbesondere die Faschismusdefinition, die vom VII. Weltkongress (1935) ausging. Die Debatte dreht sich zugespitzt um die Frage, inwiefern die Tendenz zum Faschismus in Ländern der Peripherie vorrangig von Ländern des imperialistischen Zentrums, insbesondere den USA, ausgeht. Kann der Faschismus als ein Instrument der führenden NATO-Länder zur Durchsetzung ihrer außenpolitischen Interessen in Ländern der sog. Dritten Welt verstanden werden? Die „Faschismus auf Export“-Diskussion wirft damit wichtige Fragen zum Verhältnis von Faschismus und Imperialismus auf, insbesondere unter den Bedingungen einer massiven Zunahme des Monopolisierungsgrades und der Verflechtung weltweiter Verwertungsketten des Finanzkapitals.

Ein dritter Abschnitt führt uns in die **Debatte über die Beziehung zwischen Kolonialismus und Faschismus** ein, die bereits von einzelnen (nicht nur marxistischen Theoretikern) Mitte des 20. Jahrhunderts angestoßen wurde. Inwiefern kann der klassische Faschismus deutscher oder italienischer Prägung als Übertragung der kolonialen Gewalt in die Zentren des Imperialismus verstanden werden? Kann der Vernichtungskrieg des deutschen Faschismus als Kolonisierung Osteuropas verstanden und insofern eine Verbindung zur kolonialen Praxis Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gezogen werden? Mit der vergleichenden Genozidforschung und der Postkolonialen Theorie ist dieser Nexus aus Faschismus und Kolonialismus in den letzten Jahren sehr kontrovers und teilweise auch klar politisch diskutiert worden und wirft auch für die marxistische Faschismusdebatte wichtige Fragen auf.

Wir hoffen, mit der vorliegenden Broschüre insgesamt die Faschismusdiskussion heute mit dem reichhaltigen Material einer über 100 Jahre währenden Auseinandersetzung anzureichern und den Blick auf die Fragen und Probleme freizulegen, denen wir uns widmen müssen, um die Gefahr des Faschismus in Deutschland heute zu verstehen. Wir freuen uns auf Kritik, Kommentare und Fragen, die sich aus der Lektüre ergeben!

— Max Rodermund

Die Faschismuskussion der Kommunistischen Internationale von 1922 bis 1935

|| Der politisch-historische Kontext

Am 30. Oktober 1922 ernannte König Viktor Emanuel III. Benito Mussolini zum neuen italienischen Ministerpräsidenten und übertrug so die politische Macht an die Nationale Faschistische Partei (PNF). Sechs Tage später, am 5. November 1922, begann der IV. Weltkongress der erst drei Jahre zuvor gegründeten Kommunistischen Internationale (KomIntern oder KI), auf dem die Ereignisse in Italien bereits intensiv diskutiert wurden.

Die 1917 siegreiche Oktoberrevolution in Russland wurde zum Ausgangspunkt einer weltweiten revolutionären Welle, die das Ende des Ersten Weltkrieges mit der Niederlage der Mittelmächte bedeutete und noch bis Mitte der 1920er Jahre anhalten sollte. Von den „Reiseraufständen“ in Japan 1918 über die Novemberrevolution in Deutschland und Österreich, die proletarische Revolution in Ungarn 1919, die bürgerlich-nationale Revolution 1920 in der Türkei, Aufständen in Bulgarien 1923 bis hin zu Aufständen in Marokko und Syrien 1925, um nur einige Beispiele zu nennen. Rückblickend analysierte der VI. Weltkongress der KomIntern von 1928, dass mit der Erschütterung

des gesamten Systems des Weltkapitalismus im Ersten Weltkrieg und dem Sieg der sozialistischen Revolution in Russland die Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus begonnen hatte.¹ „Seitdem hat der Kapitalismus seine geschichtliche Initiative verloren und ist in die Defensive geraten.“² Gemeint war eine umfassende System- und Gesellschaftskrise, die alle Bereiche des Lebens, der Wirtschaft, Politik, Kultur und Ideologie erfasste und somit die internationalen Klassenkampfbedingungen umfänglich prägte.

Zentraler theoretischer Hintergrund der Bestimmung der allgemeinen Krise und der Faschismusdiskussion ab den 20er Jahren bildete das Verständnis vom Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus, das Lenin in seiner berühmten Broschüre von 1916 kondensiert dargestellt hatte. Der Kapitalismus der freien Konkurrenz hatte sich zum Monopolkapitalismus entwickelt. Das Monopol, das seinem Wesen nach aggressiv ist und nach Ausdehnung seiner ökonomischen und politischen Macht im Innern und nach außen drängt, war zum bestimmenden Merkmal des Kapitalismus geworden und drückte auch dem kapitalistischen Staat seinen Stempel auf. Mit der enormen Steigerung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion drängte die kapitalistische Entwicklung bereits zum Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen. Das Entwicklungsstadium des Imperialismus leitete die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ein. Für die Diskussion um das Verhältnis zwischen faschistischen Parteien und dem Staat einerseits und der Frage der Klassenbasis des Faschismus andererseits kommt die Debatte, die in und um die KomIntern geführt wurde, wie wir sehen werden, wiederholt auf die zentrale Bedeutung des Verständnisses vom Imperialismus zurück.

In der durch die Oktoberrevolution eingeleiteten Periode zugespitzter Klassenkämpfe blieb der Faschismus an der Macht, um die 1920er Jahre keineswegs eine auf Italien beschränkte Erscheinung. 1918/19 wütete der weiße Terror in Finnland (Mannerheim) und Ungarn (Horthy), am 9. Juni 1923 beseitigte ein militärfaschistischer Umsturz die bürgerlich-demokratische Regierung in Bulgarien, am 13. September 1923 wurde unter Miguel Primo de Rivera eine Herrschaft in Spanien errichtet, die in der KomIntern als „Kleriko-Faschis-

1 VI. Weltkongress der KI: *Programm der Kommunistischen Internationale*, Verlag Carl Hoym Nachfolger, Hamburg-Berlin, 1928, S.17f.

2 Lewerenz, Elfriede: *Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale*, Dietz Verlag, Berlin, 1975, S. 5

mus“ bezeichnet wurde, 1926 errichtete in Polen nach einem Staatsstreich Józef Piłsudski ein Terrorregime.

Die Analysen und Debatten in der KomIntern bezogen sich direkt auf diese politischen Entwicklungen. Über Wesen und Charakter des Faschismus wurde insofern keineswegs abstrakt gestritten. Das Allgemeine am Faschismus wurde versucht, auf Grundlage konkret-historischer Beobachtungen, im Verlauf einer intensiven, kontroversen Auseinandersetzung und mit Verweis auf die vielfältigen nationalen Besonderheiten des Faschismus herauszuschälen, immer mit der Absicht, auf der Grundlage genauer Analysen des Klassencharakters des Faschismus Kampforientierungen zu bestimmen. Die Faschismuskonversation aus diesem historischen Kontext zu lösen, birgt insofern die Gefahr, diese tief in den Kämpfen verwurzelte Seite der Debatte abzulösen und einen theoretischen, „reinen“ Begriff vom Faschismus bilden zu wollen, um ihn gewissermaßen als Schablone mit Verhältnissen der Gegenwart abzugleichen. Uns interessieren an der Debatte der KomIntern allerdings nicht lediglich ihre Ergebnisse, sondern auch ihr Weg, ihre Verschmelzung mit dem Klassenkampf, die in ihrer Gänze eine Haltung und Herangehensweise an das Problem des Faschismus nahelegen, die für uns heute als Vorbild dienen kann.

Die KomIntern führte diese theoretische und praktisch-politische Auseinandersetzung mit dem Faschismus in einem Moment, in dem die kommunistische Bewegung sich in harten Kämpfen von der reformistischen Sozialdemokratie emanzipierte. Die dritte Internationale wurde im März 1919 als Reaktion auf das Hinübertreten der Parteien der zweiten Internationale auf die Seite des Imperialismus gegründet. Nicht nur das Hineinführen der europäischen Arbeiterklassen in das Völkerschlachten des Ersten Weltkriegs, sondern insbesondere auch ihre entscheidende Rolle bei der Zerschlagung der revolutionären Welle nach 1917 und ihre Feindschaft zur Sowjetunion hatten ihren Klassenstandpunkt bewiesen. Weltweit gründeten sich eigenständige kommunistische Parteien, in denen sogleich eine Vielzahl an praktischen und theoretischen Fragen der Strategie und Taktik bewältigt werden mussten. Auseinandersetzungen wurden nicht nur gegen den Reformismus der Sozialdemokratie geführt. In der größten Sektion der KomIntern außerhalb Russlands, der KPD, wurden über die gesamte Phase von ihrer Gründung 1919 bis 1935 heftige innerparteiliche Kämpfe gegen Dogmatismus und sektiererische, ultralinke Positionen ausgetragen. Die Debatte um den Faschismus war verwoben mit ebendiesen Auseinandersetzungen und konnte es wohl auch nicht anders sein, ging es doch um das Finden und stetige Aktualisieren einer Gesamtstrategie der Arbeiterbewegung.

Auf viele wichtige Aspekte des historisch-politischen Kontexts können wir in diesem kurzen Text nicht eingehen. Es ist eine internationale Debatte, gestritten wurde mit Vertretern der Sozialdemokratie und zwischen einer Vielzahl führender Kommunisten im Umfeld der KomIntern. Wir müssen uns notwendigerweise auf Schlaglichter und Kernprobleme der Faschismuskonversation beschränken. Zum einen ist das die klassenmäßige Bestimmung des Faschismus, das heißt die Frage, wer die soziale Triebkraft hinter dem Faschismus ist, wie die Beziehung zwischen Imperialismus und Faschismus einzuschätzen ist und wie das Verhältnis zwischen Massen- und Klassenbasis bestimmt wurde. Insbesondere blicken wir hier auch auf die Diskussion, die um die sogenannte „Bonapartismustheorie“ geführt wurde. Zum anderen schauen wir auf Debatten über das Verhältnis des Faschismus zur bürgerlich-demokratischen Ordnung und insbesondere zur Sozialdemokratie, wobei die Frage des „Sozialfaschismus“ besonders in den Blick genommen werden soll. Zuletzt sollen die Schlussfolgerungen, das heißt Kampforientierung, betrachtet werden, die aus der Analyse des Faschismus gezogen wurden und in der Orientierung auf die Volksfrontpolitik kulminieren. Die Beispiele antifaschistischer Politik bleiben notwendig schlaglichtartig und fokussieren die Erfahrungen aus Deutschland. Insgesamt wird der rote Faden vom IV. über den V. und VI. bis zum VII. Weltkongress der KI gespannt, ohne dass wir der Diskussion streng chronologisch folgen.

|| Massen- und Klassenbasis des Faschismus

„Der besondere Charakter des Faschismus kann nur definiert werden, indem man seine Klassenbasis, das System der Klassenbeziehungen, innerhalb deren er sich entwickelt und wirkt, und die Klassenrolle, die er spielt, bloßlegt. Nur so kann der Faschismus in seiner konkreten Wirklichkeit, die einer gegebenen historischen Entwicklungs- und Niedergangsstufe des Kapitalismus entspricht, gesehen werden.“³ – R. Palme Dutt, 1934

3 Palme Dutt, Rajani: *Faschismus und soziale Revolution*, Materialismus Verlag, Frankfurt 1972, S. 75. R. Palme Dutt nahm an der Gründung der Kommunistischen Partei Großbritanniens (1920) teil und war mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten über mehrere Jahrzehnte eine zentrale Führungsfigur der Partei.

Faschistische Entwicklung und Faschismuskussion im Anfangsstadium

Ausgangspunkt für die Arbeiterbewegung zur Analyse der neuen Erscheinung des Faschismus musste die kapitalistische Klassengesellschaft sein. Faschistische Parteien wurden aus den Klassenauseinandersetzungen geboren und nahmen darin eine konkrete politische, d.h. klassenmäßige Rolle ein. Nicht ihre Ideologie konnte somit Ansatzpunkt dafür sein, um zu verstehen, was der Faschismus war, sondern nur die praktisch-politische Rolle, die die Faschisten im Klassenkampf spielten. Die Frage der klassenmäßigen Bestimmung blieb für das grundsätzliche Verständnis vom Faschismus die Kernfrage, um die fast alle zentralen Kontroversen kreisten. Welche Klassen stecken hinter dem Faschismus? Wie ist das Verhältnis zwischen Monopolbourgeoisie und faschistischer Partei zu verstehen? Was bedeutet das für die Analyse der sozialen Basis, der Unterstützer und Mitglieder der faschistischen Bewegung? Bereits der IV. Weltkongress nahm 1922 hierzu eine wesentliche Bestimmung vor:

„Im engsten Zusammenhang mit der Offensive des Kapitals auf ökonomischem Gebiet steht die politische Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft, wie sie sich am krassesten im internationalen Faschismus äußert. [...] Sie (die Bourgeoisie, KO) geht deshalb dazu über, sich überall besondere weiße Gardien zu schaffen, die sich speziell gegen alle revolutionären Bestrebungen des Proletariats richten und mehr und mehr der brutalen Niederschlagung jedes Versuches der Arbeiterschaft, ihre Lage zu verbessern, dienen.“⁴

Die Dialektik aus Defensive und Offensive, die sich im Faschismus ausdrückt, ist hier bereits aufgehoben. Die Bourgeoisie agiert aus einer strategischen Defensivsituation, ihrer umfassenden Krise, mit einer politischen Offensive – dem Faschismus (siehe hierzu auch Kapitel II, „Das Verhältnis von Faschismus und Monopolkapital“). In den Thesen des IV. Weltkongresses wurde der Faschismus auch als „die letzte Karte im Spiele der Bourgeoisie“ bezeichnet, die sich „gegen die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie überhaupt“ richte. Als wesentlicher Inhalt des Faschismus wurde die gewaltsame Zerschlagung der Arbeiterbewegung zum Machterhalt der Bourgeoisie, nicht nur in Italien, sondern im Sinne des internationalen Klassenkampfes, bestimmt. Am Beispiel Italiens wurde gezeigt, dass die Faschisten sich neben konterrevolutio-

4 IV. Weltkongress der KI: *Thesen: Über die Taktik der KomIntern*, 1922, Online: 321ignition.free.fr/pag/de/lin/pag_003/1922_12_05_KI_IV_Thesen_Taktik.htm (aufgerufen: 02.04.2025)

nären Kampfverbänden mit Hilfe sozialer Demagogie eine Massenbasis aus den Kreisen der Bauern, Kleinbürger und gewissen Teilen der Arbeiterschaft aufgebaut hatten.

Eine der bekanntesten frühen Analysen des Faschismus gab Clara Zetkin 1923 auf einem Plenum des EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale). Sie bezeichnet den Faschismus als „Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie in diesem Augenblick“. Zetkin hob zwei allgemeine Wesenszüge hervor ein scheinrevolutionäres Programm, mit dem die Faschisten an Stimmungen und Interessen der breitesten sozialen Massen anknüpften, und die Anwendung gewaltsamsten Terrors. Mit der massiven Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterklasse, der Intelligenz und des Kleinbürgertums verlor „die milde, bürgerfriedliche Predigt der Reformsozialisten ihre einschläfernde Wirkung auf das Proletariat“.

„Die Bourgeoisie kann die Sicherheit ihrer Klassenherrschaft nicht mehr von den regulären Machtmitteln ihres Staates allein erwarten. Sie braucht dafür eine außerlegale, außerstaatliche Machtorganisation. Eine solche wird ihr gestellt durch den bunt zusammengewürfelten Gewalthaufen des Faschismus. Deshalb nimmt die Bourgeoisie nicht nur mit Kußhand die Dienste des Faschismus an und gewährt ihm weiteste Bewegungsfreiheit im Gegensatz zu all ihren geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen. Sie geht weiter, sie nährt und erhält ihn und fördert seine Entwicklung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln des Geldschranks und der politischen Macht.“⁵

Besonders interessant an dem Zitat ist der Zusammenhang aus herrschender Klasse und faschistischer Bewegung. Die Faschisten gewannen mit ihrer „skrupellosen demagogischen Agitation“ eine „tausendköpfige Masse“ von „politisch Obdachlosen, sozial Entwurzelten, Existenzlosen und Enttäuschten“. Aber erst die Bourgeoisie ermöglichte der faschistischen Bewegung diese wachsende politische Bedeutung.

Zetkin nahm eine sehr genaue Analyse der Klassenverhältnisse und der Entwicklung des Kapitalismus in Italien vor. Auf dieser Basis kam sie zum Schluss, dass der Widerspruch aus Klassen- und Massenbasis zur Achillesferse des Faschismus werden müsse. Dass also die Unterstützer der Faschisten sich gegen ihn stellen würden, sobald er in zunehmender Weise sein wahres

5 Zetkin, Clara: *Der Kampf gegen den Faschismus*, Bericht auf dem erweiterten Plenum des EKKI, 1923, Online: marxists.org/deutsch/archiv/zetkin/1923/06/faschism.htm (aufgerufen: 03.05.2025).

politisches Programm offenbart, und der Faschismus insofern nur ein vorübergehendes Instrument der Bourgeoisie sein könne: „Der Faschismus ist ein zwiespältiges Gebilde, das verschiedene gegensätzliche Elemente umschließt und sich deshalb von innen heraus zersetzen und auflösen wird.“⁶ Keineswegs leitete Zetkin daraus allerdings eine passive Haltung der Arbeiterklasse ab. Zur Frage der Strategie weiter unten noch mehr. In der beschlossenen Resolution der EKKI-Tagung finden sich wesentliche Bestimmungen von Zetkin wieder.⁷ Zudem wurde darin die wachsende internationale Kriegsgefahr durch den Faschismus betont.

Elfriede Lewerenz, die in den 1970er Jahren in der DDR umfassend über die Faschismusdebatte der KomIntern geforscht hatte, resümierte, dass die frühe Analyse der KomIntern, wenngleich sie das imperialistische Wesen des Faschismus richtig erkannt hatte, doch unterkomplex bleiben musste, weil auch der Faschismus selbst noch relativ unterentwickelt war.

„Es zeigte sich, daß der Faschismus nicht die „letzte Karte im Spiel der Bourgeoisie“ war und nicht nur zu immer tieferem Zerfall des kapitalistischen Systems führen konnte, sondern daß auch im faschistischen Italien Anzeichen einer Stabilisierung des Kapitalismus zu verzeichnen waren.“⁸

Der V. Weltkongress (1924) unterschied in seiner Resolution über den Faschismus deutlicher zwischen der vornehmlich kleinbürgerlichen Massenbasis einerseits und der Durchsetzung der Interessen der Bourgeoisie mit Hilfe des Faschismus andererseits:

„Der Faschismus ist das Instrument der Bourgeoisie im Kampf gegen das Proletariat, für dessen Niederringung die legalen Mittel des Staates nicht mehr ausreichen ... In seiner sozialen Struktur ist der Faschismus jedoch eine kleinbürgerliche Bewegung; er wurzelt in den durch die Krise des Kapitalismus dem Untergang geweihten Mittelschichten und in den durch den Krieg deklassierten Elementen (z. B. den ehemaligen Offizieren), zum

6 Ebd.

7 Siehe hierzu die Resolution über den Faschismus (auf Englisch), Online: marxists.org/archive/zetkin/1923/06/fascism-report-comintern.htm (aufgerufen: 03.05.2025)

8 Lewerenz, Elfriede: *Zur Bestimmung des imperialistischen Wesens des Faschismus durch die Kommunistische Internationale (1922 bis 1935)*. In: Eichholtz, Dietrich (Hrsg.); Gossweiler, Kurt (Hrsg.): *Faschismus Forschung*, Akademie-Verlag, Berlin, 1980, S.28

*Teil auch in den verbitterten proletarischen Elementen, deren revolutionäre Hoffnungen enttäuscht wurden.*⁹

Das vom VI. Weltkongress (1928) verabschiedete Programm der KI bezeichnete den Faschismus als „terroristische Diktatur des Großkapitals“, hob die Funktion des Faschismus zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion hervor und zog eine Verbindung zwischen dem Faschismus in der imperialistischen Peripherie und imperialistischen Kernländern, wobei sich interessante Parallelen zu der aktuellen Diskussion über den Faschismus auf Export (siehe Kapitel IV) ergeben:

*„Die großen imperialistischen Mächte unterstützen den Faschismus in Südosteuropa, Polen und Rumänien als wichtiges Instrument bei der Vorbereitung und Durchführung des imperialistischen Krieges, insbesondere gegen die UdSSR.“*¹⁰

Die Bonapartismustheorie: Das Kleinbürgertum und die Verselbständigung des Staates

1928 schrieb der deutsche Kommunist August Thalheimer, kurz vor seinem Ausschluss aus der KPdSU, den Text „Über den Faschismus“ als internes Dokument für die KomIntern. Veröffentlicht wurde die Schrift 1930 von der, unter anderem von Thalheimer 1929 gegründeten, Kommunistischen Partei-Opposition (KPO). Es ist die prägnanteste Anwendung der Bonapartismustheorie auf den Faschismus. Mit einem Rückgriff auf die von Marx verfasste Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ von 1852, in der Marx den Staatsstreich und die ihn umgebenden Klassenkämpfe Frankreichs scharf untersucht hatte, bestimmte Thalheimer, ohne Bonapartismus und Faschismus einfach gleichzusetzen, grundlegende Merkmale des Faschismus.

„Der gemeinsame Nenner ist die offene Diktatur des Kapitals. Ihre Erscheinungsform ist die Verselbständigung der Exekutivgewalt, der

9 V. Weltkongress der KomIntern: *Resolution on fascism* (eigene Übersetzung), aus: Degras, Jane: *The Communist International 1919-1943 Documents. Volume II 1923-1928*, S. 139, Online: marxists.org/history/international/comintern/documents/volume2-1923-1928.pdf (aufgerufen: 03.05.2025).

10 VI. Weltkongress der KomIntern: *The struggle against imperialist war & the tasks of the communists* (eigene Übersetzung), aus: Workers Library Publishers, 1932 New York City, S. 5, Online: marxists.org/history/international/comintern/6th-congress/4-Struggle%20vs%20Imperialist%20War-6th-World-Cong-1928.pdf (aufgerufen: 03.05.2025).

*Vernichtung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und die politische Unterwerfung aller übrigen Gesellschaftsklassen unter die Exekutive. Ihr sozialer oder klassenmäßiger Inhalt aber ist die Herrschaft der Bourgeoisie und der Privateigentümer überhaupt über die Arbeiterklasse und alle anderen kapitalistisch ausgebeuteten Schichten.*¹¹

Um ihre soziale Herrschaft zu sichern, müsse die Bourgeoisie in Zeiten einer Krise ihre politische Herrschaft aufgeben. Die Exekutivgewalt des Staates ver selbstständige sich. Deklassierte, „sozial entwurzelte, von der unmittelbaren Produktion ausgestoßene parasitische Elemente aller Klassen“ bilden nach Thalheimer, wie schon in der „Dezemberbande“ von Louis Bonaparte, die soziale Basis der faschistischen Partei. Politische Herrschaft des Kleinbürgertums zur Durchsetzung der Interessen der Großbourgeoisie ist der Kern der Analyse des Faschismus nach Thalheimer. Einige andere wichtige Akteure der Zeit, wie Leo Trotzki oder Otto Bauer, kamen zu ähnlichen Schlussfolgerungen und bezogen sich teilweise auch auf die Bonapartismusthese. Damit wurde die Debatte um die Klassenbeziehungen des Faschismus zugespitzt. Zwar benannte Thalheimer im Entwicklungsstand des Kapitalismus, einerseits Kapitalismus der freien Konkurrenz, andererseits monopolistischer Kapitalismus/Imperialismus, einen wesentlichen Unterschied zwischen Bonapartismus und Faschismus; allerdings setzten viele folgende Kritiken an genau diesem Punkt an. So beispielsweise Palmiro Togliatti in seinen „Lektionen über den Faschismus“ von 1935:

*„Diese These, die das Steckenpferd des Trotzkiismus ist, stammt aus einigen Aussagen von Marx (in „Der 18. Brumaire“ usw.) und Engels; aber die Analysen von Marx und Engels, die zu dieser Zeit für die Entwicklungsphase des Kapitalismus gültig waren, werden falsch, wenn sie heute, im Zeitalter des Imperialismus, mechanisch angewendet werden.“*¹²

Zentrales Gegenargument war, dass Thalheimer mit der Trennung von sozialer und politischer Herrschaft die Entwicklung hin zum staatsmonopolistischen Kapitalismus übergehe. Der imperialistische Staat wurde in direkterer Weise

11 Thalheimer, August: *Über den Faschismus*, 1928, Online: marxists.org/deutsch/archiv/thalheimer/1928/xx/fasch.htm (aufgerufen: 03.05.2025)

12 Togliatti, Palmiro: *Lectures on fascism* (eigene Übersetzung), International Publishers, New York 1935, S. 3, Online: archive.org/details/LecturesOnFascism/page/n1/mode/2up (aufgerufen 03.05.2025). Palmiro Togliatti war Gründungsmitglied der KP Italien, übernahm in seinem Exil in der Sowjetunion führende Verantwortung in der KomIntern und war ab 1947 Generalsekretär der KPI.

in den Reproduktionsprozess des Kapitals einbezogen. Die Macht des Staates und des Monopolkapitals verschmolzen miteinander. Die Anwendung der Bonapartismustheorie auf den Faschismus nehme angesichts dieser Entwicklung eine unzulässige Trennung von Ökonomie und Politik vor. Gegen die Idee der Verselbständigung der Exekutive wurde, ähnlich wie Zetkin das oben bereits angedeutet hatte, zudem eingewandt, dass die faschistischen Kräfte unter den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie wachsen konnten. So schrieb R. Palme Dutt in seiner bekannten Schrift „Faschismus und soziale Revolution“ von 1934 beispielsweise:

„Überdies kann sich der Faschismus nur unter dem direkten Schutz der bürgerlichen Diktatur ausbreiten, und nur die bewahrt ihn davor, schon in den Anfangsstadien durch die Bewegung der Arbeiter vernichtet zu werden. Der Faschismus kann auf die Hilfe des größeren Teils der Staatsgewalt, der höheren Stäbe der Armee, der Polizeiorgane, der Gerichte und der Behörden rechnen, die alle ihre ganze Kraft aufbieten, um die Opposition der Arbeiterklasse zu zerschmettern, während sie die faschistischen Ungesetzlichkeiten mit offener Duldung behandeln.“¹³

Zugespitzt ging es bei der Kontroverse, die auch nach 1945 unter den Schlagworten „Bündnis- vs. Agententheorie“ unter anderem zwischen Reinhard Kühnl und Reinhard Opitz fortgeführt wurde, um das Verhältnis des Monopolkapitals zum Faschismus, und damit letztlich um das Verhältnis des Monopolkapitals zum Staat überhaupt (siehe auch Kapitel II unter „Das Verhältnis von Faschismus und Monopolkapital“). Weitgehende Einigkeit bestand in der Feststellung, dass die soziale Massenbasis faschistischer Parteien zu relevanten Teilen im Kleinbürgertum lag. Wie eigenständig agierten die faschistischen Organisationen allerdings tatsächlich vom Monopolkapital bzw. wie direkt nahm das Monopolkapital Einfluss auf die faschistischen Kräfte und den faschistischen Staat in dem Moment, als der Faschismus an die Macht kam? Trotzki vertrat die Ansicht, dass das Finanzkapital nicht in der Lage gewesen sei, sich eine Regierung nach Belieben zu schaffen. Der Bonapartismus trete also letztlich als eine Art dritte Instanz auf, um die Herrschaft des Finanzkapitals zu retten und es nach einer Übergangsperiode wieder an die Macht zu holen. Georgi Dimitroff kam in seinem berühmten Referat zum VII. Weltkongress 1935 zu einem scharfen und eindeutigen Urteil in dieser Frage.

13 Palme Dutt, *Faschismus und soziale Revolution*, S. 80

„Der Faschismus ist nicht eine Form der Staatsmacht, die angeblich „über beiden Klassen, dem Proletariat und der Bourgeoisie steht“, wie das z.B. Otto Bauer behauptet hat. Das ist nicht das „aufständische Kleinbürgertum, das von der Staatsmaschine Besitz ergriffen hat“, wie der englische Sozialist Brailsford erklärt. Nein, der Faschismus ist keine über den Klassen stehende Macht und keine Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst.“¹⁴

Die Analyse des Verhältnisses von Massen- und Klassenbasis des Faschismus war keine Detailfrage, sondern entscheidend dafür, um zu bestimmen, gegen wen die Arbeiterbewegung letztlich ihren Kampf richten sollte: gegen das Kleinbürgertum bzw. eine sich verselbständigende Exekutivgewalt oder gegen die Monopolbourgeoisie.

Die reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals

Dimitroff wiederholte bekanntermaßen in seinem Referat die knappe klassenmäßige Bestimmung des Faschismus, die bereits das XIII. EKKI-Plenum im Dezember 1933 fasste und an dem Dimitroff aufgrund seiner Anklage im Reichstagsbrandprozess in Deutschland selbst nicht teilnehmen konnte.

„Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist [...] die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“¹⁵

Mit dem Zusatz „Faschismus an der Macht“ ergänzte Dimitroff die Formulierung des XIII. EKKI-Plenums und brachte die Unterscheidung zwischen faschistischer Bewegung oder Tendenz einerseits und faschistischer Herrschaftsform andererseits zum Ausdruck. Die Zuspitzung auf die „reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ wurde auf Grundlage der Erfahrungen in Deutschland getroffen. In seinen Analysen für die KomIntern wies der marxistische Ökonom Eugen Varga nach, dass besonders die Schwerindustrie und das Junkertum in Deutschland auf die Anwendung faschistischer Herrschaftsmethoden orientiert waren,

14 Dimitroff, Georgi: *Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale*, 1935, Online: marxists.org/deutsch/referenz/dimitroff/1935/bericht/ch1.htm (aufgerufen: 03.05.2025)

15 Ebd.

wohingegen sich Monopolgruppen der Konsumgüterindustrie und des Handels, die hinter der Politik des Zentrums und der Sozialdemokratie standen, zögerlich-schwankend verhielten.¹⁶ Wilhelm Pieck stellte dazu auf dem XIII. Plenum des EKKI fest:

„Der Klasseninhalt der faschistischen Diktatur in Deutschland wird durch die Zusammensetzung des ‘Generalrats der Wirtschaft’ demonstriert. Von den 16 Personen in dieser eigentlichen Regierung über Deutschland sind 9 Großindustrielle (fast ausschließlich Vertreter des Monopolkapitals), 4 Bankfürsten und 2 Großagrarier.“¹⁷

Teil des Generalrats waren u.a. Krupp, Thyssen, Siemens, Vögler (Vereinigte Stahlwerke), Bosch, Diehn (IG-Farben), von Finck (Präsident des Bankier-Zentralverbandes) und andere. Lewerenz macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass in der Erfüllung der Gesamtinteressen des Kapitals einerseits und den Sonderinteressen bestimmter Teile des Monopolkapitals andererseits eine Wesenseigenschaft des imperialistischen Staates liege.

„Die KI wies hier auf den Differenzierungsprozeß innerhalb der Bourgeoisie hin, der dem staatsmonopolistischen Kapitalismus im allgemeinen und dem Faschismus im besonderen wesenseigen ist. Damit deutet sie schon an, daß staatsmonopolistische Maßnahmen neben der vorrangigen Aufgabe, die Interessen der herrschenden Klasse als Ganzes zu sichern, immer verbunden sind mit der Stärkung der Position bestimmter Vertreter und Fraktionen der Monopole.“¹⁸

Die oben zitierte Formulierung bei Dimitroff, wonach der Faschismus „die Macht des Finanzkapitals selbst“ sei, löst bis heute kontroverse Debatten aus. Ist das Verhältnis von Kapital und Staat darin vereinfacht gefasst? Die zugespitzten Formulierungen im Referat von Dimitroff reagieren auf bestimmte Debatten und müssen im Kontext der auch hier kurz beschriebenen Kontroverse über die Massen- und Klassenbasis des Faschismus verstanden werden. Die KomIntern orientierte die Hauptrichtung des Kampfes gegen den Faschis-

16 Vgl. Lewerenz, *Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale*, 24f.

17 Pieck, Wilhelm: *Bericht über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands*, XIII. Plenum des EKKI (Dezember 1933), Moskau-Leningrad, 1934, S.23

18 Lewerenz: „Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale“, S. 27

mus unmissverständlich gegen das Monopolkapital. Darüber hinaus beschrieb Dimitroff den konkreten Prozess der Machtübertragung an die Faschisten in seinem Referat bereits durchaus nuancierter.

„Genossen, man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so simpel und glatt vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß faßt, an diesem und diesem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten. In Wirklichkeit gelangt der Faschismus gewöhnlich zur Macht im gegenseitigen, zuweilen scharfen Kampf mit den alten bürgerlichen Parteien oder mit einem bestimmten Teil dieser Parteien, im Kampf sogar innerhalb des faschistischen Lagers selbst, der manchmal bis zu bewaffneten Zusammenstößen führt, wie wir das in Deutschland, Österreich und anderen Ländern gesehen haben.“¹⁹

|| Über das Verhältnis von Faschismus zur Demokratie

Hintergrund der „Sozialfaschismusthese“

Nachdem die zweite Internationale bereits 1914 entscheidend dafür war, um die Arbeiterklassen Europas auf die Schlachtbank des imperialistischen Krieges zu führen, erlebten die Kommunisten in der revolutionären Etappe ab 1917 erneut die explizit konterrevolutionäre Funktion, die die sozialdemokratischen Führungen bereitwillig spielten. Otto Bauer, in der Zeit selbst stellvertretender Parteivorsitzender der österreichischen Sozialdemokratie, gestand das im Rückblick auf die revolutionäre Bewegung von 1918 selbst offen ein.

„Die Armee fühlte, daß sie der Träger der Revolution war, die Avantgarde des Proletariats. [...] ‚Diktatur des Proletariats‘, ‚Alle Macht den Räten‘ war das, was man in den Straßen hören konnte [...]. Keine bürgerliche Regierung hätte mit einer solchen Aufgabe fertig werden können. Nur die Sozialdemokraten konnten eine so beispiellos schwierige Situation sicher meistern, weil sie das Vertrauen der arbeitenden Massen besaßen.“²⁰

19 Dimitroff, *Offensive des Faschismus*

20 Otto Bauer zitiert nach Schleifstein, Josef: *Die „Sozialfaschismus“-These*, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/Main 1980, S. 12f.

Die Kommunisten machten die praktische Erfahrung, dass die herrschende Klasse ihre tiefe Krise und das revolutionäre Aufbäumen des Proletariats mal mit Rückgriff auf die Sozialdemokratie, mal mit „weißem Terror“ beantwortete, oder beidem. Anhand vieler Beispiele zeigte sich gar die Verbindung der einen mit der anderen Variante der Herrschaftstechnik. An der Seite der rechten Freikorps organisierte die deutsche Sozialdemokratie 1918/19 die Niederschlagung der Arbeiteraufstände in Deutschland und Österreich. In einem 1921 geschlossenen Geheimvertrag sicherte die rechte Führung der ungarischen Arbeiterpartei dem Horthy-Regime umfassende Unterstützung zu. In Bulgarien beteiligte sich 1923 die sozialdemokratische Partei im faschistischen Kabinett unter Zankow. Auch in Polen verblieb 1926 ein Vertreter der Sozialdemokratie in der Regierung des Pilsudski-Regimes. Ebenfalls 1926 traten in Italien die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in die Dienste Mussolinis und lösten ihre Organisation auf. Während sich in Italien, Bulgarien, Spanien und Polen faschistische Regime formiert hatten, wurden die revolutionären Arbeiterbewegungen in Deutschland (Beteiligungen an Reichsregierungen von 1919 bis 1923), Frankreich (Herriot, Radikale Partei, 1924-25 Premierminister) und Großbritannien (1924 stellte die Labour Party kurzzeitig die Regierung) durch sozialdemokratische Regierungen von oben bekämpft. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist die Einschätzung des „Sozialfaschismus“ zu verstehen, die ab 1924 in der KI vertreten wurde und auf dem V. Weltkongress der KI (1924) am schärfsten formuliert wurde.

„Während die bürgerliche Gesellschaft weiter im Niedergang begriffen ist, nehmen alle bürgerlichen Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie, einen mehr oder weniger faschistischen Charakter an. [...] Faschismus und Sozialdemokratie sind zwei Seiten desselben Instruments der kapitalistischen Diktatur.“²¹

Es war das eine, die Sozialdemokratie selbst als faschistisch zu bezeichnen. Etwas anderes sicherlich, die Herrschaftstechniken der Sozialdemokratie und des Faschismus als komplementäre Instrumente bürgerlicher Herrschaft vorzustellen, wie nochmals etwas deutlicher im Programm der KomIntern von 1928.

21 V. Weltkongress: *Resolution on Fascism*, aus: Degras, Jane: *The Communist International 1919-1943 Documents. Volume II 1923-1928*, S. 139 (eigene Übersetzung).

„Entsprechend der jeweiligen politischen Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie sowohl der faschistischen Methoden als auch der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie, wobei die Sozialdemokratie selbst, besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten, nicht selten eine faschistische Rolle spielt. [...] Faschismus und Koalition mit der Sozialdemokratie sind beide für den normalen Kapitalismus ungewöhnliche Methoden. Sie sind Anzeichen für das Bestehen einer allgemeinen Krise des Kapitalismus und werden von der Bourgeoisie benützt, um den Vormarsch der Revolution zu hemmen.“²²

Die Gemeinsamkeit der Sozialdemokratie und des Faschismus wurde hier vor allem aus der Perspektive der tiefen Krise des Kapitalismus und der revolutionären Klassenkämpfe betrachtet. In diesem entscheidenden Moment des revolutionären Weltprozesses war die Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Politik der sozialdemokratischen Führung wesentlich, weshalb die KomIntern die Sozialdemokratie auch als soziale Hauptstütze des Imperialismus in der Arbeiterklasse bezeichnete.

„Die internationale Sozialdemokratie aller Schattierungen, die Zweite Internationale und ihre gewerkschaftliche Filiale, der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund, sind so zu Reserven der bürgerlichen Gesellschaft geworden, zu ihren sichersten Stützen.“²³

Die Gemeinsamkeit der Sozialdemokratie und des Faschismus in ihrer grundsätzlich konterrevolutionären Funktion wurde selbst aus reaktionären Kreisen erkannt und offen ausgesprochen. So beispielsweise in den „Deutschen Führerbriefen – Politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz“ von 1932:

„Der oft gezogene Vergleich zwischen Hitler und Ebert hat in dieser Hinsicht Gültigkeit. Beide versprachen mit dem Appell an antikapitalistische Befreiungssehnsüchte die Verwirklichung einer neuen - „sozialen“ bzw. „nationalen“ - Volksgemeinschaft.“²⁴

Die Einschätzung der Sozialdemokratie war letztlich für die politische Orientierung der Kommunistischen Parteien entscheidend. War es möglich, trotz ihrer konterrevolutionären Rolle mit Teilen der Sozialdemokratie gegen den

22 VI. Weltkongress, *Programm der KomIntern*, S. 23f.

23 Ebd. S. 22

24 Zitiert nach Palme Dutt, *Faschismus und soziale Revolution*, S. 151

Faschismus zusammenzuarbeiten? Innerhalb der Parteien der KomIntern wurde darüber fortwährend kontrovers diskutiert und in der konkreten Arbeit einzelner Parteigliederungen unterschiedliche Schlüsse im Umgang mit sozialdemokratischen Arbeitern gezogen. Auf dieses Problem wird im letzten Abschnitt dieses Kapitels genauer eingegangen.

Vom Standpunkt der Untersuchung des Faschismus in seinem Platz im Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie und seiner Rolle in der Epoche vom Übergang des Kapitalismus zum Sozialismus waren die Gemeinsamkeiten mit der Sozialdemokratie in Hinblick auf ihr konterrevolutionäres Wirken bestechend. Der Faschismus wurde bestimmt als Form bürgerlicher Herrschaft. Konnte dementsprechend die parlamentarische Demokratie und die faschistische Herrschaft gleichgesetzt werden, oder wurden dennoch qualitative Unterschiede gesehen?

Faschismus: Regierungs- oder Staatsform

Während die Sozialdemokratie hauptsächlich mit der Täuschung und daneben mit der Unterdrückung arbeite, kehre der Faschismus nach R. Palme Dutt das Verhältnis um und priorisiere die Unterdrückung über die Täuschung. Die Sozialdemokratie zerstöre die Arbeiterorganisationen von innen, der Faschismus jedoch von außen. Palme Dutt wies in seiner Schrift von 1934 zudem auf die Krise als materielle Basis dafür hin, dass die herrschende Klasse einen Wechsel von bürgerlicher Demokratie zu faschistischer Herrschaft anstreben müsse. Insbesondere die Schicht der Arbeiteraristokratie, die eine entscheidende Integrationsfunktion in Zeiten der Demokratie übernehme, werde durch die Krise zunehmend zerrieben.

„Wenn der Kapitalismus gezwungen ist, die Basis der Sozialdemokratie zu zerstören, dann ist er ebenso gezwungen, parlamentarische Verfassung in eine nicht-parlamentarische ‘eingeschränkte’ (d. h. Faschistische) Verfassung umzuwandeln.“²⁵

Mit dem Verweis auf die Verfassung deutet Palme Dutt den Wechsel in der Staatsform an. An dieser Frage, ob man lediglich von einem Wechsel der Regierungsform oder eben der Staatsform sprechen könne, entwickelten sich kontroverse Positionen. Während der IV. Weltkongress (1922) noch davon sprach, dass sich „die offene Herrschaft der weißen Garden [...] zugleich gegen

die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie überhaupt“ richte, erkennt Lewerenz in der Formulierung des V. Weltkongresses (1924), die im Faschismus und der Sozialdemokratie zwei Seiten „ein und desselben Werkzeuges der großkapitalistischen Diktatur“ erkannte, ein Abgehen von dieser scharfen Unterscheidung.²⁶ Lewerenz erklärt diese Positionsentwicklung der KI u.a. mit dem konkreten historischen Kontext, „daß die faschistischen Regimes zu Beginn der 20er Jahre im Wesentlichen parlamentarische Formen beibehalten hatten“, wie in Italien bis zur „Matteotti-Krise“ 1924/25.²⁷

Die Frage der Beziehung des Faschismus zur bürgerlichen Demokratie war verbunden mit der Frage, inwiefern der Faschismus überhaupt nur eine Erscheinung in Ländern sein konnte, in denen es schwach entwickelte bürgerlich-demokratische Strukturen gab. Von Teilnehmern des VI. Weltkongresses wurde nach Lewerenz eine Position vertreten, die den Faschismus lediglich als Erscheinung rückständiger Länder betrachtete. Begründet wurde das damit, dass in entwickelten kapitalistischen Ländern auch der Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung und staatlicher Strukturen die Durchsetzung des Faschismus verhindern würden. Eine Vorstellung, die auch in Teilen der Sozialdemokratie verbreitet war. Dagegen unterstrich die Resolution des Kongresses den Zusammenhang aus der Herausbildung des Monopolkapitals, seinem Verwachsen mit dem Staatsapparat einerseits und einer allgemeinen reaktionären Tendenz andererseits. Es wurde zudem festgehalten, „daß der Machtantritt des Faschismus in hochentwickelten kapitalistischen Ländern nicht unbedingt durch einen Putsch erfolgen müsse, sondern daß eine stufenweise Faschisierung des bürgerlichen Staates durch das Monopolkapital wahrscheinlicher sei.“²⁸

Andere Teilnehmer der Konferenz bezeichneten sogleich „alle reaktionären Tendenzen zum Abbau des parlamentarischen Systems und jegliche Anwendung von Terror als Faschismus“ und unterschieden nach Lewerenz damit unzureichend zwischen „gesetzmäßigen faschistischen Tendenzen im Imperialismus und der möglichen faschistischen Machtausübung“.²⁹ Insgesamt kommt Lewerenz für den VI. Weltkongress zu dem Schluss, dass der Faschismus als andere Regierungsmethode, nicht aber als eine andere Staatsform be-

26 Lewerenz, *Zur Bestimmung des imperialistischen Wesens des Faschismus durch die Kommunistische Internationale (1922 bis 1935)*, S. 29.

27 Ebd.

28 Ebd. S. 34.

29 Ebd. S. 33f.

schrieben wurde. Es blieb für die KomIntern ein komplizierter und schmalere Grad, einerseits der Vorstellung eines klassenmäßigen Gegensatzes zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus, die vor allem in Teilen der Sozialdemokratie vertreten wurde und in der sich auch die Auffassung über die Herrschaft des Kleinbürgertums ausdrückte, zu begegnen und andererseits die Unterschiedlichkeit zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie scharf zu fassen.

Dimitroff kam auf dem VII. Weltkongress insbesondere vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Deutschland zu einer deutlichen Formulierung.

„Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie – der bürgerlichen Demokratie – durch eine andere Form – durch die offene terroristische Diktatur.“³⁰

|| Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus

Einheitsfrontpolitik gegen die sozialdemokratische Führung

Im März 1920 versuchten Teile der deutschen Bourgeoisie, die Republik zu stürzen. Bereits hier war die einheitliche Aktion der deutschen Arbeiterklasse, der Generalstreik, zu dem die USPD und SPD aufriefen, entscheidend, um den konterrevolutionären Kapp-Putsch zu verhindern. Die „Nationale Vereinigung“, der mit der Schwerindustrie verbundene reaktionär-militaristische Kern der Putschisten, sah die Zeit gekommen, da man auf die rechten sozialdemokratischen Führer verzichten könne, um eine unverhüllte Diktatur zu errichten, die die Waffen gegen die junge Sowjetunion richten würde. KPD-Mitglieder beteiligten sich umfassend am Widerstand der Arbeiter; eine Mehrheit der Parteizentrale entschied sich zunächst allerdings gegen einen gemeinsamen Streikaufruf mit der SPD. Schon hier zeigte sich die Schwierigkeit der Frage der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, wie es in der in der DDR herausgegebenen Reihe zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung später reflektiert wurde:

30 Dimitroff, *Offensive des Faschismus*

„In dem Aufruf der Zentrale vom 13. März wurde zwar die Notwendigkeit des entschiedenen Kampfes gegen die Militärdiktatur betont, aber es wurde abgelehnt, für die Verteidigung der Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, für die Verteidigung der bürgerlichen Republik zu kämpfen. [...] Der Kapp-Putsch wurde nur als Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse gewertet. [...] Der Aufruf spiegelte Unklarheiten über das Verhältnis des Kampfes um Demokratie und Sozialismus in der KPD wider.“³¹

Einen Tag später, ab dem 14. März, rief auch die KPD-Führung zur gemeinsamen Aktion aller Arbeiter auf. Am 15. März verhinderten die etwa 12 Millionen Arbeiter und Angestellten das Vorrücken der Konterrevolution, wobei die kommunistisch orientierten Teile selbst zum bewaffneten Kampf übergingen und die Forderung zur Verteidigung der Demokratie mit Forderungen zur Ausweitung demokratischer Rechte und der Entwaffnung der Konterrevolution verbanden. Auf dem III. Weltkongress der KomIntern (1921) wurde die Orientierung zur Einheitsfront erstmalig beschlossen. In der Folge wurde der Kampf gegen den Faschismus in die Einheitsfrontpolitik aufgenommen und in den „Thesen über die Taktik der KomIntern“ vom IV. Weltkongress (1922) ausführlich beschrieben.

„Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. [...] Das Wichtigste in der Taktik der Einheitsfront ist und bleibt die agitatorische und organisatorische Zusammenfassung der Arbeitermassen.“³²

Auf Initiative der KI fand im März 1923 die erste internationale antifaschistische Konferenz mit 243 Delegierten, Vertretern kommunistischer und Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und anderer Organisationen in Frankfurt am Main statt. Unter anderem ging es um Formen internationaler Solidarität und die Bildung des antifaschistischen Massensebstschutzes, wie in Deutschland

31 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Band III*, Dietz Verlag Berlin, 1966, S. 268

32 IV. Weltkongress der KomIntern: *Thesen über die Taktik der KomIntern*, 1922, Online: 321ignition.free.fr/pag/de/lin/pag_003/1922_12_05_KI_IV_Thesen_Taktik.htm (aufgerufen: 03.05.2025).

in Gestalt der proletarischen Hundertschaften. Im Juli 1923 rief die KPD zu Demonstrationen für einen ersten „Antifaschistentag“ auf:

„Die KPD ruft die Arbeiter auf, überall Abwehrorganisationen zu bilden, die, wenn nötig, mit Waffen in der Hand einen faschistischen Umsturz verhindern würden. Die Kommunistische Partei hält es für notwendig, in demselben Augenblick, wo sie versucht, die Abwehrfront der Arbeiter, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit, gegen die faschistischen Organisationen des Bürgerkriegs aufzurichten, sich an euch Bauern, Handwerker, Beamte, Festbesoldete, Klein- und Sozialrentner mit dem Aufruf zu wenden: Lasst euch nicht von den Junkern, von den Eisen- und Kohlenbaronen, lasst euch nicht von den Aasgeiern eurer Not als Kanonenfutter gegen die Arbeiterklasse gebrauchen.“³³

Vielerorts gelang an der Basis die Aktionseinheit sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter. Im November 1923 wurde auf Initiative der Kommintern die überparteiliche „Weltliga gegen den Faschismus“ gegründet. Kontakte und Strukturen wurden unter anderem mit Hilfe des Informationsblatts „Chronik des Faschismus“ aufgebaut, in dem durch Analysen und Länderberichte über die Entwicklung und das Wesen der faschistischen Bewegungen aufgeklärt werden sollte.³⁴

In Übereinkunft mit dem EKKI wurden im Oktober 1923 in Sachsen und Thüringen Arbeiterregierungen aus linken Sozialdemokraten und Kommunisten gebildet, um den entschiedensten „Kampf gegen den Faschismus, Revanchepolitik, Reaktion und die verfassungswidrige Militärdiktatur“ zu organisieren, wie es im Thüringer Regierungsprogramm hieß, und den Kampf um die Macht vorzubereiten.³⁵ Dimitroff kritisierte 1935 in seinem Referat rückblickend die Regierungen, die es versäumten, die Arbeiter zu bewaffnen und ihre soziale Lage zu verbessern, und sich stattdessen verhielten „wie gewöhnliche parlamentarische Minister ‘im Rahmen der bürgerlichen Demokratie’“.³⁶ Trotz des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 und dem drohenden Vorrücken der Reichswehr zur Zerschlagung der Arbeiterregierungen behielten ihre sozialdemokratischen Mitglieder eine abwartende Stellung. Die KPD

33 Schneider, Ulrich: *Die „Antifaschistische Weltliga“ von 1923/24*, Neue Impulse Verlag, Essen 2024, S. 18

34 Vgl. ebd. S. 30f.

35 Institut für Marxismus-Leninismus, *GdAB Band III*, S. 424.

36 Dimitroff, *Offensive des Faschismus*

konnte sich mit der sofortigen Orientierung auf den Generalstreik im Herbst 1923 nicht durchsetzen. „Die Kommunisten, alle revolutionären Arbeiter in ganz Deutschland warteten vergeblich auf das Signal zum Kampf.“³⁷

Passives Abwarten, Orientierung auf Wahlen, legalistische Illusionen und die Politik des kleineren Übels zur Abwehr faschistischer Kräfte, gemischt mit diffusen und antikommunistischen Vorstellungen über den Faschismus, bestimmten die Haltung der SPD-Führung über die Zeit der Weimarer Republik. 1924 sagte Arthur Crispian auf dem Berliner Parteitag der SPD: „Der Bolschewismus endet im Faschismus. Das sehen wir in Ungarn, in Italien und auch in Russland, wo im Grunde nichts anderes als der Faschismus wütet.“³⁸ Noch 1931 sagte Otto Wels in seiner Eröffnungsrede des SPD-Parteitags: „Bolschewismus und Faschismus sind Brüder“.³⁹ Der Berliner Blutmai von 1929 oder auch die Tolerierungspolitik gegenüber der Brüning-Regierung von 1930-32 fütterten die Sozialfaschismusthese in den Reihen der KPD und legten die Einheitsfrontpolitik auf eine Aktionseinheit „von Unten“ fest. Die KPD orientierte auf den Massenkampf. Am 25. Mai, nach einem Angriff der Fraktion der NSDAP auf Wilhelm Pieck und die Kommunisten im Reichstag, rief die KPD zur Bildung der Antifaschistischen Aktion auf. Die neu gebildete Regierung unter Franz von Papen fiel ab Juni 1932 zusammen mit dem sich nähernden Tiefpunkt der Wirtschaftskrise. Die Angriffe auf die Arbeiterklasse und ihre Organisationen wurden von Seiten der Regierung mit Notverordnungen und Zwangsmaßnahmen nochmals gesteigert. Intensiver wurde das einheitliche Agieren der Arbeiterparteien an der Basis. In diesem Kontext richtete das ZK der KPD am 20. Juli 1932 einen direkten Appell an die Führung der SPD und die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung, zum gemeinsamen Generalstreik aufzurufen. Die Sozialdemokraten lehnten ab. Selbst das Angebot zum gemeinsamen Aufruf für den Generalstreik nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 wurde von den Sozialdemokraten ausgeschlagen. Rudolf Breitscheid brachte am 31. Januar 1933 die Verfassungskonformität der SPD auf den Punkt.

37 Institut für Marxismus-Leninismus, *GdAB Band III*, S. 428.

38 Schleifstein, *Die Sozialfaschismusthese*, S. 45.

39 Ebd. S. 46.

„Wenn Hitler den Weg der Verfassung beschreitet, steht er an der Spitze einer Rechtsregierung, die wir bekämpfen können und müssen, mehr noch als die früheren; aber es ist dann eben eine verfassungsmäßige Rechtsregierung.“⁴⁰

Noch im Mai 1933, kurz vor ihrem eigenen Verbot im Juni, gab die SPD-Führung ihre Zustimmung zur Außenpolitik Hitlers im Reichstag. Diese Beispiele der fortschreitenden Kapitulationspolitik der SPD waren entscheidend dafür, dass auch das XIII. EKKI-Plenum (Dezember 1933) die Sozialdemokratie weiterhin als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bezeichnete.

Elfriede Lewerenz und auch Kurt Gossweiler reflektieren mit historischem Abstand scharf die Fehler der KPD in dieser entscheidenden Phase des Kampfes gegen den Faschismus, aber auch über die Zeit der Weimarer Republik hinweg und erkennen beide letztlich sowohl eine verhängnisvolle Unterschätzung der faschistischen Gefahr als auch die Überschätzung der revolutionären Kräfte, wie sie sich beispielsweise auf der 3. Parteikonferenz der KPD im Oktober 1932 noch offen zeigten.

„Gegenwärtig besteht eine andere Gefahr, die der Überschätzung des Faschismus, die Auffassung, als ob die faschistische Diktatur eine Konsolidierung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie darstelle.“ [...] „Soviel ist jedenfalls klar: das deutsche Proletariat kann in die schweren und gewaltigen Klassenschlachten der nächsten Zukunft mit fester, kampfbereitester Zuversicht, mit einer revolutionären Perspektive marschieren!“⁴¹

Auch das XIII. EKKI-Plenum kam noch zu dem Schluss, dass „die faschistische Diktatur in Deutschland ‘gegen eine unbesiegte Arbeiterklasse’ errichtet worden sei, die nur vorübergehend zurückweiche, sich aber wieder zum Angriff sammle.“⁴²

Mit der Einheitsfront zur Volksfrontpolitik der Komintern

Auch Dimitroff reflektierte 1935 in seinem Referat auf dem VII. Weltkongress scharf die „Unterschätzung der faschistischen Gefahr, die auch bis auf den

40 Ebd. S. 77.

41 Zitiert nach Gossweiler, Kurt: *Zur Strategie und Taktik der SPD und KPD in der Weimarer Republik*, 1957, Online: kurt-gossweiler.de/zur-strategie-und-taktik-der-spd-und-kpd-in-der-weimarer-republik-april-bis-juni-1957/ (aufgerufen: 03.05.2025).

42 Lewerenz, *Die Analyse des Faschismus durch die KI*, S. 36.

heutigen Tag nicht überall liquidiert ist.“⁴³ Er betont hingegen, dass „vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsstufen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern“ und diese bereits aufs Schärfste bekämpft werden müssten, um den Sieg des Faschismus zu verhindern.⁴⁴

Die Veränderungen in der Kampforientierung der KomIntern und dabei auch die Bündnispolitik gegenüber der Sozialdemokratie waren die entscheidenden politischen Entwicklungen, die vom VII. Weltkongress (Juli 1935) im Verhältnis zum XIII. EKKI-Plenum (Dezember 1933) ausgingen. Ausschlaggebend waren dafür unter anderem die Erfahrungen aus Frankreich und auch Österreich.

Der Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise erreichte Frankreich verspätet, erst in den Jahren 1933/34. Nach deutschem Vorbild riefen die französischen Faschisten im Verbund mit den reaktionären Kreisen der französischen Monopolbourgeoisie am 6. Februar zum Putsch gegen die bürgerliche Republik. Die Pariser Arbeiter erhoben sich spontan, drängten damit auch die Regierung zum Einsatz gegen die Putschisten und vereitelten den Staatsstreich. Die Französische Kommunistische Partei reagierte in dieser Situation sehr schnell. Für den 14. Februar bereitete sie einen Generalstreik vor; die Stimmung der Arbeitermassen war auf ihrer Seite. Der reformistische Gewerkschaftsbund CGT rief zum Streik unter dem Motto „Nieder mit dem Faschismus“ bereits für den 12. Februar auf, um den Kommunisten zuvorzukommen. Die Kommunisten wiederum riefen sofort zur Teilnahme auf und sicherten die einheitliche Aktion.⁴⁵ Auch im Juli kam es in Paris zur Massenaktion, in deren Folge die Französische Kommunistische Partei ein Abkommen zur Aktionseinheit mit der Sozialistischen Partei schloss.

„Die Bedeutung der am 14. Juli dieses Jahres stattgefundenen antifaschistischen Demonstration in Paris, an der sich eine halbe Million Menschen beteiligte, sowie der zahlreichen Demonstrationen in anderen Städten Frankreichs ist gewaltig. Das ist schon nicht bloß eine

43 Dimitroff, *Offensive des Faschismus*

44 Ebd.

45 Vgl. Lewerenz, *Die Analyse des Faschismus durch die KI*, S. 62.

*Einheitsfrontbewegung der Arbeiter, das ist der Beginn einer breiten allgemeinen Volksfront gegen den Faschismus in Frankreich.*⁴⁶

In Österreich kam es zur gleichen Zeit zu anderen Ergebnissen. Der Prozess der Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie war bereits seit März 1933 stark vorangeschritten. Als am 12. Februar Regierungstruppen das Arbeiterhaus in Linz besetzten, reagierten die proletarischen Schutzbündler aus Linz und Wien mit bewaffneten Aktionen. Österreichische Kommunisten und Sozialdemokraten traten den Faschisten gemeinschaftlich entgegen, erlitten allerdings eine Niederlage. Es kam nicht zur Massenaktion des Proletariats; die kämpfenden Arbeiter wurden niedergeschlagen und die offene faschistische Diktatur eingerichtet.

Auf Grundlage dieser Erfahrungen war die Beziehung des antifaschistischen Kampfes zur bürgerlichen Demokratie erneut aufgeworfen. Dimitroff kritisierte die österreichischen Kommunisten dafür, in der entscheidenden Situation keine weitreichend genügende Kampfperspektive gegeben zu haben, die die Arbeiter stärker hätte mobilisieren können.

*„Im Zeitalter der allgemeinen Krise aber, wo die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den Methoden der parlamentarischen Demokratie zu regieren, und wo sie den Weg des Faschismus betritt, ist die für den Kampf der Arbeiterklasse ausschlaggebende Frage nicht mehr die Wiederherstellung der geschichtlich überlebten bürgerlichen Demokratie, sondern der Kampf zum Sturz der Bourgeoisie, der Kampf um die Diktatur des Proletariates.*⁴⁷

Mit Blick auf Frankreich kam die Vorbereitungskommission des VII. Weltkongresses allerdings zu folgenden Schlussfolgerungen:

*„In Frankreich verbinden wir (die Kommunisten, Lewerenz) uns nicht mit einer sich faschisierenden bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus, sondern wir verbinden uns mit der antifaschistischen kleinbürgerlichen Demokratie sowohl gegen die sich faschisierende bürgerliche Demokratie als auch gegen den Faschismus.*⁴⁸

Es zeigt sich hieran, wie konkret und differenziert, aber auch wie paradox diese Frage weiterhin behandelt wurde. Togliatti kommt in seinen Vorlesungen

46 Dimitroff, *Offensive des Faschismus*

47 Dimitroff, zitiert nach Lewerenz, *Die Analyse des Faschismus durch die KI*, S. 73.

48 Zitiert nach Lewerenz, ebd. S. 114.

über den Faschismus zur schärferen Beschreibung des wechselseitigen Zusammenhangs zwischen dem Kampf zur Verteidigung der Demokratie einerseits und dem Sozialismus andererseits, indem er betont, dass der eine Kampf in den anderen übergeht.

„Die Wahrscheinlichkeit, eine faschistische Diktatur zu errichten, hängt von der Kampfkraft der Arbeiterklasse und ihrer Fähigkeit ab, die demokratischen Institutionen zu verteidigen. Wenn das Proletariat Widerstand leistet, ist es schwierig, diese Institutionen zu zerschlagen. Dieser Kampf zur Verteidigung der demokratischen Institutionen weitet sich aus und wird zum Kampf um die Macht.“⁴⁹

Einig war man sich, dass der Kampf um die Verteidigung und den Ausbau demokratischer Rechte Teil des Klassenkampfes war. Die Stellung zur bürgerlich-parlamentarischen Gesellschaft, die selbst Faschisierung und den Aufstieg des Faschismus ermöglicht hatte, war komplizierter. Die Erfahrung Frankreichs zeigte allerdings, dass die Mittelschichten, das Kleinbürgertum und die Intelligenz nicht für den Kampf um die Diktatur des Proletariats, allerdings für die Verteidigung der Demokratie mobilisierbar waren. Um die Gewinnung dieser Klassen und Schichten ging es der KomIntern mit der Orientierung auf die Volksfrontpolitik.

„Bei der Mobilisierung der werktätigen Massen zum Kampf gegen den Faschismus ist die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront eine besonders wichtige Aufgabe. Der Erfolg des gesamten Kampfes des Proletariats ist eng verbunden mit der Herstellung des Kampfbündnisses des Proletariats mit der werktätigen Bauernschaft und der Hauptmasse des städtischen Kleinbürgertums, das die Mehrheit der Bevölkerung sogar in den industriell entwickelten Ländern bildet.“⁵⁰

Um die Massen dem Einfluss des Faschismus zu entziehen, spielte die Frage der Bekämpfung der sozialen und nationalen Demagogie der Faschisten weiterhin eine zentrale Rolle. „Es gelingt dem Faschismus, die Massen zu gewinnen, weil er in demagogischer Weise an ihre brennendsten Nöte und Bedürfnisse

49 Togliatti, *Lectures on Fascism*, S. 5 (eigene Übersetzung).

50 Dimitroff, *Offensive des Faschismus*

appelliert“, erklärt Dimitroff in seinem Referat.⁵¹ Diese Frage musste also für die Aufgabe zur Schaffung einer breiten Volksfront entscheidend sein. Positiv bezuggenommen wurde dabei unter anderem auch auf das „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung“ der KPD von 1930, die diese Frage der nationalen Demagogie erstmals angegangen hätte.⁵²

Die Orientierung auf eine breite Volksfront wurde nicht leichtfertig, sondern in scharfer Diskussion der konkreten Bedingungen des Klassenkampfes der einzelnen Länder getroffen. Der Französischen Kommunistischen Partei wurde beispielsweise eingeschärft, „das stärkste Feuer gegen den Rechtsopportunisten zu richten“, da man infolge der Verhandlungen mit der sozialistischen Partei hier eine besondere Gefahr erkannte.⁵³ Auch die Möglichkeit einer Volksfrontregierung, die Dimitroff in seinem Referat 1935 explizit betont, wurde an klare Bedingungen geknüpft.

„Das ist vor allem eine Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion. Das muß eine Regierung sein, die als Ergebnis der Einheitsfrontbewegung entstanden ist und die in keiner Weise die Tätigkeit der Kommunistischen Partei und der Massenorganisationen der Arbeiterklasse einschränkt, sondern im Gegenteil, entschiedene Maßnahmen gegen die konterrevolutionären Finanzmagnaten und ihre faschistischen Agenten trifft.“⁵⁴

Auf ihrer Brüsseler Konferenz im Oktober 1935, direkt im Anschluss an den VII. Weltkongress, verband die KPD die Orientierung auf die antifaschistische Volksfront zum Sturz Hitlers mit einer offenen Selbstkritik ihrer Massenarbeit und Bündnispolitik, ohne die SPD ihrer Verantwortung für die Durchsetzung des Faschismus dabei zu entlasten. Wilhelm Pieck bringt die Selbstkritik in seinem einleitenden Bericht so auf den Punkt:

„Wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen.“⁵⁵

51 Ebd.

52 Vgl. Lewerenz, *Die Analyse des Faschismus durch die KI*, S. 102.

53 Ebd. S. 68.

54 Dimitroff, *Offensive des Faschismus*

55 Mammach, Klaus (Hrsg.): *Die Brüsseler Konferenz der KPD*, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main 1975, S. 77.

Ab Dezember 1935 kam es auf Initiative der Kommunisten zu konkreten Versuchen zur Bildung einer breiten politischen Front aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Vertretern aus der Intelligenz und aus bürgerlich-liberalen Kreisen gegen Hitler, wobei insbesondere die Frage, welche Ordnung dem Sturz Hitlers folgen sollte, von Beginn an für heftige Debatten sorgte. Der sogenannte Lutetia-Kreis, als erster Kern einer deutschen Volksfront, hatte keinen Bestand. In den internationalen Brigaden in Spanien wurde die Volksfrontorientierung an anderer Stelle fortgeführt.

Der Volksfrontblock in Spanien gewann im Februar 1936 die Mehrheit der Parlamentssitze bei der Wahl. Die in der französischen Volksfront zusammengeschlossenen Parteien errangen bei der Parlamentswahl im April 1936 ebenfalls einen Sieg, wobei die Kommunisten die Regierung unterstützten, ohne selbst eigene Minister zu stellen. Der Kampf um die Republik gegen den faschistischen Putsch (Juli 1936) in Spanien wurde zum internationalen Kristallisationspunkt des weltweiten Kampfes gegen das Vorrücken des Faschismus und der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion.

Die Debatte über die Fragen der Volksfrontorientierung wurde insofern mit dem VII. Weltkongress keineswegs beendet. Im Gegenteil stellten sich die Fragen einer breiten Bündnisorientierung bei gleichzeitig eigenständiger Politik der Kommunisten unter sich verändernden Bedingungen immer wieder aufs Neue. Die Diskussion der Erfahrungen der Volksfrontregierungen und der Volksfrontpolitik, die bis heute schärfste Kontroversen unter Kommunisten auslöst, sprengt allerdings den Rahmen dieses Kapitels und muss gesondert fortgeführt werden.

|| Ausblick und Fazit

Dass es sich um ein fortlaufendes Ringen im taktischen Kampf gegen den Hitlerfaschismus handelte, davon zeugt beispielsweise auch die Resolution der Berner Konferenz der KPD vom Februar 1939 („Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue, demokratische Republik“). Mit dem Programm für ein demokratisches Deutschland sollte die Basis für eine Einheits- und Volksfront der Hitlergegner geschaffen werden. Mit Blick auf die Einschätzung des Charakters des II. Weltkrieges durch die KomIntern im November 1939 erkennt der Faschismusforscher Kurt Pätzold hingegen einen scharfen Bruch zur Einschätzung und Orientierung des VII. Weltkongresses.

„Die Grundsätze der Strategie und Taktik für den Kampf gegen den Faschismus wurden umstandslos über den Haufen geworfen, die faschistischen und die nichtfaschistischen kapitalistischen Staaten hinsichtlich ihrer Verantwortung für den Krieg auf ein und dieselbe Stufe gestellt [...].“⁵⁶

In der Tat beschloss die KomIntern 1939 die Losung: „Keinerlei Unterstützung der Politik der herrschenden Klassen, die darauf gerichtet ist, das imperialistische Gemetzel

fortzusetzen und zu schüren!“⁵⁷ Die Einschätzung als imperialistischer Krieg auch von Seiten Frankreichs und Großbritanniens basierte auf der Befriedungspolitik dieser Länder mit Nazideutschland und ihrem Versuch, die Aggression Deutschlands gegen die Sowjetunion zu richten, was sich insbesondere im Münchener Abkommen von 1938 ausdrückte. Die Kommunistischen Parteien Frankreichs und Großbritanniens forderten den Bruch mit dieser Politik.

„Nur so konnte die reaktionäre Politik des ‘seltsamen Krieges’ (Kriegserklärung ohne aktive Kriegstätigkeit, MR) überwunden und der Krieg gegen Hitlerdeutschland in einen gerechten, antifaschistischen Befreiungskrieg verwandelt werden.“⁵⁸

Eine umfassende Beschäftigung dieser konkreten Frage muss hier aus Platzgründen unterbleiben. Vor allem zeigt die Auseinandersetzung die fortlaufende Diskussion, die allerdings mit der Auflösung der Kommunistischen Internationale 1943 ein zentrales Instrument zum verbindlichen kollektiven, internationalen Austausch eingebüßt hatte. Die Wirkungen, Interpretationen und Debatten, die sich aus und über den VII. Weltkongress und die Faschismuskonferenz der KomIntern bis 1935 bis heute ergeben haben, sind in ihrer inhaltlichen Vielfalt und Anzahl kaum zu überschätzen.

Dabei dreht sich die Debatte zum einen um die Bewertung des VII. Weltkongresses selbst. So wird beispielsweise behauptet, der VII. Weltkongress sei ein Schwenk nach rechts gewesen, und das vermeintlich vereinfachte Staatsverständnis in der von Dimitroff gegebenen Faschismusdefinition kritisiert.⁵⁹

56 Pätzold, Kurt: *Die Faschismustheorie der Kommunistischen Internationale. Soll und Haben*, Vortrag in der Rosa-Luxemburg-Gesellschaft e.V., Leipzig 01.12.1998

57 Zitiert nach Institut für Marxismus-Leninismus, *GdAB Band V*, S. 244.

58 Ebd. S. 245.

59 Siehe hierzu unbedingt die Broschüre *Der VII. Weltkongress der KI* der

Zum anderen wird darüber gestritten, was Kommunistische Parteien und Organisationen aus dem VII. WK gemacht haben und ob sie damit tatsächlich legitimerweise das politische Erbe des Kongresses behaupten können. So wurde aus dem Referat Dimitroffs abgeleitet, das strategische Ziel des Kampfes um den Sozialismus hinter den Kampf für eine demokratische Zwischenetappe zwischen Kapitalismus und Sozialismus zurückzustellen. Andere schließen aus dem VII. Weltkongress eine Orientierung auf möglichst breite Bündnisse mit Sozialdemokraten und Liberalen bei Aufgabe der Eigenständigkeit der Kommunisten oder des zentralen Hauptstoßes gegen das Monopolkapital. Viele Aussagen Dimitroffs und anderer Beiträge zum VII. Weltkongress, die in aller Deutlichkeit das Ziel des Sozialismus formulieren, die Verantwortung der Sozialdemokratie für die Spaltung der Arbeiterklasse und die Durchsetzung des Faschismus benennen oder die Bedingungen der Bündnispolitik und einer Volksfrontregierung begrenzen, werden dabei nicht beachtet.

In vielen Bezugnahmen auf den VII. Weltkongress und auch mit Blick auf seine Bewertung, wurden Einzelaussagen aus dem Zusammenhang gerissen und der Kongress als Ganzes aus seinem historischen Kontext gelöst, die konkreten Kämpfe und die politischen Auseinandersetzungen, die zu den Ergebnissen des VII. Weltkongresses geführt haben, nicht oder nicht hinreichend berücksichtigt. Das soll die Ergebnisse des Kongresses nicht relativieren. In der klassenmäßigen Bestimmung des Faschismus als Herrschaft des Finanzkapitals, der Dialektik aus dem Kampf zur Verteidigung der Demokratie und um die Diktatur des Proletariats, aber auch in Hinblick auf die Einheits- und Volksfrontorientierung geben uns die Ergebnisse des VII. Weltkongresses wichtige Ausgangspunkte und Erfahrungen mit für unsere gegenwärtigen Aufgaben.

Die hier vorgenommene kurze und notwendig schlaglichtartige Darstellung verdeutlicht allerdings vor allem die enge Verbindung der Debatte der KomIntern mit den konkreten Bedingungen der Klassenkämpfe in den Ländern ihrer Sektionen und dem kontinuierlichen Ringen um Einschätzung und Kampforientierung. Das Verständnis vom Faschismus und Antifaschismus war an keinem Punkt abgeschlossen, sondern in ständiger Bewegung, baute fortlaufend auf neue Erkenntnisse und Erfahrungen auf und lernte aus Fehlern. In der Annäherung an wesentliche, allgemeine Merkmale des Faschismus zeigte sich der fortlaufend scharfe Blick für die Verschiedenartigkeit des Faschismus,

das Berücksichtigen nationaler Besonderheiten und neuer Entwicklungen. Ein Verständnis einer allgemeinen Definition des Faschismus, die als Schablone angewandt werden könne, wäre nichts als eine schlechte Karikatur der Geisteshaltung, die sich in der fortlaufenden Debatte der KomIntern zeigt. Dimitroff selbst hob diesen Punkt deutlich hervor:

„Keinerlei allgemeine Charakteristik des Faschismus, mag sie an sich noch so richtig sein, enthebt uns der Pflicht, die Eigenart der Entwicklung des Faschismus und der verschiedenen Formen der faschistischen Diktatur in einzelnen Ländern und in verschiedenen Etappen konkret zu studieren und zu berücksichtigen.“⁶⁰

Uns stellen sich heute neue Fragen, die wir aufbauend auf dem angehäuften Wissen und den Erfahrungen der Faschismuskussion der KomIntern bearbeiten müssen: Hat sich das Verhältnis von Faschismus zur bürgerlichen Demokratie angesichts jahrzehntelanger Verfestigung bürgerlich-parlamentarischer Ordnungen im Westen verändert? Wo verlaufen die Grenzen und die Übergänge von der einen in die andere Staatsform? Endet eine Tendenz zur Faschisierung notwendig im Faschismus? Welche Rolle spielen Sozialdemokraten in der SPD und der Linkspartei in Deutschland heute? Haben sie überhaupt noch Elemente einer Arbeiterpartei? Welche Kräfte gibt es heute, um sich dem Faschismus entgegenzustellen? Um diese und viele weitere Fragen zu bearbeiten, bleibt der tiefe Blick in die reichhaltige und produktive Auseinandersetzung in und um die KomIntern eine unabdingbare Grundlage.

60 Dimitroff, zitiert nach Lewerenz: *Zur Bestimmung des imperialistischen Wesens des Faschismus durch die Kommunistische Internationale (1922 bis 1935)*, S. 47.

— Nasrin Düll und Johannes Lemke

„Der Schoß ist fruchtbar noch...“ Faschismuskonversation nach 1945 in den zwei Deutschlands

In dem folgenden Kapitel wird die Faschismuskonversation in der kommunistischen Bewegung in Deutschland zwischen 1945 bis zur Konterrevolution 1989/90 behandelt. Im Kern drehen sich dabei die Debatten um Fragen, vor denen Antifaschisten und Kommunisten unverändert auch heute stehen. Diese betreffen sowohl die Auseinandersetzung mit dem historischen Faschismus, dessen Ursachen, Basis und Einbettung im System des Imperialismus, als auch die weiterhin tagesaktuellen Fragen nach antifaschistischer Strategie und Taktik, der Gefahr einer „Faschisierung“ usw. So drängt uns der Aufstieg der AfD die selben Fragen auf, mit denen die Genossen bereits in der alten Bundesrepublik konfrontiert waren: Wie schätzen wir diese Kräfte ein, von wem geht die Gefahr einer Faschisierung maßgeblich aus, welche Rolle nimmt der deutsche Staat hier ein und mit welchen Kräften können wir Bündnisse schließen, um uns dieser Entwicklung entgegenzustellen? Im Kern geht es dabei immer wieder um das Verhältnis von bürgerlicher Demokratie und anderen *bürgerlichen Herrschaftsformen*, wie dem Faschismus. Auch heute besteht die Herausforderung darin, demokratische Errungenschaften zu verteidigen und anzuerkennen, dass es einen Unterschied zwischen offenem Terror und

demokratischen Formen der Herrschaftsausübung gibt. Gleichzeitig gilt es, Illusionen über den Staat und die bürgerliche Demokratie zu bekämpfen. Es ist der bürgerliche Staat, der die Faschisten aufbaut und für seine Zwecke einsetzt – als Terrorgruppen auf der Straße, aber auch als Anheizer repressiver Staatsumwandlungen und -politik. Nicht zuletzt sind es auch die Parteien der sogenannten demokratischen Mitte, die den Abbau demokratischer Grundrechte, Kriegseinsätze, Abschiebungen, Rassismus usw. betreiben.

|| Die Nachkriegsjahre – Aufarbeitung oder Rehabilitierung?

„Nach der Niederwerfung der faschistischen Hauptmächte Deutschland, Italien und Japan 1945 war der Faschismus angesichts der ungeheuren Verbrechen, die er begangen hatte, in den Augen der Weltöffentlichkeit wie auch bei der Mehrheit des deutschen Volkes vollständig diskreditiert – und mit dem Faschismus alle Kräfte und Persönlichkeiten, die ihn getragen und unterstützt hatten. Von dieser Ausgangslage her ist die Faschismusk Diskussion zu erklären, die sich in diesen Jahren entwickelt hat. Aus der Tatsache, daß sowohl die Antifaschisten wie die bisherigen Träger und Helfer des Faschismus sich nun äußerten, ergab sich eine deutliche Polarisierung der Diskussion.“¹

Der Sieg über den deutschen Faschismus durch die Rote Armee und die Westalliierten bedeutete einen schweren Schlag für den deutschen Imperialismus. Deutschland fand sich nun in einer internationalen Lage wieder, die auf der einen Seite durch die Ausdehnung und Konsolidierung des sozialistischen Lagers, den nationalen Befreiungsbewegungen auf der ganzen Welt und andererseits durch den Aufstieg des US-Imperialismus zur führenden imperialistischen Weltmacht gekennzeichnet war.

Die alliierte Besetzung Deutschlands führte im Ergebnis zur Gründung zweier deutscher Staaten, wobei die Linie der Sowjetunion die Wiedervereinigung in einem blockneutralen, entmilitarisierten Deutschland war, welches nicht noch einmal den Anlauf zur Weltmacht wagen sollte. Auch in Westdeutschland wurden anfänglich Forderungen nach demokratischer Kontrolle und Sozialisierungsforderungen geäußert. Auch wurden in den ersten Nachkriegsjahren Entnazifizierungsmaßnahmen eingeleitet, darunter große

1 Kühnl, Reinhard: *Faschismustheorien*, Heilbronn 1990, S. 307

Prozesse gegen die NS-Verbrecher, wie das Internationale Militärtribunal in Nürnberg.² Schnell aber wurden im Zuge des Auseinanderbrechens der Anti-Hitlerkoalition die Entnazifizierungsbestrebungen in Westdeutschland eingefroren, stattdessen gerieten die antifaschistischen und sozialistischen Kräfte wieder auf den Radar deutscher Behörden und die alten Nazi-Führungsschichten wurden unter der schützenden Hand der USA in ihre Posten zurückgebracht. Dies markierte auch den Beginn des Kalten Kriegs; die deutschen Nazis waren zuverlässige Verbündete gegen den Sozialismus. Die Rehabilitierung wurde so durch eine antisowjetische Doktrin begründet und es saßen nun im westdeutschen Staatsapparat, in den Universitäten und Unternehmen wieder die alten Nazis, oder sie wurden gar nicht aus ihren Positionen entfernt. So waren z.B. die Historiker, die nun über die jüngste Vergangenheit forschen sollten, auch schon Professoren im Faschismus gewesen, was auch für das Verständnis der entstehenden Faschismustheorien von zentraler Bedeutung wurde.³ Der reaktionäre Backlash kulminierte 1956 im KPD-Verbot und der Kriminalisierung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) begleitet von 15.000 politischen Verfahren – wieder wurde Jagd auf Kommunisten gemacht. So saßen teilweise kommunistische Antifaschisten wieder den gleichen Nazi-Richtern gegenüber wie schon wenige Jahre zuvor. 15 Jahre nach dem Ende des Faschismus mussten Kommunisten nun erneut für die Legalisierung der KPD kämpfen.

Auf dem Feld der Faschismustheorien herrschten Faschismuserklärungen vor, die die Verantwortung des deutschen Staates, der deutschen Funktionsträger, des deutschen Kapitals usw. verschleierten und Hitler zu einem dämonischen „Magier“ verklärten.⁴ Erst auf den Druck der Studentenbewegung und vor dem Hintergrund der sogenannten Entspannungspolitik und der relativen Konsolidierung der DDR sollte es auch in der BRD eine breitere Öffnung bis ins bürgerliche Lager für theoretische Ansätze aus der Arbeiterbewegung geben, die bereits zu Zeiten des Faschismus entwickelt wurden (s.u.).

2 Siehe auch Kühnl, *Faschismustheorien*, S. 308

3 Ebd. S. 310

4 Von Peter Hoffmann, Walter Görnitz u.A.; siehe auch Kühnl 1990, S. 53f.

|| Kampf um Entnazifizierung, Aufbau eines antifaschistischen Staates und Beginn der DDR-Faschismusforschung

Es soll im folgenden Abschnitt auf die DDR-Faschismusforschung eingegangen werden. In aktuellen Darstellungen zur Faschismuskussion stellt diese meistens eine Leerstelle dar oder wird nur in negativer Abgrenzung besprochen. Dabei leistete die DDR insbesondere im Rahmen historischer Forschung an der *Akademie der Wissenschaften* eine intensive Aufarbeitung des deutschen und internationalen Faschismus. Hierbei sind zahlreiche wichtige historische und theoretische Arbeiten entstanden. Die zu begründenden Wissenschaften in der DDR hatten in den ersten Jahrzehnten ihres Daseins nicht nur um ihre wissenschaftliche Legitimierung gegenüber der BRD zu kämpfen. Die Errichtung eines antifaschistischen-demokratischen Deutschland ging einher mit der Aufgabe der Entnazifizierung, der Aufdeckung der Verbrechen der NS-Täter und der deutschen Monopole. Schnell war auch klar, dass dieses Ansinnen nicht von dem Bonner Deutschland, der Bundesrepublik, geteilt wurde. Es



Das Braunbuch

Das „Braunbuch. Krieg und Naziverbrecher in der Bundesrepublik“ erschien zum ersten Mal 1965 und löste einen Skandal in der BRD aus. Den Titel hatte die DDR-Autorengruppe an das Braunbuch der KPD (Braunbuch über Reichsbrand und Hitlerterror) angelehnt, welches 1933 im Exil in Paris von KPDLern herausgegeben wurde und Beweise zusammenstellte, dass der Reichstagsbrand kein kommunistisches Attentat, sondern eine Inszenierung der NSDAP war. Das neue Braunbuch nun beruhte auf Recherchen eines Autorenkollektivs und der Herausgabe von belastendem Material über leitendes BRD-Personal durch die DDR seit 1955. So wurden über 1800 SS-Dienststrängler und NS-Parteiamtler aufgeführt, die nun Politiker, führende Beamte und Wirtschaftsführer in der BRD waren. In der BRD als Propaganda diffamiert, wurde das Braunbuch 1967 auf der Frankfurter Buchmesse beschlagnahmt. Albert Norden, Mitglied des SED-Politbüros, bemerkte ironisch zur Reaktion in der Bundesrepublik auf das Braunbuch: „Die nicht existierende Deutsche Demokratische Republik stürzt mit ihren nicht existierenden Akten existierende Bonner Minister, die dann allerdings nach unserer Enthüllung nicht mehr existieren“. Online: <https://archive.org/details/brownbook1965>

wurden umfassende Recherchen zum Entlarven der NS-Verbrecher betrieben. Ein Ergebnis dieser Antifa-Recherche war das sogenannte Braunbuch.

Diese Entnazifizierungsanstrengungen durch die Auswertung von diversen Quellen, Zeitzeugenberichten, Akten u. A. Material unter Einbezug sowjetischer Archivalien zogen sich weit bis in die 1960er und 1970er Jahre hinein. Skandale wie 1968 um den ehemaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübcke, in welchem ihm nachgewiesen wurde, KZ-Baumeister gewesen zu sein, gingen auf die Aufarbeitungsanstrengungen der DDR gemeinsam mit westdeutschen Linken (hier der Zeitschrift *konkret*) zurück und führten in einigen Fällen zum erzwungenen Rücktritt der Entlarvten.

Darüber hinaus verlangte auch der nationale Aufbau, den Antifaschismus im Geschichtsbewusstsein der DDR-Bürger zu verankern. Neben der Aufarbeitung und Bekanntmachung des sozialistischen und kommunistischen Widerstands wurde so in den 1950ern und 1960ern Jahren großer Nachdruck auf die Erforschung des Widerstands anderer Gesellschaftsgruppen gelegt. Forschungsprojekte waren Arbeiten zum deutschen Widerstand, insbesondere dem *Nationalkomitee Freies Deutschland*, Gewerkschaftern, Christen, Künstler- und anderen gesellschaftlichen Gruppen; Arbeiten zu den europäischen Partisanenbewegungen etc.⁵

Im Laufe der Jahre wurden die historischen Forschungsschwerpunkte ausdifferenziert. Ein Großprojekt stellte die neunbändige *Geschichte des Zweiten Weltkrieges* im Forschungsverbund mit sowjetischen Historikern dar.

Erste Gesamtdarstellungen des faschistischen Staates und Gesellschaft wurden bereits in den späten 1950ern Jahren angefertigt. Der Dokumentenband ‚Anatomie des Krieges‘ (1969) zeigt an 281 zumeist erstmals veröffentlichten Dokumenten den Zusammenhang zwischen der Entwicklung des faschistischen Staates und den imperialistischen Interessen bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges.⁶ Außerdem wurden zunehmend Spezialfragen im Zuge der historischen Faschismusforschung bearbeitet, darunter zur faschistischen Agrarwirtschaft, der Wehrmacht, dem Kriegsverlauf und den Kriegszielen. Der Vernichtung der europäischen Juden wurden mehrere Forschungsarbeiten gewidmet. Das Verhältnis von Terror und Ideologie

5 Siehe Förster, Gerhard/Löwel, Bruno/ Schumann, Wolfgang: *Forschungen zur deutschen Geschichte 1933-1945*, in: Redaktion der *ZfG*, *Historische Forschungen in der DDR 1960-1970. Analysen und Berichte*, Berlin 1970

6 Ebd. S. 578ff.

wurde in Arbeiten über den faschistischen Terror- und Propagandaapparat⁷ bearbeitet, wobei hier in einem resümierenden Bericht betont wurde, dass hier noch viele Lücken zu füllen seien.⁸

SMK und Faschismus – die Monopolgruppentheorie

Seit Beginn der 1960er Jahre standen Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Mittelpunkt der Forschungsarbeiten zur Geschichte des Faschismus in Deutschland. Die Rolle der deutschen Monopole und Großbanken, besonders der IG Farben,⁹ war schon davor Schwerpunkt historischer Arbeiten, darunter von Kurt Gosswailer und Kurt Drobisch. Grundsätzlich behandelten diese das Verhältnis von Monopolen und Staat, wobei eine verstärkte Einflussnahme hin zur Verschmelzung von Staat und Monopolen zu einem staatsmonopolistischen System in den fortgeschrittenen imperialistischen Ländern, darunter Deutschland, beschrieben wird. Der hier begründeten Monopolgruppentheorie ging es nun um die Gruppierungen und Interessensdifferenzen innerhalb des Monopolkapitals sowie deren Rolle bei der Errichtung der faschistischen Diktatur. So untersuchte Jürgen Kuczynski in seiner *Studie zur Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus* den beherrschenden Einfluss der entscheidenden Monopolgruppen auf die politische Entwicklung in Deutschland von 1918 bis 1945 und die immer stärkere Verschmelzung von politischer und ökonomischer Macht. Die von der Fachgruppe *Geschichte der neuesten Zeit 1917 – 1945* der Deutschen Historiker-Gesellschaft veranstaltete Konferenz zum Thema ‚Monopole und Staat‘ legte zu der von Kuczynski vorgeschlagenen Einteilung des deutschen Monopolkapitals in die Hauptgruppen Kohle-Eisen-Stahl und Elektro-Chemie neue Ergebnisse vor. Faschismus und besonders die NS-Kriegswirtschaft wurden als „qualitativ neue Stufe im Verschmelzungsprozeß zwischen Staats- und Monopolmacht zum Zwecke der Steuerung der gesamten Wirtschaft im Interesse der mächtigsten Monopole (...)“ begriffen.¹⁰ Zentral neben den bereits erwähnten Arbeiten von Kuczynski war auch Kurt Gosswailers Werk „Großbanken, Industriemonopole, Staat“ (1971), in welchem er die Herausbildung und Fraktionierung der deutschen Monopole vom Ersten Weltkrieg bis hin zum NS-Faschismus nachzeichnet.

7 Ebd. S. 584

8 Ebd.

9 Ebd. S. 581f.

10 Ebd. S. 584

Über die Konvergenz zwischen diesen wirtschaftlichen Blöcken und den jeweiligen politischen Strategien gab es eine lebhafte Diskussion, in der sich auch die DDR-Forscher nicht völlig einig waren. So kritisiert Gossweiler die Gefahr einer Schablonisierung durch eine zu starre Gegenüberstellung dieser beiden Gruppen, insbesondere wenn diese als absoluter Interessengegensatz verstanden werden. Somit werde der „grundlegende[n] Interessensgemeinschaft und dem Zusammenwirken aller Fraktionen des Monopolkapitals“¹¹ zur Errichtung der Diktatur und Vorbereitung des Krieges zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Von einem Machtkampf der zwei Hauptgruppen „Elektro-Chemie“ – „Kohle-Eisen-Stahl“ könne nicht gesprochen werden; stattdessen verliefen Machtkämpfe widerspruchsvoller ab und könnten nicht nur mit diesem „Zwei-Gruppen-Schema“ gefasst werden.¹² Außerdem behandelt er die zentrale Rolle des Bankkapitals im System des deutschen Imperialismus und speziell des Faschismus, welche von Kuczynski vernachlässigt werde.¹³ Die Relevanz der Debatte um die Monopolgruppen geht über das Verständnis des Faschismus hinaus. Hier wird grundsätzlich das Verhältnis des Monopolkapitals zum kapitalistischen Staat und den Monopolbanken im Imperialismus angesprochen.

|| Droht ein neuer Faschismus? (1960er-1980er)

Historischer Kontext

Um die produktive Phase der Faschismuskussion ab den 1960ern in der Bundesrepublik zu verstehen, müssen sich die gesellschaftlichen Wandlungen vergegenwärtigt werden, die international, aber besonders auch in der BRD vor sich gingen. Diese war in den folgenden Jahrzehnten durchweg geprägt von zwei gegensätzlichen Tendenzen: Zum einen der unter dem Eindruck der relativen Stärke des sozialistischen Lagers sich ab 1963 anbahnenden und später umgesetzten „Entspannungspolitik“, (Stichwort „Wandel durch Annäherung“ (Egon Bahr)) und der neuen sowjetischen außenpolitischen Doktrin

11 Gossweiler, Kurt: *Großbanken, Industriemonopole und Staat*, Papyrossa, Köln 2013, S. 13

12 Ebd. S. 140

13 Die Auseinandersetzung mit Kuczynski kann u.A. in Gossweilers Monografie *Großbanken, Industriemonopole und Staat* (Berlin/Köln 1971/2013) nachvollzogen werden.

der „friedlichen Koexistenz“ gegenüber dem US-geführten imperialistischen Block – gleichzeitig ein massiver Aufschwung demokratischer und sozialistischer Bewegungen, von denen die Studentenbewegung 1968 ihren Höhepunkt erreichte und welche mit Vehemenz die Entnazifizierung und die Abschaffung des alten reaktionären Miefs forderte. Die nazistische Vergangenheit der Autoritäten wurde kritisch befragt, die erstarkende Anti-Kriegsbewegung gegen den Vietnam-Krieg sowie die antikolonialen Befreiungsbewegungen gaben zusätzlichen Aufschwung. Deren Forderungen nahmen bald auch grundsätzlich antikapitalistischen Charakter an. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gab es eine deutliche Öffnung von universitären Räumen für marxistische Forschung, darunter die Marburger Schule unter Leitung des Staatsrechtlers und ehemaligen KPD(-O)-Mitglieds Wolfgang Abendroth, die eine breitere Faschismusforschung ab den 1960ern auch in der BRD ermöglichte und die sich auch darin ausdrückte, dass die Forschungsarbeiten aus der DDR zumindest teilweise wahrgenommen und beachtet wurden, sowie innerfachliche Diskussionen mit Forschern aus beiden deutschen Staaten stattfinden konnten.¹⁴ Es war zudem mit der Konstituierung der DKP und der Gründung der SDAJ zwar wieder ein legaler Handlungsrahmen für die deutschen Kommunisten gegeben, das KPD-Verbot bestand aber weiterhin und die Konstituierung war mit bedeutenden politischen programmatischen Konzessionen verbunden.

Zwecks Eindämmung der Studentenbewegung wurden drastische staatliche Mittel eingesetzt. So kam es zur Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch die Polizei am 2. Juni 1967 und der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 als Reaktion auf die Proteste der Außerparlamentarischen Opposition (APO), welche der Regierung diktatorische Vollmachten verlieh. Die BRD fand sich inmitten einer wirtschaftlichen Rezession. Die APO verstand sich ursprünglich als Opposition gegen die erste große Koalition unter Kiesinger und Brandt 1966-1969. Beeinflusst wurde sie u. a. von der „Neuen Linken“, die ursprünglich im angelsächsischen Raum entstanden und dann auch in die BRD übergeschwappt war. Deren Ideen hatten großen Einfluss in der linken Studentenschaft, darunter dem von der SPD abgespaltenen Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS).

Diese zwei auf den ersten Blick widersprüchlichen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen, der staatlichen Repression einerseits und der Öffnung gesellschaftlicher Diskursräume andererseits, bedingten auch eine ge-

14 Kühnl, *Faschismustheorien*, S. 311

wisse Polarisierung der antifaschistischen Kräfte, die in zwei verschiedenen Antworten auf die Frage des Charakters des BRD (und der USA), der Frage der Demokratie und des drohenden Faschismus mündeten. Eng verbunden mit diesen Diskussionen waren Probleme der Bündnisse, insbesondere der Einschätzung bürgerlicher Kräfte und antifaschistischer Aktionsformen. Im Zentrum standen dabei weiter die Aufarbeitung des Schreckens des Faschismus, den man seinen mystischen Schleier entreißen wollte und stattdessen verstehen wollte, wie es dazu kommen konnte, welche Kräfte ihn getragen hatten, welche Ursache und Funktion der Faschismus hatte. Und ob ein neuer Faschismus drohe und was zu dessen Verhinderung getan werden könne? Dafür war es wichtig, Ursprung, Wesen, Funktion und Massenbasis des Faschismus zu ergründen. Die Faschismuskonversation konnte vielfach an die Ausarbeitungen aus der Weimarer Republik und NS-Zeit anknüpfen. Auch die Frage nach den Kräften des Antifaschismus war von großer Bedeutung. In unmittelbarer Gegnerschaft standen sie zu den reaktionär-bürgerlichen Theorien der Bonner Historiker, die nun ihre eigenen Verantwortungen auf die Machenschaften eines einzelnen Führers abwälzen wollten (Führertheorie) oder die Sowjetunion und den NS-Faschismus als wesensgleich diffamierten (Totalitarismustheorie) [siehe das Kapitel zu bürgerlichen Faschismustheorien].

Im Folgenden sollen nun Schlaglichter auf zentrale Debatten geworfen werden.

Der Klassencharakter des Faschismus

Faschismus contra Demokratie und Frieden

Zentral für den Diskussionszusammenhang um das Verhältnis von bürgerlicher Demokratie und Faschismus ist die Marburger Schule, v. A. der Politikwissenschaftler Reinhard Kühnl, ein Schüler von Wolfgang Abendroth; zum anderen die neukonstituierte Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und deren Theorieorgan *Marxistische Blätter (MB)*, sowie der DKP und DDR-nahe Forschungszusammenhang, das Institut für Marxistische Sozialforschung (IMSF). Die Diskussionen werden neben den MB auch in *Das Argument*, der *Zeitschrift für internationale Politik* und *Prokla* geführt. Sowohl für die Marburger wie auch die DKP war der Bezug auf die Diskussionen des 7. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zentral. Insbesondere im IMSF und den Marxistischen Blättern wurden Arbeiten über das Zusammenspiel von Faschismus und staatsmonopolistischem Kapitalismus im Rahmen der SMK-Theorie diskutiert.

Die *Abgrenzung verschiedener bürgerlicher Herrschaftsformen*, also das Verhältnis von (bürgerlicher) Demokratie und Faschismus, war ein wichtiger Bestandteil der Faschismuskommunikation und für die Ausarbeitung einer angemessenen antifaschistischen Strategie zentral. Die Betonung des Kampfes um Demokratie war durchaus an diejenigen bürgerlichen Kräfte gerichtet, von denen man erhoffte, sie in ein breites Bündnis gegen erstarkende faschistische Kräfte und die Gefahr eines neuen großen Krieges zu gewinnen. Zwar wurde die Volksfronttaktik bereits 1939 von der Komintern selbst wieder zurückgenommen, jedoch wurde sie und die Neuausrichtung der Einheitsfrontpolitik im Anschluss an den VII. Weltkongress von großen Teilen der kommunistischen Bewegung als wichtige strategische Grundlinie behandelt, auf die sich auch in der Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten in der SED bezogen wurde, ebenso im Aufruf der KPD 1945 zu einem Block aller demokratischen Parteien für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Auch die neu konstituierte DKP knüpfte in ihrem Gründungsprogramm an diese Ausrichtung an. Im Mannheimer Programm (1978) ist das Motiv der Verteidigung der Demokratie zentral.¹⁵



Antifaschistischer Kongress Mannheim

Ein Höhepunkt der Bestrebungen, breite antifaschistische Bündnisse zu schaffen war der am 10./11. Mai 1980 in Mannheim veranstaltete Antifaschistische Kongress: „1163 Teilnehmer aus dem Kreis der Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände, verschiedener Lagergemeinschaften ehemaliger Konzentrationslagerhäftlinge, der demokratischen Jugendverbände, der Kirchen, der Gewerkschaften, der Wissenschaft, der Kultur (...) hatten dort erfolgreich nach einer gemeinsamen Plattform im antifaschistischen Kampf gesucht.“ Redner waren u.a. der Pastor und KZ-Überlebende Martin Niemöller, Emil Carlebach und Wolfgang Abendroth.

Quelle

Abendroth et al (Hrsg.): „Wie Faschismus entsteht – und verhindert werden kann. Materialien vom Antifaschistischen Kongress Mannheim“, Röderberg Verlag, Frankfurt a.M. 1980, 7.

15 DKP: *Protokoll des Mannheimer Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei*, Mannheim 1978

So erläuterte KPD-Vorsitzender Max Reimann den Programmentwurf von 1968: „Unsere Partei entwickelt ihre Politik und kämpft auf dem Boden des Grundgesetzes“, da man davon ausgehe „daß das Grundgesetz von den verfassungsrechtlichen Grundlagen her dem arbeitenden Volk und allen Demokraten durchaus Raum bietet für die Realisierung sowohl ihrer demokratischen Vorstellungen wie ihrer gesellschaftspolitischen Ziele.“ Dies ging teilweise bis zu der Vorstellung, dass der Kampf für die bürgerliche Demokratie im Rahmen einer Strategie der Übergänge selbst bereits ein Zwischenschritt auf dem Weg zum Sozialismus sei. Ebenso und in Zusammenhang mit dieser wurde für „breite Bündnisse“ und insbesondere eine Zusammenarbeit auch mit Teilen der Führung der Sozialdemokratie argumentiert. Diesen praktischen Schlussfolgerungen lag oft die inhaltliche Formel *Kampf dem Faschismus – Kampf für Demokratie* zugrunde. Diese Bekenntnisse zur Demokratie müssen im Kontext des KPD-Verbots, aber auch der Doktrin der friedlichen Koexistenz usw. betrachtet werden.

Es ging in der Diskussion des Mannheimer Programms nicht zuletzt um eine Selbsterklärung als Voraussetzung einer legalen Konstituierung. So erklärte Reimann ohne Illusionen über den Charakter der Bundesrepublik Deutschland: „Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben“.

Kritik der Sozialfaschismusthese und Demokratiebegriff

Der DKP-Theoretiker Josef Schleifstein benennt in seinem Buch über die Sozialfaschismusthese als wichtige Schlussfolgerungen des VII. Weltkongresses die „Kritik an der ungenügenden Differenzierung der bürgerlichen Herrschaftsformen in der Periode zwischen 1918 und 1933 durch die KI“.¹⁶ Er bezieht sich dabei auf die Aussage aus dem Referat Dimitroffs: „Der Machtantritt des Faschismus ist nicht die einfache Ersetzung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die Ablösung einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch eine andere, durch die offene terroristische Diktatur.“¹⁷ Schleifstein zitiert weiter Maurice Thorez, welcher ebenfalls auf dem VII. Weltkongress unterstrich, dass viele Schwächen im antifaschistischen Kampf „ihren Ursprung [...] in einer Unklarheit

16 Schleifstein, Josef: *Die „Sozialfaschismus“-These*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a.M. 1980, S. 34

17 Ebd. S. 35

über den spezifischen Inhalt des Faschismus gegenüber der Demokratie“ hatten. Mit Bezug auf Dimitroff führt Schleifstein aus, dass zu diesem Zeitpunkt nicht die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung stand, sondern die Arbeiterklasse nur die Wahl „zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus“ gehabt habe. Ein Resultat dieser falschen Analyse sei die Sozialfaschismusthese gewesen.¹⁸

In eine ähnliche Richtung argumentiert der DDR-Historiker Kurt Gossweiler in einer 1972 veröffentlichten Broschüre zum Faschismus:

„Die unversöhnliche Feindschaft gegenüber jeglicher Form der proletarischen Klassenorganisation ist daher Wesensmerkmal des Faschismus. Das ist übrigens auch die Erklärung dafür, weshalb die Sozialdemokratie niemals Träger einer faschistischen Diktatur sein kann; denn sie hört auf, Sozialdemokratie zu sein, wenn sie aufhört, die Tagesinteressen der Arbeiterschaft im Rahmen der bürgerlichen Ordnung (und im Interesse der Erhaltung dieser Ordnung!) zu vertreten; daher war die Bezeichnung der Sozialdemokratie als Sozialfaschismus durch die Kommunisten nicht nur taktisch, sondern auch theoretisch falsch.“¹⁹

Welche Schlussfolgerungen haben die Differenzierung von Demokratie und Faschismus für Kommunisten? Müssen sie die bürgerliche Demokratie verteidigen, ja sogar auf ihrem Boden kämpfen? Ob die Aussagen des 7. Weltkongresses für die Bildung einer Arbeiterregierung strategischen Charakter hatten und ob ein langfristiges Bündnis mit bürgerlichen Kräften ein Beitrag im Kampf für Demokratie sein kann, oder ob dies im Gegenteil eine opportunistische Abweichung darstellt, die die Arbeiterklasse von ihrem Kampf um den Sozialismus ablenkt, ist bis heute in der Bewegung umstritten. In dem marxistischen bis linkssozialdemokratischen Umfeld um den Lehrstuhl des Rechtswissenschaftlers Wolfgang Abendroth setzte sich dessen Schüler, der Politikwissenschaftler Reinhard Kühnl, mit dieser Frage auseinander:

„Wenn die Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen den Faschismus die Hauptbedingung ihres Erfolgs ist, dann muß die Verteidigung der Demokratie, der politischen und sozialen Rechte der Massen, der

18 Ebd.

19 Gossweiler, Kurt: *Über Wesen und Funktion des Faschismus*, in: Gossweiler, Kurt/Opitz, Reinhard/Kühnl, Reinhard (Hrsg.): *Faschismus. Entstehung und Verhinderung, Texte zur Demokratisierung*, Röderberg-Verlag, Frankfurt a.M. 1972, S. 25

*bürgerlichen Freiheitsrechte, des parlamentarischen Verfassungsstaates der primäre Inhalt dieses gemeinsamen Kampfes sein. [...] Erstens geht es darum, im Kampf gegen den Faschismus eine möglichst breite Abwehrfront zu errichten, also alle Kräfte zu vereinigen, die durch den Faschismus geschädigt und getroffen würden [...].*²⁰

Dieser Verteidigungskampf einer Herrschaft des Monopolkapitalismus sei aber kein Widerspruch zum sozialistischen Kampf. Denn die bürgerliche Demokratie sei überhaupt erst die Voraussetzung für die Errichtung des Sozialismus.²¹

*„Denn es zeichnet die bürgerlich-parlamentarische Demokratie aus, daß sie auch denjenigen Kräften das Recht auf Artikulation und Organisation einräumt, die sich für eine sozialistische Eigentums- und Gesellschaftsordnung einsetzen. Im Grundgesetz ist der Übergang zu einer solchen Ordnung im Artikel 15 ausdrücklich als Möglichkeit gewährleistet. Werden diese bürgerlichen Rechte und Freiheiten durch einen autoritären Staat wesentlich eingeschränkt oder durch eine faschistische Diktatur völlig abgeschafft, so ist damit auch die sozialistische Bewegung ins Herz getroffen, ist ihre Chance für sozialistische Ziele zu kämpfen, für absehbare Zeit vernichtet.“*²²

An anderer Stelle führt Kühnl aus, wie auf Grundlage des Grundgesetzes eine sozialistische Demokratie errichtet werden soll, und so dem Faschismus endgültig die Grundlage entzogen werde.²³ Kühnl nimmt als Ausgangspunkt zur Bestimmung von «rechts» und «links» das Verhältnis jeweiliger politischer Kräfte zur «Demokratie». Linke seien Kämpfer für die Demokratie, Rechte dagegen die Feinde der Demokratie.²⁴ Seine praktischen Folgerungen sind möglichst breite Bündnisse „für Demokratie – gegen Faschismus“ bis tief ins bürgerliche Lager hinein. Im Zuge einer Diskussion 1970 zwischen Kühnl und Reinhard Opitz in der Zeitschrift *Das Argument* kritisiert Opitz dessen Demokratiebegriff scharf.

Der Unterschied zwischen formaler und realer Demokratie werde von Kühnl nicht ausreichend beachtet. Kühnl trenne den Demokratiebegriff von

20 Kühnl, *Faschismustheorien*, S. 283

21 Ebd. S. 284

22 Ebd. S. 285

23 Ebd. S. 283

24 Opitz, Reinhard: *Fragen der Faschismuskussionen*, in: *Das Argument* 1970 (58), S. 282f.

der Herrschaft des Volkes, welche nur im Sozialismus verwirklicht werden kann. Er erkenne so nicht, dass die bürgerliche Demokratie ein klassenmäßiges Instrument sei und deswegen nicht einfach von der arbeitenden Bevölkerung im Kapitalismus übernommen werden könne. Kühnl sei verfangen in formalen Kategorien, welche im Kern eben doch den bürgerlichen Demokratiebegriff reproduzieren. Man könne aber, so Opitz, die Frage der Demo-

Schlaglicht auf die Faschismusdebatte in den Röderberg-Heften

Zwischen Gossweiler und Kühnl entspann sich in den frühen 1970ern eine Kontroverse, die sich vor allem um das Verhältnis von Monopolkapital und der faschistischen Bewegung drehte. Im Jahr 1972 wurde schließlich das Buch *Faschismus – Entstehung und Verhinderung* im Röderberg-Verlag (Frankfurt am Main) veröffentlicht, welches eine zusammenfassende Kritik Gossweilers an Kühnl, eine Antwort Kühnls und einen Vortrag von Reinhard Opitz über antifaschistische Strategien enthält. Es bleibt bis heute eine wichtige Quelle für die marxistische Faschismuskritik nach 1945, weil es die Kontroversen zusammenfasst und zugänglich macht. Insgesamt herrschte ein hohes Maß an Übereinstimmung in der Faschismusanalyse zwischen den drei Autoren. Sie sahen im Faschismus ein Herrschaftsinstrument des Monopolkapitals, das insbesondere dazu dient, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und die kapitalistische Herrschaft in Krisenzeiten abzusichern. Dazu schreibt vor allem Gossweiler ausführlich aus ökonomischer Perspektive. Er betont dabei, dass der Faschismus erst mit dem Imperialismus aufkommen kann, da er dem Drang des Finanzkapitals nach ständiger Machterweiterung entspricht. Kühnl pflichtet der Einschätzung grundsätzlich bei, aber konzentriert sich mehr auf die Formen der Herrschaftsausübung und das Verhältnis der politischen Kräfte. Alle sahen außerdem die Notwendigkeit der Mobilisierung aller Kräfte gegen den Neofaschismus in Deutschland. Jedoch mit dem Wissen, dass die Wurzel des Faschismus der Kapitalismus ist und daher nur mit der Überwindung des Kapitalismus überhaupt die Ursache des Faschismus überwunden werden kann. Die Dissense zwischen ihnen aber sind nicht abschließend geklärt worden und bis heute relevant.

kratie nur inhaltlich, genauer ihrem sozialen Inhalt nach, beurteilen.²⁵ In der Definition Kühnls avanciere der Demokratiebegriff zum bloßen Gegenstück „autoritär-hierarchischer“ Herrschaftsformen. Das Anliegen der Bestimmung Kühnls sei eine Formel zur Einheit der Linken zu finden. Sie avanciere aber zu einer Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und deren (unveränderlichen) Klassencharakter. Es ist auch eine Vorlage dafür, die Abgrenzung der „wahren“ linken Kräfte von denen zu markieren, die auch bereit sind zur Anwendung diktatorischer Mittel zu greifen, wenn es um die Verwirklichung der Herrschaft der Arbeiterklasse geht.²⁶ Ein solcher Demokratiebegriff kann (und wird) auch antikommunistisch genutzt werden.

Die hier stellvertretend für viele andere angeführte Diskussion zwischen Opitz und Kühnl zielt genau auf den Kern der Diskussion zu demokratischen Bündnissen und zur Frage des Klassencharakters von Faschismus und Demokratie.

Massenbasis des Faschismus

Kühnl und Gossweiler folgen den Erkenntnissen der KI, dass der Faschismus seine soziale Basis im Kleinbürgertum hatte. Dies arbeitete vor allem Kühnl in seinen vorherigen Publikationen heraus. Gossweiler stimmt Kühnls Analyse zu, indem er schreibt:

„[Der Faschismus] rekrutierte [...] sich vor Erlangung der politischen Macht vor allem aus Sozialgruppen mit mittelständischer Mentalität: aus Kleineigentümern (Handwerkern, Kleingewerbetreibenden, Bauern) und Gruppen mit Aufstiegsbewusstsein (Angestellten, Beamten), die gleichermaßen entschlossen sind, ihre bedrohte ‚mittelständische‘ Position gegenüber den unteren sozialen Klassen zu verteidigen.“²⁷

Außerdem sehen beide die Notwendigkeit einer Erweiterung dieser Analyse, um die soziale Dynamik der Massenbasis des Faschismus richtig zu bestimmen. Die kleinbürgerlichen Schichten würden ihre Position nicht nur von den unteren sozialen Klassen bedroht sehen, sondern vor allem von den oberen. Diese Erkenntnis sei in den 1920er Jahren eine neue im kleinbürgerlichen Bewusstsein und sei auf die konkrete Erfahrung aus dem Ersten Welt-

25 Ebd.

26 Ebd.

27 Gossweiler, *Über Wesen und Funktion des Faschismus*, S. 26

krieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise zurückzuführen. Kühnl bezeichnet dies als „doppelte Frontstellung des Kleinbürgertums gegen Arbeiterklasse und Großkapital“.²⁸ Gossweiler schreibt dazu:

„Aus diesen Erfahrungen heraus breitete sich in großen Teilen des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums eine antikapitalistische Grundstimmung aus, die es nach einem Ausweg jenseits des Kapitalismus suchen ließ. Sie suchten jedoch nach einem Ausweg, der ihre Existenz retten sollte – sowohl vor der wirklichen Gefahr der Enteignung durch das Großkapital als auch vor der vermeintlichen, suggerierten Gefahr der Enteignung durch den Sozialismus.“²⁹

So lasse sich die antikapitalistische Rhetorik der deutschen Faschisten erklären, die nicht nur dazu dienen sollte, das Proletariat, sondern auch die enttäuschten Schichten der nicht-monopolistischen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums zu gewinnen.

Aufstiegsbedingungen des Faschismus

Ein zentraler Dissens zwischen Gossweiler und Kühnl lag in der Frage, wie der Faschismus an die Macht gelangte. Beide Autoren sahen einen kausalen Zusammenhang zwischen Kapitalismus – insbesondere Imperialismus – und Faschismus. In Deutschland von 1933 bis 1939 schreibt Gossweiler, die NSDAP sei von „einer kleinen Gruppe von Monopolisten, großen und mittleren Bourgeois aufgepäppelt und hochgebracht“ worden (K. Gossweiler: Deutschland von 1933 bis 1939, S. 13). Er argumentiert, dass Großkonzerne und Banken die faschistische Bewegung gezielt aufbauten und finanzierten, um eine drohende Revolution abzuwenden und eine uneingeschränkte kapitalistische Ordnung durchzusetzen. Neben der Verhinderung einer sozialistischen Revolution sei es den Monopolisten darum gegangen, die demokratischen Errungenschaften der Weimarer Republik abzuschaffen – eine These, die Gossweiler unter anderem aus den Deutschen Führerbriefen ableitet.

Kühnl kritisiert diese Analyse als „allzu direkt und personalistisch-voluntaristisch aufgefasst“.³⁰ Für ihn war die Beziehung zwischen Kapital und

28 Kühnl, Reinhard: *Kapitalismus und Faschismus*, in: Gossweiler, Kurt/ Kühnl, Reinhard/ Opitz, Reinhard (Hrsg.): *Faschismus: Entstehung und Verhinderung*, Röderberg-Verlag, Frankfurt a.M. 1972, S. 39

29 Gossweiler, *Über Wesen und Funktion des Faschismus*, S. 26

30 Kühnl, *Kapitalismus und Faschismus*, S. 40

Faschismus nicht direkt, sondern vermittelt (dazu unten mehr). Zur Aufstiegsphase des Faschismus schreibt Kühnl:

„Nicht die direkte Unterstützung des Großkapitals bewirkte den Aufstieg des Faschismus, sondern die im kapitalistischen System begründete Wirtschaftskrise trieb die verängstigten Massen, vor allem die proletarisierten oder von der Proletarisierung bedrohten Mittelschichten, zum Faschismus.“³¹

Nach Kühnl formierte sich die faschistische Massenbewegung eigenständig und wurde erst später vom Großkapital unterstützt, was ihren Aufstieg massiv beschleunigte. Die Ursache für ihren Erfolg sieht er darin, dass der Kapitalismus „permanent autoritäre und irrationale Denk- und Verhaltensformen produziert“.³² Dass die gesellschaftliche Lage und das Bewusstsein der Massen derart auseinanderfielen und eine so starke Manipulation durch die Faschisten ermöglichten, müsse durch eine materialistische Psychoanalyse erklärt werden. Folglich interpretiert Kühnl den Faschismus als eigenständige gesellschaftliche Bewegung mit eigenen Interessen, die vom Kapital für dessen Zwecke instrumentalisiert wird, aber nicht direkt aus ihm hervorgeht.

Die unterschiedlichen Positionen lassen sich zugespitzt so zusammenfassen: Gossweiler sieht die Ursache des Faschismus im Monopolkapital, ohne dessen Unterstützung die faschistische Bewegung keine gesellschaftliche Relevanz erlangt hätte. Kühnl hingegen betrachtet die faschistische Bewegung als Resultat der gesellschaftlichen Widersprüche des Imperialismus, die das Monopolkapital später für seine eigenen Interessen nutzt. Dementsprechend wirft Gossweiler Kühnl vor, die Verantwortung von den Monopolisten auf die faschistischen Führer abzulenken. Kühnl hingegen kritisiert Gossweiler dafür, die Schuld von der faschistischen Massenbewegung – und damit von Teilen der Bevölkerung – auf das Monopolkapital zu verlagern.

Das Verhältnis von Faschismus und Monopolkapital

Auch im Fokus der Diskussionen stand die Frage, in welchem Verhältnis die Bourgeoisie zu den verschiedenen Formen ihrer Herrschaft steht. Ist die parlamentarische Demokratie die bevorzugte Herrschaftsform der Bourgeoisie? Ist der Faschismus nur eine Notlösung für die Herrschenden? Oder führt der

31 Ebd.

32 Ebd.

Drang zur Reaktion nicht auch zwangsläufig zu faschistischen Regierungsformen? Opitz geht davon aus, dass die Beseitigung parlamentarischer Formen nicht immer im Interesse der Bourgeoisie ist, sondern eine Beherrschung, die auf freiwillige Zustimmung der Beherrschten beruht, immer am angenehmsten für die Bourgeoisie sei.³³ Das Hauptproblem des Monopolkapitals sei demnach die Integration der Beherrschten, also die subjektive Zustimmung zu einem System, welches gegen das eigene Interesse gerichtet ist.³⁴ Heruntergebrochen auf die bürgerliche Demokratie bedeute das für die Bourgeoisie die Frage der Lösung des Problems, dass die Minderheit in einem formaldemokratischen System gegen die Mehrheit der zur Wahl zugelassenen Menschen formal legitimiert werden müsse. Hierzu entwickelte die herrschende Klasse verschiedene Integrationsmodelle und -mechanismen im Rahmen der bürgerlichen Demokratie. Aber was, wenn diese Integration nicht gelingt? Durch die Widersprüche des Kapitalismus bestehe immer die Gefahr des Misslingens der Integration großer Teile der „nichtmonopolistischen Schichten“.³⁵ Die Reaktion sei eine Formierung der Gesellschaft auf den Staat hin, ein Umbau des Staatsapparats zu einer „monopolkapitalistischen Präsidialdiktatur“. Nur wenn das misslingt, muss die faschistische Option herangezogen werden. „Dies, das Versagen also aller Instrumente der monopolkapitalistischen Integration, der Fall des eklatant-definitiven Mißlingens (nicht der Vollendung) der Formierung, ist die akut-faschismusträchtige Situation“.³⁶ Die faschistische Option ist laut Opitz also eine Notreserve des Kapitals. Das Kapital ging auf das Werben der faschistischen Kräfte so lange nicht ein, bis alle bisherigen bürgerlichen Parteien ihre Integrationsfähigkeit endgültig verloren hatten. Bis zu der Machtübertragung existiere so deswegen tatsächlich eine gewisse Konkurrenz und „Dualismus“ zwischen faschistischer Partei und Monopolkapital.³⁷ Die Erhaltung der eigenen Macht im Rahmen einer Formaldemokratie sei also die bevorzugte Variante für die Bourgeoisie, die Errichtung des Faschismus zeige die tiefe Krise der Bourgeoisie an.

Dagegen versucht Gossweiler am deutschen Beispiel nachzuweisen, dass der deutsche Imperialismus beständig zum Faschismus dränge und wäh-

33 Vgl. Kühnl, *Faschismustheorien*, S. 233

34 Ebd. S. 234

35 Vgl. Opitz, *Fragen der Faschismuskussionen*, S. 52

36 Kühnl, *Faschismustheorien*, S. 236

37 Ebd., S. 237

rend der gesamten Weimarer Republik danach trachtete, diese auch wieder abzuschaffen.

Im Faschismus sieht er sowohl offensive als auch defensive Elemente und keine klare Grenze zwischen verschiedenen Formen bürgerlicher Herrschaft – integrative und repressive Mittel werden je nach Notwendigkeit eingesetzt. Er begründet dies mit den ökonomischen Grundlagen des Imperialismus: „Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die Reaktion.“³⁸ Der Drang des Monopolkapitals nach Alleinherrschaft resultiere aus dem Kampf ums Überleben im Konkurrenzkampf. Die bürgerliche Demokratie beschränke das Kapital in seiner Möglichkeit der grenzenlosen Ausbeutung der Lohnabhängigen, weil sich diese in dieser leichter zur Wehr setzen könnten. Allerdings sei der Faschismus erst mit dem Eintritt des Kapitalismus in die allgemeine Krise des Kapitalismus nach dem 1. Weltkrieg aufgetreten. Die allgemeine Krise sei dadurch gekennzeichnet, dass sie alle Bereiche der Gesellschaft erfasse. Die Revolution von 1917 war ein Ausdruck und Vertiefung dieser Krise: „Der Drang des Imperialismus nach Reaktion und Gewalt nahm also erst in einer bestimmten Situation faschistische Gestalt an“.³⁹

Im Unterschied zu Kühnl und Opitz also, welche die bürgerlich-demokratische Regierungsform als die Normalform kapitalistischer Herrschaft auffassen (und den Faschismus entsprechend als eine Extremform), führt Gossweiler an, dass die Weimarer Republik nur äußerst widerwillig von den Herrschenden akzeptiert wurde und sie zeitlebens ihres Bestehens auch wieder an ihrer Abschaffung arbeiteten. 1933 habe die Großbourgeoisie Angst davor bekommen, die Republik nie beseitigen zu können – nicht wegen einer bevorstehenden proletarischen Revolution, sondern aus Furcht vor dem alten „parlamentarischen“ Theater und deren politischen Kräfte (Pazifisten, Sozialdemokraten etc.), welche als unbrauchbar für den Revanchekrieg eingeschätzt wurden. Die Weltwirtschaftskrise hatte das Bestreben, die Weimarer Republik abzuschaffen, also nur um ein Vielfaches verstärkt. Die Errichtung der faschistischen Diktatur sei also nicht nur defensiv gegen die starke Arbeiterbewegung zu begreifen, sondern sie war gleichzeitig eine Offensive des verstärkten Anvisierens der eigenen imperialistischen Ziele. Sie sei Ausdruck der Schwäche und Stärke der Monopolbourgeoisie zugleich gewesen.

38 Gossweiler, *Über Wesen und Funktion des Faschismus*, S. 4f.

39 Ebd.

Für Gossweiler war die faschistische Führung ein ausführendes Organ der Kapitalinteressen mit begrenztem Handlungsspielraum – wie jede Regierung in einem kapitalistischen Staat. Die Vorstellung einer vom Kapital unabhängigen faschistischen Bewegung lehnte er ab, da sie die Rolle des Kapitals verharmlosen würde. Gossweiler führt allerdings auch an, dass nicht alle Teile des Kapitals zum Faschismus drängen, sondern in Anlehnung an Dimitroff nur „die reaktionärsten, am meisten chauvinistische[n] und imperialistische[n] Elemente“, welche „naturgemäß“ die führenden Hauptgruppen des Monopolkapitals seien: die Großbanken und Großkonzerne (Schwerindustrie, Chemie- und Elektro). Dies bedeute nicht, dass die anderen Teile des Finanzkapitals kein Interesse am Abbau der Arbeiterrechte haben, aber sie haben weniger Möglichkeiten, ihre spezifischen Interessen in einem faschistischen Staat durchzusetzen als in einer parlamentarischen Demokratie.⁴⁰

Während Gossweiler den Faschismus als *Instrument* des Monopolkapitals betrachtete, betonte Kühnl die eigenständigen Interessen der faschistischen Bewegung und die relative Autonomie der faschistischen Staatsführung. Er sah im Faschismus eine Form des Bonapartismus, in der die faschistische Partei zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen vermittelte. Zwar verwendete er diesen Begriff nicht explizit, doch seine Argumentation orientierte sich stark an dieser Theorie. Während der klassische Bonapartismus nach Marx eine über den Klassen stehende Instanz beschreibt, bezog Kühnl dies auf eine Vermittlung zwischen Kapitalfraktionen. Seiner Ansicht nach agierte der Faschismus zwar im Interesse des Monopolkapitals, verfolgte aber zugleich eigenständige politische und ideologische Ziele, die nicht immer unmittelbar mit den ökonomischen Interessen der Monopolbourgeoisie übereinstimmen.

Diese Auffassung führte dazu, dass Kühnl die vom VII. Weltkongress der KI entwickelte These zwar auf dem Papier akzeptierte, aber faktisch ablehnte. So schrieb er 1968 in seinem Aufsatz „Faschismus – Versuch einer Begriffsbestimmung“: „Der Faschismus bedeutet keineswegs die unmittelbare Herrschaft irgendeiner Gruppe des Kapitals.“⁴¹

Ein zentrales Beispiel für Kühnls These ist der Völkermord an den europäischen Juden. Holocaust. Seiner Meinung nach hatte das Kapital kein Interesse an der Vernichtung der europäischen Juden – diese sei vielmehr ein

40 Alle Anführungen aus Kühnl, *Faschismustheorien*, S. 213-239 und aus Gossweiler et al, *Faschismus: Entstehung und Verhinderung*.

41 Zitiert nach Gossweiler et al., *Faschismus: Entstehung und Verhinderung*, S. 11f.

irrationaler Exzess der faschistischen Ideologie gewesen. Allerdings bleibt bei ihm offen, ob das Kapital den Holocaust lediglich tolerierte oder ob es auch Widerstände innerhalb der Kapitalfraktionen gegen die Vernichtungspolitik gab. Gossweiler hingegen leitet den Holocaust aus zwei Aspekten ab: Erstens diente „der Jude“ als Sündenbock, gegen den sich die soziale Demagogie des

Neofaschismus

Seit der Gründung der Bundesrepublik bestanden rechts von der CDU/CSU neonazistische und revanchistische Parteien und Organisationen, „die offener als die CDU/CSU die revanchistischen und expansiven Ziele des westdeutschen Imperialismus propagierten und noch hemmungsloser als die CDU/CSU gegen demokratische Reformen und Fortschritt im Innern Sturm laufen.“ Das waren zunächst die *Sozialistische Reichspartei (SRP)*, die *Deutsche Reichspartei (DRP)* und der *Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten* (welcher bis heute existiert). 1964 wurde dann die neofaschistische NPD gegründet, die zweifellos als politische Nachfolgeorganisation der NSDAP gesehen werden kann. Sie übernahm deren Ideologie und politisches Programm. Die NPD wurde mitnichten verboten, sondern bekam wie bereits die NSDAP Großspenden von Industriellen und konnte Interviews in großen Nachrichtenmagazinen, wie dem SPIEGEL geben. Ein Verbot der NPD scheiterte auch an der Haltung der SPD. Das bescherte der NPD zwischen 1965 und 1967 einen massiven Stimmenzuwachs, und sie scheiterte 1969, nachdem sie bereits in sieben Landtage eingezogen war, nur knapp an der Fünfprozentklausel des Bundestags. Neben der NPD gab es noch eine Reihe neofaschistischer Gruppen, neben dem Bund der Vertriebenen waren wohl die Landsmannschaften wichtige revanchistische Massenorganisationen, die in CDU/CSU-Regierungszeit sogar den sogenannten „Ostkundeunterricht“ in Schulen übernahmen. Im BdV und den diversen Landsmannschaften waren so Anfang der 1970er über eine Million BRD-Bürger organisiert.

Diese Entwicklungen beschreibt ausführlich der Faschismusforscher Reinhard Opitz in seinem 1984 erschienenen Hauptwerk *Faschismus und Neofaschismus*.

Quelle

Herde, Georg: „Neonazistische Parteien und Organisation“, in : Marxistische Blätter 1971 (4), S. 23, 28 u. 29.

Faschismus richtete – ein Punkt, dem Kühnl nicht widersprechen würde. Zweitens war das System der Konzentrationslager und Zwangsarbeit ein zentrales Herrschaftsinstrument des Faschismus. Es diente nicht nur der Eliminierung jeglicher Opposition und der Ausschaltung alternativer Gesellschaftsentwürfe, sondern stellte auch Millionen Zwangsarbeiter für die deutsche Wirtschaft bereit. Kühnl unterschlägt dabei, dass auch jüdische Häftlinge zur Zwangsarbeit gezwungen wurden und erst dann ermordet wurden, wenn sie körperlich nicht mehr arbeitsfähig waren. Allerdings bleibt auch bei Gossweiler die Frage offen, warum es eigens errichtete Vernichtungslager wie Auschwitz-Birkenau gab. Eine abschließende Klärung der Massenvernichtung im deutschen Faschismus kann hier nicht geleistet werden – sie bleibt eine zentrale offene Frage in der Faschismusdebatte, die zugespitzt das Verhältnis zwischen Kapital und faschistischer Bewegung betrifft.⁴²

Definition und Abgrenzung des Faschismus

Ein zentraler Unterschied zwischen Gossweiler und Kühnl lag in der Definition der Merkmale des Faschismus. Gossweiler verstand Faschismus primär als Herrschaftsform, die durch den „offenen Terrorismus der Monopolbourgeoisie“ gekennzeichnet sei. Eine Militärdiktatur, die brutal gegen die Arbeiterbewegung vorging, könnte daher ebenfalls faschistisch sein, selbst ohne eine organisierte Massenbewegung. Entscheidend waren der Klasseninhalt – die Herrschaft des Finanzkapitals (bzw. bestimmter Teile davon) – und die Form der Herrschaftsausübung – der breit angewandte Terror.

Dabei könne der Faschismus – wie jede Herrschaftsform – nicht die *unmittelbare* Herrschaft des Finanzkapitals selbst sein, um den Klassencharakter dieser Herrschaft zu verschleiern. Kühnl hingegen folge, so die Kritik Gossweilers, sozialdemokratischen und trotzkistischen Interpretationen, die den Klassencharakter des Faschismus aus der sozialen Herkunft der faschistischen Führung ableiten (Kleinbürgertum, Lumpenproletariat).

Für Kühnl jedoch ist das Vorhandensein einer Massenbasis eine notwendige Bedingung, um von faschistischer Herrschaft zu sprechen. Ein faschistisches Regime müsse breite Bevölkerungsschichten ideologisch durchdringen und mobilisieren. Daher unterschied er zwischen faschistischen und anderen reaktionären Diktaturen: Während sich faschistische Systeme auf eine or-

42 Siehe auch Opitz, Reinhard: *Faschismus und Neofaschismus*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1984, S. 146-178

ganisierte Massenbewegung stützen, basierten autoritäre Militärdiktaturen primär auf Repressionsapparaten wie Polizei und Militär. Obwohl Kühnl zwischen Faschismus und Militärdiktaturen differenzierte, bleibt offen, welche konkreten strategischen Unterschiede sich daraus für den antifaschistischen Kampf ergeben.

Diese Differenzen haben auch praktische Konsequenzen. Gossweiler sah neben Deutschland und Italien auch Spanien, Griechenland, Österreich und weitere Länder als Beispiele für faschistische Systeme. Kühnl hingegen erklärte, dass Faschismus bisher nur in Deutschland und – zeitweise – in Italien existiert habe. In allen anderen Fällen sei die bürgerliche Verfassung unangetastet geblieben. Allerdings zählte er in anderen Publikationen auch Japan zu den faschistischen Regimen.

|| Geht die BRD auf einen neuen Faschismus zu? Vom „Post“- zum „Präfaschismus“

Die Faschisierungsdiskussion in der APO, den 68ern hin zu den K-Gruppen & die Entstehung der autonomen Antifa. 1960–1980er

Auch wenn sich die Annahme, dass sich in der Bundesrepublik der offene Faschismus erneut seinen Weg an die Macht bahnt, im Rückblick als Fehleinschätzung herausgestellt hat, konnte sich diese in Teilen der aus der Außerparlamentarischen Opposition (APO) hervorgegangenen kommunistischen Gruppen vertretene Position durchaus auf Beobachtungen der realen politischen Entwicklung stützen. Es wurden außerdem wichtige Fragen in Bezug auf den Charakter des bundesrepublikanischen Staates und das Verhältnis von Imperialismus und Faschismus aufgeworfen. Ein zentraler Hintergrund der Entwicklungen für die Faschismusdebatte war der Aufstieg des Neofaschismus in den 1960ern.

Der Kampf gegen die NPD, als wichtigste Organisation der offenen NS-Anhänger, spielte einen wichtigen Hintergrund für die intensive Faschismusdiskussion, welche sich nun entfaltete. Aber auch die CDU/CSU und die Rolle der SPD wurden in den Fokus genommen.

Mit der formierten Gesellschaft in einen neuen Faschismus?

Gab es in der Studentenbewegung große Einigkeit über die Kontinuität des NS-Faschismus in der Bundesrepublik, herrschte jedoch Uneinigkeit über deren Qualität. So werden in der Debatte um die „Formierte Gesellschaft“

unterschiedliche Einschätzungen von Manfred Hahn in einem Heft der *DA* vorgestellt. Während Hahn die formierte Gesellschaft als neu aufgestellte Ideologie des bürgerlichen Konservatismus auffasst, sieht Reinhard Opitz hier die Keimzellen eines modernen Faschismus:

„Es hat ja keinen Sinn, darum herumzureden. Natürlich ist dieses Formierungskonzept kein Nationalsozialismus. Es ist frei von rassistischen Parolen, frei von manch anderen spezifisch nationalsozialistischen Momenten. Fragt man jedoch, wie unter den heutigen Bedingungen, in der Zeit nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus, angesichts der veränderten Weltlage und der veränderten Bündniskonstellationen, ein neues deutsches Programm zur Durchsetzung der alten Ziele der Wilhelminischen und Hitlerischen Großmachtspolitik aussehen müßte — die Antwort kann wohl nur lauten: Genau so! Aus dem Plan der Formierten Gesellschaft spricht eine ‚klügere‘, die Fehler der Hitlerzeit, den technischen Fortschritt und die allgemeine innen- und außenpolitische Situation in Rechnung stellende deutsche Großmachtpolitik. Die Begründungen haben sich verändert, die Ziele sind geblieben“

“

Formierte Gesellschaft

Die bundesrepublikanische Öffentlichkeit kennt den Begriff Formierte Gesellschaft seit drei Jahren, und zwar als Leitbegriff einer gesellschaftspolitischen Konzeption, die der damalige Bundeskanzler Ludwig Erhard Ende März 1965 auf dem 13. CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf zum ersten Mal vorgetragen hat. Der Kern des Erhard-Programms: die Formierte Gesellschaft bestehe ‚nicht mehr aus Klassen und Gruppen‘, die ‚einander ausschließende Ziele‘ durchsetzen wollten, sie sei vielmehr ‚ihrem Wesen nach kooperativ‘, basiere ‚auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen‘. Sie formiere sich nicht ‚durch autoritären Zwang‘, sondern ‚aus der Erkenntnis und dem wachsenden Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit‘. Ergebnis der Formierung müsse sein die ‚Sicherung einer expansiven Weiterentwicklung der Wirtschaft‘, die ‚Konzentration auf eine fortdauernde Erhöhung der Leistung‘. Die Formierte Gesellschaft könne ‚ihrem inneren Wesen nach nur demokratisch‘ sein; freilich brauche sie ‚modernere Techniken des Regierens und der politischen Willensbildung‘.

Aus: Manfred Hand, Faschismus in verändertem Aufzug?, DA Heft 48/10 Jahrgang, 301f.

Und weiter:

„Der Weg in die Formierte Gesellschaft ist ein Schleichweg zu einem moderneren, den Bedingungen der heutigen Zeit angepaßten Faschismus“⁴³

Hahn hält dem entgegen:

„Es soll hier nicht suggeriert werden, die Formierungskonzeption sei schlicht eine Neuauflage bürgerlich-konservativer Theorien des 19. Jahrhunderts. Es war vielmehr anzudeuten, in welcher Tradition diese Konzeption steht: in einer Tradition nämlich, die rundweg faschistisch zu nennen falsch ist. Formierungskonzeption und faschistische Ideologie reagieren auf den gleichen Gegner, zwar nicht vollends gleich, aber in vielem ähnlich. Diese Tatsache ist gegenwärtig in der Bestimmung, das Formierervokabular sei nazistisch gefärbt. Aber: nationalsozialistische Ideologie ist, wenn auch die brutalste, so doch bei weitem nicht die früheste ideologische Reaktion auf den vielzitierten Gegner. Wer das übersieht, muß die Formierungskonzeption rein für eine Wiederkehr des Faschismus nehmen. In Wahrheit ist sie ein Haufen von Waffen, die den Rüstkammern des traditionellen bürgerlichen Konservatismus deutscher Prägung entnommen und verschiedentlich nazistisch repariert sind.“⁴⁴

Auch der Arbeitskreis *Formierte Gesellschaft* um Hameister und Dutschke verstand die formierte Gesellschaft nicht als neue faschistische Herrschaft, bzw. versuchten sie nicht unter dem Stichwort der Faschisierung zu begreifen, sondern als autoritären Staat. Dagegen betonte der AK Faschismus des SDS gerade den Zusammenhang der autoritären Entwicklung mit einer Faschisierung und greift insbesondere die Rolle der CDU und SPD als Helfer dieser Entwicklung an.⁴⁵ So kann in den Flugblättern des Arbeitskreis Faschismus gelesen werden:

*„Wenn alte Nazis heute wieder Politik machen, darf man sich nicht wundern, wenn sie wieder die alte Politik machen! Es liegt an uns, **den Kampf gegen***

43 Opitz zitiert nach Hahn, Manfred: *Faschismus in verändertem Aufzug*, in: *Das Argument* 1968 (48), S. 302

44 Hahn, *Faschismus in verändertem Aufzug*, S. 307f.

45 Vgl. Dworok, Gerrit: *Faschismusbegriffe und -deutungen der ‚68er‘ zwischen Wissenschaft und Klassenkampf*, in: Dworok, Gerrit/ Weißmann, Christoph (Hrsg.): *1968 und die ‚68er‘*, Boehlau Verlag, 2013, S. 108

den Faschismus zu organisieren! (*Herv. i.O.*) *Fangen wir bei Strauß und Kiesinger an!*⁴⁶

Im Arbeitskreis wurden dann fünf Kategorien ausgearbeitet, anhand derer analysiert werden könne, ob es sich bei einem Phänomen um Faschismus handele: „Wir können nur dann von Faschismus sprechen, wenn alle fünf Kategorien zutreffen.“ Die ausgemachten „Kategorien“ waren grob:

1. das Vorhandensein einer Krise des Kapitalismus,
2. die Zerschlagung der bürgerlichen demokratischen Institutionen, der Gewerkschaften usw.,
3. das Vorhandensein einer vor allem in den Mittelschichten angesiedelten Massenbasis, die nach dem Führerprinzip organisiert werde,
4. die Ideologie der „Volksgemeinschaft, des Führerprinzip, des Darwinismus, des Rassismus, des Antikommunismus [...]“,
5. Imperialismus.⁴⁷

Anhand dieser Kriterien wollte man nun die NPD, die CDU/CSU usw. analysieren.

Egal ob zur Abgrenzung oder als Zielmarke einer beobachtenden Entwicklung – Faschismus wird wieder zum Schlüsselbegriff zur politischen Analyse der Gegenwart. Das Begriffsinstrumentarium zur Beschreibung dieser Gegenwart wird dabei ausdifferenziert, darunter die Varianten *faschistisch*, *faschistoid*, *Faschisierung*, *Präfaschismus*. Faschismus wird also nicht mehr ausschließlich in Bezug auf den historischen Faschismus (v.A. Deutschland und Italien) gebraucht, sondern hat das Potenzial, aktuelle Entwicklungen zu fassen.

Einen zentralen Einfluss auf die Theoriediskussion in der APO hatte der Politikwissenschaftler **Johannes Agnoli**, welcher die These aufstellt, dass die heutige bürgerliche Gesellschaft den Faschismus noch in sich trage.⁴⁸ Auch die „liberale“ Staatsgewalt müsse das Instrumentarium faschistischer Methoden beherrschen; der Faschismus ist also als Potenzial immer im bürgerlichen Staat angelegt, sei aber nur unter sehr bestimmten Bedingungen für das Kapital notwendig. So schreibt Agnoli schon 1966 in *Das Argument*:

46 SDS. Arbeitskreis Faschismus: *Kampf gegen Faschismus organisieren*, 1968. Online unter: <https://sds-apo68hh.de/bergedorf> (zuletzt abgerufen am 28.04.2025).

47 SDS. Arbeitskreis Faschismus: *Begriffsbestimmung*, 1968. Online unter: <https://sds-apo68hh.de/bergedorf> (zuletzt abgerufen am 28.04.2025).

48 Vgl. auch Agnoli, Johannes: *Zur Faschismuskussion*, Verlag O, Hamburg 1972, S. 23

„Wenn nun in beiden Fällen – dem Faschismus und der liberalen Herrschaftspraxis – das Ziel das gleiche, der Weg beidemale repressiv, die Methode allerdings einmal terroristisch, das andere Mal konstitutionell, beidemale aber manipulativ ist, so kann man schließen, daß beide Wege offenstehen, daß nur besondere Umstände und Bedingungen die bürgerliche Gesellschaft auf den Weg des Terrors zwingen. Das Kapital braucht nicht immer den Faschismus. Aber der Zusammenhang zwischen dem repressiven Charakter des liberalen und neoliberalen Staates und den terroristischen Methoden des faschistischen Staates darf nicht übersehen werden. Der liberale Staat beruht auf dem Gleichgewicht von Gewalt und Konsens (oder wie verschleiernd gesagt wurde: auf Macht und Konsens). Wenn die Massen die Freiheit nicht wollen, braucht die Gewalt nicht angewandt zu werden. Aber sie bleibt aktuell. Die Staatsgewalt muß jederzeit die Fähigkeit bewahren, konkret zu werden.“⁴⁹

Wie bereits oben angedeutet, gab es an der tendenziellen Gleichsetzung von bürgerlicher Demokratie und Faschismus Kritik aus den Reihen der Marburger Schule und der DKP.⁵⁰

Eine Theorie der faschistischen Ideologie?

Antifaschismus theoretisch zu untermauern, war auch das Ziel der *Projektgruppe Ideologie-Theorie* (PIT), unter denen sich der Philosophieprofessor Wolfgang Fritz Haug befand und welche sich um die Zeitschrift *Das Argument* (DA) gruppierte. Im Kern stand hier die Frage nach der Massenwirksamkeit des Faschismus, dessen unheimliche Integrationskräfte und die Frage nach einer spezifischen faschistischen Ideologie und deren Funktionsweise. Das *Projekt Ideologie-Theorie* um den Philosophieprofessor Wolfgang Fritz Haug arbeitete zu dieser Frage und veröffentlichte 1980 zwei Sonderbände in der Zeitschrift mit dem Titel *Faschismus und Ideologie*. In den Sonderheften arbeitete die Autorengruppe zur Funktionsweise und Konstitution des Ideologischen im Faschismus, ein nicht unumstrittenes Unternehmen – hatte nicht davor das Frankfurter Institut für Sozialforschung verkündet, der Faschismus sei bereits außerhalb der Ideologie und somit auch nicht mit einer Ideologiekritik

49 Agnoli, Johannes: *Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat*, in: DA 41(8), 1966, S. 460

50 Kritik von Abendroth u.A. an diesen Thesen, siehe RLS-Paper von Heigl, Richard: *Das Unbehagen am Staat*, 2010. Online unter: rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_25-2010_web.pdf (zuletzt abgerufen am 28.04.2025).

zu fassen.⁵¹ Für die PIT-Gruppe ist dies nicht so eindeutig; wenn es auch kein niedergeschriebenes und einheitliches faschistisches Ideologiekondensat gebe, so könne doch an einer Theorie des Ideologischen im Faschismus gearbeitet werden, die zentral auch Sprech- und Handlungsakte in den Fokus nehme.⁵² Zentral ist dabei der Bezug auf Ernesto Laclau und dessen Populismusbegriff.⁵³ Das Ziel von PIT war also die Untersuchung „verschiedener ideologischer Praxen im deutschen Faschismus“, um die „ideologische Wirkungsmacht“ des Faschismus zu begreifen. In Abgrenzung zu den auf „Ökonomismus und Klassenreduktionismus“ beruhenden Faschismusanalysen nahmen die Forscher an, es könne nur auf „nicht-ökonomistische Weise der Klassencharakter des Faschismus“ bestimmt werden.⁵⁴ Dabei greift die PIT-Gruppe u. a. auf sozialpsychologische Ansätze der Kritischen Psychologie zurück. Der Faschismus müsse also das „Volk“ gegen den Machtblock mobilisieren (demokratisch-populäres Element), ohne dessen Macht tatsächlich zu gefährden:

„Die [...] immer wieder konstatierten jakobinischen oder plebejischen Züge der faschistischen Bewegung lassen sich so erklären. Das Zentralproblem dieserart ‚populistischer‘ Mobilisierung, in dessen Lösung sich zugleich die spezifische Qualität des Faschistischen ausdrückt, ist die Neutralisierung der mit dieser Mobilisierung entfesselten demokratischen und antikapitalistischen Tendenzen.“⁵⁵

In diesem Kampf um das populäre Moment sei auch der Rassismus/Antisemitismus der Nazis einzuordnen. Auch ist damit eine Funktion beschrieben, mit dem Antisemitismus die soziale Frage von rechts⁵⁶ aufzugreifen. Gerade im Versuch, den Antisemitismus zu begreifen, wird hier versucht eine Theorie des Ideologischen zu entwickeln. Die Argumentation von Haug und seinen Co-Autoren schlägt dabei vor, den „populistischen“ (Anführungszeichen i.O.) Charakter des Antisemitismus insofern anzuerkennen, dass er „keine kapita-

51 Institut für Sozialforschung: *Soziologische Exkurse*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1971/1956, S. 169

52 Projekt Ideologie-Theorie: *Faschismus und Ideologie*, in: *Argument-Sonderband AS 60*. Argument Verlag, Berlin 1980, S. 44ff.

53 Ebd. S. 67f.

54 Vgl. die Argument-Sonderausgaben *Faschismus und Ideologie* (AS 60/62, 1980), siehe insbesondere das Vorwort, AS 60.

55 Ebd.

56 Ebd. S. 67

listische Machenschaft“⁵⁷, sondern ein „hilfloser Antikapitalismus“⁵⁸ sei, mit dem „vor allem Bauern, Handwerker, Kleinhändler und Angestellte auf die Krise des Kapitalismus, die ‚Große Depression‘ [...] reagierten“.⁵⁹ Allerdings unterscheiden die Autoren, zwischen der „Determination“⁶⁰ dieser Theorie und heben die *Funktion* des „Rassismus/Antisemitismus“ als „Kreuzungsstelle“ hervor, die den „Antikapitalismus neutralisiert und die Anrufung des Volkes mit der ökonomischen Herrschaft des Großkapitals kompatibel macht“.⁶¹ Hiermit wird die entscheidende Rolle des (deutschen) Monopolkapitals bei der Förderung und Schaffung des Antisemitismus und Rassismus relativiert oder tendenziell unsichtbar gemacht, so die Kritik von Opitz.

Opitz' Kritik, die er vier Jahre später in seinem Werk *Faschismus und Neofaschismus* (1984) an dieser (wenn auch noch zurückhaltenden) Operationalisierung von Ernesto Laclaus Populismusbegriff skizziert, besteht hauptsächlich aus zwei Hauptargumenten: a) er kritisiert den Versuch, einen fortschrittlichen Populismusbegriff zu generieren; b) verneint er dessen analytische Aussagekraft in Bezug auf die faschistischen, rechten Ideologien, genauer das „völkisch-antisemitische Demagogiemodell“.⁶² Vor allem bedürfe es für die Erklärung des Antisemitismus und der faschistischen Ideologie generell keiner Suche nach einer populär-demokratischen „Funktion“, denn dessen „Strukturfunktion“ könne unmittelbar aus „konkret historischen Interessenslagen des Monopolkapitals“ erklärt werden, und die „initiative Rolle“ des Monopolkapitalismus bei seiner Entwicklung zu einer „politischen Mobilisierungsstrategie“ müsse herausgearbeitet werden:

„Das dadurch in Haugs Text etwas überlebensgroß geratene Bild Hitlers als „Arrangeur“ des „ideologischen Materials“ wäre durch eine einzige Erwähnung etwa der antisemitischen Mobilisierungspraxis des Alldeutschen Verbandes auf die realistischeren Dimensionen eines in ein schon weitgehend

57 Ebd. S. 69

58 Ebd.

59 Ebd.

60 Ebd. S. 70

61 Ebd. S. 69

62 Opitz, *Faschismus und Neofaschismus*, S. 384

*fertiges, richtungsspezifisches Mobilisierungsschema einsteigenden (...) Agitators zusammengescholzen.*⁶³

Die Beiträge von PIT und anderen in *Das Argument* waren stark vom exilierten Frankfurter *Institut für Sozialforschung* (IfS) und deren prominenten Vertretern (darunter Marcuse, Benjamin, Horkheimer) beeinflusst; gleichzeitig standen sie in (wenn auch kritischen) Diskussionszusammenhängen mit den bereits genannten DKP- und DDR-Wissenschaftlern. In Bezug auf die Kritische Sozialforschung waren besonders auch die im US-Exil veröffentlichten Autoritarismusstudien des exilierten IfS prägend, neomarxistische und sozialpsychologische Theorien.⁶⁴ Die Diskussionen in *Das Argument*, in der *Prokla*, in anderen marxistischen Zeitschriften und auch die theoretischen Diskussionen, die vom IfS angeregt wurden, hatten auch Einfluss auf die Studentenbewegung, darunter den SDS.

Die Faschismusdebatte in den K-Gruppen

Nach dem Zerfall der APO sollten die verschiedenen Faschismusanalysen auch die Wahl der jeweiligen Organisations- und Aktionsformen der nun entstehenden Gruppierungen beeinflussen: die militante Stadtguerilla, K-Gruppen-Praxis, die Autonomen Antifa nach dem Vorbild der italienischen *Autonomia*, aber auch diejenigen, die sich für den „Marsch durch die Institutionen“ entschieden. Eine zweite Welle an Berufsverboten folgte⁶⁵ – nicht nur als Reaktion auf die Gründung der RAF – und die anhaltenden und sich 1973 zuspitzenden Verbotsdiskussionen in Bezug auf die K-Gruppen erhärteten die Diagnose eines immer reaktionärer werdenden Staates.

Es soll an dieser Stelle exemplarisch die Debatte in dem *Kommunistischen Bund Nord* (KB) und im *Kommunistischen Bund Westdeutschland* (KBW) umrissen werden. Diese Debatte wurde ausgewählt, weil sie bereits aufgearbeitet wurde und außerdem im Falle des KB dessen praktische Ansätze bis heute in einigen Antifagruppen stilprägend waren.⁶⁶

Schon der *Kommunistische Arbeiterbund Hamburg* (KAB), ein Vorläufer des KB „glaubte in der Bundesrepublik Tendenzen der ‚Faschisierung‘ wahrzunehmen, die beinhalteten, daß Teile der politischen Klasse eine allmähliche

63 Ebd.

64 Dworok, *Faschismusbegriffe*, S. 119

65 Kühnl, *Faschismustheorien*, S. 313ff.

66 Durch Steffen, Michael: *Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971-1991*, Assoziation A, Berlin 2002

Entwicklung hin auf eine offen terroristische Herrschaftsform forcierten.“ Dies sei in Hinblick auf die Annahme begründet, dass zum einen die internationale Revolution voranschreite und andererseits die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Metropolen weiter erstarken werde. Diese revolutionären Entwicklungen bedeuten für die herrschende Klasse, dass sie sich ebenfalls auf eine „Verschärfung der Klassenkämpfe“ und den „Übergang zu faschistischen Herrschaftsformen“ einstellen müsse.⁶⁷ „Als Kern der ‚faschistischen Formierung‘ in der Bundesrepublik betrachtete der KAB die ‚Rechtsradikalen um Strauß‘ (und nicht das Geflecht der zahlreichen neofaschistischen Kleingruppen oder die NPD). Käme dieser Politiker an die Macht, so würde das heißen, ‚Diktatur nach innen, Kriegspolitik nach außen.‘“⁶⁸ Die Rolle der Sozialdemokratie wurde, wie auch im Vorlauf der NS-Diktatur, als Wegbereiterin einer Faschisierung begriffen, indem sie Repressionen zustimme und die „Agentur der Kapitalisten“ in der Arbeiterbewegung sei.⁶⁹ Der nun aus dem KAB hervorgegangene KB nahm diese Analyse auf. Relativ große Einigkeit unter verschiedenen Gruppen bestand darin, dass die BRD-Gesellschaft sich vom „Postfaschismus“ zum „Präfaschismus“ gewandelt habe. Der 2. Juni 1967 markierte dabei den Kippunkt dieser Entwicklung. Jedoch bestand die Herausforderung darin, eine konkrete Faschismusanalyse aufzustellen. Der KB stellte in diesem Zusammenhang die Faschisierungsthese auf, welche als konzeptionelle Grundausrichtung und quasi „informelles Programm“⁷⁰ diene. Zum einen wurde die sozialliberale Regierungspolitik als imperialistisch und repressiv gekennzeichnet („Modell Deutschland“) und die Verstrickungen der sich in der Opposition befindlichen Unionsparteien als faschistisch verstrickt („Braunzone“).⁷¹ Der Bundeskanzler Helmut Schmidt erschien in der Analyse des KB als „Oberlehrer und Feldwebel Europas“ und Franz-Josef Strauß (CSU) als „Führer des Rechtskartells“.⁷² Die Sozialfaschismusthese lehnten dennoch sowohl KB als auch KBW ab, insgesamt für die SPD als kleineres Übel auf-

67 Zitiert nach Steffen: *Trüffelschwein*, S. 48.

68 Ebd.

69 Ebd. S. 49

70 Ebd. S. 124

71 Ebd.

72 Ebd.

gefasst – ein Unterschied z.B. zu der Analyse der maoistisch-hoxhaistischen KPD-ML.⁷³

Wenn diese Analyse relativ unstrittig für KB und KBW war, gab es vor allem Differenzen in Bezug auf den Zeitpunkt und die Umstände einer faschistischen Machtinstallation. Der KB ging dabei davon aus, dass die Bourgeoisie so früh wie möglich im Zuge der Faschisierung den Faschismus an die Macht brächte, als eine Art „präventiver Konterrevolution“.⁷⁴ Oder erfolgte dieser Schritt erst später als letzter Ausweg aus einer „systembedrohenden Krise“, wenn andere Mittel bereits ausgeschöpft seien?⁷⁵ Hiermit verbunden war die Bestimmung der Rolle der Bourgeoisie im Prozess der Faschisierung. Ging der KB hier davon aus, dass die Bourgeoisie planmäßig und offensiv den Faschismus vorantrieb, war der KBW eher der Vorstellung anhängig, dass die Forcierung einer faschistischen Entwicklung aus der Defensive und als Reaktion der in die Enge getriebenen Bourgeoisie verstanden werden müsse.⁷⁶ Offensichtlich spielten hier auch der verschieden wahrgenommene Stand der Arbeiterbewegung und des internationalen Klassenkampfes für die jeweiligen Analysen eine Rolle. Auffällig ist auch die Analogie zu der Debatte in den Röderberg-Heften, in welcher in Bezug auf den historischen Faschismus die Frage aufgeworfen wurde, ob es sich bei diesem um eine Offensivstrategie oder Defensivhandlung der Monopolbourgeoisie gehandelt habe (s.o). Auch die oben bereits skizzierte Frage nach der faschistischen Massenbewegung wurde von den Gruppen aufgegriffen und diskutiert. Im Ringen um einen einheitlichen Faschismusbegriff war die Position des KBW, dass das Vorhandensein einer solchen (wie in den historischen Beispielen Italien und Deutschland) *konstitutiv*, also wesentliche Bestimmung eines Faschismusbegriffs sein müsse. Der KB wiederum ging durchaus davon aus, dass es auch einen „Faschismus und Massenbewegung“ geben könne. Was sich nach einem reinen Streit um Definitionen anhört, berührt in Wirklichkeit wieder die tatsächliche Bewegung der Faschisierung und ihre Träger. In der Vorstellung des KBW wirke so die faschistische Bewegung durchaus als autonome Kraft, welche die Faschisierung vorantreiben, während der KB in faschistischen Massenbewegungen eher den passiven Ausdruck der „politisch-ideologischen Einflußnahme“ und der

73 Ebd. S. 135

74 Ebd. S. 124

75 Ebd.

76 Ebd.

Agenda der Bourgeoisie sah.⁷⁷ Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass für den KB *Faschisierung* als bewusst forcierter Prozess des Herankommens an den Faschismus begriffen wurde, der *präventiv* für Krisenzeiten in Stellung gebracht wurde. Hierbei wurde sich auch auf Dimitrovs Beschreibung der bürgerlich-autoritären „Vorbereitungsetappen“, z.B. die Präsidialkabinette der Weimarer Republik, bezogen. Dabei ging der KB aber gar nicht von einer unmittelbaren Machtübertragung an faschistische Kräfte aus, sondern eher von einem schrittweisen Prozess der Faschisierung. Schlussendlich lassen sich die Unterschiede in der Faschismuserwartung beider Gruppen auch auf ihre unterschiedlichen Analysen der Lage des deutschen Imperialismus, ihrer jeweiligen Krisenanalyse und den Erwartungen an die kommenden Klassenkämpfe zurückführen.⁷⁸

Die Diskussion um die Faschisierungsthese war von praktischer Relevanz und diente dem KB als programmatische Grundlage für die Schaffung einer überregionalen Antifakommission 1974. Diese regte die Gründung dezentraler militanter Anti-Nazistrukturen an, die v.A. auch eine intensive Recherche- und Aufdeckungsarbeit örtlicher Nazi-Strukturen betrieben. Kombiniert war dies mit der Initiierung breiter Bündnisse und antifaschistischer Großevents (wie Rock gegen Rechts in Hamburg 1979). Die hier etablierten Arbeitsweisen sollten stilprägend für die nachkommenden Autonomen Antifagruppen sein.⁷⁹

|| Fazit

Dieser kurze Abriss der Faschismuskussion nach 1945 hat verdeutlicht:

- Es handelte sich um eine äußerst produktive und entfaltete Auseinandersetzung, die versuchte, Faschismus auf verschiedenen Ebenen zu erfassen und zu verstehen. Besonders produktiv war diese Debatte nicht zuletzt deshalb, weil viele der beteiligten Theoretiker zugleich auch Aktivisten und engagierte Antifaschisten waren, die in unterschiedlicher Weise selbst in politische Kämpfe involviert waren. Namen wie Kurt Gossweiler, Reinhard Opitz oder Reinhard Kühnl stehen exemplarisch für diese Verbindung von theoretischer Reflexion und praktischer Erfahrung. Sie zeigen auch, dass es möglich war, produktive marxistische Debattenzusammenhänge bis

77 Ebd. S. 124f.

78 Ebd. S. 127

79 Ebd. S. 209

hinein in die bürgerlichen Universitäten zu tragen und eine übergreifende Diskussion in Ost- und Westdeutschland herzustellen.

- Sie hat auch gezeigt, dass die Erarbeitung eines klassen- und imperialismustheoretisch fundierten Faschismusbegriffs sowohl Bedingung für einen erfolgreichen Antifaschismus als auch eine ständig zu leistende theoretische Arbeit ist. Die Auswirkungen unterschiedlicher Faschismusauffassungen auf die antifaschistische Praxis wurden am Beispiel der APO und der K-Gruppen nachgezeichnet.
- In der Faschismusfrage verdichten sich theoretische wie politische Probleme, die über das Phänomen des Faschismus hinausweisen. Dazu zählen zentrale Themen wie die Imperialismustheorie, Fragen nach Staat und Herrschaftsformen sowie strategische Überlegungen zur Bündnispolitik. Der Faschismus als extremste und gewaltvollste Form imperialistischer Herrschaft bringt diese Fragen besonders zugespitzt zur Geltung: Es geht um das Wesen des Staates, um die gesellschaftlichen Kräfte, die sich ihm entgegenstellen, sowie um die Notwendigkeit ihrer Organisation und Bündelung. Das Verhältnis der Arbeiterbewegung zu diesen Kräften steht dabei im Mittelpunkt.
- Ein Bezug zur Gegenwart ist dabei keineswegs schwer herzustellen. Die Auseinandersetzung mit diesen historischen Debatten eröffnet wichtige Anknüpfungspunkte für heutige Analysen und Strategien im Kampf gegen faschistische Formierungen. Dabei sollte verstärkt auch die internationale Faschismuskonversation in den Fokus rücken, um globale Entwicklungen angemessen berücksichtigen zu können.
- Die Auseinandersetzung mit den Faschismustheorien muss dabei um die internationalen Debatten erweitert werden, um diese produktiv aufzugreifen und um einen Faschismusbegriff zu entwickeln, der nicht nur auf die imperialistischen Zentren beschränkt ist.
- Und nicht zuletzt zeigt die Debatte die inhaltlichen Herausforderungen eines Faschismusbegriffs, welcher zu eng gefasst in Gefahr läuft, den Faschismus zu einem historisch einmaligen Ausnahmezustand zu stilisieren, der der bürgerlichen Demokratie verabsolutierend entgegengestellt wird. Reale Formen faschistischer Politik und Formierung können so relativ und opportunistische Bündnispolitik begründet werden. Ist der Begriff hingegen zu weit gefasst, droht er, die spezifischen Merkmale faschistischer Herrschaft zu verwischen und sich letztlich in der allgemeinen imperialistischen Herrschaftsform aufzulösen – wodurch er analytisch entleert und politisch unbrauchbar wird.

— Michael Gellrich

Bürgerliche Faschismustheorien in der BRD

Nach der Niederlage des Faschismus 1945 herrschte in Deutschland zunächst weitgehend Einigkeit über die Ursachen der faschistischen Diktatur und die daraus abzuleitenden Konsequenzen. Antifaschisten aus dem Widerstand, der Emigration und den Konzentrationslagern erkannten, dass die Herrschaft des Faschismus durch die Unterstützung maßgeblicher gesellschaftlicher Eliten aus Militär, Justiz, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft ermöglicht wurde. Daraus folgte die Forderung nach einer umfassenden Säuberung dieser Machtpositionen sowie nach einer demokratischen Kontrolle wirtschaftlicher Strukturen bis hin zu Sozialisierungsmaßnahmen. Diese Einsichten spiegelten sich in politischen Programmen, Landesverfassungen und Beschlüssen der Jahre 1946/47 wider.¹

Anfangs verfolgten auch die Alliierten eine konsequente Entnazifizierungspolitik, was sich in den Urteilen der Nürnberger Prozesse gegen führende Vertreter des NS-Regimes, der Wehrmacht und des Großkapitals zeigte.² Doch mit

1 Vgl. Kühnl, Reinhard: *Faschismustheorien*, Distel Verlag, Heilbronn 1990, S. 50 ff.

2 Auch Vertreter des Großkapitals (z.B. Industrielle wie Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Manager von IG Farben, Siemens, AEG usw.) wurden in den Nürnberger Prozessen zumindest teilweise zur Verantwortung gezogen. Besonders

dem Beginn des Kalten Krieges veränderte sich die Politik der Westmächte grundlegend. Die Entnazifizierung wurde weitgehend eingestellt, und vormalig belastete Eliten kehrten in Führungspositionen zurück, da sie als Verbündete im Kampf gegen den Kommunismus galten.³ Dies hatte weitreichende Folgen für die politische Kultur der Bundesrepublik. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Faschismus wurde zugunsten eines antikommunistischen Geschichtsbildes zurückgedrängt. Die in der Bundesrepublik vertretenen Faschismustheorien sind somit immer im Kontext der politischen Rahmenbedingungen und ideologischen Interessen zu berücksichtigen.⁴

Im folgenden Abschnitt werden zentrale bürgerliche Faschismustheorien vorgestellt und kritisch beleuchtet – von klassischen Konzepten wie der Führertheorie über die Totalitarismus-Doktrin und Deutungen des Faschismus als Reaktion bis hin zu Ansätzen der Frankfurter Schule, die auch psychoanalytische Elemente einbeziehen. Abschließend wird die ideologische Neuausrichtung der Faschismustheorien nach 1990 eingeordnet.

II Führertheorie

Nach der Niederlage der faschistischen Hauptmächte Deutschland, Italien und Japan im Jahr 1945 war der Faschismus angesichts der ungeheuren Verbrechen, die er begangen hatte, in den Augen der Weltöffentlichkeit und der Mehrheit des deutschen Volkes vollständig diskreditiert. Mit ihm waren auch all jene diskreditiert, die ihn getragen und unterstützt hatten.⁵

Dennoch war ein Großteil der Historiker – ebenso wie Juristen, Wirtschaftswissenschaftler und Germanisten –, die an den Universitäten lehrten und die

bekannt sind der IG-Farben-Prozess, der Krupp-Prozess und der Flick-Prozess. Allerdings fielen die Urteile gegen Wirtschaftsführer oft milder aus als die gegen politische oder militärische Führungspersonen. Viele Manager wurden relativ bald wieder freigelassen und spielten später eine zentrale Rolle beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Westdeutschlands. Quelle: Landeszentrale für politische Bildung BW: *Die Nürnberger Prozesse*, Online: lpb-bw.de/nuernberger-prozesse#c23402 (aufgerufen: 22.04.2025).

3 Zahlreiche Nazis machten nach 1945 in der Bundesrepublik erneut Karriere, etwa Hans Globke (Chef des Bundeskanzleramts unter Adenauer, Mitverfasser der Nürnberger Rassengesetze) oder Kurt Georg Kiesinger (NSDAP-Mitglied, später Bundeskanzler). Quelle: Gelsenzentrum: *Die Mörder des ‚Dritten Reichs‘*, Online: gelsenzentrum.de/deutsche_nazi_karrieren.htm (aufgerufen: 22.04.2025).

4 Vgl. Kühnl, 1990, S. 50 ff.

5 Vgl. ebd. S. 307

fachwissenschaftliche Diskussion bestimmten, zuvor ideologische Wegbereiter oder gar Unterstützer des Faschismus gewesen. Nach 1945 sahen sie sich daher gezwungen, Interpretationen zu verbreiten, die ihre eigene Unschuld betonten – ebenso wie die Unschuld der bürgerlichen Gesellschaft, der sie sich verpflichtet fühlten.⁶

Eine besonders wirksame Strategie bot die sogenannte Führertheorie. Diese schob die gesamte Verantwortung auf Adolf Hitler sowie einige wenige führende Nationalsozialisten wie Göring, Goebbels und Himmler, während alle anderen als wehrlose Befehlsempfänger oder gar als Opfer der Führerdiktatur dargestellt wurden. Diese Theorie erfüllte eine primär defensive Funktion: Sie diente dazu, die Mitverantwortung der Eliten aus Wirtschaft, Militär und Bürokratie zu verschleiern, indem sie Hitler als allmächtigen Alleinherrscher inszenierte. Dadurch konnte der Faschismus als singuläres Ereignis erscheinen, das mit dem Tod Hitlers und der Kapitulation Deutschlands endgültig beendet war. In diesem Sinne argumentierten Historiker wie Golo Mann und Joachim Fest⁷, die behaupteten, der deutsche Faschismus sei quasi übergangslos verschwunden. Damit wurde die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedingungen und Interessen, die zur faschistischen Diktatur führten, systematisch ausgehebelt.⁸

Mit dem Verbot der KPD im Jahr 1956 entstand zudem ein effektives Mittel, um jede kritische Äußerung als „kommunistisch beeinflusst“ und damit als potenziell verbotswürdig zu brandmarken. Dies schuf ein Klima der Repression: In den 1950er Jahren gab es jährlich etwa 15.000 politische Ermittlungsverfahren, was eine auch nur halbwegs offene wissenschaftliche Diskussion nahezu unmöglich machte.⁹

6 Vgl. ebd. S. 308

7 Golo Mann (1909–1994) war ein deutscher Historiker, Publizist und Sohn von Thomas Mann. Für Golo Mann ist Hitler ein „Monstrum“, das „grauenhafteste menschliche Phänomen unseres ... Jahrhunderts“. Er sei Diktator geworden, „weil er es wollte“. Vgl. Golo Mann: *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main 1958.

Joachim Fest (1926–2006) war ein deutscher Historiker, Journalist und Verleger. Er prägte die westdeutsche Erinnerungskultur mit seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, insbesondere durch seine Hitler-Biografie. Als Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vertrat er konservative Positionen. Vgl. Joachim Fest: *Hitler. Eine Biographie*, Frankfurt am Main 1973.

8 Vgl. Kühnl, 1990, S. 309 ff.

9 Vgl. ebd.

Zwar verschwand die Führertheorie nicht völlig, doch blieb sie, was sie im Rahmen der bürgerlichen Geschichtsschreibung stets gewesen war: ein zentrales Erklärungsmuster, das historische Entwicklungen auf das Wirken einzelner „großer Persönlichkeiten“ zurückführt – ob im positiven oder negativen Sinne. Als solches fügte sie sich nahtlos in die ideologische Abwehr materialistischer Analysen ein, die Produktions- und Klassenverhältnisse in den Mittelpunkt stellen.¹⁰

Die eigentliche Kernfrage all dieser Deutungen war und ist, ob die faschistische Diktatur und ihre Politik aus den gesellschaftlichen Bedingungen, Kräften und Interessen heraus erklärt werden – also aus den kapitalistischen Strukturen – oder ob sie primär auf die Person Hitlers, irrationale Massenbewegungen oder zufällige Verkettungen von Umständen zurückgeführt wird. Eine besondere Rolle spielt dabei die Bonapartismusthese¹¹, die eine Brücke zwischen diesen Deutungsmustern schlägt. Indem sie den Faschismus als Ergebnis einer spezifischen Krisensituation begreift, in der ein scheinbar „autonom“ Führer zwischen den Klassen vermittelt, lenkt sie tendenziell von den grundlegenden kapitalistischen Strukturen ab, die den Faschismus erst hervorgebracht haben. Dadurch wird der Monopolkapitalismus aus der direkten Verantwortung genommen und der Faschismus als eine Art Ausnahmeerscheinung dargestellt – ein Deutungsmuster, das sich mit den Interessen bürgerlicher Geschichtsschreibung deckt.

|| Die Totalitarismus-Doktrin

Die Weigerung, den Faschismus als eine spezifische Form kapitalistischer Herrschaft zu analysieren, führte in den 1950er Jahren zur Etablierung der Totalitarismustheorie als neuer dominanter Faschismusinterpretation. Diese löste die Führertheorie in ihrer hegemonialen Rolle ab und erfüllte eine doppelte Funktion: Einerseits suggerierte sie eine scheinbare antifaschistische Kontinuität, indem sie die noch starken antifaschistischen Stimmungen der Bevölkerung aufgriff. Andererseits funktionalisierte sie diese, indem sie den Kommunismus zur eigentlichen totalitären Hauptgefahr erklärte. Die DDR

10 Vgl. ebd.

11 Vgl. Kapitel I sowie Kapitel II, Abschnitt zu Kühnl

wurde nun als moderne Ausprägung des Totalitarismus dargestellt – zugespitzt in der politischen Parole: „Hitler ist tot, Ulbricht aber lebt.“¹²

Ursprung und Funktion der Totalitarismustheorien

Der Begriff „Totalitarismus“ entstand in den 1920er Jahren und wurde von bürgerlichen Kreisen verwendet, um die faschistischen Diktaturen in Italien und später auch in Deutschland zu charakterisieren. Diese Regime wurden als „totalitär“ bezeichnet, da sie durch spezifische Machtmechanismen eine umfassende Kontrolle über das gesellschaftliche und private Leben ihrer Bürger ausübten.¹³ Die Totalitarismustheorien greifen ein Konzept auf, das bereits nach 1917 gezielt als ideologisches Mittel gegen die Russische Revolution entwickelt wurde. Im Mittelpunkt steht dabei die Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur, die bis heute weit verbreitet ist. Demokratie werde demnach durch eine Vielzahl miteinander verflochtener Strukturen und Entscheidungsprozesse gekennzeichnet, während Diktatur als ihr diametraler Gegensatz dargestellt werde.¹⁴

Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs und insbesondere in der Zeit des Kalten Krieges eigneten sich Vertreter eines aggressiven Antikommunismus die Totalitarismustheorie an, um die sozialistische Staatsmacht der Sowjetunion zu diskreditieren. Während die UdSSR zunächst als alliierter Partner galt, wurde sie zunehmend als zukünftiger Hauptgegner der aufstrebenden imperialistischen Macht USA betrachtet. Nach 1945 wurde die Theorie weiterentwickelt und als ideologisches Instrument genutzt, um eine angebliche Wesensgleichheit zwischen Faschismus auf der einen und Sozialismus bzw. Kommunismus auf der anderen Seite zu konstruieren. Durch bewusste Verzerrung historischer Fakten wurde behauptet, beide Systeme hätten gemeinsame gesellschaftliche Wurzeln, würden ähnliche Staats- und Gesellschaftsformen hervorbringen und sich gleichermaßen durch repressive Methoden auszeichnen, die die persönliche Freiheit und Würde unterdrückten.¹⁵

12 Vgl. ebd.

13 AG Totalitarismus (Corell, Karlchen; Müller, Stephan; Rosa): *Die Totalitarismus-Doktrin oder die reaktionäre Ideologie „Links gleich rechts“*. Teil 2: *Revisionismus – Opportunismus – Reaktion*, in: KAZ, Nr. 341, 2012, Online: <https://www.kaz-online.de/artikel/die-totalitarismus-doktrin-oder-die-reaktionaere-ideologie-links-gleich-rechts-2#ref-24> (aufgerufen: 14.02.2025).

14 Vgl. Kühnl, 1990, S. 134

15 AG Totalitarismus 2012

Eine zentrale Grundlage dieser Doktrin ist die Entstellung der Geschichte nach 1789 und vor allem nach der Oktoberrevolution 1917. Revolutionäre Umbrüche werden nicht als Ausdruck gesellschaftlicher Umwälzungen, sondern als Wegbereiter von „Terror“ und „Diktatur“ gedeutet – eine Deutung, die tief in der bürgerlichen Geschichtsschreibung verwurzelt ist. Ergänzt wird sie durch soziologische Theorien über die „moderne Industrie- und Massengesellschaft“ sowie durch philosophische Konzepte individueller Freiheit aus bürgerlicher Perspektive. In den kapitalistischen Kernstaaten avancierte die Totalitarismustheorie zur dominierenden Form des Antikommunismus, da sie den Faschismus scheinbar ebenso verurteilt und dadurch auch in demokratischen Kreisen Anklang findet.¹⁶

Der Historiker Kurt Gossweiler fasst die Problematik dieser Theorien treffend zusammen: „Es ist kennzeichnend für die völlige Unwissenschaftlichkeit der Totalitarismustheorie, dass sie, um Wesensgleichheit zu beweisen, nicht etwa inhaltliche Merkmale der als ‚totalitär‘ gleichgesetzten Herrschaftssysteme untersucht, sondern krampfhaft nach äußerlichen Ähnlichkeiten fahndet oder aber solche einfach erfindet.“¹⁷

Die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus als antikommunistische Strategie

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt die Theorie durch die Arbeiten von Hannah Arendt, Carl Friedrich und Zbigniew Brzeziński eine systematische und einflussreiche Gestalt.

Hannah Arendt wurde durch ihr Buch *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951) zu einer zentralen Figur in den ideologischen Auseinandersetzungen des Kalten Krieges. In ihrem Werk stellte sie Nationalsozialismus und Kommunismus als zwei Varianten totalitärer Herrschaft dar – eine These, die insbesondere im westlichen Diskurs großen Anklang fand. Als Autorin zahlreicher Artikel, die in von der CIA finanzierten Zeitschriften erschienen, geriet sie in die ideologischen Grabenkämpfe jener Zeit.¹⁸

Hannah Arendt argumentierte, dass Terror das zentrale Element totalitärer Herrschaft ist, das nicht nur zur Sicherung der Macht, sondern zur vollstän-

16 Ebd.

17 Gossweiler, Kurt: *Aufsätze zum Faschismus*, Band II, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988, S. 371 ff.

18 Deppe, Frank: *Arendt und politisches Denken*, in: UTOPIE kreativ, Heft 201/202 (Juli/August 2007), S. 681–697, hier S. 682.

digen Umformung der menschlichen Natur dient. Die Lager (Konzentrationslager, Arbeitslager) seien das zentrale Herrschaftsinstrument, um Individuen in gleichgeschaltete, spontaneitätslose Wesen zu verwandeln. Arendt sah eine ideologische Parallele zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus: Während die Nazis sich auf die „Naturgesetze“ der Rassenideologie beriefen, rechtfertigten die Bolschewisten die Vernichtung der „absterbenden Klassen“ mit den „objektiven Gesetzen der Geschichte“.

Arendt plädierte dafür, den Begriff „totalitär“ nur auf Herrschaftsformen anzuwenden, die sowohl Terror als auch eine umfassende ideologische Mobilisierung der Bevölkerung beinhalten. Sie betonte, dass der Totalitarismus aus der Atomisierung der Gesellschaft hervorging, die durch den Zerfall der Klassengesellschaft im 19. Jahrhundert begünstigt wurde. Diese Zersplitterung führte zu einer Entfremdung der Individuen und schuf den Nährboden für autoritäre Bewegungen. In einem totalitären System verliert der Mensch die Fähigkeit zur freien, kreativen Entfaltung und wird in eine „spontaneitätslose“ Gleichförmigkeit gezwungen, wodurch die Macht des Regimes gesichert

Zur Analyse der totalitären Herrschaft entwickelten Friedrich und Brzezinski sechs zentrale Merkmale, die ihrer Ansicht nach für jede totalitäre Diktatur charakteristisch sind:

1. eine herrschende Ideologie, die der Bevölkerung keine Möglichkeit lässt, eine eigene abweichende Meinung zu äußern, und die alle Aspekte und Bereiche des menschlichen Lebens erfasst;
2. eine ideologisch strukturierte Massenpartei, die, auf einen einzelnen Parteiführer ausgerichtet und streng hierarchisch organisiert, noch über der Staatsbürokratie steht;
3. ein polizeistaatliches System der totalen Kontrolle und des Terrors durch Repressalien nicht nur gegen „äußere“ Feinde, sondern vor allem auch gegen bestimmte Gruppen der eigenen Bevölkerung mit der Absicht, ein psychologisches Klima zu schaffen, in dem niemand Zweifel und Kritik am herrschenden Regime zu artikulieren wagt;
4. strenge Zensur aller Massenmedien – Presse, Film, Funk und Fernsehen –, aber auch der Literatur und überhaupt der Kunst bis hin zur Reglementierung der Architektur und schließlich sogar der Wissenschaft;
5. das Monopol auf Waffenbesitz und dessen lückenlose Kontrolle;
6. eine totale Kontrolle der gesamten Wirtschaft.

wird. Nach Stalins Tod sei die Sowjetunion im „strengen Sinne“ nicht mehr totalitär gewesen, sondern nur noch eine autoritäre Einparteienherrschaft.¹⁹

Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski entwickelten gemeinsam eine weiterführende Theorie des Totalitarismus, die sie 1956 in ihrem Werk *Totalitarian Dictatorship and Autocracy* veröffentlichten. Ihr Ziel war es, eine systematische, empirisch überprüfbare Klassifikation totalitärer Systeme zu erstellen. Sie betrachteten den Totalitarismus dabei als eine historisch einzigartige Staatsform.

Friedrich argumentierte, dass der Totalitarismus als Regierungsform nur unter den Bedingungen des 20. Jahrhunderts entstehen konnte – geprägt durch Demokratie, moderne Technologie und das Erbe des Christentums. In dieser Hinsicht sei er nicht einfach eine modernisierte Form der Autokratie, sondern eine neue, eigenständige Staatsform. Friedrich und Brzezinski betonen, dass sich totalitäre Systeme – ob nationalsozialistisch oder bolschewistisch – in ihren wesentlichen Strukturen ähnlich sind wie andere Regierungsformen. Insgesamt hatte *Totalitarian Dictatorship and Autocracy* einen enormen Einfluss auf die Totalitarismusforschung und galt als das meistzitierte Standardwerk dieses Forschungsfeldes. Spätere Theorien greifen die Grundideen von Friedrich und Brzezinski auf, variieren sie jedoch oder ergänzen sie um neue Perspektiven. Diese Kriterien wurden so gewählt, dass sie eine Vergleichbarkeit zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion suggerieren.²⁰

Fazit

Die Totalitarismustheorie geht von der Grundannahme aus, dass es zwei gegensätzliche politische Systeme gebe: die „freie Welt“ der liberalen Demokratien auf der einen Seite und die „totalitären Systeme“ auf der anderen – gleichgültig, ob es sich dabei um faschistische oder sozialistische Staaten handelt. Entscheidend sei dabei nicht die Frage nach den gesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen oder der Klassenmacht, sondern das Maß, in dem der Staat in das individuelle Leben eingreife. Damit erhebt sich die bürgerliche

19 Vollnhals, Clemens: *Der Totalitarismusbegriff im Wandel*, 2006, Online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29513/der-totalitarismusbegriff-im-wandel/> (aufgerufen: 25.01.2025).

20 Parkhomenko, Roman: *Cassirers politische Philosophie. Zwischen allgemeiner Kulturtheorie und Totalitarismus-Debatte*, Karlsruhe 2006, Online: <https://books.openedition.org/ksp/3208#bodyftn53> (aufgerufen: 12.03.2025).

Demokratie zum alleinigen Maßstab für Legitimität – und erklärt alles, was diesen Maßstab nicht erfüllt, zu potenzieller Gefahr.

Doch diese Theorie ist keine neutrale wissenschaftliche Analyse, sondern ein ideologisches Konstrukt. Ihr Zweck war und ist die Delegitimierung des Sozialismus – durch seine Gleichsetzung mit dem historisch längst moralisch verurteilten Faschismus. So wird nicht der Faschismus im Kapitalismus, sondern der Sozialismus im Antifaschismus verdächtig gemacht. Die Totalitarismustheorie verschleiert, dass es sich bei Faschismus und Sozialismus um diametral entgegengesetzte Gesellschaftsformationen handelt: Während der Faschismus eine Form der brutalen kapitalistischen Klassenherrschaft ist, strebt der Sozialismus deren Überwindung an. Die einen führen den Weltkrieg, die anderen organisieren den Widerstand. Bei der Totalitarismustheorie bleiben nur die Uniformen übrig – und nicht die politischen Inhalte.

Kurt Gossweiler formulierte dazu treffend:

„Um das Kartenhaus der Totalitarismus-Doktrin zum Einsturz zu bringen, genügt es, die Frage nach den herrschenden Klassen und dem Inhalt der herrschenden Ideologie in den sogenannten ‚totalitären‘ Staaten zu stellen, weil dann offenbar wird, dass hier die schärfsten, unvereinbaren Gegensätze unter ein und denselben Begriff gebracht werden.“²¹

Gerade darin liegt die ideologische Funktion dieser Theorie: Sie stabilisiert kapitalistische Herrschaft, indem sie jede Alternative als ebenso repressiv, ja als gleichermaßen verbrecherisch erscheinen lässt. Das zeigt sich etwa in der EU-Resolution von 2009²², welche Faschismus und Kommunismus auf eine Stufe stellt – ein Beispiel für die politische Nutzung der Theorie zur Geschichts-umdeutung und zur moralischen Legitimierung des westlichen Systems.

Die Folgen reichen weit über die historische Deutung hinaus: Die Totalitarismustheorie hat die Linke gespalten, indem sie den „realen Sozialismus“ zum Tabu erklärte. Bis heute greifen selbst linksradikale Gruppen die Begriffe dieser Theorie auf – wenn sie z. B. bestreiten, dass der Sozialismus in der Sowjetunion oder der DDR jemals „wirklich“ existiert habe. Dadurch wird die Geschichte revolutionärer Bewegungen entwertet und die Suche nach Alternativen zum Kapitalismus systematisch unterminiert. Eine materialistische

21 Gossweiler, 1988, S. 371 ff.

22 Europäisches Parlament: *Entschließung zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus (2009/2557(RSP))*, 2009, Online: [https://de.wikipedia.org/wiki/Entschlie%C3%9Fung_des_Europ%C3%A4ischen_Parlaments_zum_Gewissen_Europas_und_zum_Totalitarismus_\(2009/2557_\(RSP\)\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Entschlie%C3%9Fung_des_Europ%C3%A4ischen_Parlaments_zum_Gewissen_Europas_und_zum_Totalitarismus_(2009/2557_(RSP))) (aufgerufen: 04.01.2025).

Analyse macht sichtbar: Die Totalitarismustheorie ist keine Theorie, sondern eine politische Waffe – und als solche muss sie entlarvt und entschieden zurückgewiesen werden.

|| Faschismus als Reaktion

Ernst Nolte entwickelte in den 1960er Jahren eine umfassende Theorie des Faschismus, die eine geschlossene Interpretation aller internationalen Erscheinungsformen dieser Ideologie liefern und eine Alternative zur marxistischen Faschismusforschung bieten sollte. Seine zentrale Arbeit *Der Faschismus in seiner Epoche* basiert auf einem phänomenologischen Ansatz und versucht, den Faschismus als historisches Gesamtphänomen zu erklären.

Nolte argumentiert, dass der Faschismus als politische Bewegung aus der Herausforderung des „liberalen Systems“ durch die Russische Revolution und den internationalen Kommunismus hervorgegangen sei. Der Faschismus stelle die radikalste Reaktion auf diese Bedrohung dar, die darauf abzielte, sowohl den Kommunismus als auch das liberale System selbst zu zerstören. Dabei erhielt er Unterstützung von den traditionellen Eliten, ohne deren Hilfe eine Machtergreifung nicht möglich gewesen wäre. Auf internationaler Ebene versuchte der Faschismus, durch seinen konsequenten Antikommunismus Bündnisse mit konservativen und liberalen Kräften zu schmieden.

Noltes Konzept der „Epoche des Faschismus“ vergleicht diese mit historischen Phasen wie der Gegenreformation. Der Faschismus sei die bestimmende politische Strömung einer Zeit gewesen, in der Europa noch einmal als Zentrum der Weltgeschichte fungierte. Vor 1914 habe er nur in Ansätzen existiert, nach 1945 sei er als weltgeschichtliche Tendenz erloschen.²³

Kritik an der Faschismuskonzeption von Nolte

Reinhard Kühnl kritisiert die Faschismuskonzeption von Ernst Nolte als unzureichend, da sie sich auf eine bloße Aufzählung von Merkmalen des Faschismus beschränkt, ohne zentrale Zusammenhänge zu erklären. Besonders unzureichend wird die Wechselwirkung zwischen Ideologie, Sozialstruktur und der Funktion des Faschismus analysiert. Es bleibt offen, warum sich insbesondere kleinbürgerliche Schichten dem Nationalsozialismus anschlossen, warum Juden, Intellektuelle und Marxisten als Hauptfeindbilder dienten und

23 Vgl. Kühnl, 1990, S. 145 ff.

warum der Faschismus nach der Machtergreifung entgegen seiner Propaganda nicht die Interessen seiner Anhängerschaft erfüllte.

Ein zentrales Problem in Noltes phänomenologischem Ansatz ist die Überbewertung ideologischer Erscheinungsformen des Faschismus im Vergleich zu den politischen und gesellschaftlichen Funktionen. Dies führt dazu, dass seine Darstellung in gewisser Weise die Selbstwahrnehmung der Faschisten rechtfertigt, anstatt die realen gesellschaftlichen Kräfte und Strukturen zu hinterfragen. So wird etwa vernachlässigt, dass Ideologien immer in konkreten sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen verankert sind, und es wird zu wenig auf die strukturellen Gemeinsamkeiten zwischen Faschismus und konservativen Kräften eingegangen.²⁴

Außerdem stellt Nolte den Faschismus als „Antiglauben“ zum Marxismus dar, wodurch er ideologische Gegensätze überbetont und die sozialen und politischen Zusammenhänge vernachlässigt. Noltes These, dass der Faschismus eine „abgeschlossene historische Epoche“ sei, erweist sich ebenfalls als

Nolte beschreibt sechs zentrale Charakteristika des Faschismus:

- Der rapide Ausbau des Wahlrechts führte zur Massenbeteiligung an der Politik, wodurch der Faschismus als Antwort auf die als chaotisch empfundene parlamentarische Demokratie entstand.
- Der Faschismus war vom Geist des Ersten Weltkriegs geprägt, organisierte sich nach militärischem Vorbild und setzte auf Stoßtruppmethoden.
- Er stand in einem ambivalenten Verhältnis zum Bürgertum: Er verteidigte bürgerliche Interessen, setzte aber Methoden ein, die den bürgerlichen Traditionen fremd waren. Seine Anhänger rekrutierten sich häufig aus Kleinbürgern und radikalisierten Akademikern.
- Der Faschismus wies eine ideologische Nähe zu seinen Gegnern auf: Viele seiner Führer stammten aus der Arbeiterbewegung und übernahmen deren Massenmobilisierungsstrategien.
- Der Nationalismus wurde zum Extrem geführt und in einen aggressiven Imperialismus überführt.

Vgl. Kühnl, Reinhard: „Faschismustheorien“, Distel Verlag, Heilbronn 1990, S. 154 ff.

24 Ebd. S.161 ff.

problematisch. Die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, die den Faschismus begünstigten – etwa soziale Deklassierung und wirtschaftliche Krisen sind auch heute noch relevant. Der Aufstieg rechtsextremer Bewegungen in Europa und autoritärer Regime in anderen Teilen der Welt zeigt, dass faschistische Strukturen weiterhin eine Gefahr darstellen.

Noltes Fokus auf den Ersten Weltkrieg und den Aufstieg des Sozialismus als Hauptursachen des Faschismus vernachlässigt tiefere gesellschaftliche Veränderungen. Auch seine starke Ausrichtung auf Europa und die Vernachlässigung globaler Dimensionen des Faschismus sind problematisch. Noltes Ansatz bleibt auf einer ideologischen Ebene verhaftet und lässt die sozialen und ökonomischen Faktoren, die Faschismus begünstigen, unbeachtet. Der Aufstieg rechtsextremer Bewegungen in Europa und faschistischer Regime in anderen Teilen der Welt, wie etwa die Pinochet-Diktatur in Chile, zeigt, dass faschistische Strukturen weiterhin eine reale Gefahr darstellen.

Diese ideologiezentrierte Herangehensweise ist jedoch nicht nur bei Nolte zu finden. Sie zieht sich durch die bürgerliche Faschismusforschung insgesamt und ist auch bei aktuellen Theoretikern wie Roger Griffin zu finden.²⁵ Griffin, der Faschismus als eine Form von „palingenetischem Ultrationalismus“ beschreibt, stellt die nationale Erneuerung und den Mythos einer Wiedergeburt ins Zentrum seiner Analyse. Ähnlich wie Nolte vernachlässigt er die materiellen Ursachen und ökonomischen Bedingungen und fokussiert sich auf die ideologische Dimension des Faschismus. Beide Ansätze betonen kulturelle und symbolische Aspekte faschistischer Bewegungen, während die sozialen und ökonomischen Grundlagen als weniger bedeutend erachtet werden.

Schließlich ist Noltes These, der Faschismus sei eine abgeschlossene historische Epoche, nicht haltbar. Die gesellschaftlichen Bedingungen, die den Faschismus ermöglichten – soziale Deklassierung, wirtschaftliche Krisen, autoritäre Mentalitäten und Feindbilder – bestehen weiterhin. Der Aufstieg rechtsextremer Bewegungen in Europa und Militärdiktaturen in anderen Teilen der Welt zeigen, dass faschistische Strukturen weiterhin eine reale Gefahr darstellen. Noltes Erklärung, die Ursachen des Faschismus lägen al-

25 Roger Griffin ist ein führender Vertreter der ideologiezentrierten Faschismusforschung. In seiner Theorie des „palingenetischen Ultrationalismus“ (2007) stellt er Faschismus als eine politische Bewegung dar, die auf die nationale Wiedergeburt und Erneuerung durch eine aggressive, ultranationalistische Ideologie abzielt. Griffin betont die Bedeutung kultureller Mythen und symbolischer Narrative in faschistischen Bewegungen, wobei soziale und ökonomische Faktoren tendenziell im Hintergrund bleiben.

lein im Ersten Weltkrieg und im Aufstieg des Sozialismus, greift zu kurz, da sie die tieferliegenden gesellschaftlichen Veränderungen außer Acht lässt. Auch seine Fokussierung auf Europa erscheint problematisch, da faschistische Ideologien und Herrschaftsformen weltweit zu beobachten sind. Letztlich krankt Noltes Ansatz an seinem idealistischen Geschichtsverständnis, das die Bedeutung von sozialen und ökonomischen Faktoren für die Entstehung des Faschismus vernachlässigt.

|| Das Faschismusverständnis der Kritischen Theorie

Die „Kritische Theorie“ der Frankfurter Schule, vertreten durch Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und später Jürgen Habermas, spielte insbesondere in den 1950er- und 1960er-Jahren eine zentrale Rolle in der kritischen Auseinandersetzung mit der spätkapitalistischen Gesellschaft. Ihre Analysen des kapitalistischen Kulturbetriebs und seiner ideologischen Mechanismen trugen dazu bei, Herrschaftsstrukturen offenzulegen und eine kritische Haltung gegenüber bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu fördern. Während sie damit auch eine Beschäftigung mit marxistischen Ideen anregte, etablierte sie gleichzeitig durch bestimmte erkenntnistheoretische und methodische Positionen Barrieren gegenüber einer konsequent materialistischen Gesellschaftsanalyse. Für die Faschismustheorie ist die Frankfurter Schule besonders durch ihre Untersuchungen zum autoritären Charakter, zur Kulturindustrie und zur Dialektik von Aufklärung und Herrschaft von Bedeutung.²⁶

Die Auseinandersetzung der Frankfurter Schule mit dem Faschismus entwickelte sich maßgeblich im Kontext der Emigration ihrer führenden Vertreter in den 1930er und 1940er Jahren. Angesichts des Aufstiegs des Nationalsozialismus und der eigenen Exilerfahrung bemühten sich Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Franz Neumann und andere, den Faschismus als gesellschaftliches, politisches und psychologisches Phänomen zu analysieren.

Ästhetisierung der Politik und Massenmobilisierung

Ein zentraler Aspekt der Faschismusanalyse der Frankfurter Schule war die Untersuchung der Ästhetik faschistischer Herrschaft. Walter Benjamin beschrieb in seinem Aufsatz *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Repro-*

26 Vgl. Verlag Marxistische Blätter: *Die „Frankfurter Schule“ im Lichte des Marxismus*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1970, S. 5 ff.

duzierbarkeit (1936) die Tendenz des Faschismus, politisches Handeln durch spektakuläre Inszenierungen zu ersetzen.²⁷

Faschistische Regime nutzten Massenveranstaltungen, Propagandafilme und architektonische Monumentalität, um emotionale Zustimmung zu erzeugen und kritische Reflexion zu unterdrücken. Diese Strategie zielte darauf ab, die politische Realität durch einen Mythos der „Volksgemeinschaft“ zu ersetzen.

Eine weitere zentrale These der Frankfurter Schule war die Bedeutung autoritärer Charakterstrukturen für den Erfolg faschistischer Ideologien. Theodor W. Adorno untersuchte gemeinsam mit Else Frenkel-Brunswik, Daniel Levinson und Nevitt Sanford in den 1940er Jahren in den USA die „autoritäre Persönlichkeit“. Diese Studie identifizierte ein psychologisches Profil, das durch Schwarz-Weiß-Denken, Unterwürfigkeit gegenüber Autoritäten sowie Feindseligkeit gegenüber vermeintlich Schwächeren geprägt war. Antisemitismus interpretierten die Autoren als Projektion verdrängter Ängste und Aggressionen: Im antisemitischen Weltbild erkennen die Autoren das Resultat einer ritualisierten manischen Projektion unverstandener abstrakter Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse auf personalisierte (eingebildete) Mächte, die im „Juden“ versinnbildlicht werden. Die Unzufriedenheit mit der eigenen sozialen Lage wurde auf eine scheinbar „mächtige“ Minderheit umgelenkt, um strukturelle Ungerechtigkeiten zu verschleiern.

Adorno und Horkheimer vertieften diese Überlegungen in ihrer *Dialektik der Aufklärung* (1944). Sie argumentierten, dass die Rationalität der Moderne in ihr Gegenteil umschlagen könne – insbesondere in Zeiten, wenn Menschen nach einfachen Lösungen und autoritären Krisenfiguren verlangten. Hierzu schreiben sie: „Die antisemitische Verhaltensweise wird in den Situationen ausgelöst, in denen verblendete, der Subjektivität beraubte Menschen als Subjekte losgelassen werden.“²⁸ Diese Analyse soll zeigen, wie der Antisemitismus als Ventil für Ohnmachtsgefühle dient, indem er komplexe gesellschaftliche Dynamiken in ein Feindbild „des Jüdischen“ verdichtet – eine Projektion, die zugleich von den realen Machtstrukturen des Kapitalismus ablenkt.²⁹

27 Vgl. Häusler, Alexander; Fehrenschild, Michael: *Faschismus in Geschichte und Gegenwart*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2020, S. 57 ff.

28 Vgl. Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W.: *Dialektik der Aufklärung*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1988, S. 180.

29 Vgl. Häusler u. Fehrenschild 2020, S. 57 ff.

Zwischen Machtkampf und Propaganda: Franz Neumanns Analyse des NS-Staates

Eine erste systematische Auseinandersetzung mit dem NS-Regime, die zum Standardwerk avancierte, verfasste der ebenfalls emigrierte Mitarbeiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (IfS), Franz Neumann. Der Jurist und Politologe entwickelte in seiner 1942 in den USA veröffentlichten Studie *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus* eine alternative Analyse des NS-Staates. Dabei ging er auf Distanz zu den an die Bonapartismus-theorie angelehnten Faschismusdeutungen seines früheren Studienkollegen Ernst Fraenkel.³⁰

In Anlehnung an die jüdische Mythologie kennzeichnete Neumann das Herrschaftssystem als „Behemoth“ – ein monströses Symbol für einen bürgerkriegsähnlichen „Unstaat“, der nicht mehr den rationalen Kategorien moderner Staatlichkeit entsprach. Anders als traditionelle Staatskonzepte beschrieb er das nationalsozialistische Deutschland nicht als hierarchisch organisierten „Leviathan“, sondern als chaotisches Geflecht konkurrierender Machtapparate.³¹

Neumann betonte, der NS-Staat sei ein pluralistisches Herrschaftssystem, geprägt durch die permanente Rivalität und Radikalisierung von vier Machtzentren: Partei, Wehrmacht, Bürokratie und Großkapital. Diese Konkurrenz führte zu einer ständigen Eskalation der Politik, da keine Instanz die Kontrolle über den Gesamtprozess besaß. Dabei analysierte Neumann auch deutlich den monopolkapitalistischen Charakter des NS-Regimes – ein Aspekt, der ihn der staatsmonopolistischen Kapitalismustheorie (SMK) nahebringt. Die Verflechtung von Großindustrie und staatlicher Macht, die Konzentration wirtschaftlicher Ressourcen und politischer Steuerung in den Händen einiger weniger Kapitalfraktionen, wird bei ihm zentral behandelt. Für diese ökonomische Schwerpunktsetzung wurde Neumann innerhalb der Frankfurter Schule auch

30 Fraenkel, Ernst: Der Doppelstaat. Versuch einer Pathologie des autoritären Staates.

Fraenkel analysierte den NS-Staat als „Doppelstaat“, der eine Kombination aus einer legalen bürokratischen Struktur und einer illegalen, willkürlichen Gewaltordnung unter der Kontrolle der NS-Partei darstellt. Diese Doppelstruktur führte zu einer instabilen Herrschaftsordnung, die im Gegensatz zu Neumanns Vorstellung eines chaotischen, pluralistischen Machtgefüges stand.

31 Vgl. Neumann, Franz L.: *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1984, S. 12 ff.

kritisiert – insbesondere von Vertretern wie Adorno, die stärker auf kulturelle und subjektive Dimensionen fokussierten.³²

Ein weiteres zentrales Element in Neumanns Analyse war die Untersuchung faschistischer Aneignungsstrategien. Um die Wirkungsmacht der Propaganda zu verdeutlichen, zeigte er in einer Gegenüberstellung auf, „wie marxistische Formeln von der nationalsozialistischen Politik übernommen und auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten wurden“. So wurde die „Volksgemeinschaft“ als Ersatz für den Klassenkampf propagiert, der 1. Mai zum nationalen Feiertag erhoben und Arbeiterlieder mit neuen ideologischen Inhalten übernommen. Neumann erklärte: „Doch der Nationalsozialismus bietet dem Arbeiter alles an, was der Marxismus ihm bietet, und das ohne Klassenkampf. Er bietet ihm eine höhere Form des Lebens, die „Volksgemeinschaft“, und die Herrschaft der Arbeit über das Geld, ohne ihn zum Kampf gegen seine eigene herrschende Klasse zu zwingen.“ Diese Umdeutungen dienten dazu, Arbeiter für das Regime zu gewinnen, ohne die kapitalistischen Besitzverhältnisse anzutasten. Selbst Symbole wie die rote Fahne (mit Hakenkreuz versehen) oder revolutionäre Rhetorik wurden instrumentalisiert, um eine Scheinidentität zwischen NS-Ideologie und sozialistischen Utopien zu konstruieren.³³

Fazit

Die Kritische Theorie durchlief seit ihrer Entstehung eine tiefgreifende Transformation: Während sie ursprünglich zum Teil als marxistische Gesellschaftsanalyse zur Aufdeckung kapitalistischer Herrschaftsmechanismen diente, wurde sie im Zuge ihrer Entwicklung zunehmend von marxistischen Grundlagen befreit und in eine bürgerlich-liberale Theorie überführt. Besonders deutlich zeigt sich dieser Wandel bei der Rezeption von Adorno und Horkheimer, deren abstrakte Vernunftkritik in der *Dialektik der Aufklärung* zwar interessante Aspekte zum Antisemitismus und zur Kulturindustrie lieferte, gleichzeitig jedoch die politisch-ökonomische Kapitalismuskritik weitgehend durch eine allgemeine Kritik an rationaler Identitätsbildung ersetzte.

Bei der Einschätzung der „Frankfurter Schule“ ist – wie Robert Steigerwald in seiner kritischen Auseinandersetzung *Bürgerliche Philosophie und Revisionismus im imperialistischen Deutschland* betont – diese komplizierte

32 Vgl. Eichholtz, Dietrich; Gossweiler, Kurt (Hrsg.): *Faschismus-Forschung*, Akademie-Verlag, Berlin 1980, S. 327 ff.

33 Vgl. Häusler u. Fehrenschild, 2020, S. 58 ff.

Ursprungssituation und die eigenartige Stellung zwischen den Fronten stets zu beachten. Die Begründer und führenden Repräsentanten der Schule waren antifaschistisch aktiv und mussten aus Deutschland emigrieren. Sie hatten kultur- und ideologiekritisch bemerkenswerte Arbeiten hervorgebracht. Doch sie verhielten sich dabei stets distanziert gegenüber der realen Arbeiterbewegung und dem existierenden Sozialismus, womit sie – so Steigerwald – letztlich daran arbeiteten, oppositionellen Kräften den Übergang auf sozialistische Positionen zu erschweren. Die aus dieser Haltung resultierende negative Beurteilung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung bewirkte laut Steigerwald eine Parteinahme gegen den organisierten Klassenkampf, gegen antiimperialistische Bündnispolitik und trug zur Wiederbelebung anarchistischer Zielvorstellungen bei.³⁴

Das Verständnis vom Faschismus wandelte sich in diesem Prozess ebenfalls. Während die ursprüngliche Kritische Theorie – insbesondere bei Franz Neumann – eine enge Verbindung zwischen Kapitalismus und Faschismus erkannte, wurde diese Perspektive in der liberalisierten Frankfurter Schule zunehmend aufgegeben. Die faschismustheoretischen Arbeiten Adornos und Horkheimers verschoben den Fokus – wie Reinhard Opitz in *Das Argument* (1974) kritisch anmerkt – auf die Untersuchung autoritärer Persönlichkeitsstrukturen und der familiären Sozialisation, etwa in *Studien zum autoritären Charakter* oder in *Autorität und Familie*. Diese Reduktion der Faschismusanalyse auf psychologische und kulturelle Faktoren schuf den Boden für eine totalitarismustheoretische Sichtweise, die den historischen und ökonomischen Charakter des Faschismus zunehmend entkernte. Wie Opitz feststellt, ist dem von der kritischen Theorie entwickelten Begriff der autoritären Persönlichkeit eine Tendenz zur Totalitarismustheorie immanent – eine Tendenz, die letztlich auch die Unterscheidung zwischen Faschismus, Spätkapitalismus und Sozialismus verwischt und damit dem ideologischen Schema westlicher Gleichsetzungen Vorschub leistet.³⁵

Zudem ergibt sich aus dieser Subjektzentrierung eine gefährliche politische Konsequenz: Die Analyse von Faschismus wird auf Elemente des Bewusstseins, der Erziehung und des Charakters verlagert. Damit entsteht der Eindruck, der Faschismus komme „von unten“ – aus der autoritären Disposition einzelner

34 Vgl. Steigerwald, Robert: *Bürgerliche Philosophie und Revisionismus im imperialistischen Deutschland*, Akademie-Verlag, Berlin 1980, S. 151 ff.

35 Vgl. Opitz, Reinhard: *Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus*, in: *Das Argument*, Heft 87/1974, S. 560 ff.

Menschen oder der Masse. Dies ist nicht nur eine Abkehr von einer klassenanalytischen Sichtweise, sondern öffnet auch einer pauschalen Verachtung der sogenannten „autoritären“ Unterschichten und der Arbeiterklasse Tür und Tor.

Hinzu kommt, dass der Antisemitismus bei Adorno und Horkheimer – besonders in der Dialektik der Aufklärung – nicht als ideologisch-funktionales Instrument der faschistischen Herrschaft verstanden wird, sondern als ein quasi-metaphysisches Grundmuster irrationaler Herrschaft überhaupt. Diese theoretische Verschiebung, Antisemitismus nicht als bewusst eingesetztes Machtinstrument kapitalistischer Klassenherrschaft zu analysieren, sondern als „Wesen des Faschismus“ schlechthin zu bestimmen, ermöglichte eine entkontextualisierte Faschismusdefinition. Daraus erwuchs später ideologisch das Fundament für antideutsche Positionen, die jede materialistische Faschismusanalyse ablehnen und Antisemitismus zur alleinigen Erklärungskategorie machen – unabhängig von imperialistischer Ökonomie, Klassenverhältnissen oder historischer Konstellation.

Gleichzeitig ist es jedoch zu einfach, die gesamte Kritische Theorie vorschnell zu verwerfen, nur weil ihre Hauptvertreter später antikommunistische Positionen einnahmen. Gerade bei Neumann, aber auch in den frühen Arbeiten von Horkheimer finden sich wertvolle Beiträge zur Analyse ideologischer Herrschaft, der Funktion von Propaganda und zur Integration der Arbeiterklasse in faschistische und kapitalistische Strukturen. Diese Analysen verdienen auch aus marxistisch-leninistischer Perspektive eine differenzierte Auseinandersetzung – insbesondere hinsichtlich ihrer Einsichten in die ideologische Vermittlung zwischen Ökonomie und Bewusstsein. Doch muss diese Auseinandersetzung stets die ideologische Verengung und antikommunistische Funktionalisierung im Spätwerk vieler Vertreter kritisch mitbedenken.

|| Die Faschismustheorie und ideologische Neuausrichtung nach 1990

Nach 1990 erfuhr die Faschismustheorie in Deutschland eine ideologische Neuausrichtung, die auch maßgeblich durch den Einfluss des Verfassungsschutzes geprägt wurde. Bürgerliche Politikwissenschaftler wie Armin Pfahl-Traughber, Eckhard Jesse und Uwe Backes trieben die Entwicklung der sogenannten Extremismus-Doktrin voran, welche die Totalitarismus-Doktrin fortsetzte und verschärfte.

Diese Extremismus-Doktrin postuliert eine vermeintliche Gleichsetzung von „Links-“ und „Rechtsextremismus“, indem beiden Strömungen eine grund-

sätzliche Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und eine potenzielle Gewaltbereitschaft unterstellt wird. Das häufig genutzte Hufeisenmodell suggeriert, dass sich die politischen Extreme einander annähern und gleichermaßen eine Bedrohung für die „demokratische Mitte“ darstellen.

Diese Darstellung dient nicht nur der Relativierung rechter Gewalt, sondern verschleiert die historisch belegte Tatsache, dass die Weimarer Republik durch eine Allianz aus Großkapital und bürgerlicher Reaktion zugunsten des Faschismus zerstört wurde. Statt einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit politischen Positionen entscheidet allein die Haltung zum Grundgesetz über deren Einordnung als „extremistisch“. Die Definitionshoheit darüber obliegt dem Verfassungsschutz selbst.³⁶

Die bürgerliche Geschichtsschreibung, eine Gesellschaftsordnung verteidigend, die historisch in der Defensive ist, hat die Faschismusforschung grundsätzlich in den Dienst des Antikommunismus und Antisowjetismus gestellt. Im engeren Sinne wird die bürgerliche Faschismusgeschichtsschreibung von zwei Zielstellungen bestimmt: Erstens das kapitalistische System vom Schandmal des Faschismus reinzuwaschen, d. h. faschistische Bewegungen und vor allem faschistische Herrschaftsformen als etwas der „westlichen“, der „demokratisch-pluralistischen Gesellschaft“ wesensfremdes hinzustellen; zweitens zugleich die faschistischen Bewegungen, Herrschaftsformen und -methoden auf ihre Brauchbarkeit für die Stabilisierung des kapitalistischen Systems nach innen sowie für sein expansives Vorgehen nach außen zu untersuchen.³⁷ Letzteres geschieht jedoch nicht etwa, um faschistische Tendenzen in bürgerlichen Demokratien aufzudecken, sondern in einem bewusst verkürzten Zugriff, der den Antikommunismus absichert: Die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus in der Totalitarismus- und Extremismustheorie dient letztlich dazu, die Geschichte des Sozialismus zu delegitimieren.

Wiederaufstieg und ideologische Instrumentalisierung der Totalitarismustheorie seit den 1980er Jahren

Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems in Osteuropa und die Anexion der DDR durch die BRD stellten eine tiefgreifende Zäsur dar, die nicht nur politische und wirtschaftliche, sondern auch identitätsstiftende Fragen aufwarf. Der deutsche Imperialismus musste sich im Rahmen seiner neuen

36 AG Totalitarismus 2012

37 Vgl. Eichholtz u. Gossweiler, 1980, S. 327 ff.

Ausdehnung neu definieren und suchte nach einer einheitlichen Geschichtsinterpretation, die sowohl die eigene Vergangenheit als auch die Legitimation des neuen, gesamtdeutschen Staates umfasste. In diesem Kontext kam es zu einer verstärkten Debatte über die NS-Vergangenheit, wobei insbesondere die Frage der deutschen Schuld, die Rolle des Antisemitismus sowie die Deutung des Faschismus kontrovers diskutiert wurden. Dazu führte die sogenannte Goldhagen-Debatte, welche später im Text näher beschrieben wird, zu einer intensiven Diskussion über die gesellschaftlichen Grundlagen des Holocaust.

Nach der Konterrevolution von 1989/90 kam es vermehrt zu Versuchen, die DDR und das faschistische Deutschland unter dem Paradigma der Totalitarismustheorie gleichzusetzen. Diese Betrachtungsweise war kein wissenschaftlicher Zugang zur Geschichte, sondern diente politisch-ideologischen Zwecken: Sie sollte die DDR als illegitime Diktatur und somit den Sozialismus als gescheitertes und verbrecherisches Projekt brandmarken.

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ befasste sich 1992 auch mit dem Diktaturenvergleich in Deutschland. Jürgen Habermas, ein prominenter Vertreter der „Frankfurter Schule“, plädierte dabei für einen Vergleich zwischen der sogenannten „SED-Diktatur“ und dem Nationalsozialismus. Er wies darauf hin, dass der Vergleich die „totalitären Gemeinsamkeiten“ der beiden Diktaturen hervorheben und den Blick auf die Enteignung von Bürgern richten könne, die in beiden Regimen ihre soziale und rechtliche Autonomie verloren. Habermas warnte vor Einseitigkeiten: „Wo die Rechten zur Angleichung neigen, wollen die Linken vor allem Unterschiede sehen.“ Er betonte, dass beide Seiten denselben Maßstab anlegen müssten, um ein objektives Ergebnis zu erzielen.³⁸

Diese Argumentationsweise griff Elemente des Historikerstreits von 1986/87 auf, bei dem insbesondere die schon genannten Thesen von Ernst Nolte eine Rolle spielten (siehe Kapitel: Faschismus als Reaktion). Nolte hatte eine kausale Verbindung zwischen sogenannten „stalinistischen Verbrechen“ und dem Holocaust behauptet und damit versucht, die NS-Verbrechen als eine bloße Reaktion auf den Bolschewismus zu relativieren. Während diese Position im Historikerstreit klar zurückgewiesen wurde, ist diese Theorie mittlerweile fester ideologischer Bestandteil des deutschen Imperialismus.

38 Vgl. Jesse, Eckhard: *Das Dritte Reich und die DDR*, Edition Temmen, Bremen 2005, S. 44.

Parallel zur Wiederbelebung der Totalitarismustheorie entwickelte sich ab den späten 1970er Jahren in den USA eine Debatte über die Singularität des Holocausts. Historiker wie Yehuda Bauer, Saul Friedländer und Eberhard Jäckel betonten die Einzigartigkeit des Holocausts als ersten industriell organisierten, staatlich betriebenen Versuch der physischen Auslöschung einer ganzen ethnischen oder religiösen Gruppe. Diese Sichtweise prägte die westdeutsche Erinnerungskultur nachhaltig.

In der Debatte wird jedoch zunehmend hinterfragt, ob die Fixierung auf die Singularität des Holocausts nicht zur Marginalisierung anderer Verbrechen führt, etwa der deutschen Kolonialverbrechen. Der Historiker A. Dirk Moses kritisiert in seinem Konzept des „Holocaust-Katechismus“ die politische Instrumentalisierung dieser Singularitätsthese. Moses argumentiert, dass der moralische Ausnahmecharakter des Holocausts genutzt werde, um andere historische und gegenwärtige Verbrechen – insbesondere aus dem Kontext des Kolonialismus und Imperialismus – aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verdrängen und damit die heutige geopolitische Rolle Deutschlands zu legitimieren.³⁹

Die Goldhagen-Debatte: Verkürzte Täteranalyse und ideologische Einföhrung

Ein weiterer wichtiger Aspekt dieser ideologischen Wende war die Goldhagen-Debatte, die in den 1990er Jahren internationale Aufmerksamkeit erlangte. Goldhagen argumentierte in seinem Werk *Hitler's Willing Executioners* (1996), dass die Deutschen seit dem 19. Jahrhundert von einem „eliminatorischen Antisemitismus“ geprägt waren, der auf die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung abzielte. Er vertrat die These, dass die deutsche Gesellschaft bereits vor dem Nationalsozialismus für die Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden mobilisierbar gewesen sei. Goldhagens Werk trug dazu bei, die Diskussion um die Verantwortung der deutschen Gesellschaft für den Holocaust auf eine individualisierte Täteranalyse zu fokussieren und so von tiefergehenden sozialen und wirtschaftlichen Ursachen abzulenken.

Ein weiteres zentrales Motiv seiner Arbeit war die Charakterisierung der Täter als „gewöhnliche Deutsche“. Goldhagen schätzte die Zahl der direkt an

39 Wildt, Michael: *Was heißt: Singularität des Holocaust?*, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 19 (2022), H. 1, URL: <https://zeithistorische-forschungen.de/1-2022/6022> (aufgerufen: 25.04.2025); Druckausgabe: S. 128–147.

der Judenvernichtung beteiligten Täterinnen und Täter auf etwa eine halbe Million und betonte, dass diese nicht einer militärischen Elite angehörten, sondern typische Vertreter der deutschen Gesellschaft der 1940er Jahre waren. Damit schloss er von den Tätern auf die gesamte deutsche Gesellschaft und postulierte, dass deren Handeln Ausdruck einer verbreiteten antisemitischen Mentalität gewesen sei.

Im empirischen Teil seiner Arbeit untersuchte Goldhagen verschiedene Institutionen der Judenvernichtung und die dort tätigen Täterinnen und Täter. Er analysierte deren Verhalten, emotionale und rationale Motivationen sowie die Bedingungen ihres Handelns. Auf dieser Grundlage kam er zu dem Schluss, dass die Verbrechen bewusst und willentlich aus antisemitischer Überzeugung begangen wurden. Andere Erklärungsansätze wies er zurück.⁴⁰

Antideutsche Ideologie und die geopolitische Umorientierung

1999 führte Deutschland unter der rot-grünen Bundesregierung nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals wieder einen Krieg, der moralisch mit der Verhinderung eines „neuen Auschwitz“ begründet wurde. Fischers „Nie wieder Auschwitz“ wurde zu einem Symbol für die Verbindung von „moralischer Verantwortung“ und imperialistischer Außenpolitik. Die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und dem Holocaust wird seither genutzt, um militärische Interventionen zu rechtfertigen oder imperialistische Aggressionen zu legitimieren. Diese Logik wurde zunehmend durch die Entwicklung der Antideutschen und ihre spezifische Interpretation des Faschismus und der deutschen Geschichte verstärkt.⁴¹

In den 1990er Jahren entstand im Umfeld der Wiedervereinigung Deutschlands die Strömung der Antideutschen, die sich aus der Ablehnung eines neuen deutschen Nationalismus herausbildete. Diese Haltung wurde durch Diskussionszirkeln wie dem Hamburger „Roten Forum“ formuliert, das 1989 den Slogan „Nie wieder Deutschland“ prägte. Dieser Ausdruck, der sich gegen den Nationalismus und die Wiedervereinigung richtete, wurde zu einem zentralen Schlachtruf der antinationalen Linken. Aus dieser Bewegung heraus

40 Vgl. Schepers, Norbert: *Einen Nerv getroffen. Debatten zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in den neunziger Jahren in Deutschland*, Karl Dietz Verlag, Berlin 2005, S. 11 ff.

41 Vgl. Hagen, Patrick: *Die Antideutschen und die Debatte der Linken über Israel*, 2005, Online: <http://www.trend.infopartisan.net/trd0405/t030405.html#7> (aufgerufen: 23.04.2025).

übernahmen die Antideutschen zahlreiche Fragmente der Kritischen Theorie, insbesondere die Analysen von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer zur autoritären Persönlichkeit und die Kritik an der deutschen Kultur, die sie als besonders anfällig für Faschismus und Antisemitismus ansahen. Diese Rezeption der Kritischen Theorie war in ihrer ursprünglichen Form eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte. Doch die Antideutschen übersetzten diese kritischen Ansätze zu einer Vereinfachung, die den deutschen Antisemitismus als kulturell verankert verstand und dabei die kapitalistischen Verhältnisse als sekundär ansah.

Sie rezipierten Werke wie Daniel Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“, das den Holocaust als Ausdruck eines spezifisch deutschen Antisemitismus und nicht primär als Resultat kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse interpretiert. Diese Interpretation des Antisemitismus als ein „deutsches“ Phänomen wurde von den Antideutschen stark betont. Der Antisemitismus wurde dabei als reaktionärer, verkappter Antikapitalismus verstanden, der vor allem mit der „ungebildeten“ deutschen Arbeiterklasse verbunden war. Hier griffen sie auf Adornos und Horkheimers kritische Theorie zurück, die den deutschen Antisemitismus als tief verwurzelt in der deutschen Kultur und Geschichte begreift; jedoch wurde diese Sichtweise von den Antideutschen zu einer vereinfachten Ablehnung des deutschen Nationalismus und einer Verwerfung der traditionellen linken Klassenanalyse zugunsten einer betonten Distanzierung vom „deutschen Volk“ und seiner Geschichte.⁴²

In dieser Entwicklung zeigten sich auch Berührungspunkte zur Wertkritik, die in den 1980er und 1990er Jahren in Teilen der Linken entstand. Die Wertkritik, vertreten etwa von Robert Kurz oder der Gruppe „Krisis“, kritisierte den Kapitalismus nicht primär als ungerechte Verteilungsordnung, sondern als ein auf abstrakten, gesellschaftlich verselbstständigten Wertformen beruhendes System. Während Teile der Wertkritik sich noch bemühten, die kapitalistischen Wertverhältnisse als Grundlage für Antisemitismus und Krisendynamiken zu analysieren, übernahmen viele Antideutsche lediglich Fragmente dieser Kritik. Sie reduzierten den Antisemitismus letztlich auf kulturelle Faktoren und blendeten die Kritik an den systemischen kapitalistischen Grundlagen weitgehend aus. Statt die Verselbstständigung gesellschaftlicher

42 Ebd.

Abstraktionen wie Geld und Ware zu analysieren, verschoben die Antideutschen die Problemanalyse auf nationale oder kulturelle „Defekte“.⁴³

Dieses Denken trug eine tiefe Skepsis gegenüber revolutionären Bewegungen in sich und schuf die Grundlage für eine später offen pro-imperialistische Haltung. Die Antideutschen leiteten daraus ab, dass sie revolutionäre Bewegungen, insbesondere in der Dritten Welt, als potenziell gefährlich und antisemitisch betrachteten, da diese ihrer Ansicht nach ebenfalls antikapitalistische Elemente enthalten könnten. In der Folge übernahmen sie die Vorstellung, dass der westliche Kapitalismus als das stabilisierende System gegen den „Islam-Faschismus“ fungiere und die einzige Garantie für die Aufrechterhaltung der „westlichen Zivilisation“ sei.⁴⁴

In der weiteren Entwicklung griff die außenpolitische Parole „Nie wieder Auschwitz“ diese ideologischen Elemente auf und nutzte sie zur Legitimation imperialistischer Kriegspolitik. Die Solidarität mit Israel wurde zu einem zentralen Bekenntnis, das zunehmend auch eine Verachtung des Islams beinhaltete. Die Dichotomie von „Barbarei versus Zivilisation“, insbesondere nach den Anschlägen vom 11. September 2001, wurde auf die Spitze getrieben. Schließlich zeigt sich heute eine Konvergenz zwischen antideutschen und offen faschistischen Positionen, insbesondere in Bezug auf ihre Haltung zu Kriegen in der Ukraine oder im Nahen Osten.

Die in Westdeutschland entstandene Ideologie der Antideutschen gewann in den 1990er Jahren zunehmend Einfluss auf das Verständnis von Faschismus und wirkte sich schrittweise auf bürgerliche bis linke Kreise aus. Dieses Faschismusverständnis ist uneinheitlich und oft widersprüchlich, geprägt von einer tief verwurzelten Ablehnung des traditionellen Antifaschismus. Zentral in ihrer Weltanschauung ist die Annahme, dass der Kapitalismus, insbesondere in seiner Form als „freie Marktwirtschaft“, als Bollwerk gegen den „Islam-Faschismus“ fungiere. Hierbei verweisen Antideutsche oft auf die USA als das bevorzugte Modell einer kapitalistischen Demokratie, die ihrer Ansicht nach in der Lage ist, die gefährlichen reaktionären Kräfte zu bekämpfen. Dies führt zu einer ambivalenten Haltung zum Kapitalismus selbst: Obwohl sie theoretisch ein anderes, besseres System anstreben, sehen sie das kapitalistische System derzeit als notwendig an, um die Ausbreitung des Faschismus zu verhindern.

43 Ebd.

44 Vgl. Erdem, Isabel: *Anti-deutsche Linke oder anti-linke Deutsche? Eine sachliche Betrachtung*, Karl Dietz Verlag, Berlin, 2005 S.4 ff.

Ein zentraler Punkt der antideutschen Ideologie ist die Umdeutung des Holocausts. Während marxistische Theorien den Holocaust als eine Manifestation des Kapitalismus im Rahmen einer faschistischen Herrschaft begreifen, stellen die Antideutschen den Faschismus als ein eigenständiges, vom Kapitalismus losgelöstes Phänomen dar und als Teil einer militärischen Kolonialisierungsstrategie. In ihrer Sichtweise wird die Welt in „zivilisatorische Demokratien“ und „faschistisch-antisemitische Diktaturen“ unterteilt, wobei der Zusammenhang imperialer Interessen des Westens ausgeblendet wird. Diese Sichtweise führt zu einer Verzerrung der historischen Realität, da sie die kapitalistischen Wurzeln des Faschismus ignoriert und die Verantwortung der „Demokratien“ für die Entstehung und Ausbreitung faschistischer Regime leugnet.

Ein weiteres Merkmal der Antideutschen ist ihre weit verbreitete Bevölkerungsverachtung. In ihren Texten und öffentlichen Auftritten zeigen sie wenig Interesse an der breiten Bevölkerung und sehen sich selbst als eine intellektuelle Avantgarde, die es mit einer „verblendeten“ Masse zu tun hat. Diese Haltung führt zu einer Entfremdung von der breiten gesellschaftlichen Basis, da sie die „dumme Mehrheit“ nicht nur als passiv, sondern als aktiv destruktiv wahrnehmen. Besonders die Deutschen selbst werden als unfähig angesehen, revolutionäre Gedanken zu fassen, da sie von den „Manipulationen“ der Medien und Politiker vereinnahmt wurden. Die klassische proletarische Sichtweise, dass die Arbeiterklasse das Potenzial zur Veränderung hat, wird von den Antideutschen weitgehend abgelehnt. Die pessimistische Haltung gegenüber der Arbeiterklasse und die frühe Abkehr von klassenbasiertem Denken trugen zur Entpolitisierung und Entfremdung gegenüber gesellschaftlichen Basisbewegungen bei.

In Bezug auf den Antisemitismus verfolgen die Antideutschen eine radikale Position, die diesen als ein isoliertes, einzigartiges Phänomen betrachten. Sie trennen den Antisemitismus vom allgemeinen Rassismus und vertreten die Ansicht, dass nur Antisemitismus im engeren Sinne, wie etwa Israel-Feindlichkeit, bekämpft werden müsse.⁴⁵

Im Zuge der ideologischen Verschiebung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde der Begriff „Faschismus“ zunehmend auf muslimische Bewegungen übertragen, wobei deren Struktur und antiwestliche Ausrichtung hervorgehoben wurden. Islamismus galt fortan nicht mehr primär als Ausdruck sozialer oder antiimperialistischer Konflikte, sondern wurde in weiten

45 Vgl. ebd. S.8 ff.

Teilen der Diskussion pauschal als faschistische Bedrohung für die westliche Demokratie interpretiert.

Diese Sichtweise übernahmen auch Teile der kommunistischen und linksradikalen Szene, darunter Organisationen wie der Kommunistische Aufbau, die damit eine entscheidende strategische Verschiebung vollzogen: Anstatt weiterhin den antiimperialistischen Befreiungskampf in den Vordergrund zu stellen, passten sie sich faktisch der imperialistischen Ideologie an, die jede oppositionelle Bewegung außerhalb des westlichen Einflussbereichs als potenziell faschistisch diskreditierte.

Fazit

Ernst Thälmann formulierte bereits 1932 mit den Worten: „Kampf gegen den Faschismus – das ist Kampf gegen das kapitalistische System.“ Auch die autonome Göttinger Antifa (M) hielt 1991 fest: „Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System.“ Demgegenüber stehen Theorien, die den Faschismus weniger als Instrument der Eliten, sondern als Produkt irrationaler und verrohter Massenbewegungen betrachten. Vertreter dieser Sicht, darunter der neurechte Historiker Rainer Zitelmann, behaupteten, das Bürgertum habe den Faschismus überwiegend abgelehnt, während Hitler als Repräsentant der „kleinen Leute“ agierte.

Während die DDR den Antifaschismus als Kampf gegen den Kapitalismus verstand, setzt sich in der BRD zunehmend eine Perspektive durch, die die Verantwortung der unteren Klassen betont. Diese Entwicklung speist sich aus dem Anspruch westdeutscher Linker, vermeintliche Defizite der „traditionsmarxistischen“ Faschismustheorie zu überwinden. Kritiker wie Mathias Wörsching fordern, den Bruch zwischen Kapitalismus und Faschismus stärker zu betonen und faschistische Ideologie wörtlich zu nehmen. Damit entfernt sich die Analyse jedoch zunehmend von materialistischen Ansätzen und verfällt im Idealismus.

Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind weitreichend. In der Wochenzeitung *Jungle World* wurde zum Beispiel behauptet, die DDR habe einen „unheimlichen Gemeinschaftsgeist“ konserviert, der bereits den Nationalsozialismus zur Massenbewegung gemacht habe. Der Zerfall des autoritären Antifaschismus sei daher mitverantwortlich für rechtsextreme Entwicklungen wie den NSU. Solche Thesen kehren die marxistische Faschismusanalyse um: Statt den Faschismus als Produkt kapitalistischer Widersprüche zu begreifen, wird er als „barbarischer Einbruch“ in einer ansonsten fortschrittlichen Gesellschaft dargestellt.

Dieser Paradigmenwechsel spiegelt sich auch in globalen Debatten wider. Moderne „Antifaschisten“, die der Historiker Gazi Caglar als „Huntington-Linke“ bezeichnet, behaupten mit der gleichen Vehemenz wie US-Neocons die Existenz eines „Islamfaschismus“. In der Antifa-Zeitschrift Phase 2 wurde 2008 der Nationalsozialismus mit dem Djihadismus gleichgesetzt, wobei die islamische Umma mit dem Führerkult der Nazis verglichen wurde. Auch akademisch verpackte Begriffe wie „religiöser Faschismus“ dienen letztlich derselben Argumentation. Damit wird Antifaschismus zunehmend zur Legitimationsideologie für neoliberale Kriege und westliche Expansion.⁴⁶

In der neuen Antifa-Bewegung wird die marxistische Definition von Faschismus als Form bürgerlicher Herrschaft zunehmend abgelehnt. Statt sich gegen kapitalistische Herrschaft und imperialistische Kriege zu wenden, richtet sich der Fokus auf eine undifferenzierte Bekämpfung von als antisemitisch oder nationalistisch empfundenen Positionen. Vertreter wie Peter C. Walther von der VVN-BdA argumentieren, dass Faschismus nicht zwingend mit Kapitalismus verbunden werden darf und Antifaschismus kein Teil des Klassenkampfes sei. Einige Gruppen vertreten zudem die Ansicht, dass die Macht der Eliten eine Illusion sei und dass Kapitalismus eine unpersönliche Herrschaft darstelle, die sowohl Unternehmer als auch Arbeiter gleichermaßen betreffe. Diese Abkehr von der marxistischen Faschismusdefinition führt zu einer politischen Umorientierung der Antifa. Dabei wird Faschismus oft primär als Anti-Liberalismus verstanden, wodurch dessen wirtschaftliche und klassenbezogene Wurzeln in den Hintergrund treten. In der Folge verliert der Antifaschismus seine antikapitalistische Perspektive und nähert sich offen neokonservativen Positionen an, die eine Unterstützung imperialistischer Aggressionen beinhalten.

46 Sommer, Michael; Witt-Stahl, Susann: *Hayek oder Holzhacken. Die Einsicht, dass Antifaschismus und Antikapitalismus zusammengehören, droht verlorenzugehen. Teil I: Die Umdeutung des Faschismus zur Massenbewegung der Subalternen*, in: junge Welt, 2012, Online: <https://www.jungewelt.de/artikel/191048.hayek-oder-holzhacken.html> (aufgerufen: 01.03.2025).

Schlaglichter auf eine internationale Faschismusdebatte

Das folgende Kapitel befasst sich mit einigen aktuellen internationalen Debatten zum Thema Faschismus. Wir werfen drei Schlaglichter, zunächst nach Indien, dann auf die Debatte über den „Faschismus auf Export“ in Russland und zuletzt auf die Diskussion über die Verbindung zwischen Kolonialismus und Faschismus. Wir richten damit explizit den Blick über den Tellerrand der deutschen Debatte und stärker auf gegenwärtig laufende Auseinandersetzungen. Auch wenn es zunächst scheint, als ob die drei Beispiele recht wenig miteinander zu tun haben, wird schnell deutlich, dass die Frage des Imperialismus alle drei, wie ein roter Faden, durchzieht. Welche Bedeutung für die Struktur und Funktionsweise faschistischer Bewegungen und Herrschaft spielt es, ob Länder sich im imperialistischen Zentrum oder in der Peripherie befinden? Inwiefern geht der Faschismus in Ländern des sogenannten globalen Südens von den Führungsmächten der globalen kapitalistischen Ordnung aus? Zeigen nicht gerade die Erfahrungen von Chile (Pinochet) und den Militärdiktaturen Lateinamerikas auf die USA als deren Urheber? Zu welchem Anteil ist der Faschismus der Peripherie hausgemacht? Und sind die Gewaltregime des europäischen Faschismus nicht eine Art Heimkehr kolonialer Gewalt?

Die folgenden drei Abschnitte sollen also die Debatte über den Faschismus bewusst komplizieren. Sie verdeutlichen einmal mehr die Vielfältigkeit faschistischer Erscheinungen und die Notwendigkeit der scharfen Analyse konkreter nationaler Bedingungen. Sie verweisen zudem auf die Dringlichkeit eines genauen Verständnisses des Imperialismus unserer Zeit, aus dem faschistische Bewegungen und Regime hervortreten.

– Surjeet Singh

Die anhaltende Faschismusdebatte und die Erstarkung neofaschistischer Kräfte in Indien

|| Einleitung

Nach über zehn Jahren Regierung unter Narendra Modi und seiner BJP (Bharatiya Janata Party) wird in Indien zunehmend über die Frage des Faschismus diskutiert. Verschiedene kommunistische Parteien, darunter die CPI (Communist Party of India) und die CPI(M)L (Communist Party of India – Marxist-Leninist), bezeichnen die gegenwärtige politische Führung offen als faschistisch. Im Gegensatz dazu ist die CPI(M) (Communist Party of India – Marxist) in der Verwendung des Begriffs „faschistisch“ zurückhaltender und bemüht sich um eine differenzierte Analyse. Für diesen Ansatz wurde sie von anderen linken Parteien kritisiert, die ihr vorwerfen, den Charakter der aktuellen indischen Regierung nicht klar genug zu benennen. Statt den indischen Staat oder die gegenwärtige politische Ordnung direkt als faschistisch zu bezeichnen, erklärte die CPI(M) kürzlich, dass die derzeitige Regierungsform „neofaschistische Merkmale“ aufweise.

Der vorliegende Text beleuchtet einige grundlegende Aspekte dessen, was die CPI(M) unter „Neofaschismus“ und „neofaschistischen Merkmalen“ versteht. Der Text gliedert sich in vier Teile:

Abschnitt 1 befasst sich mit der Einschätzung und Charakterisierung der Modi-Regierung durch die CPI(M). Grundlage dafür sind die letzten vier politischen Resolutionen der Partei, die auf den vergangenen vier Parteitagungen verabschiedet wurden.

Abschnitt 2 analysiert die Auffassung von Faschismus und Neofaschismus durch die CPI(M), die eng mit dem Verständnis der Partei bezüglich der Entwicklung des Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg verknüpft ist. Dabei wird auch auf den Klassencharakter der herrschenden Eliten in Indien eingegangen und darauf, wie diese zu untergeordneten Verbündeten des von den USA geführten Imperialismus geworden sind. Nach Auffassung der CPI(M) bedingt diese Unterordnung den Einsatz „neofaschistischer“ Kräfte innerhalb Indiens.

Abschnitt 3 untersucht die verschiedenen Akteure und Kräfte, die den Wandel hin zu einem Neofaschismus in Indien vorantreiben – insbesondere die RSS (Rashtriya Swayamsevak Sangh), eine landesweite Organisation mit faschistischen Zügen, die eine hinduistische Vorherrschaft anstrebt. Thematisiert wird auch die Ideologie der RSS, das sogenannte *Hindutva*, sowie das enge Verhältnis zwischen der RSS und der BJP, dem politischen Arm der Organisation. Dieser Abschnitt beleuchtet außerdem, wie die indische Großbourgeoisie und das internationale Finanzkapital die Agenda der RSS unterstützen.

Abschnitt 4 schließlich thematisiert die Angriffe der Modi-Regierung auf die hart erkämpften Rechte der Arbeiterklasse.

Es ist hervorzuheben, dass die CPI(M) eine differenzierte Debatte über die politische Entwicklung in Indien führt, um opportunistische oder falsche Allianzen mit nicht-linken bzw. bürgerlichen Parteien im Kampf gegen die BJP zu vermeiden. Angesichts der wachsenden Bedeutung einer breiten demokratischen Front gegen neofaschistische Kräfte ist eine präzise und vorsichtige Analyse entscheidend. Nur so lassen sich klare politische Grenzen zwischen bürgerlichen Kräften und der kommunistischen Bewegung aufrechterhalten – ein zentrales Anliegen dieser Debatte.

Die Kritik an der CPI(M) zielt daher weniger auf ihr Engagement gegen rechte und kapitalistische Kräfte ab – denn sie bleibt die stärkste organisierte linke Kraft im Land – sondern vielmehr auf die Frage der richtigen terminologischen Einordnung.¹ Drittens konnte die Partei aufgrund ihrer starken Präsenz in Massenorganisationen und sozialen Kämpfen eine praktisch relevante

1 kashmirtimes.com/opinion/comment-articles/strange-debate-about-fascism

Debatte führen. Dies zwingt sie dazu, konkrete Antworten auf die brennenden Fragen der Gegenwart zu geben.

|| 1. CPI(M)s Charakterisierung der Modi-Regierung

Seit dem Machtantritt der von der BJP geführten Koalitionsregierung NDA (National Democratic Alliance) im Jahr 2014 hat die CPI(M) vier nationale Parteitage abgehalten, auf denen jeweils eine eigene politische Resolution verabschiedet wurde. Die 21. Politische Resolution² aus dem Jahr 2015 bezeichnete Modis Regierungsübernahme als eine „Konsolidierung des Rechtsrucks in der indischen Politik“. Dieser Rechtsruck, so die Resolution, verknüpfte den neo-liberalen Kurs mit der Hindutva-Bewegung und einer „proimperialistischen Ausrichtung“.

Auf dieser Grundlage erklärte die Partei den Kampf gegen die von Modi geführte BJP zur „wichtigsten Aufgabe“. Gleichzeitig betonte sie jedoch, dass sie auch im Widerstand gegen die BJP eine oppositionelle Haltung gegenüber der INC (Indian National Congress)³ beibehalten werde und weder eine „Vereinbarung noch eine Wahlallianz“ mit dieser Partei eingehen wolle. Die CPI(M) warf der INC vor, durch ihre neoliberale und volksfeindliche Politik zur Popularität der BJP beigetragen zu haben.

In der 22. Politischen Resolution⁴, die im Jahr 2018 veröffentlicht wurde, stellte die CPI(M) fest, dass die vier Jahre unter Narendra Modi „eine weitere Konsolidierung der politischen Rechten in Indien“ zur Folge gehabt hätten. Diese Entwicklung äußere sich in einer aggressiven Umsetzung neoliberaler Politik, einer Zunahme sektiererischer Gewalt, „autoritären“ Angriffen auf die

2 [CPI\(M\).org/21st-congress-political-resolution/](http://CPI(M).org/21st-congress-political-resolution/)

3 Wie unten erläutert, war der indische Kampf um nationale Befreiung zwar aufgrund der massiven Beteiligung der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Mittelschicht, der Intelligenz, der Frauen, der Studenten und der Jugend erfolgreich, doch blieb die Führung des Kampfes in den Händen der Bourgeoisie. Dies wiederum bedeutete, dass auch die Führung des neu unabhängigen indischen Staates in die Hände der Bourgeoisie fiel. Die indische Großbourgeoisie verriet den nationalen Befreiungskampf, indem sie die Aufgabe vernachlässigte, die produktiven Kräfte aus den Fesseln der feudalen Verhältnisse zu befreien. Um eine Stärkung der Arbeiterbewegung in Indien zu verhindern, verbündete sich die indische Großbourgeoisie daher mit der feudalen Landbesitzerklasse. Die INC war das politische Gesicht dieser Allianz zwischen der Großbourgeoisie und der feudalen Klasse in Indien.

4 [CPI\(M\).org/documents-22nd-congress-political-resolution/](http://CPI(M).org/documents-22nd-congress-political-resolution/)

parlamentarische Demokratie und deren Institutionen sowie in der Festigung Indiens als „strategischer Junior Partner der USA und des Imperialismus“.

Erstmals sprach die Partei in dieser 22. Resolution von der „Entstehung faschistischer Tendenzen“ sowie von „faschistischen Angriffen“ auf Minderheiten – darunter Muslime, Indigene, Menschen aus rückständigen Kasten – sowie auf progressive Intellektuelle. Ziel dieser Angriffe sei es, „Gegner der Hindutva einzuschüchtern“. Darüber hinaus stellte die Resolution fest, dass die BJP die INC als „dominante politische Kraft der großen bürgerlichen Landbesitzerklassen“ abgelöst habe.

Auf Grundlage dieser Einschätzungen erklärte die CPI(M), dass die Niederlage der BJP und ihrer Verbündeten die zentrale Aufgabe sei – eine Aufgabe, die durch die „Mobilisierung aller säkularen und demokratischen Kräfte“ erreicht werden müsse. Zwar ließ die Partei ein „Verständnis“ mit der INC in bestimmten, vorab abgestimmten Fragen zu, schloss jedoch weiterhin jede politische Allianz mit ihr aus.

Im Jahr 2019 wurde die von Narendra Modi geführte BJP mit einer noch größeren Mehrheit erneut ins Parlament gewählt. Trotz dieser gestärkten Position bezeichnete die 23. Politische Resolution⁵, die im April 2022 veröffentlicht wurde, die Regierung weiterhin nicht als faschistisch. Stattdessen stellte die Resolution fest, dass die fortschreitende Machtkonsolidierung der BJP zu einem „voll entwickelten Autoritarismus“ geführt habe, in dem „die Regierung aggressiv die sektiererische Hindutva-Agenda der faschistischen RSS verfolgt“. Diese Agenda beinhalte „böartige Hass- und Gewaltkampagnen gegen die muslimische Minderheit“.

Zudem hielt die Resolution fest, dass „sich die BJP-Regierung den strategischen, politischen und sicherheitspolitischen Interessen der USA untergeordnet hat“ und sich zu einem verlässlichen, untergeordneten Verbündeten des US-Imperialismus entwickelt habe. Die anhaltende Verfolgung neoliberaler Politik – betrieben auch im Interesse des Imperialismus – untergrabe die wirtschaftliche Souveränität Indiens und habe „die Wirtschaft in eine andauernde Rezession und Krise gestürzt“, eine Krise, die autoritäre Herrschaftsformen erforderlich mache.

Darüber hinaus enthält die Resolution zwei zentrale Einschätzungen: Erstens habe sich unter Modi eine sichtbare Kooperation zwischen bestimmten Sektoren der Großindustrie und dem Staat herausgebildet. Zweitens signa-

5 [CPI\(M\).org/documents-23rd-congress-political-resolution/](https://www.cpi(m).org/documents-23rd-congress-political-resolution/)

lisiere der systematische und organisierte Angriff auf die säkularen und demokratischen Grundsätze der indischen Verfassung „die wachsende Realität, dass die Modi-Regierung Indien in Richtung eines Hindutva-Staates führt“.

Vor diesem Hintergrund erklärte die Resolution, dass die Hauptaufgabe darin bestehe, die BJP zu isolieren und zu besiegen. Dies schließe auch die Zusammenarbeit mit säkularen Oppositionsparteien im Parlament in ausgewählten Fragen mit ein. Die Resolution betonte zudem ausdrücklich, dass geeignete Wahlkampfaktiken anzuwenden sind, um bei Wahlen die Bündelung der Anti-BJP-Stimmen zu maximieren.

Die oben genannte politische Taktik, die in der 23. Politischen Resolution verabschiedet wurde, führte zur Bildung des sogenannten I.N.D.I.A. Bloc (Indian National Developmental Inclusive Alliance). Im Rahmen dieses Blocks schlossen sich rund 20 prominente regionale und nationale Parteien, darunter die INC und die CPI(M), auf einer Plattform zur Mandatsverteilung (keine politische Allianz) zusammen, um bei den nationalen Wahlen, die von April 2024 bis Juni 2024 stattfanden, möglichst viele Anti-BJP-Stimmen zu bündeln.⁶

Während die INDIA-Plattform von tiefen politischen Widersprüchen zwischen den beteiligten Parteien geprägt war, bestand das gemeinsame Anliegen der Plattform in der Verteidigung des demokratischen und säkularen Charakters der indischen Verfassung gegen die erstarkten rechten Kräfte und faschistischen Organisationen, die von der „großen Bourgeoisie“ des Landes unterstützt wurden.

Infolge der Mandatsverteilungsplattform gelang es der BJP nicht, bei den nationalen Wahlen die Mehrheit zu erringen. Zwar konnte die BJP mithilfe ihrer Verbündeten erneut eine Koalitionsregierung bilden, doch bezeichnete die CPI(M) das Ergebnis als Rückschlag für die BJP, da diese ihre Mehrheit im Parlament verloren hatte – ein Verlust, der als „herber Schlag für das Image der Unbesiegbarkeit, das um Narendra Modi aufgebaut worden war“, gewertet wurde.⁷

Das Wahlergebnis wurde als Ablehnung der von der BJP und ihren Verbündeten propagierten sektiererischen und hasserfüllten Politik sowie als Urteil über die mangelhafte Regierungsleistung in Bereichen wie Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen und der Notlage der Landwirtschaft verstanden.

6 [business-standard.com/elections/lok-sabha-election/lok-sabha-which-parties-are-members-of-the-india-bloc-the-seats-they-won-124060600837_1.html](https://www.business-standard.com/elections/lok-sabha-election/lok-sabha-which-parties-are-members-of-the-india-bloc-the-seats-they-won-124060600837_1.html)

7 [peoplesdemocracy.in/2024/0609_pd/people%E2%80%99s-verdict-setback-bjp](https://www.peoplesdemocracy.in/2024/0609_pd/people%E2%80%99s-verdict-setback-bjp)

Die Partei erklärte, das Ergebnis wäre für die BJP und ihre Verbündeten noch schlechter ausgefallen, hätte die Wahlkommission für faire Wettbewerbsbedingungen gesorgt – insbesondere durch das Unterbinden des Missbrauchs zentraler Behörden gegen Oppositionsparteien, des massiven Geldeinsatzes durch die BJP sowie der hetzerischen, hasserfüllten und sektiererischen Rhetorik Narendra Modis.

Insgesamt erklärte die CPI(M), das Wahlergebnis sei „ein Signal, dass die Menschen alle Angriffe auf die Demokratie, die Verfassung und ihre Lebensgrundlagen zurückschlagen werden“.

Aufgrund ihrer unabhängigen Stärke spielte die CPI(M) eine entscheidende organisatorische und ideologische Rolle bei der Bildung des I.N.D.I.A.-Blocks.

Die Debatte und die „Kontroverse“ um die Verwendung oder Nichtverwendung des Begriffs „Faschismus“ verschärften sich innerhalb der indischen kommunistischen Bewegung mit dem Abschluss des 24. Nationalen Parteitags der CPI(M) (2. bis 7. April 2025). Die daraus hervorgegangene 24. Politische Resolution⁸ der CPI(M) erklärt, dass trotz der Zunahme der Kämpfe der Bevölkerung gegen das von der Modi-Regierung vertretene Hindutva-Unternehmensregime die autoritären Bestrebungen der Regierung zur Unterdrückung der Opposition und der Demokratie „neofaschistische Merkmale“ aufweisen. Damit verwendet die CPI(M) zum ersten Mal den Begriff „faschistisch“ in direktem Bezug auf die nationale Situation. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass die Partei die Modi-Regierung nach wie vor nicht eindeutig als faschistisch einstuft, sondern erklärt, dass die gegenwärtige Regierungsform „neofaschistische Merkmale“ aufweise. Das Wort „Merkmale“ bezeichnet Eigenschaften oder Tendenzen, die sich jedoch noch nicht zu einer neofaschistischen Regierung und politischen Ordnung entwickelt haben. Außerdem verwendet die Partei den Begriff „neofaschistisch“ und nicht „faschistisch“, wenn sie über die Regierung Modi spricht.

Außerdem erklärt die Resolution, dass der autoritäre Angriff auf den säkularen, föderalen und demokratischen Charakter des indischen Staates sowie die sektiererische Gewalt und Marginalisierung von Minderheiten in den letzten Jahren zugenommen haben. In diesem Zeitraum hat die Regierung Modi

8 [CPI\(M\).org/draft-political-resolution-for-24th-congress/](https://www.cpi(m).org/draft-political-resolution-for-24th-congress/)

Da die endgültige Fassung der Resolution noch nicht online veröffentlicht wurde, wird hier nur der Entwurf der Resolution bereitgestellt. Der hier wiedergegebene Inhalt des Entwurfs der 24. Resolution wurde jedoch vom 24. Nationalkongress bestätigt.

ihre strategischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten verstärkt und sich zunehmend den geopolitischen Interessen der USA im asiatisch-pazifischen Raum und im Nahen Osten angepasst. Zudem hat die wachsende Dominanz des Imperialismus über die indische Wirtschaft in den letzten Jahren zu einer anhaltenden wirtschaftlichen Verlangsamung geführt, deren Last auf die arbeitenden Klassen, einschließlich der Bauernschaft, abgewälzt wurde, die unter einer schweren Agrarkrise leidet.

Auf Grundlage dieser Einschätzungen setzte die Partei die politische Taktik fort, die sie bereits in ihrer 23. Politischen Resolution beschlossen hatte. Sie erklärte den Kampf gegen die BJP und deren Isolierung zur Hauptaufgabe, die durch die Mobilisierung säkularer Kräfte und Oppositionsparteien im Land erreicht werden könne. Die Partei kündigte an, mit den Parteien des INDIA-Blocks im Parlament und bei vereinbarten Themen auch außerhalb des Parlaments zusammenzuarbeiten. Der kürzlich zu Ende gegangene 24. Parteitag räumte jedoch selbstkritisch ein, dass es der Partei nicht gelungen sei, die Vorgabe zur Stärkung der unabhängigen Parteikräfte umzusetzen.

Dies ist eine Zusammenfassung der Debatte und Analyse innerhalb der CPI(M) hinsichtlich der Charakterisierung der Modi-Regierung.

|| 2. CPI(M)s Verständnis des Neofaschismus

2.1 CPI(M)s Analyse des Imperialismus und ihr Verständnis von „Neofaschismus“

Das Verständnis der CPI(M) vom Begriff „Neofaschismus“ ist eng mit ihrer Auffassung des heutigen Imperialismus verknüpft.

Die Partei sieht den Imperialismus gegenwärtig in einer Phase „gedämpfter“ interimperialistischer Widersprüche – im Gegensatz zur Frühphase des Imperialismus, als die stark ausgeprägt waren und schließlich zu den beiden Weltkriegen führten.

Imperialismus und Faschismus im frühen 20. Jahrhundert

In ihrer *Anmerkung zur Verwendung des Begriffs „Neofaschismus“* vom 4. Februar 2025 erklärt die Partei, dass der Begriff „neo“ neu oder eine zeitgenössische Version von etwas Älterem bedeutet. Neofaschismus wird verwendet, um ihn vom klassischen Faschismus zu unterscheiden, der in den Zwischenkriegsjahren in Europa entstand – etwa in Italien unter Mussolini und in Deutschland unter Hitler.

In dieser Zeit führte die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 zur Großen Depression, und die ‚interimperialistischen Widersprüche‘ verschärften sich, wobei „sowohl der Erste als auch der Zweite Weltkrieg ein Ergebnis interimperialistischer Widersprüche waren“. Die faschistischen Kräfte schafften nach ihrer Machtergreifung die bürgerliche Demokratie ab und nutzten den Krieg zur Steigerung der Rüstungsproduktion sowie zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Das Monopolkapital in diesen Ländern unterstützte die faschistischen Kräfte uneingeschränkt, um mit extremen Maßnahmen die Krise zu bewältigen. Die prägenden Merkmale dieser Periode waren daher die verschärften interimperialistischen Widersprüche, die tiefe Wirtschaftskrise und die Unterstützung der faschistischen Kräfte durch das Monopolkapital.

Es fehlt jedoch der ausdrückliche Hinweis, dass neben der tiefen Wirtschaftskrise auch der daraus resultierende Weltkrieg den Versuch der imperialistischen Mächte darstellte, die Welt neu aufzuteilen. Die CPI(M) erkennt diesen wesentlichen Aspekt der beiden Weltkriege jedoch an und widerspricht ihm nicht.

Imperialismus heute

Die Partei argumentiert, dass die interimperialistischen Widersprüche heute „abgedämpft“ sind, wobei bestehende Rivalitäten nichtmilitärisch gelöst werden. Diese Dämpfung ist das Ergebnis der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Konsolidierung einer Handvoll imperialistischer Länder unter der Hegemonie der USA nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Notwendigkeit einer solchen Konsolidierung ergab sich aus der massiven Zerstörung der Produktivkräfte in den imperialistischen Zentren während des Krieges, die diese Länder in eine existenzielle Krise stürzte. Diese Krise wurde durch die Stärkung des sozialistischen Blocks und der weltweiten nationalen Befreiungskräfte zusätzlich verschärft.

Die Möglichkeit einer solchen Konsolidierung entstand hingegen, weil die USA aus dem Krieg als unangefochtene wirtschaftliche und militärische imperialistische Macht hervorgingen, was ihnen eine Führungsrolle gegenüber anderen imperialistischen Mächten ermöglichte.

Die wirtschaftliche Konsolidierung der imperialistischen Mächte hat zu dem geführt, was die CPI(M) als „globales Finanzkapital“ bezeichnet. Dieses Finanzkapital, das „frei“ um die Welt fließt, ist das Resultat der Verschmelzung des Finanzkapitals der imperialistischen Länder. Die Wurzeln dieser Verschmelzung lassen sich bis zur Einführung des Bretton-Woods-Systems

(BWS) nach dem Zweiten Weltkrieg zurückverfolgen, das entscheidend zur wirtschaftlichen Stabilität des Imperialismus beitrug.

Während das BWS die Verschmelzung ermöglichte, führte die Abschaffung des Systems im Jahr 1973 und die Einführung eines neoliberalen Regimes zur Entfesselung des nun verstärkten Finanzkapitals. Die während des BWS-Regimes auferlegten Kapitalverkehrskontrollen wurden aufgehoben, was dem globalen Finanzkapital ermöglichte, weltweit zu fließen und sich dadurch herauszubilden. Dieses globale Finanzkapital erleichtert die Dämpfung der interimperialistischen Widersprüche. Die materielle Grundlage für diese Dämpfung liegt also in der aktuellen Wirtschaftsstruktur des Imperialismus bzw. in der Entwicklungsstufe des Finanzkapitals.

Die Existenz des „globalen Finanzkapitals“ bedeutet, dass der Imperialismus heute – anders als zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als das Finanzkapital einzelner imperialistischer Mächte die ausschließliche Kontrolle über ihre Kolonien ausübte – keine ausschließlichen Finanzkolonien mehr besitzt. Stattdessen ist das Finanzkapital jeder imperialistischen Macht, das gemeinsam als „globales Finanzkapital“ fließt, in jedem Land der Peripherie präsent. So war Indien zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine ausschließliche Finanzdomäne des britischen Imperialismus, während heute die Finanzkapitale aller imperialistischen Mächte – darunter die USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich usw. – in diesem Land vertreten sind. Für die CPI(M) ist das „globale Finanzkapital“ das hervorstechendste Merkmal des heutigen Imperialismus, da es bedeutet, dass die imperialistischen Mächte keine exklusiven Finanzdomänen mehr besitzen.

Die Dämpfung der interimperialistischen Widersprüche bedeutet jedoch nicht, dass diese nicht mehr existieren. Sie bestehen weiterhin, und bemerkenswert ist, dass sie mit nichtmilitärischen Mitteln gelöst werden. In ihrer ideologischen Resolution von 2012 erklärte die Partei, dass die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern nicht nur „existieren, sondern sich angesichts des kapitalistischen Grundgesetzes der ungleichen Entwicklung in Zukunft zwangsläufig verschärfen werden“. Dies führt zu Interessenkonflikten zwischen den kapitalistischen Zentren, deren relative Stärke sich häufig in Auseinandersetzungen um die Kontrolle von Ressourcen oder in Bestrebungen zur Neuordnung der Welt niederschlägt.⁹

9 [CPI\(M\).org/resolution-ideological-issues/](http://CPI(M).org/resolution-ideological-issues/)

Tatsächlich hat die CPI(M) in den letzten zehn Jahren argumentiert, dass sich die interimperialistischen Widersprüche infolge der seit 2007/08 andauernden Wirtschaftskrise erneut verschärfen – wie etwa der Brexit und die Sprengung von Nord Stream II zeigen. Die Wirtschaftskrise und die Unfähigkeit des Imperialismus, aus dieser herauszukommen, verschärfen den zentralen Widerspruch des Kapitalismus – den zwischen Kapital und Arbeit –, was wiederum andere Widersprüche verstärkt, einschließlich der interimperialistischen Widersprüche, des Widerspruchs zwischen imperialistischen und nichtimperialistischen Ländern sowie des Widerspruchs zwischen Imperialismus und Sozialismus. In der 24. politischen Resolution der Partei wurde erklärt, dass mit der Wahl Trumps in den USA „die Möglichkeit besteht, dass es aufgrund seiner Politik in Bezug auf den Klimawandel, das europäische Bündnis und die NATO erneut zu Spannungen zwischen den imperialistischen Ländern kommt“.

Neofaschismus

Für die CPI(M) ist die anhaltende Wirtschaftskrise des Imperialismus die materielle Grundlage des Neofaschismus. In ihrer *Anmerkung zur Verwendung des Begriffs „Neofaschismus“* bezeichnet die Partei den Neofaschismus als „Produkt der Krise des Neoliberalismus“ und als ein „globales Phänomen“.¹⁰ Weiter heißt es, dass „neofaschistische Kräfte in verschiedenen Ländern entstanden sind und in einigen wenigen an die Macht gekommen sind. Anders als in den 1930er Jahren sind die zwischenimperialistischen Widersprüche heute jedoch aufgrund des Aufstiegs des globalen Finanzkapitals gedämpft, sodass neofaschistische Regime keine Kriege aus imperialistischen Rivalitäten heraus führen. Zudem „versuchen rechtsextreme und neofaschistische Kräfte, die neoliberale Krise und die daraus resultierende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit populistischer Rhetorik auszunutzen. Wenn sie jedoch an die Macht kommen, brechen sie nicht mit der neoliberalen Politik, sondern verfolgen weiterhin dieselbe Politik, die im Interesse des Großkapitals steht.“

Obwohl die Wirtschaftskrise nach wie vor die materielle Grundlage des Neofaschismus bildet, ist bemerkenswert, dass die imperialistischen Länder aufgrund der gedämpften interimperialistischen Widersprüche nicht miteinander Krieg führen. Stattdessen wird die Last der Krise und der sich verschärfenden Widersprüche von rechtsextremen und neofaschistischen Kräften

10 peoplesdemocracy.in/2025/0302_pd/note-use-term-%E2%80%98neo-fascism%E2%80%99

auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt, sobald sie an die Macht gelangen. Diese Kräfte lösen sich nicht von der neoliberalen Politik, obwohl sie durch die Ausnutzung der Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung an die Macht gekommen sind.

Ein weiteres bemerkenswertes Merkmal des Neofaschismus, wie in der Anmerkung erläutert, ist, dass er ein globales Phänomen ist. Dies liegt daran, dass die imperialistische Krise globale Ausmaße hat. Das globale Finanzkapital unterstützt die rechtsextremen und neofaschistischen Kräfte, die in verschiedenen Ländern aktiv sind und in den Diensten des Finanzkapitals die arbeitenden Menschen weiterhin angreifen.

Laut der CPI(M) nutzen die neofaschistischen Kräfte Wahlen, um ihr politisches Projekt voranzutreiben, verzichten jedoch nicht auf das Wahlsystem, sobald sie an der Macht sind. Stattdessen unterdrücken sie oppositionelle Kräfte mit „autoritären“ Methoden und „streben an, durch Arbeit von innen heraus Veränderungen in der Staatsstruktur für einen längeren Zeitraum herbeizuführen“. Es muss genauer untersucht werden, warum die neofaschistischen Kräfte nicht auf das Wahlsystem verzichten und wie sie versuchen, die Staatsstruktur von innen heraus zu verändern. Zudem stellt sich die Frage, wie lange diese Kräfte das bürgerliche Wahlsystem aufrechterhalten würden – und wann sie es schließlich abschaffen.

2.2 Der Charakter der herrschenden Klassen Indiens, ihre Unterordnung unter den US-geführten Imperialismus und die Notwendigkeit „neofaschistischer“ Kräfte in Indien

Es ist von großer Bedeutung, den Charakter der herrschenden Klassen in Indien und ihre Beziehung zum Imperialismus zu verstehen.

Das Programm¹¹ der CPI(M) weist darauf hin, dass der indische Kampf für nationale Befreiung, obwohl er „dank der massiven Beteiligung der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Mittelschicht, der Intelligenz, der Frauen, der Studenten und der Jugend“ erfolgreich war, dennoch unter der Führung der Bourgeoisie stand. Dies führte dazu, dass auch die Führung des neu unabhängigen indischen Staates in die Hände der Bourgeoisie fiel. Für die Erneuerung der indischen Gesellschaft nach der Unabhängigkeit im Jahr 1947 war es entscheidend, die Fesseln zu sprengen, die den Produktivkräften durch den parasitären Großgrundbesitz und das ausländische Kapital auferlegt worden

11 [CPI\(M\).org/party-programme/](http://CPI(M).org/party-programme/)

waren. „Aus Angst vor den möglichen Folgen einer konsequenten Umsetzung der Aufgaben der demokratischen Revolution schmiedete die Großbourgeoisie jedoch ein Bündnis mit den Großgrundbesitzern und ging Kompromisse mit dem Imperialismus ein.“ Seit der Unabhängigkeit 1947 wird der indische Staat von der Großbourgeoisie geführt, die ein Bündnis mit den Großgrundbesitzern eingegangen ist und Kompromisse mit dem Imperialismus gemacht hat. Das ist der Charakter der herrschenden Klassen in Indien. Die INC (Indian National Congress) war die politische Front dieser herrschenden Klassen, bis sie im Laufe des letzten Jahrzehnts von der BJP abgelöst wurde.

Die Beziehung der indischen Großbourgeoisie zum Imperialismus muss besser verstanden werden. Die CPI(M) erklärt, dass diese Beziehung von „Konflikt“ und „Kollusion“ geprägt ist. Im Parteiprogramm heißt es:

„3.4 Nach der Unabhängigkeit manifestierte sich der duale Charakter der Bourgeoisie in Konflikten und Kollusion mit dem Imperialismus. Die Großbourgeoisie, die die Führung des Staates übernahm, schlug einen besonderen Weg der kapitalistischen Entwicklung ein. Sie ging Kompromisse mit dem Imperialismus ein und hielt an ihrem Bündnis mit dem Großgrundbesitz fest. Sie nutzte ihren Einfluss auf den Staat, um ihre Position zu stärken, indem sie einerseits das Volk angriff und andererseits versuchte, die Konflikte und Widersprüche mit dem Imperialismus und dem Großgrundbesitz durch Druck, Verhandlungen und Kompromisse zu lösen. In diesem Prozess hat sie enge Verbindungen zu ausländischen Monopolisten geknüpft und teilt die Macht mit den Großgrundbesitzern. Mit der Liberalisierung ist die Großbourgeoisie zur stärksten Verfechterin der Öffnung der Wirtschaft für ausländisches Kapital und des Aufbaus enger Verbindungen zum internationalen Finanzkapital geworden; sie ist die treibende Kraft hinter der Forderung nach Privatisierung des öffentlichen Sektors und der gesamten Wirtschaft.“

Die obige Analyse der CPI(M) zeigt, dass Indien zwar in hohem Maße politische und sogar wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangte, das ausländische Finanzkapital jedoch in gewissem Umfang in der indischen Wirtschaft präsent blieb. Die Präsenz des Imperialismus in Indien nahm in den 70er- und 80er-Jahren allmählich zu, doch erst in den 1990er-Jahren gelang es dem Imperialismus und dem ausländischen Kapital (globalem Finanzkapital), infolge des Strukturanpassungsprogramms, das zur Liberalisierung und Privatisierung der indischen Wirtschaft führte, tief in die indische Wirtschaft einzudringen. Seit den 1990er-Jahren wurde fast jeder Sektor der indischen Wirtschaft – da-

runter Einzelhandel, Banken, Versicherungen, verarbeitende Industrie, Bergbau, Bildung, Eisenbahn, Medizin, Landwirtschaft, Immobilien usw. – für die Übernahme durch den Imperialismus geöffnet. Wie die CPI(M) oben klarstellt, ist die indische Großbourgeoisie der größte Befürworter der Privatisierung und Liberalisierung der indischen Wirtschaft, um dem imperialistischen Kapital den Zugang zu ermöglichen, und hat so enge Verbindungen zum globalen Finanzkapital geknüpft. Infolge dieser starken Verbindungen ist Indien im Laufe der Jahre zwangsläufig zu einem untergeordneten und starken Verbündeten des von den USA angeführten Imperialismus geworden, was sich in Indiens Unterstützung des Völkermords Israels und seiner Ausrichtung auf die strategischen Ziele der USA im asiatisch-pazifischen Raum zeigt.

Heute jedoch stecken der Imperialismus und der globale Finanzkapitalismus in einer tiefen Wirtschaftskrise. Die engen Verbindungen zwischen der indischen Wirtschaft und dem Imperialismus bedeuten, dass die Krise des Imperialismus auch auf die indische Wirtschaft übergegriffen hat. Alle oben genannten politischen Resolutionen der CPI(M) thematisieren beide Probleme: die sich verschärfende und anhaltende Wirtschaftskrise des Imperialismus und die zunehmende Unterordnung Indiens unter den von den USA angeführten Imperialismus. Für die CPI(M) bilden diese beiden Aspekte die materielle Grundlage für das Verständnis der gegenwärtigen politischen Situation in Indien. Die zunehmende Unterordnung Indiens unter die USA und die anhaltende Wirtschaftskrise des Imperialismus – und damit die Krise der indischen Wirtschaft – erfordern den Einsatz rechtsextremer und neofaschistischer Kräfte, um die Lasten der Krise auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen und zu verschärfen. Die herrschenden Klassen benötigen autoritäre Maßnahmen aufgrund der Verzweiflung, die durch den anhaltenden wirtschaftlichen Abschwung im Land und den fortwährenden Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Angriffe auf ihre Rechte entsteht.

3. Die Zusammensetzung und der Charakter der neofaschistischen Kräfte in Indien und der Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse

Die CPI(M) beschreibt in ihrer Anmerkung zur Verwendung des Begriffs „Neofaschismus“ die Zusammensetzung der neofaschistischen Kräfte in Indien wie folgt:

„In Indien wird der Neofaschismus von der RSS und ihrer Hindutva-Ideologie geprägt, die gemäß unserem Parteiprogramm faschistisch ist und unter der Herrschaft der BJP Macht ausüben kann. Die Kombination aus der sektiererischen Hindutva-Ideologie, der neoliberalen Krise und der Durchsetzung des Autoritarismus im Interesse der Großbourgeoisie sind allesamt Bestandteile eines Proto-Neofaschismus.“

Somit sind die RSS (Rashtriya Swayamsevak Sangh) mit ihrer Hindutva-Ideologie, die BJP als ihr politischer Arm, der Neoliberalismus, der Imperialismus und die Großbourgeoisie die wichtigsten Faktoren, die berücksichtigt werden müssen, wenn man über Neofaschismus in Indien spricht. Über den Charakter der BJP und ihre Beziehung zur RSS schreibt das Programm der CPI(M) Folgendes:

„7.14 Die BJP ist keine gewöhnliche bürgerliche Partei, da sie von der faschistischen Rashtriya Swayamsevak Sangh geleitet und dominiert wird. Wenn die BJP an der Macht ist, erhält die RSS Zugang zu den Instrumenten der Staatsmacht und zum Staatsapparat. Die Hindutva-Ideologie fördert die Wiederbelebung und lehnt die vielfältige Kultur Indiens ab, mit dem Ziel, eine Hindu Rashtra (Hindu-Nation) zu errichten.“

Für die CPI(M) ist die BJP also keine normale Partei, da sie von der faschistischen RSS kontrolliert wird, deren Ziel die Errichtung einer Hindu-Nation ist. Die BJP ist der politische Arm der RSS. Um die BJP beurteilen zu können, ist es daher entscheidend, die RSS zu verstehen.

Die CPI(M) beschreibt die Rashtriya Swayamsevak Sangh, was grob übersetzt „Nationale Selbsthilfeorganisation“ bedeutet, als „die größte Bedrohung für die Einheit und Integrität Indiens, für seinen demokratischen und sekulären Charakter und für die indische Verfassung selbst. Durch ihre spaltenden und faschistischen Aktivitäten dient die Sangh den Interessen des Konzernkapitals und imperialistischer Kräfte, indem sie die Klasseneinheit der arbeitenden Bevölkerung zerstört.“¹²

Die Gründung der RSS

Die erste formelle Idee zur Gründung einer hinduistischen Organisation, die Hindus vor den „Gräueltaten“ der Muslime schützen sollte, wurde 1923 von

12 CPIM, *Threat of RSS and Hindutva Forces, How to Counter them*, Für die Parteiausbildung, CPIM Veröffentlichung, Progressive Printers, Delhi, April 2023

hinduistischen Nationalisten mitten im Freiheitskampf gegen die britischen Kolonialherren vorgeschlagen. Die RSS wurde schließlich 1925 mit dem unmittelbaren Ziel gegründet, eine „militante Kraft zur Bekämpfung der Muslime und nicht zur Fortführung der antibritischen nationalen Bewegung“ zu bilden. Aufgrund ihres langfristigen Projekts zum Aufbau einer hinduistischen Nation beteiligte sich die RSS nicht an der nationalen Befreiungsbewegung, die auf die Einheit zwischen Hindus und Muslimen abzielte. Darüber hinaus lag der Impuls für die Gründung der RSS auch in der Bekämpfung der Anti-Kasten-Bewegung, die sich im Laufe des Kampfes um die Unabhängigkeit Indiens verstärkt hatte.

Das Hindutva-Projekt und die Hindutva-Ideologie

Obwohl es zum Zeitpunkt der Gründung der RSS kein formelles Dokument gab, das ihre Philosophie erklärte, war dennoch klar, dass die Organisation zur Konsolidierung der Hindus auf der Grundlage der Hindutva gegründet wurde. Die Broschüre der CPI(M) über die RSS und die Hindutva beschreibt den Entstehungsprozess der Hindutva-Philosophie am besten:

„Zwei Jahre vor der Gründung der RSS veröffentlichte V.D. Savarkar (ein wichtiger Ideologe und Gründungsmitglied der RSS) im Jahr 1923 eine ideologische Broschüre mit dem Titel Essentials of Hindutva (Grundlagen der Hindutva). Bei einer späteren Neuauflage wurde der Titel in Hindutva: Who is a Hindu? (Hindutva: Wer ist ein Hindu?) geändert.“

Der Kern dieser ideologischen Broschüre bestand darin, zu definieren: „Alle Menschen, unabhängig von ihrem Glauben, die Indien als ihr Mathrubhumi (Mutterland), Pithrubhumi (Vaterland) und Punyabhumi (Heiliges Land) betrachten, fallen unter den Geltungsbereich der Hindutva. Diejenigen, die in Indien leben, deren Punyabhumi jedoch anderswo liegt, wie die Muslime (Mekka und Medina) und die Christen (deren Heiliges Land zu den derzeit zerstörten palästinensischen Gebieten Jerusalem, Bethlehem usw. gehört), fallen nicht unter den Begriff Hindutva.“

Savarkar behauptete weiter, dass Hindutva ein politisches Projekt sei, das nichts mit der hinduistischen Religion zu tun habe. Für die Etablierung von Hindutva gab er den Slogan „Hinduisiere das Militär, militarisiere das Hindunat“ – Inspiration für die aktuellen „Agnipath“- und Hindutva-Kampagnen voller giftigem Hass, Gewalt und Terror.

Dieses RSS-Konstrukt des Nationalismus ist seine ideologisch-theoretische Rechtfertigung für die Errichtung seiner „Hindu-Nation“ (die vom Hinduismus

als Religion sehr weit entfernt ist und eigentlich „Hindutva-Nation“ heißen sollte). Dies wurde erstmals vom damaligen Sarsanghchalak oder Obersten Führer der RSS in *We of Our Nationhood Defined* formuliert, das erstmals 1939 veröffentlicht wurde. Dies verschaffte der RSS sowohl eine ideologische Grundlage in Form von Ideen und Prinzipien als auch eine Organisationsstruktur zur Verwirklichung des Ziels einer faschistischen „Hindutva-Nation“.

Dies basiert auf der Behauptung des verstorbenen RSS-Chefs, dass „die Hindus dieses Land über acht- oder sogar zehntausend Jahre lang unangefochten und ungestört besessen haben, bevor es von einer fremden Rasse erobert wurde“. Und deshalb wurde dieses Land „als Hindustan, das Land der Hindus, bekannt“¹³. Historische Fakten stören sie nicht. Das Wort Hinduismus wurde von den Arabern geprägt, um die Länder jenseits des Flusses Sindhu (Indus) zu beschreiben. Die Bewohner dieser Länder wurden „Hindus“ genannt. (Phonetisch wird „S“ im Arabischen zu „H“!)

Nachdem die Hindutva-Supremacisten auf der Grundlage einer unwissenschaftlichen und ahistorischen Analyse behauptet hatten, dass die Hindus immer eine Nation gewesen seien und auch weiterhin eine Nation bleiben würden, führten sie den intoleranten, faschistischen Inhalt einer solchen Hindutva-Nation weiter aus.

Golwalkar nennt fünf Merkmale (oder „Einheiten“), die seiner Meinung nach eine Nation definieren: „Geografisch (Land), rassisch, religiös, kulturell und sprachlich“¹⁴. Alle folgenden Argumente zielen darauf ab, zu beweisen, dass die Hindus in Indien all diese Merkmale aufweisen und somit seit jeher eine Nation seien.

Die Schlussfolgerung liegt nahe: „In Hindustan existiert die alte hinduistische Nation und muss auch weiterhin existieren; nichts anderes als die hinduistische Nation.“ Alle, die nicht zur nationalen, d. h. hinduistischen Rasse, Religion, Kultur und Sprache gehören, fallen natürlich aus dem Rahmen des wirklichen „nationalen“ Lebens.

Die CPI(M) stellt weiter fest, dass

13 Golwalkar, M. S., *We or Our Nationhood Defined*, Bharat Publications, Nagpur, 1939, S. 6.

14 Ebd. S. 33.

„die Ideologie der RSS, wenn man sie von allen hochtrabenden Phrasen befreit, im Grunde auf anti-muslimischem, anti-christlichem und anti-kommunistischem Hass beruht. Sie ist im Wesentlichen faschistisch geprägt.“

3.1 Die Verbindung der RSS zu klassischen faschistischen Kräften

„Die RSS hatte von Anfang an sehr enge ideologische Verbindungen zum Faschismus. Im März 1931 besuchte einer der Gründer der RSS, B.S. Moonje, während seines Aufenthalts in Europa zur Rundtischkonferenz Italien, um die Balilla-Bewegung (eine italienische faschistische Jugendorganisation) zu beobachten, deren Organisationsmethoden zu studieren, und traf im März sogar den faschistischen Diktator Benito Mussolini. Viele faschistische Prinzipien flossen in die Ideologie und Organisation der RSS ein. 1938 gründete die RSS ihre Bhonsle-Militärschule in Nashik in Maharashtra, die noch heute besteht. Im selben Jahr unterstützte Savarkar die Besetzung des Sudetenlands durch Hitler. Golwalkar schöpfte den Großteil seiner Inspiration und Ideen aus pro-nazistischen deutschen Schriftstellern. Er übernahm vieles von diesen Autoren, um seine Ideen des kulturellen Nationalismus zu formulieren.“

Um ihr Ziel einer hinduistischen Nation zu erreichen, verfolgt die RSS eine siebenfache Strategie:

„Erstens durch die unkritische Verherrlichung der alten indischen Geschichte; zweitens durch die künstliche Konstruktion einer homogenen hinduistischen Identität und eines monolithischen Hinduismus; drittens durch die Darstellung von Muslimen, Christen und Kommunisten als die Ursachen allen Übels, das die Nation heimsucht, und deren Beseitigung als den einzigen Weg zur Erneuerung und zum Aufbau einer großen Nation; viertens durch die Brandmarkung indischer Muslime und Kritiker der Hindutva als antinationale und pro-pakistanische Verräter; fünftens durch die Bekämpfung aller Ideen und Traditionen aus der Vergangenheit, die ihrer Ideologie widersprechen, als Erfindungen linker und liberaler Intellektueller, die von ausländischen Ideen beeinflusst sind; sechstens durch die „Saffronisierung“ (d. h. Kommunalisierung¹⁵) des Bildungswesens mit der Überarbeitung von Lehrbüchern, um junge Menschen zu indoktrinieren; siebtens, indem sie

15 Erläuterung vom Autor des vorliegenden Textes hinzugefügt.

alle Themen aufgreift, die zu einer Polarisierung der Gemeinschaften führen können, um Feindseligkeit und Hass gegenüber Muslimen und Christen unter Hindus zu schüren und so kommunale Spannungen und Konflikte zu fördern; schließlich durch den Aufbau paramilitärischer Organisationen, um ihre faschistische Agenda durchzusetzen, indem sie den Staatsapparat infiltriert und für ihre Zwecke nutzt.“

Die RSS greift regelmäßig zu gewalttätigen Mitteln, darunter religiöse Unruhen, um sektiererischen Hass unter der Bevölkerung, insbesondere in der armen Arbeiterklasse, zu schüren. Sie ist der stärkste Befürworter der neuen Staatsbürgerschaftsregeln, die vor einigen Jahren von der Regierung Modi eingeführt wurden und weithin als Versuch gelten, Muslimen oder Kritikern des Hindutva-Projekts in Indien die Staatsbürgerschaft zu entziehen. 1948 wurde Mahatma Gandhi von einem prominenten Mitglied der RSS ermordet, weil er sich für die Einheit zwischen Hindus und Muslimen eingesetzt hatte. V.D. Savarkar wurde ebenfalls als einer der Mitverschwörer des Mordes an Gandhi angeklagt. Daraufhin wurde die RSS für kurze Zeit verboten. Um die Aufhebung des Verbots auszuhandeln, ging die RSS einen Kompromiss mit der indischen Regierung ein. Sie versprach, ihre Aktivitäten auf kulturelle Fragen zu beschränken und sich aus der Politik herauszuhalten. Damit entstand die Notwendigkeit, einen separaten politischen Arm unter ihrer Führung und Kontrolle aufzubauen, um ihre politischen Aktivitäten voranzutreiben. So wurde die BJP als politische Partei gegründet. In ihrer Broschüre über die RSS und Hindutva schreibt die CPI(M) über die BJP:

„Die BJP ist somit nichts anderes als der politische Arm der RSS, der die Staatsmacht und alle wichtigen Organe des indischen Staates kontrolliert. Sie strebt nun die Zerstörung der säkularen, demokratischen Verfassungsrepublik und die Verwirklichung des politischen Projekts der RSS an: die Errichtung einer fanatisch intoleranten, faschistischen ‚Hindu Rashtra‘ (Hindu-Nation).“

Heute ist die RSS eine landesweite Organisation mit Ortsgruppen im ganzen Land. Laut der Broschüre gab es bis 2019 „59.266 Shakhas (Ortsgruppen), 17.729 wöchentliche Versammlungen und 8.328 monatliche Treffen. Sechzig Prozent der Mitglieder der RSS-Shakhas sind Schüler und Studenten. Fast 29 Prozent der Shakhas bestehen aus jungen Geschäftsleuten und Händlern. Die RSS hat kürzlich beschlossen, 1.000 Pracharaks (Redner oder Delegierte) in verschiedene Teile des Landes zu entsenden, in denen Expansionsmöglichkeiten bestehen.“

Von der RSS geführte Organisationen „erhalten massive Finanzmittel aus aller Welt. Unternehmen unterstützen sie stark, indem sie einen Großteil ihrer Mittel für soziale Verantwortung umleiten. Die Zentral- und Landesregierungen der BJP fördern sie auf vielfältige Weise.“

Die RSS ist eine paramilitärische Organisation

Die RSS „fördert die Bewaffnung und Militarisierung der hinduistischen Gemeinschaft. Sie bietet Ausbildung im Umgang mit tödlichen Waffen.“ Darüber hinaus „wird in Shakhas der Umgang mit Lathis (Stöcken) trainiert, während in den OTCs (Officer Training Camps) unter dem Deckmantel der Selbstverteidigung mit Messern, Schwertern und Pistolen geübt wird.“ Die RSS hat auch Trainings zum Bau von Benzinbomben und Molotowcocktails angeboten, die bei vielen prominenten Unruhen im Land zum Einsatz kamen.

„Die Struktur und das Verhalten der Shakhas sind sehr martialisch. Das Tragen einer Uniform aus weißem Hemd, schwarzer Mütze, Gürtel, braunen Schuhen und khakifarbener Shorts (heute Hosen) ist obligatorisch. Zu Beginn der Shakha-Versammlung wird die safranfarbene Flagge gehisst und salutiert, wobei die Hände auf die Brust gelegt und die Köpfe geneigt werden. Die RSS behandelt die Flagge als ihren Guru. Die safranfarbene Flagge wurde als Flagge der Sangh angenommen und symbolisiert die traditionellen Werte der Hindus.“

Klassenbasis der RSS

Das Verständnis der sich wandelnden Klassenbasis der RSS ist entscheidend für das Verständnis des Aufkommens des Neofaschismus in Indien. Von Anfang an genoss die RSS die Unterstützung von Fürsten, Landadeligen und den oberen Kasten der Gesellschaft. Darüber hinaus vertrat die RSS die Interessen des Kleinbürgertums und der Mittelschicht, insbesondere der Kaufleute und Händler. „Nach der Unabhängigkeit, insbesondere in den 1970er- und 1980er-Jahren, nutzte die RSS erfolgreich die zunehmende Religiosität und die Schwächung des säkularen Nationalismus, um in die neu entstandene städtische Mittelschicht in Kleinstädten vorzudringen.“ Allmählich entwickelten auch die „alten feudalen Großgrundbesitzer, die kapitalistischen Landbesitzer und die reichen Bauern“ eine Unterstützung für die RSS. Heute hat sie sich „in alle Bereiche der Gesellschaft ausgebreitet. Sie ist nicht mehr nur ein Phänomen der oberen Kasten, da sie auch Teile der unteren Kasten integriert hat“. Allmählich gelangte die Großbourgeoisie Indiens „zu der Überzeugung, dass die

BJP mit ihrer aggressiven autoritären Politik alle Kräfte, die den Interessen der Großbourgeoisie entgegenstehen, in Schach halten kann“. In der Broschüre heißt es weiter, dass „die internationale Finanzwelt und das indische Unternehmenskapital ebenfalls mit der RSS zufrieden sind, da sie der BJP bei der Umsetzung ihrer Liberalisierungspolitik hilft. Ihr schriller hindutva-kultureller Nationalismus ersetzt den antiimperialistischen Nationalismus der Jugend, sodass deren politische Energien nicht in der Opposition gegen den Imperialismus verbraucht werden, sondern gegen den inneren Feind – Minderheiten, insbesondere Muslime – gelenkt werden.“

So sehen wir, wie sich die RSS von einer Organisation mit einer Klassenbasis aus landbesitzender Feudalaristokratie und Kleinbourgeoisie zu einer Organisation entwickelte, die die Gunst des internationalen Finanzkapitals und der indischen Großbourgeoisie gewann, da der autoritäre Ansatz der RSS die Instrumente für den Angriff auf die Arbeiterklasse und die Umsetzung neoliberaler Politik liefert.

Neoliberalismus und die Zusammenarbeit der indischen herrschenden Klassen mit der RSS

Prakash Karat, ehemaliger Generalsekretär der CPI(M), schreibt in seiner Broschüre *Communalism and Neo-liberal Policies* (Sektierertum und neoliberale Politik), dass „der Aufstieg des Hindutva-Sektierertums mit dem Beginn der Liberalisierung in Indien zusammenfällt und diese beiden Kräfte autoritäre Tendenzen angeheizt haben“.¹⁶

Der Aufstieg des Autoritarismus in Indien muss vor dem Hintergrund des Aufkommens des Neoliberalismus verstanden werden, durch den die herrschenden Klassen, einschließlich des Imperialismus, in der landesweiten Maschinerie der RSS einen wichtigen Verbündeten für die Umsetzung ihrer arbeiterfeindlichen Politik gefunden haben. Karat schreibt, dass „die Tendenz der bürgerlichen herrschenden Klasse, die bürgerlichen demokratischen Rechte einzuschränken und auszuhöhlen, sich mit dem Aufkommen der imperialistischen Globalisierung, der Hegemonie des globalisierten Finanzkapitals und der Durchsetzung der neoliberalen Ordnung verschärft und in eine qualitativ neue Phase eintritt“.

16 Karat, Prakash, *Neo-Liberal Policies and the RSS-BJP Combine*, in: *RSS Against India*, Nummer 4, CPI(M) Veröffentlichung, Progressive Printers, Delhi, Dezember 2015.

Ein wesentlicher Bestandteil der neoliberalen Ordnung ist die Forderung nach „Flexibilität der Arbeit“, deren Folge die Schwächung der Gewerkschaften ist. Im Rahmen des autoritären Vorstoßes der Regierung Modi wurden Vorschläge zur Änderung der Arbeitsgesetze diskutiert, um die Rechte der Arbeitnehmer zu beschneiden und die Gewerkschaften einzuschränken. Obwohl die hart erkämpften Rechte der Arbeiterklasse seit Beginn der neoliberalen Politik in Indien Anfang der 1990er-Jahre unter Beschuss stehen, hat Indien in den zehn Jahren der Herrschaft von Modi einen beispiellosen Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse erlebt. Dieser Angriff hat sich seit Beginn der Wirtschaftskrise, die eine Verlagerung der Lasten auf die Arbeiterklasse erfordert, noch verschärft.

4. Der Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse – ein „Hire and Fire“-Regime

In den zehn Jahren der Herrschaft Modis wurden die Arbeitsgesetze des Landes umfassend ausgehöhlt. Tapan Sen, Generalsekretär des Centre of Indian Trade Unions (CITU) und Mitglied des Politbüros der CPI(M), gibt einen Überblick über den Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse.¹⁷

Zunächst hat die Regierung Modi 44 zentrale Arbeitsgesetze durch eine Handvoll neuer Gesetze ersetzt. Das Arbeitsgesetz über Löhne hat die obligatorische Überprüfung der Arbeitsbedingungen und die Durchsetzung der Arbeitsgesetze faktisch abgeschafft. Dies stellt einen der schwerwiegendsten Angriffe auf die Arbeitsrechte dar, da Kapitalisten ohne die Angst vor Kontrollen keine Veranlassung mehr sehen, gesetzliche Vorgaben einzuhalten. Darüber hinaus überlässt das Gesetz die Festlegung der Mindestlöhne implizit den Landesregierungen, was zu einem verschärften Wettbewerb zwischen den Bundesstaaten um Kapitalinvestitionen führen könnte – auf Kosten der Löhne der Arbeiterklasse. Das Gesetz erlaubt es Arbeitgebern zudem, für einen Streiktag acht Tage Lohn abzuziehen, wenn der Streik von der Regierung als illegal eingestuft wird.

Das Arbeitsgesetz über industrielle Beziehungen schränkt das Recht der Arbeitnehmer auf Protest, Streik und Agitation gegen Missstände drastisch ein und macht die Gründung von Gewerkschaften nahezu unmöglich. Das Gesetz

17 Sen, Tapan, *Government Move on Amendment of Labour Laws – Design to impose slavery*. Centre of Indian Trade Unions, New Delhi, Progressive Printers, Juni 2015

erweitert die Befugnisse der zuständigen Behörden, Anträge auf Registrierung einer Gewerkschaft abzulehnen und bereits registrierte Gewerkschaften zu verbieten. Die Registrierung von Gewerkschaften wird erschwert, und die endgültige Entscheidung über die Anerkennung einer Gewerkschaft liegt beim Arbeitgeber. Darüber hinaus erlaubt das Gesetz jedem Betrieb mit weniger als 300 Beschäftigten, Arbeitnehmer ohne Genehmigung der Regierung nach Belieben zu entlassen. Dadurch fallen 90 % der Beschäftigten im Fabriksektor und fast die gesamte als Leiharbeiter beschäftigte Arbeiterklasse unter das „Hire and Fire“-System der Kapitalisten.

Angesichts drohender Entlassungen werden sich Arbeiter kaum gegen die ihnen auferlegten sklavenähnlichen Bedingungen zur Wehr setzen können. Die Organisation in Gewerkschaften und die Teilnahme an Streiks werden damit faktisch unterbunden. Während bisher Streiks 21 Tage im Voraus angekündigt werden mussten, sieht das neue Gesetz eine Frist von sechs Wochen vor. Doch selbst das ist nicht einfach: Mit der Ankündigung soll automatisch ein Schlichtungsverfahren zwischen Arbeitern und Arbeitgebern beginnen – selbst wenn die Beschäftigten kein solches beantragt haben. Solange das Verfahren läuft, ist ein Streik verboten. Da sich das Verfahren beliebig hinziehen kann, ist faktisch jeder Streik illegal. Wer sich dennoch beteiligt, riskiert Geld- oder sogar Freiheitsstrafen.

Die Definition von Streik wurde erweitert und umfasst nun auch Gelegenheitsurlaub, wenn ihn mehr als 50 % der Beschäftigten gleichzeitig nehmen. Eine kollektive Sonderfreistellung gilt damit ebenfalls als Streik – und ist ohne Genehmigung illegal, was hohe Strafen zur Folge hat. Zudem entzieht das Gesetz den Beschäftigten das Recht auf rechtliche Vertretung vor Gericht. Auch die Unterstützung von Arbeitskämpfen durch normale Bürger wird unter Strafe gestellt. Kapitalisten hingegen bleiben bei Verstößen gegen das Arbeitsrecht weitgehend unbehelligt. Die Regierungen der Bundesstaaten können Arbeitgeber sogar von der Einhaltung der wenigen verbliebenen Schutzvorschriften befreien.

Das nächste Gesetz, das sogenannte Gesetz über soziale Sicherheit, ist ein Trick, um die für die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer bestimmten Mittel, wie z. B. Pensionsfonds, für riskante Spekulationen an der Börse verfügbar zu machen. Bereits 2015 kündigte die Regierung Modi den Plan an, bis zu 15 % der Pensionskasse für Spekulationen des Finanzkapitals an der Börse umzuleiten. Sogar das Gesetz über die Vorsorgekassen für Arbeitnehmer wurde geändert, um die Bereitstellung der Pensionskasse für Arbeitnehmer für die Arbeitgeber freiwillig zu machen. Auch das Gesetz über die staatliche Ver-

sicherung für Arbeitnehmer wurde geändert, um private Versicherungen anstelle der staatlichen Versicherung zuzulassen.

Als ob dies nicht genüge, hat die Modi-Regierung drei Möglichkeiten zur „Befristung“ von Arbeitsverhältnissen massiv ausgeweitet, wodurch die Entlassung von Beschäftigten erheblich erleichtert wird.¹⁸ Die erste Maßnahme ist das Outsourcing: Kapitalisten können Arbeitskräfte über Drittanbieter beschäftigen und sich so der Verantwortung gegenüber diesen entziehen.

Die zweite Maßnahme ist die Einführung der sogenannten „befristeten Beschäftigung“. Mit diesem System hat die Regierung Modi die Schleusen für die Beschäftigung von Zeitarbeitern in allen Bereichen der indischen Wirtschaft geöffnet. Durch eine Änderung des Gesetzes über die Regeln für die Beschäftigung in der Industrie (Rules for Industrial Employment Standing Order Act) können Arbeitgeber sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor nun Arbeitnehmer für einen Zeitraum von sechs Monaten oder einem Jahr einstellen und ohne Vorankündigung oder Entschädigung entlassen. Diese Entlassungsbefugnis hängt wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Zeitarbeitskräfte, da sie gezwungen sind, ungerechte und sogar unmenschliche Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, die ihnen von den Kapitalisten auferlegt werden, um ihren Arbeitsvertrag für einen weiteren kurzen Zeitraum verlängert zu bekommen. Der Mechanismus der befristeten Beschäftigung hat das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeitgeber verschoben, was daran zu erkennen ist, dass die Zeitarbeitskräfte, die Anspruch auf den gleichen Lohn wie normale Festangestellte haben, aus Angst, ihren Arbeitsvertrag nicht verlängert zu bekommen, nicht den gleichen Lohn fordern.

Schließlich ermöglicht die dritte Maßnahme den Kapitalisten, Auszubildende zu beschäftigen. Unter dem Vorwand, die Qualifikationen der Jugend des Landes zu verbessern, hat die Regierung Modi Programme eingeführt, die es den Kapitalisten gestatten, Auszubildende anstelle von normalen Arbeitnehmern zu beschäftigen, ohne ihnen die ihnen zustehenden Sozialleistungen oder sogar Löhne zu gewähren. Eines der Programme sieht sogar ein dreijähriges Programm für Auszubildende vor, die ohne Mindestlohn beschäftigt werden können. Zudem erlaubt eine Änderung des Ausbildungsgesetzes die Beschäftigung eines Auszubildenden anstelle eines Arbeiters über Jahre hinweg, ohne dass diesem die für einen Arbeiter üblichen Leistungen zustehen.

18 *Conspiracy to Impose Slavery on Working Class; 'Hire and Fire' without Changing Laws. Reject Anti-People Anti-National Governance, a CITU Pamphlet.*

Die Definition des Arbeiters wurde so geändert, dass 30 % der gesamten Belegschaft durch Auszubildende ersetzt werden können.

Die von Modi geführte BJP, der politische Arm der RSS, hat all diese Gesetzesänderungen auf Geheiß der indischen Großbourgeoisie und des imperialistischen Finanzkapitals durchgesetzt, die sich über den restriktiven Charakter der indischen Arbeitsgesetze beschwerten und eine viel freiere Hand gegenüber den Arbeitnehmern fordern. Der autoritäre Ansatz der von der RSS geführten BJP verschafft den Kapitalisten die notwendigen Instrumente, um Massenbewegungen zu unterdrücken, Hass und sektiererische Spaltungen in der Gesellschaft zu schüren, die Einheit der Arbeiterklasse zu zerschlagen und letztlich die Rechte der Arbeiter anzugreifen. Wie bereits erwähnt, bedeutet die tiefe systemische Krise des Imperialismus des 21. Jahrhunderts, dass autoritäre Herrschaft für die Imperialisten und ihre Verbündeten weltweit zunehmend zur Notwendigkeit wird.

|| Fazit

Das Verständnis der CPI(M) vom Neofaschismus ist eng mit ihrem Verständnis vom Imperialismus heute verflochten. Die Abschwächung der interimperialistischen Widersprüche bedeutet, dass der Imperialismus heute, anstatt Kriege gegeneinander zu führen, die Last der Krise auf die Arbeiterklasse abwälzt. Die herrschenden Klassen, die auch die Interessen des globalen Finanzkapitals vertreten, nutzen rechte und neofaschistische Kräfte, um die Kämpfe der Arbeiterklasse und ihre hart erkämpften Rechte zu unterdrücken.

Die Partei hat große Vorsicht walten lassen, die von Modi geführte Regierung offen oder opportunistisch als faschistisch zu bezeichnen. Dies hat viel damit zu tun, dass das herrschende politische Establishment nach dem Verständnis der Partei die bürgerlich-demokratischen Institutionen nicht vollständig abgeschafft hat. Darüber hinaus möchte die Partei falsche Allianzen mit bürgerlich-demokratischen Parteien vermeiden und eine Verwischung der Grenzen zwischen diesen und der kommunistischen Partei verhindern.

— Anastasia K.

Über die Debatte zum Faschismus auf Export in Russland

In diesem Teil des Abschnitts zu internationalen Faschismus-Debatten, blicken wir auf die Debatten der Kommunisten in Russland mit dem Fokus auf die „Faschismus auf Export“-These und die verschiedenen Positionen dazu.

Vorab sei angemerkt, dass es keine klare Definition vom „Faschismus auf Export“ gibt. Das Ziel dieses Abschnittes ist es auch nicht, eine Definition festzulegen, sondern das deutsche Publikum auf diesen Strang der internationalen Faschismus-Debatte aufmerksam zu machen, um daran anknüpfen zu können. Von manchen der hier vorgestellten Debattenakteure wird der Begriff „Faschismus auf Export“ ganz pragmatisch als ein operativer Begriff verwendet, d.h. sie halten nicht am Begriff selbst fest, sondern an dem Inhalt, mit den sie den Begriff füllen:

„Es muss gesagt werden, dass einige unserer und ausländischer Genossen durch den Begriff „Faschismus für den Export“ verwirrt sind. Er erinnert einige an das Konzept des „Exports von Revolutionen“, das die Kommunisten nicht unterstützen. Jemand interpretiert ihn primitiv als echten Export, d.h. als Export des Faschismus. Zumal die Essenz nach der Übersetzung aus der großen bildhaften russischen Sprache für ausländische Genossen schwer zu begreifen sein mag. Wir klammern uns nicht an den Begriff, für uns ist er

als publizistisches Bild entstanden. Wichtiger ist die Essenz des Phänomens selbst [Eigene Übersetzung].⁴¹

Anhand von drei Beispielen beschäftigt sich dieser Text mit der Essenz des Begriffs „Faschismus auf Export“. Hierfür wurden Texte von Boris Fetisov, Michail Popov und der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RKAP) ausgewählt. Diese Akteure sind dem deutschen Publikum womöglich nicht geläufig. Jedoch formen sie die Debatte rund um den Begriff „Faschismus auf Export“ in der russischen kommunistischen Bewegung mit, oder prägen sie sogar. Andererseits fehlen hier noch wichtige Debattenakteure, wie die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF); somit deckt dieser Text die Debatte rund um den „Faschismus auf Export“ nicht vollständig ab. Nichtsdestotrotz sollte nach der Lektüre dieses Abschnitts deutlich werden, mit welchen Inhalten der Begriff gefüllt ist. Nach der Vorstellung und einer Zusammenfassung der Inhalte des „Faschismus auf Export“ wird anschließend auch die Kritik an dem Begriff erläutert.

An dieser Stelle sei noch vorangestellt, dass alle Akteure, die in verschiedenen Abschnitten zu Wort kommen, sich auf die gleiche Bestimmung des Faschismus stützen. Sie beziehen sich auf Dimitroffs Ausführungen auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die Thesen des XIII. Plenums des EKKI:

„Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das 13. Plenum des EKKI richtig charakterisiert hat, die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“⁴²

Obwohl der theoretische Ausgangspunkt der Befürworter und Gegner der „Faschismus auf Export“-These derselbe ist, kommen sie in der Anwendung der Theorie dennoch zu unterschiedlichen Schlüssen. Einer der Gründe für die unterschiedlichen Positionen in der Frage, ob es einen exportierten Faschismus geben kann, lässt sich auf die Imperialismus-Debatte zurückführen, die in der kommunistischen Bewegung seit der Ausweitung des Ukrainekrieges

1 RKR: *Über den Faschismus auf Export*, 2022, Online: rkrp.rus/2022/03/17/про-фашизм-на-экспорт/ (aufgerufen: 03.05.2025).

2 Dimitroff, Georgi: *Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus*, Referat auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale, 1935, Online: marxists.org/deutsch/referenz/dimitroff/1935/bericht/ch1.htm (aufgerufen: 03.05.2025).

im Jahr 2022 neuen Aufwind erhielt. In der Debatte um den Krieg in der Ukraine und Imperialismus haben sich zwei entgegengesetzte Positionen herauskristallisiert. Während die eine Seite der internationalen kommunistischen Bewegung, wie zum Beispiel die griechische KKE, davon ausgeht, dass nahezu alle Länder der Welt imperialistisch seien und hierfür das Bild der Pyramide verwendet wird, um das ökonomische, politische und militärische Ungleichgewicht sowie das Machtgefälle zwischen stärkeren und schwächeren Ländern zu erklären, erkennt die andere Seite, dass die Welt von wenigen imperialistischen Ländern aufgeteilt wurde und diese den schwächeren Ländern ihre politischen und ökonomischen Bedingungen aufzwingen können, notfalls mit militärischer Gewalt. Für weitere Ausführungen und Argumente der einen oder der anderen Seite zu diesem Thema, können Debattenbeiträge im Rahmen der Imperialismus-Diskussion ab dem Jahr 2022 herangezogen werden. Diese sind auf der Webseite der Kommunistischen Organisation (kommunistische-organisation.de) zu finden.

Welche Inhalte die „Faschismus auf Export“-These beinhaltet, wird im nächsten Abschnitt behandelt und zum Schluss nochmal zusammengefasst.

|| „Faschismus auf Export“ – Was ist das? Fetisov, RKRП, Popov

Wie in Kapitel I erwähnt wurde, findet man bereits erste Parallelen zur „Faschismus auf Export“-These im verabschiedeten Programm der KI auf dem VI. Weltkongress (1928).³ Auch Reinhard Kühnl erwähnt den „exportierten Faschismus“ in seinem 1971 erschienenen Buch „Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus. Faschismus“:

„Das damit angesprochene Problem des ‚exportierten Faschismus‘ wirft komplizierte Fragen auf, die bislang theoretisch nicht befriedigend gelöst sind. Es muss jedoch betont werden, daß es solche Regime seit langem gibt und daß sie sich vom Faschismus im hier entwickelten Sinne beträchtlich unterscheiden, wenn sich auch in der letzten Zeit ihr Terrorsystem ausgeweitet und verfeinert und ihre Funktion somit verändert hat, als sie nicht nur die sozialen Privilegien ihrer Oberklasse, sondern auch die

3 Siehe Abschnitt zu „Faschistische Entwicklung und Faschismuskommunikation im Anfangsstadium“.

ökonomischen und strategischen Interessen des amerikanischen Kapitalismus verteidigen.“⁴

In den 70er Jahren in der UdSSR gab es ebenfalls Gesellschaftswissenschaftler, die über „exportierten Faschismus“ geschrieben haben, wie zum Beispiel der Historiker Konstantin Ivanovich Zadorov. Er erklärt den „exportierten Faschismus“⁵ „exportierten Faschismus“ folgendermaßen:

„Nachdem er [der Faschismus] in den Hochburgen des Imperialismus während des Krieges besiegt wurde, breitet er sich vor allem in den ehemaligen Kolonien und halbkolonialen Peripherien aus. Und hier tritt er in der neuen Rolle eines abhängigen Komplizen, eines Satelliten der imperialistischen Mächte auf (...). Was die Methoden der Machtergreifung in den Ländern dieser Region betrifft, so ist die moderne Phase vor allem durch den exportierten Faschismus gekennzeichnet. Er wird (mal offen, mal verdeckt) von außen in Gestalt von militärisch-terroristischen Regimen durch Regierungen aufgezwungen, die zu Hause (mehr oder weniger) die Merkmale der bürgerlichen Demokratie beibehalten. Die Hauptstütze dieser Regime ist das internationale Kapital und vor allem der US-Imperialismus. (...) Der exportierte Faschismus fungiert als Instrument des Neokolonialismus, um den Völkern der Entwicklungsländer das Diktat der imperialistischen Bourgeoisie aufzuzwingen. Der exportierte oder importierte Faschismus ist eine Kombination aus den Interessen des internationalen Imperialismus und der reaktionären lokalen Bürokratie und des Militärs.[eigene Übersetzung]“⁶

An diesen Beispielen kann man erkennen, dass der Begriff „exportierter Faschismus“ kein neuer ist, der erst nach der Konterrevolution in der UdSSR entstand. Eine tiefere Recherche zu historischen Debatten zu dem Thema wäre notwendig und lohnenswert.

4 Kühnl, Reinhard: *Formen bürgerlicher Herrschaft: Liberalismus, Faschismus*, Hamburg 1971, S. 164.

5 Зародов, Константин Иванович: „Сущность неофашизма и некоторые вопросы тактики коммунистического движения“. In: *Современный фашизм: его обличье и борьба с ним*. Прага. 1975.

6 Politsturm: *K kritike burzhuaznogo professora ч.1*, 2019, Online: politsturm.com/k-kritike-burzhuaznogo-professora-ch-1/ (aufgerufen: 03.05.2025).

|| Fetisov

Was die heutige Debatte um den „Faschismus auf Export“ angeht, so wird immer wieder von verschiedenen Quellen auf Boris Fetisovs (Arbeiterpartei Russlands & Fond der Arbeiterakademie) 2006 erschienenem gleichnamigen Artikel verwiesen. Geschrieben wurde dieser Text vor dem Hintergrund der Eindrücke erfolgreicher und versuchter Farbrevolutionen der USA in der Ukraine, Georgien, Kirgistan, Usbekistan und Aserbaidshans und der damit einhergehenden Sorge, dass Russland ebenfalls ein solches Schicksal zuteilwerden könnte. Dieser erste Aufschlag Fetisovs wurde in Form eines kurzen Artikels veröffentlicht.

Den „Faschismus auf Export“ bestimmt Fetisov als den Faschismus in der außenpolitischen Praxis. Konkret geht es um die USA, deren Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg bereits faschistische Merkmale aufgewiesen habe. Als Beispiele nennt Fetisov den Rüstungswettlauf sowie die Bildung von Militärbündnissen in abhängigen Ländern, die durch wirtschaftlichen oder militärischen Druck sowie politische Einmischung entstanden seien.⁷ Bis zur Konterrevolution konnten diese durch die UdSSR in Schach gehalten werden, aber danach seien sie zu ihrer vollen Blüte gekommen. Der Faschismus in der US-Außenpolitik habe sich durch den massiven Einsatz ihrer militärischen Vormachtstellung, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg erlangt und ausgeweitet hat, gezeigt. Durch ihre Vormachtstellung gelinge es den Vereinigten Staaten, in abhängigen Ländern proamerikanische Regime an die Macht zu bringen, sei es durch politischen oder wirtschaftlichen Druck, Unterstützung von militanten Putschen oder durch eigene militärische Aggression. Das Ziel bestehe darin, die national orientierte Bourgeoisie der jeweiligen Länder durch eine Kompradorenbourgeoisie zu ersetzen. Ein verdecktes Agieren in der Außenpolitik, also das Verstecken hinter bürgerlich-demokratischen Werten, entfalle.

|| RKAP

2012, auf der XIV. Versammlung der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Beirut, stellte Viktor Tjulkin, damals der erste Sekretär des ZK der RKAP-KPSS, den Bericht der Partei vor. In diesem Bericht ging es zum einen um die Schwierigkeiten in der kommunistischen Bewegung innerhalb Russlands, vor

⁷ Vgl. Fetisov, Boris: *Фашизм на экспорт*, 2006, Online: rpw.ru/pt/12/Fetisov.html (aufgerufen: 03.05.2025).

dem Hintergrund der stattgefundenen Konterrevolution. Zum anderen ging es um die Beurteilung der außenpolitischen Situation. Hierzu gab die RKAP die Einschätzung ab, dass die USA an der Spitze des internationalen Imperialismus, nach der Konterrevolution in der UdSSR, an Aggressivität zugenommen habe. Während die USA und die NATO-Länder in ihrer innenpolitischen Verfasstheit Elemente einer bürgerlichen Demokratie behalten und linke Kräfte sich an den Wahlen beteiligen oder ihre Präferenzen bezüglich Präsidentschaftskandidaten äußern, treten dieselben Länder in ihrer Außenpolitik alle demokratischen Normen und das internationale Recht mit Füßen. Weiter hieß es in dem Bericht: „In seiner Außenpolitik verwendet der Imperialismus das Mittel der offenen Gewalt, des blutigen Terrors. Wir alle kennen die Reihenfolge der Ereignisse: Irak, Afghanistan, Jugoslawien, Libyen und heute Syrien.“

Die Aggression der imperialistischen Länder in Westasien schätzte die RKAP als die Ausbreitung eines Neofaschismus ein und lieferte damit zusammenhängend auch gleich ihre Definition der „Faschismus auf Export“-These:

„Wir schätzen die Eskalation der Anspannung im Nahen Osten als Ausbreitung des Neofaschismus ein – des Faschismus auf Export, der unverdeckt ist, der alle Gesetze und Normen des internationalen Rechts ignoriert, der terroristischen imperialistischen Politik der Gewalt und der blutigen Lösung von Interessensfragen des weltweiten Imperialismus, dessen Kern das Finanzkapital ist [eigene Übersetzung].“⁸

Ein bemerkbarer Unterschied zu Fetisovs erstem Aufschlag ist, dass in dem Bericht der RKAP, neben den USA, auch die Länder der NATO als solche eingeschätzt werden, auf deren Außenpolitik die „Faschismus auf Export“-These zutrifft.

II Popov

Neben Fetisov wird auch Popov (APR-FAA) oftmals als einer der Popularisierer der „Faschismus auf Export“-These bezeichnet.

Wie auch bei den vorherigen Ausführungen greift Popov auf das Faschismus-Verständnis, das durch das XIII. Plenum des EKKI verabschiedete Resolution und deren Wiederholung durch Dimitroff auf dem VII. Kongress der

8 RKRР: Доклад Первого секретаря ЦК РКРП-КПСС на Международной встрече коммунистических и рабочих партий в Бейруте 22 – 23 ноября 2012, 2012, Online: крп.рус/2012/11/25/доклад-первого-секретаря-цк-крп-кпсс/ (aufgerufen: 03.05.2025).

Komintern zurück. Er betont, dass diese Definition nicht nur zu seiner Zeit richtig gewesen ist, sondern auch heute Gültigkeit hat, weil es das Wesen des Finanzkapitals (das heute einen größeren Einfluss als im 20. Jahrhundert habe) und des Imperialismus beschreibt. Dieses Wesen habe sich bis heute nicht verändert. Ausgehend davon, dass die reaktionärsten Teile des Finanzkapitals die Wurzel des Faschismus seien, ergänzt Popov, dass es nicht unbedingt das *eigene* Finanzkapital sein muss, welches hinter dem Faschismus stehe.⁹

Faschismus sei Antikommunismus und arbeiterfeindliche Politik und diene als eines der Mittel zur Rettung des Imperialismus.

Zentral dafür, was den „Faschismus auf Export“ von sonstiger imperialistischer Aggression unterscheide, ist der **vorsätzliche Bruch des internationalen Rechts und der bürgerlichen internationalen Normen, die sich die bürgerlichen Staaten selbst gesetzt haben**. Das stelle den Übergang zur offenen terroristischen bzw. faschistischen Diktatur des Finanzkapitals dar und mache den *Faschismus als praktische Staatspolitik* aus:

„Kennzeichnend für den Faschismus als Politik ist die Ablehnung demokratischer Institutionen und der Einsatz von offen terroristischen Formen der Staatspolitik. Heute bewahren die USA und die NATO-Staaten in ihrer Innenpolitik, wenn auch in reduzierter Form, Elemente der bürgerlichen Demokratie, aber in ihrer Außenpolitik missachten sie demokratische Normen. Der Imperialismus greift in seiner Außenpolitik, die integraler Bestandteil der von ihm ausgeübten bürgerlichen Diktatur ist, zunehmend zu Maßnahmen der offenen Gewalt und des blutigen Terrors [eigene Übersetzung].“¹⁰

Der offene Terrorismus in der Außenpolitik schließe jedoch die Wahrung der bürgerlichen Demokratie im Inneren des Landes nicht aus.

Vom *Faschismus als praktische Staatspolitik* unterscheidet Popov den *Faschismus als System ideologischer Überzeugungen*. Dieser zeichne sich heute in der aktiven Bekämpfung des Kommunismus aus, zum Beispiel durch anti-kommunistische Gesetze oder die Versuche, entsprechend der Totalitarismustheorie, den Kommunismus mit dem Faschismus gleichzusetzen.

9 Попов, Михаил Васильевич: *О фашизме на экспорт*, Jahr unbekannt, Online: rpw.ru/public/fne.html (aufgerufen: 03.05.2025).

10 Ebd.

Die angeführten Positionen zum „Faschismus auf Export“ können folgendermaßen zusammengefasst werden. Der „Faschismus auf Export“ geht von Ländern mit den am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Teilen des Finanzkapitals aus. Seit dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere nach der Konterrevolution in der UdSSR haben sich die NATO-Länder mit den USA an ihrer Spitze zu diesen Ländern entwickelt.

Der „Faschismus auf Export“ habe das allgemeine Ziel, die imperialistische Ordnung aufrechtzuerhalten, die durch Krisen und Revolutionen in Gefahr gebracht werden könnte.

Um die imperialistische Ordnung zu erhalten, werden unterschiedliche Vorgehensweisen gewählt, wie zum Beispiel die Unterstützung von Faschisten und anderweitigen Kollaborateuren in den Zielländern, die Farbrevolutionen entfachen oder gar Gewalt gegen unliebsame Gruppen anwenden, oder das Überschütten von unliebsamen Ländern und ihren Regierungen mit Terror, Gewalt und Kriegen. Hierbei brechen die Imperialisten jegliche Normen und Regeln ihrer eigenen Ordnung. In den imperialistischen Ländern, die zum Zwecke der Ordnungserhaltung in ihrer Außenpolitik den Faschismus „exportieren“, ist der Faschismus nicht zwangsläufig an der Macht. Diese Länder können durchaus im Inneren eine bürgerliche Demokratie aufrechterhalten.

Und was bedeutet der „Faschismus auf Export“ für die Arbeiterklasse der betroffenen Länder? Wenn die imperialistischen Staaten es schaffen, ihre arbeiterfeindlichen Marionettenregime in anderen Ländern aufzurichten, oder diese Länder durch Kriege in der Entwicklung zurückzuwerfen, so hat die Arbeiterklasse eine schwierigere Ausgangsbedingung für die Er kämpfung des Sozialismus.¹¹

Für den Klassenkampf in den potenziell betroffenen Ländern bedeutet das, dass auch bürgerlich-nationale Kräfte, soweit das möglich ist, für den antifaschistischen Kampf angespannt werden müssen:

„Die kommunistische Bewegung muss sich auf der Grundlage der Interessen der Arbeiterklasse und der Schaffung günstigerer Bedingungen für die Entfaltung ihres Klassenkampfes den faschistischen Erscheinungsformen des Imperialismus entgegenstellen, so wie es die Parteien der Komintern und der Sowjetunion getan haben, die ein zeitweiliges Bündnis mit den antifaschistischen Mächten eingegangen sind, um den Faschismus schnell zu

11 Vgl. ebd.

besiegen. Es wäre absolut unzulässig, diese historische Erfahrung und diese kommunistische Praxis zu ignorieren, oder zu unterschätzen. Der Faschismus muss unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung der vitalen und langfristigen Interessen der Arbeiterklasse bekämpft werden. Dementsprechend müssen wir die bürgerlich-demokratischen Bewegungen gegen den Faschismus unterscheiden und, ohne die Aufgaben unseres Klassenkampfes aufzugeben, unterstützen und, wenn wir können, anleiten [eigene Übersetzung].“¹²

Kritik

Eine ausführlich niedergeschriebene Kritik an der „Faschismus auf Export“-These, die sich vor allem an Popov abarbeitet, hat die Abspaltung der RKAP „Russische Arbeitsfront“ niedergeschrieben. In ihrer dreiteiligen Textreihe „M.V. Popov und die „Arbeiterpartei Russlands“: Marxismus oder Revisionismus [eigene Übersetzung]“, verfasst durch Osin, widmen sie der These einen ganzen Artikel mit dem Titel „Über den ‚Faschismus auf Export‘ und der faschistischen Gefahr in Russland [eigene Übersetzung]“.¹³

Sowohl die Gegner als auch die Befürworter der „Faschismus auf Export“-These gehen vom Finanzkapital als Grundlage für den Imperialismus und Faschismus aus. Hier besteht also kein Dissens. Worin jedoch ein Dissens besteht, ist die Frage, welche Länder zu den Imperialisten gehören. Hieraus speist sich im Grunde der Knackpunkt der Kritik der Arbeitsfront Russlands an der These eines „exportierten Faschismus“. Die Argumentation der Arbeitsfront Russlands lautet wie folgt: Die Welt im imperialistischen Stadium zeichne aus, dass so gut wie alle Länder Monopole und Finanzkapital besitzen würden. Deshalb seien auch die meisten Länder imperialistisch und hätten das Potenzial, dass dort ein *eigener* Faschismus, beruhend auf dem *eigenen* Finanzkapital, an die Macht komme.¹⁴ Es bedürfe also keinen „exportierten Faschismus“, damit in einem Land X der Faschismus an die Macht komme. Diese Argumentationsweise erkennt man beispielsweise an solchen Stellen:

„Viertens: Die Unterstützung faschistischer Regime durch imperialistische Staaten erfolgte immer dort, wo die inneren Bedingungen für die

12 Ebd.

13 Осин Р. С.: *Часть 3. О „фашизме на экспорт“ и угрозе фашизма в России. М.В. Попов и „Рабочая Партия России“: марксизм или ревизионизм?*, Jahr unbekannt, Online: rotfront.org/m-v-popov-i-rabochaya-partiya-rossii-ma-2/ (aufgerufen: 03.05.2025).

14 Vgl. ebd.

Entstehung des Faschismus bereits gegeben waren. (...) Ungarn, Chile, Polen und die baltischen Staaten vor 1940 sind weniger bekannte, aber ebenso aussagekräftige Beispiele. In all diesen Ländern gab es keinen Exportfaschismus, sondern einen einheimischen Faschismus, der von externen Kräften unterstützt wurde. So war es auch im Spanischen Bürgerkrieg. Niemand kam auf die Idee, ihn als „deutsch-italienischen Exportfaschismus“ zu bezeichnen, obwohl die Achsenmächte die faschistischen Kräfte in Spanien unterstützten [eigene Übersetzung].“¹⁵

Die Arbeiterpartei Russlands erkennt also an, dass „imperialistische Staaten“ faschistische Regime in anderen Ländern unterstützt haben, sieht darin aber keinen „Faschismus auf Export“. Dieser Sichtweise könnte die Annahme zugrunde liegen, dass mit dem Begriff „Faschismus auf Export“ ein tatsächlicher Export des Faschismus aus dem Land Y in das Land Z gemeint wäre. Ein solches Verständnis vom „Faschismus auf Export“ lässt sich jedoch weder bei Fetisov, RKAP, noch bei Popov finden. Im Gegenteil, sie wenden sich sogar gegen ein solches Verständnis.¹⁶

Auch die Ukraine ist nach Auffassung der Arbeitsfront Russlands ein Land mit eigenem Finanzkapital. Der Faschismus in der Ukraine sei deswegen ein *eigener*, der lediglich von außen unterstützt und nicht von den westlichen Staaten exportiert wurde: „Und was ist mit der modernen Ukraine oder den baltischen Staaten heutzutage? Es ist genau das Gleiche. In diesen Ländern waren die inneren Bedingungen für die Entstehung des Faschismus schon lange gereift, die USA haben diesen Bedingungen und Kräften einfach geholfen, sich zu entwickeln, aber ohne innere Bedingungen hätten die USA keinen Erfolg gehabt [eigene Übersetzung].“¹⁷

In Bezug auf die US-Regime-Change-Politik, argumentiert Osin von der Arbeitsfront Russlands, dass diese nichts mit „Faschismus auf Export“ zu tun habe, weil es nichts Neues sei, dass imperialistische Mächte innere Konflikte in anderen Ländern nutzen würden. Und dass es sich bei den Regime-Change-Operationen nicht um „Faschismus auf Export“ handle, wird folgendermaßen erklärt: „Wenn es um den US-Imperialismus geht, exportieren die USA im Wesentlichen nicht den Faschismus nach außen, sondern installieren pro-amerikanische Marionettenregime in Ländern, die nicht in die Politik des

15 Ebd.

16 Vgl. ebd.

17 Ebd.

US-Imperialismus passen. Aber ein pro-amerikanisches Marionettenregime ist nicht identisch mit einem faschistischen Regime [eigene Übersetzung].¹⁸

Die Arbeitsfront Russlands sieht auch in der aggressiven Außenpolitik der USA keine besondere Aggressivität und schätzt diese als imperialistisch ein: „Allein die Einschätzung der expansionistischen politischen Linie des US-Imperialismus ist richtig, aber was hat das mit „Faschismus für den Export“ zu tun? Aggressive Außenpolitik ist allen imperialistischen Staaten eigen, und je stärker der imperialistische Staat ist, desto stärker ist die Verletzung des Völkerrechts und die Aggression durch ihn [eigene Übersetzung].“¹⁹

Die Arbeitsfront Russlands möchte also darauf hinaus, dass die imperialistische Aggression der USA nicht die Zuschreibung „faschistisch“ brauche. Es reiche aus, diese als imperialistisch zu beschreiben. Dem würde Popov folgendes entgegen:

„Gleichzeitig haben sie völlig Recht, wenn sie sagen, dass nicht jede Gewalt des Imperialismus Faschismus ist, dass es sogar zu Zeiten der UdSSR imperialistische Aggressionen gab. In der Tat haben imperialistische Mächte schon vor dem Aufkommen des Faschismus und nach seiner Niederlage im Zweiten Weltkrieg Interventionen und Kriege begangen: Es gab die Besetzung Palästinas, Syriens, des Libanon, 40 Prozent des Territoriums von Zypern wurden besetzt, der imperialistische Krieg in Korea wurde von der UNO entfesselt, es gab den imperialistischen Krieg in Vietnam. Es gab Hunderte von Verbrechen, die von den Imperialisten in Afrika, Lateinamerika und auch in Europa begangen wurden. Warum stufen wir diese Aggressionen nicht als Faschismus ein, aber nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der europäischen sozialistischen Länder haben wir diese Definition angenommen – „Faschismus für den Export“? Sie sagen, dass dies nicht die Existenz des „Exportfaschismus“ beweist, sondern die Aggressivität des Imperialismus, der immer reaktionärer wird. Um kurz zu antworten: Einige dieser Aggressionen bezeichnen wir als Faschismus, andere nicht, weil sie nicht unter die Definition des Faschismus fallen [eigene Übersetzung].“²⁰

Ein inhaltlicher Dissens mit Popov besteht noch in der Interpretation der Aussage Lenins, dass die Außenpolitik eines Landes die Fortführung seiner

18 Ebd.

19 Ebd.

20 Попов, *О фашизме на экспорт*

Innenpolitik ist. Popov vertritt die Ansicht, dass ein Staat durchaus innenpolitisch eine bürgerliche Demokratie haben kann, während es eine faschistische Außenpolitik betreibt: „In der modernen Welt verwenden die meisten bürgerlichen Staaten in ihrer Innenpolitik verschiedene Formen der bürgerlichen Demokratie und verzichten auf die Ausübung einer Diktatur in offener terroristischer Form. Anders verhält es sich auf der internationalen Bühne, wo die Fortsetzung der Innenpolitik als internationale Politik betrieben wird. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR hat der internationale Imperialismus, angeführt von den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht nur seine Aggressivität gesteigert, sondern auch begonnen, sich offen über die Normen des Völkerrechts hinwegzusetzen und sogar die bürgerliche Gesetzlichkeit zu ignorieren [eigene Übersetzung].“²¹

Dem wird im Artikel der Arbeitsfront Russlands entgegnet, dass dies dem oben erwähnten Grundsatz Lenins widersprechen würde. Eine faschistische Außenpolitik könne es nur geben, wenn der Faschismus in einem Land an der Macht sei und innenpolitisch eingesetzt werde: „Man kann von der Manifestation von Elementen des Faschismus in der Außenpolitik der USA sprechen, die sich aus dem einen oder anderen Grund nicht so deutlich im Inneren des Landes manifestieren. Aber hier geht es nicht um den Export von Faschismus, sondern um die Fortführung der faschistischen Tendenzen des US-Imperialismus, die der inneren Ordnung dieses Landes innewohnen, nach außen [eigene Übersetzung].“²²

|| Fazit

Die Debatte um den „Faschismus auf Export“ ist in der deutschen kommunistischen Bewegung noch nicht im vollen Gange. Die Gründe hierfür können an dieser Stelle nur Gegenstand von Spekulationen sein. Dieser Text hat hoffentlich dem Leser dabei geholfen, eine Vorstellung vom Diskussionsgegenstand zu bekommen und das Interesse für die weitere Beschäftigung damit geweckt. Interessant wäre sicherlich nicht nur die Betrachtung der aktuellen Debatte, sondern auch die Lektüre älterer Texte zum Thema Faschismus. Denn wie hier gezeigt wurde, tauchen die Inhalte der „Faschismus auf Export These“ auch schon bei Kühnl oder, wie im Kapitel „Die Faschismuskussion der

21 Ebd.

22 Осин, *Часть 3*

Kommunistischen Internationale von 1922 bis 1935“ dieser Publikation dargestellt, sogar auf dem VI. Weltkongress KomIntern auf.

Ziel der weiteren Beschäftigung mit der Debatte könnte sein, das Verhältnis zwischen dem „Faschismus auf Export“ und dem Imperialismus besser zu verstehen und eine klarere Bestimmung des Begriffs zu erarbeiten.

– Leon Wystrychowski

Faschismus und Kolonialismus

Zwischen 1936 und 1961 äußerten sich politische Akteure und Intellektuelle verschiedener Lager – von deutschen und palästinensischen Kommunisten bis Hannah Arendt, von Mahatma Gandhi bis Frantz Fanon – zu den Zusammenhängen zwischen Faschismus und Kolonialismus. Doch danach war lange wenig zu diesem Thema zu vernehmen. Erst in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten wurde es wieder, unter Einfluss der *Postcolonial Studies*, auf die wissenschaftliche – und zugleich politische – Tagesordnung gesetzt.

Diese Zusammenhänge berühren vor allem vier verschiedene Ebenen: Zunächst die „klassische Kolonialpolitik“ der faschistischen Regime vor allem gegenüber Afrika. Dann die Vernichtungs- und Eroberungspolitik in Osteuropa, die mit der „Notwendigkeit“ der Eroberung des „Lebensraums“ für das deutsche Volk legitimiert wurde und die in der Forschung in den letzten Jahren vermehrt in eine Reihe mit Kolonialkriegen gesetzt wurde. Und schließlich ist da die Frage nach den kolonialen Wurzeln und Kontinuitäten des Faschismus an sich: personell, ideologisch und vor allem die Herrschaftspraxis betreffend. Insbesondere der letztgenannte Aspekt wirft sogleich die Frage auf, ob der Kolonialismus eine Form des Faschismus ist.

Der Text beginnt mit einem kurzen Überblick über die reale faschistische Kolonialpolitik am Beispiel Deutschlands und Italiens. Anschließend werden die Forschung und Debatte rund um das Thema Faschismus und Kolonialismus – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – anhand der vier ausgemachten

Ebenen nacheinander dargestellt. Dabei sei vorweggeschickt, dass viele der hier behandelten Autoren die Begriffe Faschismus und Kolonialismus nicht immer konsequent und durchgängig in gleicher Weise verwendet haben. Erst recht gibt es unter den Autoren kein einheitliches Verständnis dieser beiden Phänomene. Ausgeklammert werden musste hier die letztlich strategische Frage nach den Zusammenhängen und Widersprüchen zwischen Antikolonialismus und Antifaschismus, obwohl sich einige der hier behandelten Autoren zu diesen Fragen kontrovers positioniert haben.

|| 1. Faschistische Kolonialpolitik in Afrika

Die wichtigsten faschistischen oder proto-faschistischen Regime Europas – Italien, Deutschland, Spanien, Portugal und das Vichy-Regime – haben eine aktive Kolonialpolitik vor allem in Afrika betrieben.

Italiens Kolonialpolitik bezog sich in erster Linie auf Nord- und Ostafrika. Die Italiener schafften es bis zur Machtübernahme der Faschisten weder, das 1912 besetzte Libyen wirklich unter Kontrolle zu bringen, noch es in eine wirkliche Siedlerkolonie zu verwandeln. Zwar war die „Übergangsphase von Liberalismus zu Faschismus“ von weitgehenden Kontinuitäten in der Kolonialpolitik geprägt, weil man 1922-25 noch mit der Errichtung der uneingeschränkten faschistischen Diktatur beschäftigt war.¹ Trotzdem begann bereits ab 1923 ein Eroberungsfeldzug, der bald die Form eines Vernichtungskriegs annahm: Giftgas, Bombardements und Massenerschießungen gehörten genauso zur Praxis wie die systematische Vernichtung der Viehbestände, um den Libyern die Lebensgrundlage zu entziehen.² Darüber hinaus wurden rund 15 Prozent der Libyer in Konzentrationslager gesperrt, von denen nur eine Minderheit überlebte.³ Auf diese Weise wurde Libyen bis 1931 „befriedet“. Im Zuge

1 Vgl. Santarelli, Enzo: „The Ideology of the Libyan ‚Reconquest‘ (1922-1931)“. In: Santarelli, Enzo u. a. (Hrsg.): „Omar al-Mukhtar. The Italian Reconquest of Libya“, Darf Publishers, London 1986, S. 17. Vgl. Nagiah, Abdulkakim: „Italien und Libyen in der Kolonialzeit. Faschistische Herrschaft und nationaler Widerstand“. In: Frank, Sabine (Hrsg.); Kamp, Martina (Hrsg.): „Libyen im 20. Jahrhundert. Zwischen Fremdherrschaft und nationaler Selbstbestimmung“, Deutsches Orient-Institut, Hamburg 1995, S. 72f.

2 Vgl. Künzi, Giulia Brogini: „Italien und der Abessinienkrieg 1935/36. Kolonialkrieg oder Totaler Krieg?“ Schöningh-Verlag, Paderborn 2006, S. 149f.

3 Vgl. Ahmida, Ali Abdullatif: „Genocide in Libya. Shar, a Hidden Colonial History“, Routledge Press, London/New York 2021, S. 90.

des italienisch-deutschen Nordafrika-Feldzuges 1940-43 kam es dann erneut zu Masseninternierungen, -vergewaltigungen, -morden und Plünderungen durch italienische und Wehrmachtssoldaten sowie Siedler, was übrigens von General Rommel, der bis heute in der BRD den Ruf eines „unideologischen Saubermanns“ genießt, mindestens gebilligt wurde.⁴

Am 3. Oktober 1935 überfiel Italien das Königreich Äthiopien. Für die meisten afrikanischen und einige europäische Historiker kennzeichnet dieses Datum den eigentlichen Beginn des Zweiten Weltkriegs.⁵ Auch in diesem Krieg wurde die Zivilbevölkerung „gezielt gedemütigt, vertrieben, interniert und getötet“, es kam Giftgas in großem Stil zum Einsatz und die Lebensgrundlage der Äthiopier wurde „durch das Abbrennen ganzer Landschaften, die Bombardierungen und die Vergiftung der Viehherden“ systematisch zerstört.⁶ Sowohl die Zerschlagung des Widerstands in Libyen und die folgende Einwanderung arbeitsloser Siedler dorthin als auch der Angriffskrieg auf Äthiopien „stärkten“ Gerhard Feldbauer⁷ zufolge „den Masseneinfluss und die Stabilität des Regimes“ in Rom.⁸

In Deutschland wiederum unterstützten die Nazis die Forderung nach der „Rückgabe“ der 1919 abgetretenen Kolonien. In den Reihen der NSDAP fanden sich alte „Kolonialhelden“, wie etwa der an der Niederschlagung des Yihetuan-Aufstandes in China und am Völkermord an den Herero und Nama in Namibia beteiligte Franz Ritter von Epp. Dieser wurde nach 1933 zum Chef des *Kolonialpolitischen Amtes* der NSDAP und des *Reichskolonialbundes* (RKB) ernannt.⁹ Insbesondere ab 1935 wurde die Kolonialpropaganda massiv forciert.¹⁰ Diese war sowohl nach innen als auch nach außen gerichtet. Die

4 Vgl. Bernhard, Patrick: „Im Rücken Rommels. Kriegsverbrechen, koloniale Massengewalt und Judenverfolgung in Nordafrika, 1940-1943“, Autorenversion, 2019, S. 12-16.

5 Vgl. Künzi, Giulia Brogini: „Der Wunsch nach einem blitzschnellen und sauberen Krieg. Die italienische Armee in Ostafrika (1935/36)“. In: Klein, Thoralf (Hrsg.); Schumacher, Frank (Hrsg.): *Kolonialkriege. Militärische Gewalt im Zeichen des Imperialismus*, S. 289.

6 Ebd. S. 283.

7 Feldbauer (*1933) ist Historiker mit Schwerpunkt Italien und Vietnam. In den 1980er Jahren war er Diplomat der DDR in Algerien und im Kongo.

8 Feldbauer, Gerhard: „Mussolinis Überfall auf Äthiopien. Eine Aggression am Vorabend des Zweiten Weltkriegs“, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2006, S. 54.

9 Vgl. Linne, Karsten: „Deutschland jenseits des Äquators? Die NS-Kolonialplanungen für Afrika“, Ch. Links Verlag, Berlin 2008, S. 29.

10 Vgl. Gründer, Horst (Hrsg.): „.....da und dort ein junges Deutschland gründen“.

„Rückgabe“ der ehemaligen deutschen Kolonien wurde insbesondere gegenüber Großbritannien eingefordert. Zugleich stellten sich die Nazis als Vertreter der „weißen Rasse“ und als antikommunistisches Bollwerk Europas dar: Ihre Herrschaft in Afrika werde das „Rückgrat gegen die bolschewistischen Angriffe in den Kolonialländern“ sein, „mit günstiger Auswirkung für Europa.“¹¹ Bis 1941 stieg die Mitgliederzahl des RKB von 40.000 im Jahr 1933 auf 2 Millionen an.¹²

Schon vor Kriegsbeginn studierten die Nazis den Kolonialismus des faschistischen Italiens in Afrika aufmerksam.¹³ Ende der 1930er Jahre begannen die ersten Planspiele für die Neuaufteilung Afrikas.¹⁴ Parallel wurde bereits ein kolonialer Verwaltungsapparat aufgebaut. Dieses Unternehmen stand zwar strategisch immer hinter dem Endsieg im Ostfeldzug zurück – so wurden diese Aufbauarbeiten Ende 1941 zurückgefahren –, doch erst Anfang 1943, zwei Wochen nach der Niederlage bei Stalingrad, wurden sie vollends auf Eis gelegt.¹⁵ Zunächst aber rückte ein deutsches Kolonialreich in Afrika mit dem Sieg über Frankreich im Sommer 1940 in scheinbar greifbare Nähe. Die *IG Farben*, die *Deutsche Bank*, das *Oberkommando der Wehrmacht* und das *Auswärtige Amt* arbeiteten Pläne für ein deutsches Herrschaftsgebiet aus, das von der afrikanischen West- bis zur Ostküste reichen und vor allem Fran-

Rassismus, Kolonien und kolonialer Gedanke vom 16. bis zum 20. Jahrhundert“, dtv, München 1999, S. 218. Vgl. Ballhaus, Johanna: „Kolonialziele und -vorbereitungen des faschistischen Regimes 1933-1939“. In: Stoecker, Helmuth (Hrsg.): „Drang nach Afrika. Die koloniale Expansionspolitik und Herrschaft des deutschen Imperialismus in Afrika von den Anfängen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges“, Akademie-Verlag, Berlin, 1977, S. 281-91.

11 Richtlinien des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP von 1937, zitiert nach Koop, Volker: „Hitlers Griff nach Afrika. Kolonialpolitik im Dritten Reich, Dietz Verlag, Bonn 2018, S. 72.

12 Vgl. Hildebrand, Klaus: „Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945“, Wilhelm Fink Verlag, München 1969, S. 700.

13 Bernhard, Patrick: „Die „Kolonialachse“. Der NS-Staat und Italienisch-Afrika 1935 bis 1943“. In: Klinkhammer, Lutz (Hrsg.); Guerrazzi, Amedeo Osti (Hrsg.); Schlemmer, Thomas (Hrsg.): „Die Achse im Krieg 1939-1945. Politik, Ideologie und Kriegführung 1939-1945“, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2010, S. 148-60.

14 Vgl. Eichholtz, Dietrich: „Das Expansionsprogramm des deutschen Finanzkapitals am Vorabend des zweiten Weltkrieges“. In: Eichholtz, Dietrich (Hrsg.); Pätzold, Kurt (Hrsg.): „Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939)“, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1989, S. 28.

15 Vgl. Ndumbe III., Kum'a: „Was wollte Hitler in Afrika? NS-Planungen für eine faschistische Neugestaltung Afrikas“, Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt am Main 1993, S. 240.

zösisch-Äquatorialafrika und Belgisch-Kongo umfassen sollte. Dabei ging es insbesondere um die Ausbeutung von Bodenschätzen.¹⁶ Die Pläne entsprachen weitgehend jenen, die das Kaiserreich bereits während des Ersten Weltkrieges ausgearbeitet hatte.¹⁷ Allerdings wurden sie mit Blick auf Italien, Spanien, Portugal und Vichy wiederholt angepasst und schließlich vorerst verworfen bzw. angesichts des bevorstehenden Krieges gegen die Sowjetunion zurückgestellt.¹⁸ Stattdessen beutete Deutschland die unter Kontrolle Vichys stehenden Afrika-Kolonien aus.¹⁹

Die NS-Führung ließ keinen Zweifel daran, dass das Hauptobjekt ihrer Begierde, der von ihr so bezeichnete „Lebensraum“, in erster Linie in Osteuropa lag. Afrika dagegen könne „nur zusätzliche Ausbeutungskolonien für tropische Rohstoffe“ bieten.²⁰ Die „klassische“ Kolonialpolitik wurde entsprechend der Zerschlagung der Sowjetunion untergeordnet. Es gab während der ersten Jahre der Nazi-Herrschaft durchaus Streit um die Frage, inwiefern Kolonialambitionen in Afrika mit den Eroberungsplänen in Europa in Einklang zu bringen seien.²¹ Zudem gab es Verfechter einer „peripheren Strategie“, der zufolge man sich zunächst auf die Ausschaltung Großbritanniens, insbesondere im Mittelmeerraum, konzentrieren sollte.²² Diese beiden Konzepte – Eroberung von Kolonien und Sicherung des Mittelmeers – waren zum Teil miteinander verwoben und wurden von sich überschneidenden Macht- und Personenkreisen unterstützt, wobei es allerdings bei der „Mittelmeerstrategie“ nicht

16 Vgl. ebd. S. 50-57, 61.

17 Vgl. „Kriegszielenktschrift des Reichskanzlers Theobald von Bethmann-Hollweg vom 9. September 1914 (Auszüge)“. In: Kühnl, Reinhard (Hrsg.): „Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten“, PapyRossa-Verlag, Köln 2000, S. 23.

18 Vgl. Loth, Heinrich: „Geschichte Afrikas. Von den Anfängen bis zur Gegenwart Band 2. Afrika unter imperialistischer Kolonialherrschaft und die Formierung der antikolonialen Kräfte 1884-1945“, Akademie-Verlag, Berlin 1976, S. 237-40. Vgl. Autorenkollektiv: „Konzept für die „Neuordnung“ der Welt. Die Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg“, Dietz Verlag, Berlin 1977, S. 44.

19 Vgl. Wystrychowski, Leon: „Die Rolle und Bedeutung der französischen Afrika-Kolonien für die deutsche Kriegswirtschaft 1940-44“ (Master-Arbeit), Bochum 2024, S. 51-79.

20 So eine undatierte Einschätzung der SS, zitiert nach Koop: „Griff nach Afrika“, S. 139.

21 Vgl. Linne: „Jenseits des Äquators“, S. 38-42.

22 Vgl. Eichholtz, Dietrich: „Krieg um Öl. Ein Erdölimperium als deutsches Kriegsziel (1938-1943)“, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2006, S. 53-59.

primär um koloniale Interessen in Afrika ging, sondern darum, London zu isolieren und den eigenen Erdölbedarf durch Zugriff auf die Quellen im Nahen Osten zu decken. Da es sich bei den Befürwortern dieser Strategie zwar „um eine ziemlich große, aber keineswegs dauerhafte, konsistente, einheitlich auftretende oder gar organisierte Fraktion“ handelte,²³ setzte sich letztlich die gerade auch von Hitler vertretene Strategie des „Kontinentalkrieges“ und der Fokussierung auf Osteuropa durch.

|| 2. Faschistischer Kolonialismus

Dass die Faschisten rassistischen und kolonialistischen Vorstellungen anhängen und eigene koloniale Ziele verfolgten, war auch für Zeitgenossen kein Geheimnis: Indem er in seinem Buch über die britische Kolonialherrschaft in Afrika „solchen Quatsch“ wie „die Lehre der ‚Bürde des weißen Mannes‘, der ‚nordischen Überlegenheit‘“ oder „dem ‚Gottesgnadentum der Arier‘“ aufzählte, stellte George Padmore²⁴ 1936 die Ideologie der deutschen Faschisten in eine Reihe mit anderen in Europa vorherrschenden Kolonialideologien. Zugleich betonte er, dass „Mussolini sich als Verfechter der weißen Rasse in Afrika ausgibt“.²⁵ M. N. Roy²⁶ machte zwei Jahre später deutlich: „Von seiner Geburt an war der Faschismus als internationales Phänomen offenkundig imperialistisch“,²⁷ womit er offensichtlich in erster Linie kolonialistisch meinte. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Nazis schon immer Kolonien gefordert hatten und dass Mussolini deutlich gemacht habe, dass

23 Ebd. S. 54.

24 Padmore (1902-59) war Sozialist und Vorkämpfer des Panafrikanismus. 1928-34 war er Mitglied der *Kommunistische Partei der USA* bzw. der KPdSU, zwischenzeitlich aktiv in der *Antiimperialistischen Liga* und als Leiter des *Negro Bureau der Roten Gewerkschaftsinternationale*. Später war er als Berater Kwame Nkrumah tätig.

25 Padmore, George: „How Britain rules in Africa“, Negro University Press, New York 1969, S. 4.

26 Manabendra Nath Roy (1887-1954) stammte aus Bangladesch und war an der Gründung der *Sozialistischen Partei* (1917) und der *Kommunistischen Partei Mexikos* (1919) sowie der *Kommunistischen Partei Indiens* (1920) beteiligt. In den 1920ern brach er mit der kommunistischen Bewegung und begründete in den 1930er Jahren den „Radikalen Humanismus“. Unter Kommunisten ist er vor allem für seine Kritik an Lenins Entwurf zur nationalen und kolonialen Frage für den Zweiten Weltkongress der *Komintern* 1920 bekannt.

27 Vgl. Roy, Manabendra Nath: „Fascism. Its Philosophy, Professions, and Practice“, D. M. Library, Kalkutta 1938, S. 148.

Italien sich Gebiete in Afrika und Asien unterwerfen wolle.²⁸ Seinen Landsleuten, die das Gerede der Nazis über „Arier“ missverstanden, machte er deutlich: „Faschistischer Arianismus ist der Kult der Überlegenheit der weißen Rasse.“²⁹ Die deutschen „Herrenmenschen“ seien als „gute Europäer“ und „Retter der Welt“ angetreten, um gemeinsam „mit den Briten „die Last des weißen Mannes“ zu teilen.“³⁰

Beide waren mit diesen Einsichten nicht allein. Unter arabischen Intellektuellen und in der arabischen Presse etwa wurde die rassistische (einschließlich der antisemitischen), kolonialistische und imperialistische Ideologie des Faschismus immer wieder betont und verurteilt, und zwar sowohl von linker als auch von liberaler, nationalistischer oder islamischer Seite.³¹ Die *Nationale Befreiungsliga*, die 1943 aus der Spaltung der *Kommunistischen Partei Palästinas* in eine jüdisch-zionistische und eine palästinensische Sektion hervorging, nannte den von den Nazis entfesselten Weltkrieg in ihrem Gründungspapier „die schrecklichste und aggressivste koloniale Bewegung, die die Menschheit je gesehen hat.“³²

Zur Kolonialpolitik Nazi-Deutschlands wurden in den 1960er Jahren die ersten wissenschaftlichen Arbeiten veröffentlicht. Den Vorreiter machte, wie so oft, die DDR: 1961 erschien ein Aufsatz von Horst Kühne über die „faschistische Rassentheorie im Dienst der Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus“ und im Jahr darauf ein Buch desselben Autors zum selben Thema.³³

28 Vgl. ebd. S. 147-51.

29 Ebd. S. 73.

30 Ebd. S. 45.

31 Vgl. Cao-Van-Hoa, Edmond: „Der Feind meines Feindes ...“. Darstellungen des nationalsozialistischen Deutschland in ägyptischen Schriften“, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 1990, S. 68, 81, 83-85, 87-89, 161f., 167. Vgl. Gershoni, Israel; Nordbruch, Götz: „Sympathie und Schrecken. Begegnungen mit Faschismus und Nationalsozialismus in Ägypten, 1922-1937“, Klaus Schwarz Verlag, Berlin 2011, S. 53-56, 110, 119f., 124f., 131, 135, 137-39, 141-45, 147, 149-54, 157-59, 183-245. Vgl. Schumann, Christoph: „Symbolische Aneignungen. Antün Sa'ādas Radikalnationalismus in der Epoche des Faschismus“. In: Höpp, Gerhard (Hrsg.); Wien, Peter (Hrsg.); Wildangel, René (Hrsg.): „Blind für die Geschichte? Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus“, Klaus Schwarz Verlag, Berlin 2004, S. 157-80. Vgl. Wildangel, René: „Zwischen Achse und Mandatsmacht. Palästina und der Nationalsozialismus“, Klaus Schwarz Verlag, Berlin 2007, S. 151-54.

32 Zitiert nach Wildangel: „Feind der Menschheit“, S. 148.

33 Kühne, Horst: „Die faschistische Rassentheorie im Dienst der Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus“. In: Göschler, Henry (Hrsg.): „Rassen, Rassen„theorie“ und imperialistische Politik. Fünf Beiträge zur Kritik der Rassen„theorie“, Dietz Verlag,

1965 erschienen ein Heft über die Afrika-Politik der *IG Farben* und ein Aufsatz über die Kolonialforderungen Nazideutschlands.³⁴ Die BRD zog 1963 mit einem Aufsatz und 1967 und 1969 mit je einer Monografie nach.³⁵ In den folgenden mehr als zwei Jahrzehnten erschienen verschiedene Aufsätze zur Kolonialpolitik Nazi-Deutschlands, sowohl in der DDR als auch in der BRD. In den DDR-Standardwerken zur Geschichte Afrikas und zur Geschichte der Araber wurde die Zeit des Zweiten Weltkriegs und insbesondere die Politik der faschistischen Mächte gegenüber diesen Regionen relativ ausführlich behandelt,³⁶ während die Jahre 1933-45 in den meisten westdeutschen Werken bis heute in wenigen Zeilen abgehandelt werden. 1993 wurde die bereits zwei Jahrzehnte zuvor fertiggestellte Dissertation des kameruneschen Historikers Alexandre Kum'a Ndumbe III. zur Afrika-Politik der Nazis auf Deutsch verlegt.³⁷ Seither erschienen einige weitere Aufsätze und seit den 2000er Jahren auch mehrere Bücher zur faschistischen Kolonial- und zur damit thematisch zwangsläufig eng verknüpften Afrika-, Araber- und Islampolitik.

Einige bürgerliche Historiker führen die strategische Fokussierung der faschistischen Führung Deutschlands auf den Osten und gegen die Sowjetunion in erster Linie auf die Person Hitlers und auf dessen ideologisches Programm zurück.³⁸ Gerade Klaus Hildebrand, der 1969 eine fast 1000 Seiten starke Studie zur Kolonialpolitik der NSDAP vorgelegt hatte, vertrat die These eines „Hitler'schen Programms“. An dieser Personen- und Ideologiefixierung

Berlin 1961. Ders.: „Faschistische Kolonialideologie und zweiter Weltkrieg“, Dietz Verlag, Berlin 1962.

34 Schmelzer, Janis: „IG-Farben stossen nach Afrika. Zur Kolonialgeschichte und kolonialen Tradition der IG-Farben-Nachfolgegesellschaften“, VEB Filmfabrik Wolfen, Bitterfeld/Wolfen 1965. Groehler, Olaf: „Kolonialforderungen als Teil der faschistischen Kriegszielplanung“. In: Zeitschrift für Militärgeschichte 5/1965, S. 547-62.

35 Weinberg, Gerhard L.: „German Colonial Plans and Policies, 1938-1942“. In: „Geschichte und Gegenwartsbewusstsein. Festschrift für Hans Rothfels“, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1963, S. 462-91. Schmokel, Wolfe W.: „Der Traum vom Reich. Der deutsche Kolonialismus von 1919-1945“, Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh 1967. Hildebrand: „Weltreich“.

36 Loth: „Geschichte Afrikas“. Rathmann, Lothar u. a. : „Geschichte der Araber. Von den Anfängen bis zur Gegenwart Band 3 und 4. Die arabische Befreiungsbewegung im Kampf gegen die imperialistische Kolonialherrschaft (1917-1945), Akademie-Verlag, Berlin 1974.

37 Ndumbe III.: „Hitler in Afrika“.

38 Vgl. Hildebrand: „Weltreich“, S. 767-75. Vgl. Linne: „Jenseits des Äquators“, S. 165-68.

wiederum wurde von marxistischer Seite scharfe Kritik geübt.³⁹ Aber auch Ndumbe III. warf Hildebrand vor, „die ökonomischen Faktoren [...] zu wenig [zu] berücksichtig[en].“⁴⁰ Allerdings lieferte Hildebrand auch einen für eine materialistische Argumentation durchaus interessanten Hinweis, indem er betonte, dass zwar die verarbeitende und die chemische Industrie (insbesondere die *IG Farben*) sowie das Handelskapital ein unmittelbares ökonomisches Interesse an afrikanischen Kolonien gehabt hätten, die Schwerindustrie – mit Ausnahme der *Krupp AG* – dagegen kaum.⁴¹

Die Funktion der kolonialen Propagandakampagne ab 1935/36 wird in der Literatur relativ einhellig eingeordnet. Die folgende Auflistung stützt sich auf Kühne: Außenpolitisch wollte man mit den lautstarken revisionistischen Forderungen Großbritanniens zum Einlenken gegenüber den deutschen Ambitionen in Osteuropa bewegen. Innenpolitisch diente die Kolonialpropaganda einerseits der Ablenkung vom durch die massive Aufrüstung verursachten sinkenden Lebensstandard der Bevölkerung. Andererseits und vor allem aber war sie ein wichtiges Mittel der ideologischen Kriegsvorbereitung. Darin lag eine Besonderheit: Das Problem war nämlich, dass die Briten als „nordisches Brudervolk“ galten und Rassismus hier also unbrauchbar war. Daher griff man in Berlin erneut zur Polemik gegen das „Versailler Diktat“ und die deutschen Kolonien in „fremder Hand“. Darüber hinaus sollte die Kolonialpropaganda das deutsche Volk auf einen weiteren kolonialen Raubkrieg einstimmen, diesmal in Europa selbst.⁴²

Was die italienische Kolonialpolitik angeht, so kritisiert Francesco Filippi in einer kürzlich auf Deutsch erschienenen Arbeit, dass der eigene Kolonialismus im italienischen Diskurs zumeist auf den „Kolonialismus „Marke Mussolini““ verkürzt und die „Verantwortung Italiens [...] auf die zwanzig Jahre der Mussolini-Herrschaft beschränkt“ bleibe.⁴³ Allerdings war der Angriffskrieg

39 Vgl. Eichholtz: „Expansionsprogramm“, S. 28. Ders.: „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945 Band 2“, Saur Verlag, München 1999, S. 449. Hass, Gerhart; Greiser, Ingeborg: „Zweiter Weltkrieg“. In: Berthold, Werner u. a. (Hrsg.): Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1977, S. 355.

40 Ndumbe III.: „Hitler in Afrika“, S. 32.

41 Ebd. S. 140-56.

42 Vgl. Kühne: „Faschistische Kolonialideologie“, S. S. 37-40, 42-46, 50-54.

43 Filippi, Francesco: „„Aber wir haben ihnen doch Straßen gebaut!“ Das italienische Kolonialreich: Terror, Lügen und Vergessen“, Verlag Edition AV, Bodenburg 2024, S. 11.

des faschistischen Italien 1935 auf Äthiopien letztlich das einzige italienische Kolonialunternehmen, das nicht de facto im Interesse des britischen Imperialismus lag und auch nicht mit London im Vorhinein abgestimmt war. Insofern ließe sich argumentieren, dass die italienischen Faschisten nicht nur die Kolonialpolitik der Liberalen fortgesetzt und in ihrer Brutalität auf die Spitze getrieben, sondern sie auch erstmals zu einem eigenständigen Projekt des italienischen Imperialismus gemacht haben. Das umso mehr, als Mussolini sein ostafrikanisches Imperium nun explizit gegen Großbritannien durchsetzen wollte, indem er von Libyen aus in Richtung Ägypten marschieren ließ, um den Sueskanal zu besetzen und Ägypten und den Sudan unter Kontrolle zu bringen.⁴⁴ Gabriele Schneider wiederum ging anhand der Kolonialpolitik der italienischen Faschisten der Behauptung von Historikern wie Renzo De Felice, Karl Dietrich Bracher oder Hildebrand nach, wonach der „Nationalsozialismus“ und der italienische Faschismus sich dadurch unterschieden, dass letzterer deutlich weniger rassistisch gewesen sei. Damit argumentieren sie zugleich gegen einen universellen Faschismus-Begriff.⁴⁵ Sie kam dabei zu dem Ergebnis, dass der Rassismus zwar „nicht als ein konstituierendes Element“ des italienischen Faschismus angesehen werden könne, das spätere, sowohl mit der Kolonialpolitik in Libyen und dem Überfall auf Äthiopien als auch mit dem an Nazi-Deutschland orientierten antisemitischen Kurs zusammenhängende „Einschwenken auf rassenpolitische Prämissen – bei allen Unterschieden in Intensität und Ausprägung – wiederum die ideologische Affinität der deutschen und italienischen Diktatur“ durchaus beweise.⁴⁶

Zuletzt ein paar Anmerkungen zur faschistischen Politik gegenüber den Arabern bzw. Muslimen: Dieses Thema ist aufgrund des gerade in Deutschland weit verbreiteten Geschichtsrevisionismus à la Benjamin Netanjahu, Matthias Küntzel, *Amadeu-Antonio-Stiftung* und *Ruhrbarone* von hoher Aktualität. 1965 erschien in der DDR eine Pionierarbeit von Heinz Tillmann zu „Deutschlands Araberpolitik im zweiten Weltkrieg“,⁴⁷ an die insbesondere der ehemalige DDR-Arabist und -Islamwissenschaftler Gerhard Höpp und das *Zentrum Moderner Orient* (ZMO) kritisch anschlossen. Höpp, das ZMO und einige andere

44 Vgl. ebd. S. 21, 27, 37f., 43-48, 52, 67-69.

45 Vgl. Schneider, Gabriele: „Mussolini in Afrika. Die faschistische Rassenpolitik in den italienischen Kolonien 1936-1941, SH-Verlag, Köln 2000, S. 11,

46 Ebd. S. 270.

47 Tillmann, Heinz: „Deutschlands Araberpolitik im zweiten Weltkrieg“, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1965.

Autoren konnten in den zwei Jahrzehnten, gestützt auf arabische Quellen, den Mythos widerlegen, wonach die Faschisten einen starken Einfluss oder auch nur besonders große Sympathie in den arabischen Ländern genossen hätten.⁴⁸ Wie oben erwähnt, waren sich viele Intellektuelle und Politiker über den rassistischen und imperialistischen Charakter der Faschisten im Klaren. Zwar bemühten sich Mussolini, Franco und Hitler tatsächlich zu verschiedenen Zeiten und mit verschiedenen Zielen – um ihre eigenen Kolonien ruhig zu halten, um die britische bzw. französische Kolonialherrschaft zu destabilisieren, um die feindlichen Armeen zu zersetzen oder um Truppen in Nordafrika, auf dem Balkan und in der Sowjetunion zu rekrutieren – um ein „pro-arabisches“ bzw. „pro-muslimisches“ Image. Doch insbesondere Italien, mit seinen Kolonialkriegen in Afrika, war unbeliebt.⁴⁹ Und auch Deutschlands großangelegte Propaganda in Nordafrika und der Versuch, arabische Einheiten aufzustellen, waren letztlich ein „Misserfolg“, wie David Motadel konstatiert.⁵⁰ Stefan Petke geht zudem davon aus, „dass die muslimischen Einheiten“, die Deutschland in kleinen Mengen in Nordafrika und in größeren in Osteuropa aushob, „in einer Tradition kolonialer Hilfstruppen gesehen werden müssen“, so wie sie in allen besetzten Gebieten von den Kolonialherren eingesetzt wurden, um, unter Zwang oder für ein kleines Gehalt, als Kanonenfutter zu dienen, harte oder gefährliche Arbeit zu übernehmen, die lokale Bevölkerung ruhig zu halten und die ortsfremden Besatzer zu führen.⁵¹

48 Zu nennen sind insbesondere: Achcar, Gilbert: „Die Araber und der Holocaust. Der arabisch-israelische Krieg der Geschichtsschreibungen“, Nautilus Verlag 2012. Cao-Van-Hoa: „Der Feind meines Feindes“. Gershoni, Nordbruch: „Sympathie und Schrecken“. Höpp; Wien; Wildangel: „Blind?“. Motadel, David: Für Prophet und Führer. Die Islamische Welt und das Dritte Reich, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2017. Wagenhofer, Sophie: „„Rassistischer“ Feind – politischer Freund? Inszenierung und Instrumentalisierung des Araberbildes im nationalsozialistischen Deutschland“, Klaus Schwarz Verlag, Berlin 2010. Wildangel: „Achse und Mandatsmacht“.

49 Vgl. Cao-Van-Hoa: „Feind meines Feindes“, S. 162. Vgl. Gershoni, Israel: „„Der verfolgte Jude“. Al-Hilals Reaktionen auf den Antisemitismus in Europa und Hitlers Machtergreifung“. In: Höpp; Wien; Wildangel: „Blind?“, S. 68f. Vgl. Wildangel, René: „„Der größte Feind der Menschheit“. Der Nationalsozialismus in der arabischen öffentlichen Meinung in Palästina während des Zweiten Weltkrieges“. In: Höpp: „Blind?“, S. 123.

50 Motadel: „Prophet und Führer“, S. 135.

51 Petke, Stefan: „Muslime in der Wehrmacht und Waffen-SS. Rekrutierung, Ausbildung, Einsatz“, Metropol Verlag, Berlin 2016, S. 481.

|| 3. Koloniale Wurzeln des Faschismus

Aufmerksame Zeitgenossen in den verschiedenen Teilen der Welt – und gerade solche, die selbst von Rassismus und Imperialismus betroffen waren – hatten aber nicht nur einen geschärften Blick für die kolonialen Ambitionen der Faschisten. Roy etwa wies auch auf die ideologischen Wurzeln dieses faschistischen Kolonialismus hin. In seinem Buch über den Faschismus aus dem Jahr 1938 schrieb er im Kapitel über den „Herrenmenschen-Kult“: „Der unmittelbare politische Ausdruck“ dieses auf Nietzsche zurückgehenden Konzepts „war die Forderung des deutschen Imperialismus nach einem „Platz an der Sonne“ – das heißt koloniale Expansion“ noch zu Zeiten des Kaiserreichs. „Faschismus“ wiederum sei „die krasseste Manifestation derselben Philosophie der Macht und Raubtierhaftigkeit.“⁵² Ähnlich urteilte 1940 auch W. E. B. Du Bois⁵³: „Hitler ist der späte, rohe, aber logische Vertreter der Rassenphilosophie der weißen Welt seit der Berliner Konferenz von 1884.“⁵⁴

Hannah Arendt, die bereits 1945/46 viel über den Zusammenhang zwischen Imperialismus, Kolonialrassismus und Antisemitismus geschrieben hatte,⁵⁵ untersuchte in ihrem 1951 erschienenen Werk *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* den Imperialismus neben dem Antisemitismus als eine der beiden politischen und ideologischen Wurzeln des deutschen Faschismus. Ohne die von Marx, Hobson, Hilferding, Lenin und Luxemburg festgestellten ökonomischen Triebkräfte des Kapitalismus hin zum Imperialismus in Abrede zu stellen, benannte sie „den Versuch [...], die Menschheit in Herren- und Sklavenrassen, in „higher and lower breeds“, in Schwarze und Weiße, in Bürger und eine „force noire“ [...] einzuteilen“ als „die eigentliche politische Struktur“ des Imperialismus.⁵⁶ Dass dieser Rassismus also „die Waffe des Imperialismus“ sei, war Arendt zufolge „evident“ und letztlich eine „Binsenweisheit“.⁵⁷

52 Roy: „Fascism“, S. 45.

53 William Edward Burghardt Du Bois (1868-1963) war ein schwarzer US-amerikanischer Historiker und Soziologe, Mitbegründer der schwarzen Bürgerrechtsbewegung und des Panafrikanismus. Außerdem galt er ab den 1920er Jahren als Bewunderer der Sowjetunion, hatte enge Kontakte zur *Kommunistischen Partei der USA* und trat ihr 1961 auch bei.

54 Du Bois, W. E. B.: „Writing“, The Library of America, New York 1986, S. 1243.

55 Vgl. Losurdo, Domenico: „Der westliche Marxismus. Wie er entstand, verschied und auferstehen könnte“, PapyRossa Verlag, Köln 2021, S. 147-50, 158

56 Arendt, Hannah: „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft Band 2. Imperialismus“, Ullstein Verlag, Frankfurt am Main 1975, S. 18.

57 Ebd. S. 69.

Er habe schon „lange vor den Nazis [...] große Teile der geistigen Welt des Abendlandes entscheidend bestimmt.“ Den Rassebegriff hätten „weder die Nazis noch die Deutschen entdeckt, er ist nur nie vorher mit solch gründlicher Konsequenz in die Wirklichkeit umgesetzt worden.“⁵⁸ Diese letzte Formulierung klingt sehr nach Du Bois, ohne dass Arendt sich auf ihn bezogen hätte. Ideengeschichtlich leitet sie den deutschen Faschismus nicht direkt aus dem kolonialen, sondern aus dem „kontinentalen Imperialismus“ ab. Letzterer habe sich, weil ein Kind des späten 19. Jahrhunderts und auch „vielleicht weil er als eine Reaktion auf den Überseeimperialismus entstanden war, von vornherein an Rassebegriffen“ orientiert und sich die Rassentheorien „viel enthusiastischer und bewußter zu eigen gemacht.“⁵⁹ In Bezug auf die Ideologie ist der kontinentale Imperialismus also bildlich gesprochen der jüngere Bruder des überseeischen und der Nazi-Faschismus wiederum seine Ausgeburts. Hinzu kommt noch die „totalitäre Bürokratie“, die sich, im Gegensatz zu den Herrschaftsapparaten nicht-totalitärer Regime, „in alle Angelegenheiten der Bürger, private wie öffentliche, seelische wie äußere mit gleicher Konsequenz und Brutalität einzuschalten“ verstehe.⁶⁰ Sowohl der Rassismus als auch die Bürokratie seien „außerhalb Europas in Afrika, dem schwarzen Kontinent, experimentiert worden.“⁶¹ Obwohl das Buch als ihr zentrales Werk gilt und weithin bekannt ist, findet diese Argumentation Arendts bis heute wenig Beachtung. Stattdessen wird es – und das dürfte sich die Autorin mit ihrer anti-kommunistischen und dann auch anti-antikolonialen Wende, die in diesem Werk offen zutage tritt, selbst zuzuschreiben haben –⁶² in erster Linie als ein Manifest des „Anti-Totalitarismus“ (siehe Kapitel 3) und damit letztlich des liberalen Antikommunismus der Nachkriegszeit gefeiert.

Ein von verschiedenen Autoren behandelte Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Faschismus ist der sogenannte „Bumerang-Effekt“: Bereits 1936 schrieb Padmore über den Faschismus der Siedler in den britisch beherrschten Gebieten Afrikas.⁶³ Dabei stellte er fest, dass die Kolonien „der Nährboden für die Art faschistischer Mentalität“ seien, „die heute in Europa

58 Ebd. S. 65.

59 Ebd. S. 159.

60 Ebd. S. 192.

61 Ebd. S. 105.

62 Siehe Losurdo: „Westlicher Marxismus“, S. 150-69.

63 Vgl. Padmore: „How Britain rules in Africa“, Negro University Press, New York 1969, S. 74, 129f.

entfesselt wird“, weshalb der Kampf gegen den Faschismus in Europa mit dem Kampf gegen den Kolonialismus verbunden sei.⁶⁴ Im Jahr darauf erklärte auch Jawaharlal Nehru, wenn auch auf abstrakterer Ebene und ohne Verweis auf die Kolonialsiedler als treibende Kraft, dass Demokratie und Imperialismus inkompatibel seien: „das eine muss das andere schlucken.“ Daher müsse „das Imperium sich selbst liquidieren oder in den Faschismus abdriften.“⁶⁵ In seinem 1950 erstmals erschienenen *Discours sur le Colonialisme* schrieb Aimé Césaire⁶⁶ darüber,

„wie die Kolonisation daran arbeitet, den Kolonisator zu entzivilisieren, ihn im wahrsten Sinne des Wortes zu verrohen [...] wenn in Vietnam ein Kopf abgeschlagen und ein Auge ausgestochen wird und in Frankreich nimmt man das hin, ein Kind vergewaltigt wird und in Frankreich nimmt man das hin, ein Madagasse hingerichtet wird und in Frankreich nimmt man das hin.“

Es handle sich bei diesem offen ausgelebten Rassismus um ein „Gift“, das „in die Adern Europas infiltriert“ werde und zur „Verwilderung des Kontinents“ führe. Die Faschisten profitierten davon und holten „eines schönen Tages“ zum „gewaltigen Gegenschlag“ in der Metropole selbst aus.⁶⁷ In der englischen Übersetzung wurde dieser „Gegenschlag“ mit „boomerang“ übersetzt, wodurch der Begriff des „Imperial boomerang“ geprägt wurde. Dieser findet sich bereits im Jahr darauf bei Arendt wieder, die von einer „große[n] Furcht vor dem Bumerangeffekt in den Mutterländern“ schrieb.⁶⁸ Sie erklärt allerdings auch, dass der „kontinentale Imperialismus“ aufgrund seiner räumlichen Nähe im Gegensatz zum überseeischen Kolonialismus „keiner Bumerangeffekte bedurfte, um die Konsequenzen imperialistischer Methoden und Herrschaftsvorstellungen unmittelbar in Europa selbst fühlbar zu machen.“⁶⁹

64 Ebd. S. 4.

65 Nehru, Jawaharlal: „Eighteen Month in India, 1936-1937. Being Further Essays and Writings“, Kitabistan, Allahabad 1938, S. 125/131. 1938 erschien bereits eine Zweitaufgabe des Buchs mit abweichender Seitenummerierung, daher werden hier jeweils beide angeführt.

66 Césaire (1913-2008) stammte aus der französischen Karibik-Kolonie Martinique und war Schriftsteller und Politiker und einer der Begründer der „Négritude“. 1945-55 war er aktives Mitglied der *Kommunistischen Partei Frankreichs*.

67 Césaire, Aimé: „Über den Kolonialismus“, Wagenbach Verlag, Westberlin 1968, S. 12.

68 Arendt: „Elemente und Ursprünge“, S. 7.

69 Ebd. S. 158.

Albert Memmi⁷⁰ konkretisierte die These vom „Bumerang-Effekt“ 1957 weiter, indem er mit den Kolonialisten ein Subjekt ins Spiel brachte: Weil nämlich der Kolonialismus von der Metropole abhängt, neigten diese ihm zufolge dazu, reaktionäre Kräfte im „Mutterland“ zu unterstützen, die das Fortbestehen der kolonialen Herrschaft am ehesten gewährleisten. Der „Kolonialfaschismus“ expandiere also nach Europa.⁷¹ Zur Einordnung sei darauf hingewiesen, dass Padmore primär Afrika und Großbritannien, Nehru Indien, Spanien und Britannien vor 1945, Arendt vor allem Deutschland und Césaire wiederum Afrika, Vietnam und Frankreich und Memmi Algerien und Frankreich nach 1945 im Blick hatten. Memmis Buch erschien mitten im Algerienkrieg und am Vorabend des Putsches pro-kolonialistischer Militärs von 1958, der die Vierte Republik in Frankreich beendete.

Schon früh wurden Gemeinsamkeiten und Kontinuität zwischen dem Rassismus der Nazis und dem westlich des Atlantiks gezogen. C. L. R. James⁷² verglich bereits in seinem Werk *Die schwarzen Jakobiner*⁷³ über die haitianische Revolution von 1791 die Abstammungsregelungen und die „Rassen“hierarchie in der Karibik mit jenen in Nazideutschland: Die Faschisten hätten den Deutschen „eine arische Großmutter ebenso wertvoll erscheinen [lassen], wie die Herrschenden von damals den M*latten einen karibischen Vorfahr“,⁷⁴ das heißt einen zwar schwarzen, aber eben nicht einen versklavten afrikanischen, sondern einen frei geborenen karibischen Indigenen. James schrieb diesbezüglich, dass man diesen Rassen- und Abstammungswahn „nach der

70 Memmi (1920-2020) war ein tunesischer jüdischer Soziologe. Er war in der tunesischen Unabhängigkeitsbewegung engagiert und beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit Rassismus und Kolonialismus.

71 Memmi, Albert: „Der Kolonisator und der Kolonisierte. Zwei Porträts“, Syndikat Verlag, Frankfurt am Main 1980, S. 67.

72 Cyril Lionel Robert James (1901-89) war ein aus Trinidad stammender Schriftsteller, Kulturtheoretiker und Trotzkist. Seine Arbeiten waren zentral für die afro-karibische politische Theorie und Kultur. Sein Buch *Die schwarzen Jakobiner* wurde 1984 in der DDR verlegt.

73 Die Erstauflage erschien 1938 und soll bereits Verbindungen zwischen Kolonialismus und Faschismus aufgezeigt haben. (Vgl. James, C. L. R.: „Die schwarzen Jakobiner. Toussaint Louverture und die Haitianische Revolution“, Dietz Verlag, Berlin 2022, S. 16.) Für diesen Aufsatz konnten aber nur die 1963 von James selbst überarbeitete und aktualisierte Neuauflage und deren beiden deutsche Übersetzungen herangezogen werden.

74 James, C. L. R.: „Die schwarzen Jakobiner. Toussaint L'Ouverture und die Unabhängigkeitsrevolution in Haiti“, Pahl-Rugenstein, Köln 1984, S. 54f. Zensur durch L. W.

Zeit des Hitlerfaschismus besser verstehen“ könne.⁷⁵ Über die Südstaaten der USA schrieb A. Philip Randolph⁷⁶ 1943, dass diese Nazi-Deutschland in Sachen Rassismus in nichts nachstünden. Es gäbe „keinen Unterschied zwischen Hitler aus Deutschland und [Gouverneur] Talmadge aus Georgia oder [...] [Senator] Bilbo aus Mississippi.“⁷⁷ Der jüdische Theologe Richard L. Rubenstein stellte 1987 fest: „Die Verbindung zwischen den genozidalen Siedlergesellschaften des 18. und 19. Jahrhunderts und dem Völkermord des 20. Jahrhunderts lässt sich in Adolf Hitlers „Lebensraumprogramm“ erkennen.“⁷⁸ Er zog insbesondere eine Linie von der Ausrottung der nordamerikanischen Ureinwohner zur Vernichtungspolitik der Nazis in Osteuropa, wobei er die Faschisten, ähnlich wie Roy und Du Bois, als eine Art noch brutalere Weiterentwicklung der Kolonialisten betrachtete: „In Hitlers Augen waren die Slawen dazu bestimmt, die Indianer Europas zu werden. Sie sollten vertrieben, entwurzelt, versklavt und notfalls vernichtet werden, um Platz für Deutschlands Überbevölkerung zu schaffen. Anders als die früheren Kolonisatoren machte sich Hitler keine Illusionen über den Völkermord eines solchen Unterfangens.“⁷⁹ 1995 wies auch Mark Mazower auf den „Wilden Westen“ als Vorbild für den Krieg der Nazis im Osten hin.⁸⁰ Seine damals erhobene „Forderung nach einer genaueren Untersuchung der kolonialen Wurzeln der nationalsozialistischen Politik verhalte“ jedoch „weitgehend ungehört.“⁸¹ Ward Churchill⁸² argumentierte zwei Jahre später gegen die These der „Singularität“ des Holocaust. Dabei kritisierte er nicht nur, dass der Völkermord an den europäischen Juden den Völkermord an den Slawen im westlichen Bewusstsein überdeckte, sondern

75 Ebd. S. 53.

76 Asa Philip Randolph (1889-1979) war ein schwarzer US-amerikanischer Sozialist, Gewerkschafter, Bürgerrechtsaktivist und Bewunderer Gandhis.

77 Zitiert nach Kapur, Sudarshan: „Raising up a Prophet. The African-American encounter with Gandhi“, Beacon Press, Boston 1992, S. 112.

78 Vgl. Rubenstein, Richard L.: „Afterword: Genocide and Civilization“. In: Wallimann, Isidor (Hrsg.); Dobkowski, Michael (Hrsg.): „Genocide and the Modern Age. Etiology and Case Studies of Mass Death“, Green Wood Press, New York/Westport/London 1987, S. 287f.

79 Ebd. S. 288.

80 Vgl. Mazower, Mark: „After Lemkin. Genocide, the Holocaust and History“. In: The Jewish Quarterly 5, 1995, S. 7.

81 Zimmerer, Jürgen: „Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust“, LIT-Verlag, Berlin/Münster 2011, S. 140.

82 Churchill (*1943) lehrte bis 2007 *Ethnic Studies* an der Universität von Colorado und war lange in der indigenen Bürgerrechtsbewegung in den USA engagiert.

setzte beide in eine Reihe von Genoziden.⁸³ Dabei zeigte er auch Parallelen zwischen der Ausrottung der amerikanischen Ureinwohner, indem er etwa eine Linie vom Kriegsrecht in der ersten britischen Kolonie Nordamerikas 1610 über die „Manifest Destiny“-Ideologie während der Westexpansion der USA bis hin zu Hitlers „Lebensraum im Osten“ zog.⁸⁴ 2008 arbeiteten Hermann Ploppa und 2010 Domenico Losurdo⁸⁵ u. a. die aus den USA stammenden rassistischen Ideologeme heraus, die Einfluss auf die Nazi-Ideologie hatten, wozu nicht zuletzt die Termini „Untermensch“ und „Endlösung“ und die damit zusammenhängenden politischen Konzepte zählten.⁸⁶ 2017 folgte die Studie des US-Juristen James Whitman, die nachwies, wie stark die Nürnberger Rassengesetze von der rassistischen US-Gesetzgebung beeinflusst waren.⁸⁷

Sven Lindqvists 1992 erstmals auf Englisch erschienener, international viel beachteter literarischer Streifzug durch die Geschichte der kolonialen Völkermorde führte ihn ebenfalls zum Massenmord der deutschen Faschisten. Er betont, dass der koloniale Genozid Ende des 19. Jahrhunderts quasi zur Norm gehörte:

„Die Luft, die [der junge Hitler] und alle anderen Menschen im Westen in seiner Kindheit atmeten, war erfüllt von der Überzeugung, dass Imperialismus ein biologisch notwendiger Prozess ist, der nach den Naturgesetzen zur unvermeidlichen Vernichtung der niederen Rassen führt. Es war eine Überzeugung, die bereits Millionen Menschenleben gekostet hatte, bevor Hitler sie zu seiner höchst persönlichen Überzeugung machte.“⁸⁸

83 Vgl. Churchill, Ward: „A little Matter of Genocide. Holocaust and Denial in the Americas 1492 to the Present“, City Lighters Publishers, San Francisco 1997.

84 Vgl. ebd. S. 147.

85 Losurdo (1941-2018) war ein italienischer kommunistischer Historiker und Philosoph. Einer seiner Schwerpunkte lag auf der Geschichte des Antikolonialismus im 20. Jahrhundert in Verbindung mit der kommunistischen Weltbewegung.

86 Vgl. Losurdo, Domenico: „Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?“, Kai Homilius Verlag, Berlin 2010, S. 38-59. Vgl. Ploppa, Hermann: „Hitlers amerikanische Lehrer. Die Eliten der USA als Geburtshelfer des Nationalsozialismus“, Liepsen Verlag, Steure 2008, S. 25-117, 167-284.

87 Whitman, James Q.: „Hitlers amerikanisches Vorbild. Wie die USA die Rasengesetze der Nationalsozialisten inspirierten“, C. H. Beck Verlag, München 2018.

88 Lindqvist, Sven: „Exterminate all the Brutes“, The New Press, New York 1996, S. 141.

Und auch der Holocaust folgt ihm zufolge demselben Muster wie die kolonialen Genozide:

„Die Nazis steckten den Juden einen Stern an ihre Mäntel und pferchten sie in „Reservaten“ ein – genau wie die Indianer, die Hereros, die Buschmänner, die Amandabele und all die anderen [...] Sie starben allein, sobald die Nahrungsmittelversorgung der Reservate unterbrochen wurde.“⁸⁹

2001 erschien auf Französisch die Studie *Weißer Barbarei* von Rosa Amelia Plumelle-Uribe. Sie zieht eine Linie von der Vernichtung der Indigenen Amerikas über die Versklavung der Afrikaner bis hin zum deutschen Faschismus. Sie bleibt allerdings nicht 1945 stehen, sondern schreibt die Geschichte anhand des Rassismus in den USA und des Apartheidregimes in Südafrika weiter. Sie spricht von einer dem Kolonialismus entsprungenen „Kultur der Vernichtung“: „Die Vorstellung, es gäbe minderwertige Menschen, die ausgelöscht werden können, war im gesamten europäischen Kulturraum verbreitet.“⁹⁰ Daher habe der „Übergang von der „weißen“ zur „arischen Rasse“ [...] die bequeme Gewissheit, die bis dorthin alle Weißen aus ihrer Zugehörigkeit zur Herrenrasse bezogen“, zwar erschüttert.⁹¹ Sie sei aber dennoch anschlussfähig gewesen.

Eine weitere, allerdings bislang wenig beachtete Kontinuität zwischen Kolonialismus und Faschismus ist die personelle: Franco etwa stieg während seines Einsatzes gegen die Rif-Republik unter Abdel Krim zum jüngsten General Europas auf und setzte die dort gemachten Erfahrungen auch während des Spanischen Bürgerkriegs ein.⁹² Auch General Pétain war ab 1921 als Oberbefehlshaber an diesem Kolonialkrieg beteiligt. Der bereits erwähnte Franz Ritter von Epp wiederum setzte seine in den Kolonialkriegen in China und Namibia erlangten Kenntnisse in Aufstandsbekämpfung 1919 bei der Zerschlagung der Münchner Räterepublik und 1920 bei der Vernichtung der Roten Ruhrarmee ein. Hermann Görings Vater war oberster Kolonialherr in Deutsch-Südwestafrika und der in Alexandria geborene Rudolf Heß stammte aus einer kolonialen Kaufmannsfamilie und verbrachte seine Kindheit unter

89 Ebd. S. 160.

90 Plumelle-Uribe, Rosa Amelia: „Weiße Barbarei. Vom Kolonialrassismus zur Rassenpolitik der Nazis“, Rotpunkt Verlag 2004, S. 17f.

91 Ebd. S. 168f.

92 Vgl. Kunz, Rudibert; Müller, Rolf-Dieter: „Giftgas gegen Abd el Krim. Deutschland, Spanien und Marokko und der Gaskrieg in Spanisch-Marokko 1922-1927“, Rombach Verlag, Freiburg 1990, S. 32-34.

deutschen Siedlern in Ägypten. Inwiefern sich derartige persönliche Hintergründe und Erfahrungen bei verschiedenen faschistischen Funktionären niederschlugen und ob es dabei Auffälligkeiten und Muster gibt, bedarf weiterer Forschung. Während Mazower bereits 1995 auf den kolonialen Hintergrund mancher NS-Mediziner aufmerksam machte,⁹³ erschien eine entsprechende Studie erst kürzlich.⁹⁴

|| 4. Kolonisierung Osteuropas

1957 behauptete der bereits 1929 der NSDAP beigetretene westdeutsche Historiker Walter Schlesinger in Bezug auf den Terminus der „ostdeutschen Kolonisation“: „Unsere östlichen Nachbarvölker hören den Ausdruck nicht gern, weil sie im Zeitalter des Kolonialismus und Antikolonialismus ihn als für sich herabsetzend empfinden.“⁹⁵ Darin wurde er noch 1981 von Wolfgang Wippermann⁹⁶ bestätigt.⁹⁷ Artur Weigandt schrieb dagegen 2023:

„Der moderne Antirassist geht zwar auf die Kolonisierung Afrikas ein. Auf den nationalsozialistischen Traum jedoch, auf den ‚Fall Barbarossa‘, den Kampf um den ‚Lebensraum im Osten‘, geht er nicht ein. Aber auch das war Kolonialisierung. Dafür starben Millionen Osteuropäer.“⁹⁸

Tatsächlich fällt allerdings auf, dass im sowjetischen und auch im DDR-Diskurs von einem kolonialen Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion kaum die Rede war. Zwar wurde der Große Vaterländische Krieg als ein patriotisches und klassenübergreifendes Unternehmen propagiert. Im Nachhinein jedoch wurde (wieder) der Widerspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus als zentraler Grund und als Wesen dieses Krieges betont. Es war zwar stets

93 Vgl. Mazower: „After Lemkin“, S. 6f.

94 Elsner, Gine: „Freikorps, Korporationen und Kolonialismus. Die soziale Herkunft von Nazi-Ärzte“, VSA Verlag, Hamburg 2024.

95 Schlesinger, Walter: „Die geschichtliche Stellung der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung“. In: Historische Zeitschrift 183, 1957, S. 520.

96 Wippermann (1945-2021) war ein Historiker, Faschismusforscher und Schüler Ernst Noltes. Er galt u. a. als linker Kritiker der „Totalitarismus“-Doktrin.

97 Vgl. Wippermann, Wolfgang: „Der ‚deutsche Drang nach Osten‘. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1981, S. 130.

98 Weigandt, Artur: „Die Verräter“, Hanser Verlag, Berlin 2023, S. 78f.

von einem „Vernichtungs-“ oder „Ausrottungskrieg“ die Rede, aber eine Parallele zu den Völkermorden in den Kolonien wurde in der Regel nicht gezogen.

Dabei machte bereits 1936 der aus einer jüdischen Familie stammende deutsche Kommunist Albert Norden deutlich: „Hitlers erträumte Kolonien liegen nicht nur in Afrika, sondern in Europa selbst.“⁹⁹ Ende Oktober 1939 warfen die KPD, die KPÖ und die KPČS der deutschen Führung vor, den Völkern Österreichs und der Tschechoslowakei „jedes Recht geraubt“ zu haben, „sie national [zu] unterdrücken und [...] sie wie Kolonialvölker aus[zu]plündern.“¹⁰⁰ 1962 stellte Kühne fest: „Die faschistischen Okkupanten praktizierten in vieler Hinsicht bis in Einzelheiten diejenigen Thesen, die das Kolonialpolitische Amt der NSDAP seit Jahren für die künftige „Eingeborenenpolitik“ in Übersee propagiert hatte.“¹⁰¹ Drei Jahre später bemerkte auch der westdeutsche Historiker Andreas Hillgruber, dass den Plänen der Nazis zufolge die Sowjetunion

„nicht nur wie die übrigen Teile Kontinentaleuropas in eine enge Abhängigkeit von der deutschen Führungsmacht gebracht, sondern auf die Stufe von Kolonialgebieten (zur wirtschaftlichen Ausbeutung und zur Besiedlung) herabgedrückt werden“

sollte. „Damit wurde eine im Zeitalter des Imperialismus bisher auf überseeische Räume beschränkte machtpolitische Zielsetzung auf Europa übertragen.“¹⁰²

Wie Jürgen Zimmerer feststellt, hat auch die Wissenschaft den Expansionismus Nazi-Deutschlands nach Osteuropa lange

„nicht unter dem Blickwinkel der Kolonialgeschichte betrachtet, sei es, weil man instinktiv Kolonialismus bestimmten geographischen Regionen außerhalb Europas zuordnet, sei es, weil man ein verfehltes Bild des Kolonialismus vor Augen hat.“¹⁰³

99 Zitiert nach Kühne: „Faschistische Kolonialideologie“, S. 40.

100 Zitiert nach Bayerlein, Bernhard H.: „„Der Verräter, Stalin, bist Du!“ Vom Ende der linken Solidarität: Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939-1941“, Aufbau Verlag, Berlin 2008, S. 185.

101 Kühne: „Faschistische Kolonialideologie“, S. 40.

102 Hillgruber, Andreas: „Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-1941“, Bernard & Graefe Verlag für Wehrwesen, Frankfurt am Main 1965, S. 567.

103 Zimmerer: „Von Windhuk nach Auschwitz“, S. 140.

Und das, obwohl, wie er und auch Losurdo herausstellten, Hitler persönlich sich immer wieder positiv auf das britische Kolonialreich in Indien und Afrika als Vorbild bezog¹⁰⁴ und nach dem Überfall auf die Sowjetunion den Vernichtungskrieg im Osten mit dem Ausrottungsfeldzug gegen die nordamerikanischen Ureinwohner verglich, wobei er die Slawen wiederholt als „Eingeborene“ bezeichnete.¹⁰⁵ Zudem soll er im Oktober 1942 explizit davon gesprochen haben, „dass Deutschlands Kolonien nicht mehr in Afrika, sondern im Osten lägen.“ Dieser Diskurs blieb nicht auf das Führerhauptquartier beschränkt, wie Karsten Sinne berichtet:

„[I]mmer mehr verbreitete sich die Ansicht, dass die besetzten Ostgebiete das neue „deutsche Kolonialland“ seien. Der Gebrauch der Ausdrücke „Kolonien“, „Kolonialland“ und „kolonial“ für die besetzten Ostgebiete hatte 1942 offensichtlich dermaßen überhand genommen“ und zu Verwirrung geführt, dass der Stabschef des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP für seinen Bereich anordnete, „sie auf die Kolonisation in tropischen und subtropischen Überseegebieten zu beschränken.“¹⁰⁶

Eine wirkliche Auseinandersetzung mit Osteuropa als Objekt kolonialistischer Diskurse und kolonialer Unterwerfung im Allgemeinen und in Bezug auf den faschistischen Ostfeldzug im Besonderen, die auch teilweise die Form einer Debatte annahm, kam erst in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten allmählich auf.¹⁰⁷ Hervorzuheben ist hier einerseits Losurdo, durch dessen gesamtes Werk sich das Thema Kolonialismus hindurchzieht, und andererseits die Arbeit Zimmerers, der ursprünglich aus der Afrika-Geschichtswissenschaft kommt.

Zimmerer stellte die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen den Kolonialkriegen und dem Krieg in Osteuropa heraus: Vernichtungskrieg und Genozid,

104 Vgl. Losurdo, Domenico: „Kampf um die Geschichte. Der historische Revisionismus und seine Mythen“, PapyRossa Verlag, Köln 2007, S. 134. Vgl. Zimmerer: „Von Windhuk nach Auschwitz“, S. 140.

105 Vgl. Losurdo, Domenico: „Stalin und Hitler. Zwillingsbrüder oder Todfeinde?“ In: Koch, Christoph (Hrsg.): „Gab es einen Stalin-Hitler-Pakt? Charakter, Bedeutung und Deutung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939“, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2015, S. 22.

106 Linne: „Jenseits des Äquators“, S. 148.

107 Vgl. Panagiotidis, Jannis; Petersen, Hans-Christian: „Antiosteuropäischer Rassismus in Deutschland. Geschichte und Gegenwart“, Beltz Juventa Verlag, Weinheim 2024, S. 18-20. Vgl. Zimmerer: „Von Windhuk nach Auschwitz“, S. 141f.

Rassismus und „Großraumpolitik mit der damit verbundenen „Ökonomie der Vernichtung“.“¹⁰⁸ Er bezieht sich in seiner Arbeit sowohl auf die *Postcolonial Studies* und die Siedlerkolonialismus-Forschung als auch auf die Forschung von Autoren, die als deren entschiedene Gegner auftreten, wie etwa Götz Aly und Saul Friedländer. Zugleich sind seine Beiträge wichtiger Teil und Bezugspunkt in einer politischen Debatte geworden, die von manchen bereits als „Neuer Historikerstreit“ bezeichnet wurde. Diese Auseinandersetzung nahm 2021 mit der Polemik des australischen Genozidforschers Dirk Moses gegen den „Neuen deutschen Katechismus“¹⁰⁹ Fahrt auf und spielte sich – von der politischen Linken in Deutschland weitgehend unbemerkt – zumeist in den Feuilletons deutscher Leitmedien ab.¹¹⁰ Seit dem 7. Oktober 2023 ist diese Auseinandersetzung umso erbitterter geworden, als sie von staatlicher, medialer und institutioneller Seite zunehmend repressiv erstickt wird. Umso bemerkenswerter ist es, dass Zimmerers Buch von 2011 kürzlich als Open Access-Neuaufgabe erschienen ist. Ein Aufsatz aus diesem Buch über die „Geburt des „Ostlandes“ aus dem Geiste des Kolonialismus“ wurde zudem in dem 2024 veröffentlichten ersten deutschsprachigen Sammelband zum Konzept des Siedlerkolonialismus abgedruckt. Dieses wiederum soll laut den Herausgebern Ilan Pappé und Jürgen Mackert der „Ausklammerung siedlerkolonialer Theorie und Analysen aus dem wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs in Deutschland“ entgegenwirken und führt die besagte Ausklammerung klar auf die „Legitimation des siedlerkolonialen Apartheidstaates Israel“ sowie das bewusste Verschweigen der deutschen Kolonialgeschichte zurück.¹¹¹

So wenig dieser „Neue Historikerstreit“ in der deutschen Linken Beachtung fand, so gründlich hat die bürgerliche Wissenschaft Losurdos Arbeit ignoriert. In Teilen der Linken dagegen genießt er heute einen gewissen Einfluss. Ob die Tatsache, dass Gerd Schumann dem „Generalplan Ost“ in seiner

108 Ebd. S. 147.

109 Moses, A. Dirk: „Der Katechismus der Deutschen“, 2021, Online: www.geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen (zuletzt eingesehen am 5.5.2025).

110 Vgl. Wystrychowski, Leon: „Der „Katechismus“-Streit: Politischer Kontext und (geschichts)wissenschaftliche Verantwortung“, 2023, Online: www.etosmedia.de/politik/der-katechismus-streit-politischer-kontext-und-geschichtswissenschaftliche-verantwortung (zuletzt eingesehen am 5.5.2025).

111 Mackert, Jürgen (Hrsg.); Pappé, Ilan (Hrsg.): „Siedlerkolonialismus. Grundlagentexte des Paradigmas und aktuelle Analysen“, Nomos Verlag, Baden-Baden 2024, S. 5f.

Einführung in das Thema Kolonialismus ein eigenes Kapitel gewidmet hat, auf Losurdo zurückzuführen ist, ist nicht klar – in der Literaturliste tauchen weder er noch Zimmerer auf. Jedenfalls fasst Schumann die Aussagen der beiden gut zusammen:

„Der Feldzug im Osten hatte die militärische Okkupation des gesamten europäisch-asiatischen Teils der Sowjetunion [...] zum Ziel. Danach sollte eine auf totaler Unterjochung und Massenvernichtung basierende Kolonisierung umgesetzt werden: Der „Generalplan Ost“ sah in mehreren Varianten die Errichtung einer Siedlungskolonie unter rigoroser Anwendung der Nazi-Rassenpolitik vor.“¹¹²

|| 5. Faschismus als Kolonialismus?

Die antirassistische und antikoloniale Literatur ist voll von Vergleichen zwischen Kolonialismus und Faschismus. Dabei gibt es selbstverständlich eine moralische Ebene, die vor allem auch daher rührt, dass der Terror der Nazis gerade auch von den Kolonialmächten bzw. dem politischen Westen als solcher anerkannt und verurteilt wurde. Hier setzt die Abwehr derer an, die sich vehement gegen eine welthistorische Kontextualisierung des Faschismus verschließen und jedem Ansatz, den Faschismus mit dem Kolonialismus in ein Verhältnis zu setzen, sofort die Relativierung der Nazi-Verbrechen vorhalten: Es gehe letztlich um „Opferkonkurrenz“.

Es gibt aber, das sollte der bisherige Text deutlich gemacht haben, auch eine analytische Ebene: Diese reicht, wie dargelegt, von der Offenlegung der kolonialistischen Wurzeln des Faschismus über die Darstellung der Parallelen und Gemeinsamkeiten zwischen den Kolonialverbrechen auf der einen und den Verbrechen der Faschisten in Afrika, West- und Osteuropa auf der anderen Seite bis hin zur Auseinandersetzung mit der Frage, inwiefern der Faschismus und der Kolonialismus von ihrem *Wesen* her verwandt oder gar identisch sind. Die letztgenannte Frage wurde meist gar nicht derart offen gestellt und häufig nur in Ansätzen beantwortet. Im Folgenden sollen Aussagen, die dahingehend verstanden werden können bzw. häufig so verstanden werden, auf ihren Gehalt geprüft werden.

112 Schumann, Gerd: „Kolonialismus“, PapyRossa Verlag, Köln 2016, S. 70.

In seinem bereits zitierten Buch von 1936 schrieb Padmore: „Soweit es die eingeborene Bevölkerung angeht, war Südafrika schon immer ein faschistischer Staat.“¹¹³ Und auch in Kenia und Nigeria herrsche „Kolonialer Faschismus“.¹¹⁴ Allerdings lässt er die Frage offen, ob in den drei genannten Ländern besonders brutale Kolonialregime herrschten oder ob er diesen Befund für auf alle Kolonien anwendbar hält. Im Jahr darauf zeigte auch Nehru in einer Rede in Solidarität mit der Spanischen Republik die Wesensverwandtschaft zwischen Kolonialismus und Faschismus auf: „Imperialismus und Faschismus sind im Wesentlichen eng verwandt und gehen ineinander über.“¹¹⁵ In derselben Rede nannte er sie auch „Blutsbrüder“¹¹⁶ und in einem anderen Text aus derselben Zeit bezeichnete er sie als „Zwillinge“.¹¹⁷ „Manchmal“, so erklärte er weiter,

„hat der Imperialismus zwei Gesichter – ein nationales, das die Sprache der Demokratie spricht, und ein koloniales, das an Faschismus grenzt. Letzteres dominiert und bestimmt letztlich die Politik. So sehen wir, dass in Großbritannien, egal ob konservative, Labour- oder ‚nationale‘¹¹⁸ Regierung jede Regierung in Indien eine faschistische Uniform trägt.“¹¹⁹

Allerdings spricht Nehru stets von „an faschistisch grenzen“ oder einer „Tendenz zum Faschismus“.¹²⁰ Der Kolonialismus ist bei ihm also eher faschistoid als faschistisch.

Gandhi dagegen schrieb 1941 in einem Brief an den Mitherausgeber der *Indian Times*: „Ich behaupte, dass wir in Indien eine hitlerische Herrschaft haben, auch wenn sie mit milderem Begriffen verschleiert wird.“¹²¹ 1942/43 stellte der von Gandhi stark beeinflusste Randolph die schwarze Bevölkerung in den USA gemeinsam mit den Völkern Asiens und Afrikas den imperialistischen Nationen Europas und den USA gegenüber, machte deutlich, dass ein

113 Padmore: „How Britain rules“, S. 192.

114 Ebd. S. 125, 129, 322.

115 Nehru: „Eighteen Month“, S. 124/130.

116 Ebd. S. 123/129.

117 Ebd. S. 204/216.

118 Gemeint sind die „große Koalitionen“ in Großbritannien 1931-40.

119 Nehru: „Eighteen Month“, S. 124/130.

120 Ebd.

121 Gandhi, Mahatma: „Collected Works Band 74“, Navajivan Press, Ahmedabad 1978, S. 17.

Sieg über die faschistische Achse diesen Völkern keine Freiheit bringen werde, und betonte, wie bereits erwähnt, den Rassismus, den die US-Südstaaten und Nazi-Deutschland gemein hätten.¹²² Bei den hier geschilderten Aussagen Randolph schlägt sich bereits ein strategisches Verhältnis zum Faschismus nieder, das in dieser Arbeit, wie eingangs erwähnt, nicht untersucht werden kann. Hier sei lediglich darauf hingewiesen, dass der Kampf gegen den Rassismus und Kolonialismus der nicht-faschistischen Mächte zwangsläufig eine andere Form annehmen bzw. zurückgestellt werden musste, wenn mit den liberalen Rassisten und Kolonialherren eine Allianz gegen den Faschismus geschlossen werden sollte. Umgekehrt ging eine Gleichsetzung von Faschismus und Kolonialismus in den 1930er und 1940er Jahren häufig, wenn auch nicht zwangsläufig, mit einer Kritik an solchen Allianzen einher.

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs schrieb Du Bois:

„Es gab keine Nazi-Gräueltaten – Konzentrationslager, massenhafte Verstümmelung und Mord, Schändung von Frauen oder grausame Entweihung der Kindheit –, die die christliche Zivilisation Europas nicht schon seit langem im Namen und zur Verteidigung einer überlegenen Rasse, die geboren wurde, um die Welt zu beherrschen, an farbigen Menschen in allen Teilen der Welt verübt hatte.“¹²³

In sehr ähnlicher Weise heißt es in einem Text von Césaire aus dem Jahr 1948:

„Nazideutschland hat lediglich in kleinem Maßstab in Europa praktiziert, was die Westeuropäer Jahrhunderte lang gegenüber den Rassen praktiziert haben, die so mutig oder so unvorsichtig waren, ihnen über den Weg zu laufen.“¹²⁴

In seinem *Discours sur le Colonialisme* hielt er den Europäern vor, dass sie Hitler vor allem „die Anwendung kolonialistischer Praktiken auf Europa, denen bisher nur die Araber Algeriens, die Kulis in Indien und die N*g*r Afrikas ausgesetzt waren“, nicht verziehen.¹²⁵ Memmi bezeichnete den Kolonialismus 1957 als eine „Spielart des Faschismus“, denn: „Was ist der Faschismus anderes als eine Staatsform der Unterdrückung zum Nutzen einiger weniger?“

122 Vgl. Kapur: „Raising up a Prophet“, S. 107-09, 112.

123 Du Bois, W. E. B.: „The World and Africa. An Inquiry into the Part which Africa has played in World History“, International Publishers, New York 1975, S. 23.

124 Zitiert nach Plumelle-Urbe: „Weiße Barbarei“, S. 316f.

125 Césaire: „Über den Kolonialismus“, S. 12. Zensur durch den Autor.

Und er stellte fest, dass „der gesamte administrative und politische Apparat der Kolonie keinen anderen Zwecken“ als eben diesem diene.¹²⁶ In Frantz Fanons¹²⁷ *Die Verdammten dieser Erde*, das Ende 1961 erschien, fragte der Autor rhetorisch: „Aber was ist der Faschismus auf der Ebene des Individuums und des Völkerrechts anderes als der Kolonialismus innerhalb eines traditionell kolonialistischen Landes?“ Einige Seiten später heißt es: „Vor kurzem hat der Nazismus ganz Europa in eine Kolonie verwandelt.“¹²⁸ Bald nach dem Erscheinen von Fanons letztem Werk wies Kühne darauf hin, dass die deutschen Faschisten im Zweiten Weltkrieg „den unterworfenen Völkern Europas das gleiche Schicksal zudedacht hatten wie den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.“¹²⁹ Und Hildebrand charakterisierte 1969 das Programm Hitlers als ein Unternehmen, „Europa, die Wiege des Kolonialismus, mit Kolonialmethoden zu reorganisieren.“¹³⁰ Auch Plumelle-Uribe spricht von „Hitlers Anspruch, Europa selbst zu kolonisieren“.¹³¹

Padmore, Du Bois, Césaire, Memmi, Fanon, Kühne, Hildebrand und Plumelle-Uribe schreiben übereinstimmend explizit, dass der (deutsche) Faschismus letztlich koloniale Herrschaftsmethoden auf Europa angewandt habe. Auffällig ist dabei, dass nicht nur Césaire und Fanon in ihren politischen Essays, sondern auch die beiden Historiker Kühne und Hildebrand – im Gegensatz etwa zu Hillgruber – in ihren Formulierungen stark verallgemeinern, insofern sie von „Europa“ sprechen: Denn auch wenn das faschistische Deutschland letztlich fast ganz Europa besetzt hat, so waren Krieg und Okkupation im Westen doch ganz anders als im Osten: Im Westen waren beide „zivilisiert“ und lediglich Juden, Widerstandskämpfer und afrikanische Soldaten fielen Massakern der Faschisten zum Opfer. Der Ostfeldzug war, wie oben beschrieben, von Anfang an ein Ausrottungsfeldzug gegen die breite Bevölkerung. Zudem ist Hildebrands Rede von der „Wiege des Kolonialismus“ möglicherweise auf das

126 Memmi: „Der Kolonisator und der Kolonisierte“, S. 67.

127 Fanon (1925-61) war Psychiater und gilt als einer der wichtigsten Theoretiker der antikolonialen Befreiung. Er stammte wie Césaire von Martinique und studierte auch bei ihm. 1953 ging er nach Algerien und schloss sich dort später der Befreiungsbewegung an.

128 Fanon, Franz: „Die Verdammten dieser Erde“, Rowohlt Verlag, 1971, S. 69 Fußnote 8, S. 79.

129 Kühne: „Faschistische Kolonialideologie“, S. 40.

130 Hildebrand: „Weltreich“, S. 775.

131 Plumelle-Uribe: „Weiße Barbarei“, S. 130.

Zarenreich, aber in keiner Weise auf die Sowjetunion anwendbar. Allerdings ließe sich wiederum argumentieren, dass Kolonialismus nicht zwangsläufig zum Völkermord ausartet. Ebenfalls als kolonial bezeichnet werden können etwa die ökonomische Ausbeutung der besetzten Gebiete im Westen durch Plünderungen im großen Stil, durch die Abgabe einer Art von „Schutzgeld“, durch die Degradierung zum billigen Lieferanten von Rohstoffen und Lebensmitteln inklusive eines formalisierten ungleichen Tauschs und nicht zuletzt durch das Einziehen von Millionen Zwangsarbeitern.¹³² Zudem wurde nach dem Überfall auf die Sowjetunion auch im Westen die Besatzung repressiver und brutaler und steigerte sich mit jeder Niederlage zusehends.¹³³ Es gab jedoch keinen Rassismus gegen die Mehrheitsbevölkerung im Westen, der annähernd mit dem Antisemitismus, dem anti-slawischen Rassismus oder dem Kolonialrassismus vergleichbar gewesen wäre.

Daneben ähneln sich die Argumentationen Padmores, Césaire und Memmis in besonderer Weise, da sie nicht nur davon ausgehen, dass faschistische Ideologie und Herrschaftsform bereits lange in den Kolonien existierten, sondern alle drei gingen, von einem Rückwirken des Faschismus in den Kolonien auf die Metropolen aus. Fanon, der zumindest Césaires Text kannte, scheint sich für diesen Aspekt wenig interessiert zu haben. Er kritisierte bereits 1957 die Debatte in Frankreich darüber, „dass gegenwärtig in Algerien eine umfassende Enthumanisierung der französischen Jugend vor sich geht“ und „dass die französischen Wehrpflichtigen „dort den Faschismus erlernen““ als „Perversion der Moral“, weil „sich diese Humanisten nur für die moralischen Auswirkungen dieser Verbrechen auf die Seele der Franzosen interessieren.“¹³⁴

1975 erschien mit der Dissertation von Peter Schmitt-Egner eine ideologiekritische Untersuchung über die kolonialen Ursprünge des Faschismus. Der Autor hat dabei den Versuch unternommen, das Phänomen des Rassismus als eine Form von falschem Bewusstsein direkt aus der kapitalistischen Produktionsweise abzuleiten,¹³⁵ in diesem Fall konkret aus den speziellen

132 Für das Beispiel Frankreich vgl. Nestler, Ludwig; Schulz, Friedel: „Die faschistische Okkupationspolitik in Frankreich (1940-1944)“, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1990, S. 57-79.

133 Vgl. ebd. S. 80-92.

134 Fanon, Frantz: „Für eine afrikanische Revolution. Politische Schriften“, März Verlag 2022, S. 94.

135 Eine interessante Parallele zu Moïse Poste, der dasselbe mit dem Antisemitismus, den er allerdings vom Rassismus unterschied, getan hat. Damit legte Poste die theoretische Grundlage für die sich als „Wertkritiker“ bezeichnenden

Produktionsverhältnissen in den Kolonien sowie dem ungleichen Tausch zwischen Kolonien und Metropolen. Einleitend stellt er fest, dass in der Kolonialideologie „schon alle entscheidenden Elemente der späteren faschistischen Ideologie ausgebildet“ seien.¹³⁶ Auch bezieht er sich eingangs neben Arendt u. a. auf Césaire und Fanon, bezeichnet den Kolonialismus zum Ende hin wiederholt als „Faschismus an der Peripherie“¹³⁷ und in einem weiteren Aufsatz beide als „Pendants“ zueinander.¹³⁸ Als soziale Träger des Rassismus in den Kolonien benennt Schmitt-Egner in erster Linie die kleinkapitalistischen und kleinbürgerlichen sowie die proletarischen und subproletarischen Siedler.¹³⁹ Ohne es explizit zu sagen, liegt für ihn darin wohl eine wesentliche Parallele zum Faschismus. Die eliminatorische Seite des Kolonialrassismus führt er ebenfalls auf die kapitalistische Verwertungslogik zurück:

„Denn wie steht es mit denjenigen Völkern, die „nicht zu gebrauchen“ und der Entfaltung des Kolonialsystems hinderlich sind, deren Arbeitskraft keinen „Wert“ darstellt, also auch nicht unter dem Wert gekauft werden kann, weil sie sich nicht einmal von ihren Produktionsmitteln trennen können oder ihre alten sozialen Organisationen die Umwandlung zum Lohnarbeiter nur in langen Zeiträumen zulässt? Die Kolonialgeschichte gibt uns empirisch die Antwort: sie heißt Ausrottung, im besten Fall Zuweisung von Reservaten, die dann den Prozeß der „Erziehung zur Arbeit“ gewähren sollen.“¹⁴⁰

Zudem beschreibt er die „innere Verwandtschaft“ zwischen der „kleinbürgerlichen Kolonialideologie als Siedlungsideologie“ und dem Antisemitismus in den Metropolen: In beiden Fällen gehe es um das „Primat der Arbeit“ – im Fall der Kolonien um die Arbeit der kleinen und mittleren Bauern – „gegenüber dem Kapital“, und zwar dem unproduktiven, als „raffend“ wahrgenom-

Hardcore-„Antideutschen“ mit ihrem „strukturellen Antisemitismus“.

136 Schmitt-Egner, Peter: „Kolonialismus und Faschismus. Eine Studie zur historischen und begrifflichen Genesis faschistischer Bewußtseinsformen am deutschen Beispiel“, Andreas Achenbach Verlag, Gießen/Lollar 1975, S. 5.

137 Ebd. S. 123, 126.

138 Ders.: „Wertgesetz und Rassismus. Zur begrifflichen Genesis kolonialer und faschistischer Bewußtseinsformen“, 1978, Online: www.trend.infopartisan.net/trd0505/t180505.html (zuletzt angesehen am 4.5.2025).

139 Vgl. Schmitt-Egner: „Kolonialismus und Faschismus“, S. 43-45.

140 Ebd. S. 46.

menen Bankkapital.¹⁴¹ Es dürfte wohl an der – noch dazu extrem abstrakten – Theorielastigkeit von Schmitt-Egner Arbeit liegen, dass sie bis heute keine nennenswerte Beachtung gefunden hat.

Keiner der hier angeführten Autoren hat je behauptet, dass sich eine Analyse des Faschismus darin erschöpfen würde, ihn als eine Übertragung des Kolonialismus auf Europa zu begreifen. Zumal, wie wir wissen, die faschistische Herrschaftspraxis konkret von Land zu Land so stark differenzieren konnte wie die koloniale Herrschaft in den verschiedenen Kolonien. Häufig ging es den Autoren auch gar nicht so sehr darum, den Faschismus zu erfassen, als vielmehr umgekehrt den Kolonialismus als ein seinem Wesen nach faschistisches System zu entlarven. Den Einfluss des Kolonialismus auf die Metropole selber haben lediglich Nehru und Padmore angesichts des in Europa in den 1930er Jahren aufsteigenden Faschismus sowie Césaire und Memmi vor dem Hintergrund des Algerienkrieges und dessen Auswirkungen auf Frankreich in den Blick genommen. Letztlich geht der Ansatz, den Faschismus als auf die Metropolen angewandte kolonialistische Herrschaftsform zu betrachten, nicht weit über die historische Kontextualisierung des Faschismus als ein Produkt imperialistischer und kolonialistischer Gesellschaft, und über die Erkenntnis, dass insbesondere die deutschen Faschisten koloniale Methoden in Europa angewandt haben hinaus.

Anders sieht es aus, wenn man den Blick auf die Kolonien richtet und dort von einer letztlich faschistischen Herrschaft ausgeht. Denn dann drängt sich sofort Nehrus Erkenntnis auf, dass in Bezug auf die Kolonien alle bürgerlichen Parteien Faschisten sind – ob nun Konservative oder Sozialdemokraten. Diese Annahme sollte man nicht idealistisch missverstehen, also dahingehend, dass sie von einem „Blickwinkel“ abhängt. Vielmehr geht es ganz materialistisch um ein objektives Verhältnis, das diese politischen Akteure einnehmen. Insofern ist diese Erkenntnis eine Bereicherung für das Verständnis des dialektischen Verhältnisses zwischen Liberalismus und Faschismus als zwei Formen bürgerlicher Herrschaft, die sich zwar qualitativ unterscheiden und deren Vertreter durchaus im politischen Gegensatz zueinander stehen können, die aber eben zwei Seiten einer Medaille sind und sich in der Realität ergänzen und häufig ineinander übergehen.

Dabei führt die These vom Kolonialismus als Faschismus eine räumliche Kategorie ein: Die bürgerliche Herrschaft kann in der Metropole liberal auf-

141 Ebd. S. 106

treten, während sie in der Peripherie faschistisch herrscht. Für dieses Verhältnis zwischen dem Westen und dem Trikont hat Losurdo – auch wenn er nicht von Faschismus spricht – den sich ursprünglich auf die Zustände in den USA beziehenden Begriff der „Herrenvolk-Demokratie“ geprägt.¹⁴² Aus dieser Erkenntnis wiederum entspringen allerdings neue Fragen: Etwa die, ob es „bessere“ oder „schlechtere“ Kolonialherren, also „bessere“ oder „schlechtere“ Faschisten gibt. Diese Frage ist hochaktuell, wenn man nach Palästina blickt. Schließlich waren es die sozialdemokratischen Zionisten mit Ben Gurion an der Spitze, die während der Nakba 1947-49 Palästina von 800.000 Indigenen „säuberten“, die 1956 Ägypten überfielen und 1967 die arabischen Nachbarländer angriffen, ganz Palästina besetzten und erneut Hunderttausende Palästinenser vertrieben. Wenn also über einen drohenden Faschismus in Israel gesprochen wird, sollte bedacht werden, dass man auch argumentieren könnte, dass in Palästina bereits seit 1948 Faschismus herrscht. Zudem eröffnet die Perspektive des Kolonialismus als Faschismus bzw. der Unterstützung einer Kolonialmacht als eine (pro-)faschistische Außenpolitik einen eigenen Zugang zur Frage des „exportierten Faschismus“.

142 Vgl. Losurdo, Domenico: „Das 20. Jahrhundert begreifen“, PapyRossa Verlag, Köln 2013, S. 22f.

Fazit

Wer sich bis hierher durch die Broschüre gearbeitet hat, dem brummt vermutlich der Schädel. Doch was bleibt am Ende von all den Debatten? Was konnten wir daraus lernen, wenn es um die Einschätzung der gegenwärtigen faschistischen Gefahr in Deutschland geht?

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und ohne alle in der Broschüre aufgeworfenen Themenstränge aufgreifen oder gar zusammenführen zu können, möchten wir zum Abschluss einige zentrale Gedanken zur weiteren Diskussion mitgeben.

Die Erscheinungsformen des Faschismus sind überaus vielfältig. Der Begriff des Faschismus bleibt insofern auch für Marxisten nach über 100-jähriger Debatte komplex, historisch wandelbar, aber in seinen grundlegenden Merkmalen dennoch klar bestimmbar. Der Versuch jedoch, die Wirklichkeit in ein allgemeines Faschismus-Muster zu pressen, ist zum Scheitern verurteilt. Mehr noch: Daraus erwächst die Gefahr, den Faschismus letztlich gar nicht mehr erkennen zu können, gerade weil die Realität nicht in das allgemeine Muster passt. Ein solches problematisches Herangehen zeigt sich beispielhaft in der Analyse der Ukraine.¹ Die Analyse und Bestimmung des Faschismus bleiben immer eine konkrete Aufgabe, erfordern die Untersuchung nationaler und historischer Besonderheiten. Es geht bei dieser Analyse nicht um einen möglichst reinen Begriff, um eine allgemeingültige Definition, sondern es geht um Orientierung im Klassenkampf. Was unter bestimmten Bedingungen in einem

1 Mehr zur Frage des Faschismus in der Ukraine könnt ihr in unseren „18 Diskussionsthesen der Kommunistischen Organisation zum Ukraine-Krieg“ online nachlesen: <https://kommunistische-organisation.de/artikel/rusland-widersetzt-sich-in-der-ukraine-dem-imperialismus/>

Land richtig sein kann, muss nicht zwangsläufig auch für die Bedingungen in einem anderen Land gelten.

Und dennoch lassen sich natürlich grundsätzliche Erkenntnisse der kommunistischen Debatte über den Faschismus und den Kampf gegen ihn festhalten, die im starken Kontrast zu bürgerlichen Bestimmungen des Faschismus stehen.

Der Faschismus tritt nicht als etwas außerhalb der Klassengesellschaft Existierendes auf, sondern wird aus den konkreten Bedingungen der Klassenherrschaft und des Klassenkampfes (national und international) geboren. Faschistische Bewegungen entstehen in der Mitte und auf Grundlage der Herrschaft der Bourgeoisie. Der Faschismus ist nicht das Ergebnis spontaner Bewegungen oder Unzufriedenheiten, sondern geht von der Monopolbourgeoisie aus, die bestimmte Bewegungen fördert und als Instrument ihrer Herrschaft nutzt oder in Reserve hält. Der Faschismus ist insofern eine Form bürgerlicher Herrschaft, die hergestellt werden muss. Der offene Terror gegen die Arbeiterbewegung, soziale Demagogie, Chauvinismus und Antikommunismus bei gleichzeitig auffallend ideologischer Flexibilität sind bestimmende Merkmale des Faschismus.

Der Faschismus ist das Fleisch vom Fleische der Diktatur der Bourgeoisie. Er steht nicht im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie, und zwischen ihnen stehen keine festen Mauern. Der Faschismus kann mehr oder weniger stark in parlamentarisch-verfassungsmäßige Ordnungen eingebaut sein. Der Tendenz zum Faschismus liegt eine reaktionär-imperialistische Ordnung zugrunde, ohne dass der Prozess der Faschisierung notwendig im Faschismus enden muss. Die Absonderung des Faschismus von der bürgerlichen Demokratie findet im Kampf sowohl innerhalb des Lagers der Bourgeoisie als auch mit der Arbeiterklasse statt. Und es bleibt richtig, dass die KomIntern den Faschismus 1935 als qualitativ unterschiedene Staatsform von der bürgerlichen Demokratie abgegrenzt hat; ist doch die Abwendung der brutalen Unterdrückung durch den Faschismus und der Erhalt bürgerlich-demokratischer Rechte und -Ordnung gegen ihn eine zentrale Aufgabe für die Arbeiterbewegung. Der Kampf um demokratische Rechte und zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie ist dabei nicht abgetrennt vom Kampf für den Sozialismus. Auch wenn sie nicht in eins fallen, so stehen sie in einem konkreten wechselseitigen Zusammenhang.

Was lässt sich vor diesem Hintergrund über die Gefahr des Faschismus in Deutschland sagen? Was sind seine Ursachen und Triebkräfte, und auf welcher Grundlage und mit welchen Kräften kann die Tendenz zum Faschis-

mus bekämpft werden? Auch hierzu wollen wir einige, nicht abschließende Überlegungen zur Diskussion stellen.

Der selbstbezeichnete Westen steckt in einer historischen, tiefen Krise. Das Modell der Hegemonie westeuropäischer und nordamerikanischer Imperialisten, das mit der Kolonisierung und dem Entstehen des Kapitalismus seinen Anfang nahm und bis heute die Ausbeutung der Völker dieser Welt kommandiert, steht auf der Kippe. Diese Ordnung wird wirtschaftlich durch China und politisch vor allem durch Russland, das sich der NATO-Dominanz nicht untergeordnet hat, in Frage gestellt. Ihre (und die, weiterer Länder) objektive Infragestellung der westlichen Ordnung scheint dabei proportional zur wachsenden Gewalt zuzunehmen, mit der sie durchgesetzt werden muss. Schon hieran zeigt sich, wie wichtig die weitere Klärung von Fragen zum Imperialismus und zu seiner Krise bleibt, um die Ursachen und aktuellen Tendenzen zum Faschismus richtig zu verstehen. Dabei nimmt die Frage der Einheit und Widersprüche des „westlichen Blocks“ einen bedeutenden Platz ein. Der Imperialismus hat unter der Vorherrschaft der USA mit verschiedenen Institutionen eine Integration und Unterordnung der „alten“ Imperialisten geschaffen. Bricht dieses Zwangs- und Zweckbündnis nun auf? Und was bedeutet diese Entwicklung des Imperialismus für die Erscheinung des Faschismus, der im 20. Jahrhundert auch Ergebnis der Zuspitzung zwischenimperialistischer Widersprüche war?

Klar ist, um ihre Machtinteressen weiterhin durchsetzen zu können, müssen die Imperialisten auf Gewalt setzen. Es geht also um Krieg bzw. um die Vorbereitung noch umfassenderer Kriege, sowohl nach innen als auch nach außen.

Die Gefahr des deutschen Monopolkapitals, im internationalen Konkurrenzkampf ins Hintertreffen zu geraten, drängt die herrschende Klasse zu besonders drastischen Angriffen gegen die Arbeiterklasse, wie etwa der Ausweitung der Arbeitszeit, dem Abbau von Arbeiterrechten, Sozialkürzungen und der Senkung der Reallöhne. Diese Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse bringen, zumindest der Tendenz nach, das bisherige monopolkapitalistische Integrationsmodell, das auf die Arbeiteraristokratie setzt, an seine Grenzen. Außerdem erfordern die Angriffe (zumindest potenziell, bei aktiver Gegenwehr nämlich) entsprechend geschärfte Instrumente zu ihrer Durchsetzung und einen Sündenbock. Nach innen sind und waren das stets Migranten (vor allem Muslime und zunehmend konkret Araber und Palästinenser), und nach außen ist das nun wieder Russland (Stichwort „Frieren

gegen Putin“ oder „Kanonen und Butter, das ist Schlaraffenland“, wie das 2024 noch der Ifo-Chef Clemens Fuest gesagt hat).

Der Krieg nach außen wird zum entscheidenden Kristallisationspunkt der Faschisierung in Deutschland, und zwar auf mehreren Ebenen. Zunächst das wesentlichste: Die NATO hat Russland und China zu Feinden erklärt und bereitet, neben bereits hybrid geführten, noch umfassendere Kriege gegen beide Länder vor. Während sich die USA auf China konzentrieren, wird in Europa der Krieg gegen Russland konkret vorbereitet – für 2029/30 wurde dieser bereits offiziell terminiert. Diese Kriegsvorbereitung geht mit weitreichenden Angriffen auf demokratische Rechte einher. Es geht um die Vorbereitung eines Kriegsrechts und Notstandsverordnungen, die Einberufung einer Wehrpflicht und die Möglichkeit zur Umstellung auf Kriegswirtschaft. Es geht im Ganzen um einen staatlichen Gewaltmechanismus, der Widerspruch nicht zulässt, Opposition deckelt und gegenteilige Meinungen, mit dem Argument, als fünfte Kolonne des Feindes zu agieren („Putinverstehler“), zensiert.

Diese materiellen Ursachen und Maßnahmen der Faschisierung werden begleitet von einer breiten Front geschichtsrevisionistischer Rehabilitierung des Hitlerfaschismus. Ein drastisches Beispiel dafür waren die stehenden Ovationen für das ehemalige Mitglied der Waffen-SS im kanadischen Parlament. Aber auch in Deutschland mangelt es nicht an Beispielen. Die BRD unterstützt seit ihrer Gründung ukrainische Faschisten, die offen in der Tradition der banderistischen SS-Kollaborateure stehen und mit dem Maidan-Putsch 2014 an die Macht gekommen sind. Die Rolle der Sowjetunion für die Befreiung Deutschlands und Osteuropas wird umgeschrieben. Alte Feindbilder gegen den „Russen“ werden wieder aufgewärmt. Es ist die Wiederholung der Front gegen Russland, die die propagandistischen Verbindungslinien zum ersten und zweiten Weltkrieg besonders stark spannt („Russland wird immer ein Feind für uns bleiben“, Johann Wadephul, Außenminister der BRD, 2025).

Ganz in der Logik des berühmten (und wohl so nie wirklich ausgesprochenen) Satzes: „Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: ‘Ich bin der Faschismus.’ Nein, er wird sagen: ‘Ich bin der Antifaschismus.’“ werden die politischen Gegner als Faschisten bezeichnet und ein vermeintlicher Antifaschismus in Form der „Staatsräson“ vorgeheuchelt. Die deutsche Komplizenschaft im Völkermord in Palästina fungiert so gewissermaßen als Beschleuniger und als Testphase dieser Faschisierungstendenz, die wohlge-merkt bislang von den politischen Parteien der „Mitte“ durchgesetzt wurde. Demokratische Rechte werden angegriffen, politische Gegner verfolgt, menschenverachtende Gewalt wird normalisiert, und die moralische Integrität

im vermeintlichen Kampf gegen Antisemitismus gleichzeitig behauptet. Antifaschismus wird damit umgedeutet und seinem tatsächlichen Inhalt beraubt. Die Rolle der AfD ist die einer Reserve, die sich, und das zeichnet sie tatsächlich vor den übrigen Parteien aus, zum Sammelbecken und Knotenpunkt des ganzen Spektrums faschistischer Thinktanks und Schlägertrupps entwickelt hat. Dieses Netzwerk zu durchleuchten und damit auch das tatsächliche Potenzial der AfD zur Durchsetzungskraft eines offenen Terrors abschätzen zu können, sind weiterführende Aufgaben. Untersucht werden muss auch die soziale Basis für die Faschisierung in Deutschland, die sich – sichtbar am Grad der Verhetzung gegen Russland und Palästina – längst nicht nur bei AfD-Wählern tummelt. Welche Rolle spielen hier das Kleinbürgertum, aber auch Schichten der Arbeiterklasse? Ebenso fehlt ein scharfer Blick auf die eigenen Kräfte, die Potenziale von Widerstand und einer gemeinsamen Front gegen Kriegspolitik und Faschisierung in Deutschland. Einschätzungen über die Rolle der Gewerkschaften und der Linkspartei, sowohl ihrer Führung als auch ihrer Basis, müssen weiter diskutiert werden.

Dieser sehr begrenzte Blick auf zentrale Ursachen und Triebkräfte der Faschisierung in Deutschland blamiert die Politik der „Brandmauer“ bereits fundamental. Unabhängig vom Willen und Wollen ihrer Vertreter werden sowohl die Ursachen (imperialistische Krise, Kriegspolitik gegen Russland) als auch die konkrete Politik der Faschisierung (Angriff auf demokratische Rechte, Sozialabbau, Geschichtsrevisionismus usw.) verdeckt. Mehr noch, wird den Unterstützern der Brandmauer-Logik eine Zustimmung zu diesen Maßnahmen abgerungen, solange man das Anwachsen der AfD dafür vermeintlich ausbremse. Tatsächlich lenkt dieses Spiel, sich einerseits als Fundamentalopposition (AfD) und andererseits als Verteidiger der Demokratie (SPD, Grüne, CDU, Linkspartei) darzustellen, von den gemeinsam geteilten politischen Linien, der Durchsetzung der Interessen des deutschen Monopolkapitals, ab. Es sind eben genau diese Interessen, die unter den Bedingungen der Krise des Imperialismus zur Triebkraft der Faschisierung werden.

Insofern verweisen die Ursachen und die zentralen Maßnahmen der Faschisierung zugleich auf Grundlinien für eine breite antifaschistische Orientierung: Gegen den Krieg gegen Russland und die massive Ausweitung der Ausbeutungsrate der deutschen Arbeiterklasse.

Über diese Broschüre

Der Faschismus ist zurück! Zumindest als Begriff und Debatte über die neuerliche faschistische Gefahr. Es wird diskutiert, ob die zweite Trump-Administration den Faschismus in den USA einführt und in Westeuropa, Lateinamerika, Westasien, Südostasien und auch in Afrika gleich mit dazu.

Mit Blick auf die kommunistischen und bürgerlichen Debatten zum Faschismus von vor über 100 Jahren bis heute wollen wir ein solides Fundament schaffen, von dem ausgehend die konkrete Analyse über die Gefahr und Tendenz zum Faschismus angestellt werden muss.

